

Die Menschen in den Schulen

aus:

Uwe Schmidt

Hamburger Schulen im „Dritten Reich“

Band 1

Herausgegeben von Rainer Hering

Beiträge zur Geschichte Hamburgs

Herausgegeben vom Verein für Hamburgische Geschichte

Band 64

S. 315–476

Hamburg University Press

Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg

Carl von Ossietzky

# Impressum der Gesamtausgabe und Bildnachweis

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagswebseiten frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek verfügbar.

*Open access* über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press –

[http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP\\_BGH64\\_Schmidt](http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_BGH64_Schmidt)

Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek – <http://deposit.d-nb.de>

ISBN 978-3-937816-74-6 (Gesamtwerk) (Printversion)

ISBN 978-3-937816-76-0 (Band 2) (Printversion)

ISBN 978-3-937816-75-3 (Band 1) (Printversion)

ISSN 0175-4831 (Printversion)

© 2010 Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg  
Carl von Ossietzky, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Covergestaltung: Benjamin Guzinski, Hamburg

Abbildung auf dem Cover: Einübung des Hitlergrußes in einer Turnhalle 1934. Verwendung mit freundlicher Genehmigung des Denkmalschutzamts Hamburg / Bildarchiv.

Abbildungen 1, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 18, 19: Verwendung mit freundlicher Genehmigung des Schulmuseums Hamburg.

Abbildungen 2, 3, 4, 5, 6, 15, 20: Verwendung mit freundlicher Genehmigung der Landesbildstelle Hamburg / Landesmedienzentrum.

Abbildungen 16, 17: Verwendung mit freundlicher Genehmigung von Fritz Hauschild, Hamburg.

Abbildung 8: Das Johanneum am „Nationalen Feiertag“ (1936). Entwurf: St. R. Othmer, Fotografie: K. Matthies II b 1. Aus: Das Johanneum. Mitteilungen des Vereins Ehemaliger Schüler der Gelehrtenschule des Johanneums. Jg. 9, H. 35 vom 1.6.1936, S. 277. Verwendung mit freundlicher Genehmigung des Schulleiters, Dr. Uwe Reimer.

Veröffentlicht mit Unterstützung der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung.

# Inhalt

## Band 1

Editorische Vorbemerkung .....	9
<i>Rainer Hering</i>	
Vorwort .....	15
Einleitung .....	17
1 Der Einbruch des Nationalsozialismus in das Schulwesen der Weimarer Republik 1933 .....	27
1.1 Das Hamburger Schulwesen bis zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten	27
1.2 Mensch und Bildung in der nationalsozialistischen Ideologie	39
1.3 Personalveränderungen im Rahmen der Gleichschaltung	45
2 Konsolidierung der nationalsozialistischen Schule 1933–1939 .....	63
2.1 Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenideologie	63
2.2 Einführung nationalsozialistischer Inhalte in die Schulen	99
2.3 Instrumentalisierung der Schulen für die nationalsozialistische Erbgesundheitspolitik	120
2.4 Nationalsozialistische Symbole, Veranstaltungen und Kampagnen	131
2.5 Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB)	153
2.6 Der Weg zur Hochschule für Lehrerbildung	187
2.7 Zentralisierung durch das Reichserziehungsministerium	201
2.8 Ausweitung des Hamburger Schulwesens durch das Groß-Hamburg-Gesetz	215
2.9 Umbenennung und Veränderung von Schulstandorten	239
2.10 Modernisierung des Berufsschulwesens	248
2.11 Der Umgang mit Privatschulen	269
2.12 Nationalsozialistische Schulbauvorhaben	288
2.13 Oberbau der Volksschule und Oberschule	298

3	Die Menschen in den Schulen .....	315
3.1	Schul- und Unterrichtsalltag im Nationalsozialismus	315
3.2	Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus	340
3.3	Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte	367
3.4	Die Hitler-Jugend	392
3.5	Lagerschulung als ideologisches Instrument	453
4	Schule im Krieg .....	477
4.1	Die Personalsituation	477
4.2	Die Verhinderung der Hauptschule	487
4.3	Die Lehrerbildungsanstalten (LBA)	503
4.4	Luftalarm und Unterrichtsausfall	523
4.5	Abgebrochene Bildungsgänge	537
4.6	Kinderlandverschickung (KLV)	562
4.7	Schule im „totalen Krieg“ 1943	605
4.8	Verfall von Leistung und Disziplin	629
4.9	Desillusionierte Jugend	654
4.10	Privatschulen	678
5	Neuanfang nach dem Ende des „Dritten Reiches“ .....	685
5.1	Bilanz: Kriegsopfer und äußere Schäden	685
5.2	Die Wiederherstellung der Schulverwaltung	698
5.3	Die Wiedereingliederung der Lernenden	706
5.4	Entnazifizierung der Lehrenden	719
5.4.1	Schuld, Reue, Verdrängung, Rechtfertigung und Rückkehr zum Alltag	719
5.4.2	Die Konjunktur der „Persilscheine“	723
5.5	Lehrerbildung	732
5.6	Rückgriffe auf die Zeit vor 1933: Die Problematik der „Reform“	740
5.7	„Reeducation“ in den Schulen	749
6	Fazit: Der Nationalsozialismus als pädagogischer und schulpolitischer Kulturbruch .....	755
	Bildnachweis .....	767

Band 2: Anhang

1	Abkürzungen .....	775
2	Verzeichnis der Schulen von 1933 bis 1945 .....	777
2.1	Volksschulen, Volksschulen mit Oberbau und Mittelschulen	780
2.2	Sonderschulen	836
2.3	Hilfsschulen	839
2.4	Oberschulen	844
2.5	Berufsbildende Schulen	858
2.6	Allgemeinbildende Privatschulen, die zum 1.10.1939 geschlossen wurden	869
2.7	Jüdische Privatschulen	870
2.8	Anthroposophische Privatschulen	871
3	Statistische Aufstellungen .....	873
3.1	Daten für die Jahre 1932/33, 1935/36 und 1937/38	873
3.2	Schülerzahlen von 1938	875
3.3	Entwicklung der Schülerzahlen von 1939 bis 1942/43	876
3.4	Schülerzahlen von 1942 bis 1945	876
3.5	Erweiterte Aufstellung für die Jahre von 1942 bis 1945	877
4	Quellenhinweise .....	879
4.1	Zahl der Schülerinnen und Schüler	879
4.2	Zahl der Lehrerinnen und Lehrer	881
4.3	Unterrichtsfach Geschichte	882
4.4	Leibeserziehung im Dienste der Wehrhaftigkeit	887
4.5	Unterrichtsfach Erdkunde	890
4.6	Unterrichtsfach Biologie	891
4.7	Unterrichtsfach Deutsch	893
4.8	Unterrichtsfach Religion	894
4.9	Instrumentalisierung der Schulen für die Rassenpolitik	894

## Inhalt

5 Quellen- und Literaturverzeichnis .....	899
5.1 Ungedruckte Quellen	899
5.2 Literatur, veröffentlicht vor 1945	924
5.3 Literatur, veröffentlicht nach 1945	928
5.4 Periodica	961
5.5 Mitteilungen	962
5.6 Internet	963
6 Register .....	965
6.1 Personenregister	965
6.2 Sachregister	1021
6.3 Geographisches Register	1034
7 Abbildungsverzeichnis .....	1041
Der Autor .....	1045
Der Herausgeber .....	1045
Die Reihe .....	1046
Der Verein für Hamburgische Geschichte .....	1046

## 3 Die Menschen in den Schulen

### 3.1 Schul- und Unterrichtsalltag im Nationalsozialismus

Wie erlebten junge Menschen, Schülerinnen und Schüler im Alter von 6 bis 18 Jahren, und ihre „Partner im Erziehungsdreieck“, Eltern und Lehrende, die Nazifizierung der Schule und den nationalsozialistischen Schulalltag? Was brachten die Lernenden mit in die Schule, wie verlief die Interaktion zwischen ihnen und den Lehrenden, was brachten sie aus der Schule mit nach Hause, und wie wurde dieses aufgenommen und weitergetragen? Für eine Beschreibung des Schul- und Unterrichtsalltags im Nationalsozialismus geben die amtlichen, in den Archiven gesammelten Dokumente weniger her als die Erinnerungen und Aufzeichnungen unmittelbar Beteiligter. Bereits eine oberflächliche Sichtung der einschlägigen Literatur zur nationalsozialistischen Schule erweckt den Eindruck, dass zwischen den normativen und ideologischen Vorgaben einerseits und der tatsächlichen Umsetzung dieser Vorgaben andererseits eine beträchtliche Lücke und ein weites Feld des Nichtwissens bestehen.<sup>1204</sup> Anspruch und Realität klafften, so lautet daher die Anfangshypothese, in sehr unterschiedlicher Weise auseinander. Eine umfassende vergleichende Geschichte des Innenlebens der Hamburger Schulen in der nationalsozialistischen Zeit, vom Historiker Volker Ullrich bereits 1981 als „eine wichtige und reizvolle Aufgabe“ angemahnt,<sup>1205</sup> kann aber nur in Schritten erfolgen. Angesichts einer zufallsbedingten, uneinheitlichen Quellenlage wird eine Rekonstruktion des Schulalltags immer nur zu Annäherungen führen können, die sich notwendigerweise der Kritik mangelnder Verallgemeinerbarkeit aussetzen müssen.

Alf Lüdtke zitiert in einer auf die Erforschung der Geschichte des Alltags bezogenen Abhandlung den Roman *Kindheitsmuster* von Christa Wolf,

---

<sup>1204</sup> Ursula Rotte: Schulwirklichkeit im Nationalsozialismus – Die Umsetzung von NS-Schulrichtlinien und -erlassen, aufgezeigt am Beispiel einer oberbayerischen Volksschule, Neuried 2000 (Deutsche Hochschuledition 104), S. 9.

<sup>1205</sup> Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 (1981), S. 165.

in dem sie 1976, offensichtlich aus eigener Erfahrung, die Taktiken der Menschen in den ersten Jahren des Nationalsozialismus beschreibt, sich irgendwie mit den obwaltenden Zuständen zu arrangieren, ohne anzuecken, um durchzukommen.<sup>1206</sup> Die alltagsgeschichtliche Forschung verwendet den Leitbegriff der „Erfahrung“, wenn sie die Lebenswelt „normaler Menschen“ in den Mittelpunkt des Interesses stellt, wenn sie die „Verwobenheit“ der persönlichen Geschichte mit der politischen Geschichte untersucht:<sup>1207</sup> Erfahrungen sind Teil eines sozialen Gefüges aus heterogenen und widersprüchlichen Interaktionen, das nur aus großer Nähe rekonstruiert werden kann.<sup>1208</sup>

Was wir „Geschichte“ nennen, ist immer eine Rekonstruktion aus dem Fragehorizont der jeweiligen Gegenwart. Bei dieser Aufgabe, eine größere Klarheit über den Schulalltag im Nationalsozialismus zu gewinnen, können Zeitzeugen, also Menschen, welche den Nationalsozialismus als Kinder und Jugendliche persönlich und aus der Nähe erlebt haben, hilfreich sein, wenn sie ihre Jugenderinnerungen nicht verabsolutieren. Eine Hilfe und ein Korrektiv, auch für die geschichtliche Forschung, sind dabei die Fragen junger Menschen, die heute so alt sind wie die Zeitzeugen damals. Sie stellen sehr direkte Fragen und sind auch „empathiefähig“, das heißt sie versuchen sich in damalige Altersgenossen hineinzusetzen und haben auch Mitgefühl mit dem, was einige von ihnen durchmachen mussten. „Sie fragen nicht nur nach Verfolgung und Krieg, sondern auch nach den kleinen Details aus dem Leben der Kinder und Jugendlichen, [...] nach ihrer Freizeitbeschäftigung und nach dem Schulleben, auch nach Freundschaften zwischen Mädchen und Jungen“,<sup>1209</sup> zum Beispiel: „Wie war damals die Schule?“ – „Wie haben sich die Lehrer verhalten?“ – „Haben Sie einen Juden

---

<sup>1206</sup> Alf Lüdtke: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte? In: *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, hg. von Alf Lüdtke, Frankfurt am Main und New York 1989, S. 9–47, hier S. 31.

<sup>1207</sup> Den Ausdruck „Verwobenheit“ verwendet Wilhelm Flitner zur Kennzeichnung des erlebten Zusammenhangs in: *Kontinuität und Traditionsbrüche in der Pädagogik. Ein Gespräch zwischen den Generationen*, hg. von Hans Bernhard Kaufmann u. a., Weinheim und Basel 1991 (Reihe Pädagogik), S. 9.

<sup>1208</sup> Susanne Burghartz: *Historische Anthropologie / Mikrogeschichte*, in: *Kompass der Geschichtswissenschaft*, hg. von Joachim Eibach und Günther Lottes, Göttingen 2002, S. 206–218, hier S. 212.

<sup>1209</sup> *Sieben Zeitzeugen berichten: Aufgewachsen im Nationalsozialismus*, hg. vom Fischerhaus Blankenese, Hamburg 2005, S. 105.

gut gekannt?“ – „Waren Sie bei der HJ/beim BDM? War es eine schöne Zeit für Sie?“ – „Was haben Ihre Eltern über Hitler gedacht?“<sup>1210</sup> Die jungen Menschen von heute erfahren durch viele anschauliche und dadurch nachvollziehbare Beispiele vom Anpassungsdruck, von der Angst, denunziert zu werden, von der ideologischen Beeinflussung und der Vorbereitung der Jugendlichen auf den Krieg. Die Begeisterung damaliger junger Menschen für die Hitler-Jugend können sie zunächst nicht verstehen, denn sie entspricht nicht ihren Vermutungen über das Leben unter einer Diktatur. In ihren Geschichtsbüchern haben sie den Nationalsozialismus als alles beherrschend, grausam und menschenverachtend kennengelernt. Nun erfahren sie, wie das Regime auf junge Menschen gewirkt hat, welche die Ziele nationalsozialistischer Propaganda nicht durchschaut haben. Dass auch damals eine unbeschwertere, glückliche Kindheit möglich war, ist schwer zu vermitteln.<sup>1211</sup>

Die Erfahrung vieler Jugendlicher in der Anfangsphase des Nationalsozialismus war Begeisterung, war doch die damalige NSDAP eine ausgesprochen jugendliche Partei, welche die gegebenen Spannungen zwischen den Generationen für sich auszunutzen verstand. Der Nationalsozialismus wurde so zur „Protestbewegung der nicht-proletarischen Nachkriegsgeneration“.<sup>1212</sup> Anders als spätere dualistische Vereinfachungen es wahrhaben wollen, erfasste diese Begeisterung sowohl Jugendliche in Schulen, in denen noch der „alte Geist“ dominierte, als auch Schülerinnen und Schüler von Schulen, in denen für die Moderne aufgeschlossene Pädagogen den Ton angaben. Dabei ist zu bedenken, dass auch in einer neu gegründeten Schule durchaus der alte Geist herrschen konnte, während manche etablierte Schule sich dem „neuen Geist“ geöffnet hatte, also reformpädagogisch arbeitete. Diese Problemstellung muss noch einmal wieder aufgegriffen werden, wenn das Verhalten der Lehrerinnen und Lehrer zur Sprache kommt.

So machte sich die nationale Aufbruchstimmung auch im Schulalltag der Volksdorfer Walddörferschule bemerkbar, einer Schule, die reforme-

---

<sup>1210</sup> Fragen von 14- und 16-jährigen Schülern an Zeitzeugen bei Besuchen in Hamburger Schulen (ebd.).

<sup>1211</sup> Eva Düchting-Strate zu den Schulbesuchen, Gedanken und Äußerungen (ebd., S. 105–107).

<sup>1212</sup> Irmtraut Götz von Olenhusen: Die Krise der jungen Generation und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 12 (1980), S. 53–82, hier S. 56–57.

risch geprägt war und die Zeit der Diktatur im Großen und Ganzen ohne größere Beschädigung überstand.<sup>1213</sup>

„Wir Schüler waren 1933 in unserer Mehrheit ganz nationalsozialistisch. Hitler hatte es ja fertiggebracht, die Jugend sehr für sich einzunehmen. Es gab einen Deutschlehrer, der verzweifelt versuchte, uns von diesem ‚Kram‘ abzubringen, aber wir haben ihn nur ausgelacht. Wir haben als Schüler unsere Lehrer genau darauf beobachtet, wie wer den Arm hochkriegte zum Hitlergruß. Sie mussten uns ja mit dem Hitlergruß begrüßen, und das fiel einigen oder den meisten unserer Lehrer sehr schwer. Die Lehrerin Alice B. hat es nicht gemacht. Sie nahm auch sonst kein Blatt vor den Mund, ohne zu provozieren. Über den Parteieintritt haben die Lehrer auch mit uns gesprochen.“<sup>1214</sup>

„Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933“, erinnert sich ein Abiturient von 1940,

„wurden alle Schüler in die Aula gerufen, und ein Lehrer hielt eine Ansprache, und soweit ich mich erinnern kann, war der Redner immer Dr. K. Das Wohl des Volkes und die völkische Erneuerung rechtfertigen es, sagte er, dass sich Hitler über die Verfassung hinwegsetze. Damit gab er zu verstehen, dass Hitlers Machtausdehnung sich außerhalb der Verfassung vollzog. Aber dass er dahinter stand, gab er auch zu erkennen. Herr Dr. K. war sehr ehrgeizig und wollte gern Schulleiter werden.“

Die 14-jährige Schülerin der Lichtwarkschule Hannelore Glaser, die spätere „Loki“ Schmidt, gewährte, dass sie trotz Ablehnung des Nationalsozialismus bei Hitlers Besuch 1933 laut brüllte und winkte, sich also gruppenkonform verhielt und sich anpasste.<sup>1215</sup>

Als nicht eigentlich fremd erfahren die in der Mehrheit aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammenden Schüler der Oberrealschule Altona den

<sup>1213</sup> Siehe hierzu: Uwe Schmidt: Die Walddörferschule – eine Oase im „braunen Sumpf“? In: Walddorfer Gymnasium 1930–2005: Jubiläumsschrift 75 Jahre Walddorfer-Gymnasium Hamburg, Norderstedt 2005, S. 18–19.

<sup>1214</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988, Gustav B. (Abitur 1940).

<sup>1215</sup> Hannelore Schmidt (1994), S. 30.

Einbruch des Nationalsozialismus: „Wer national war – und man war als Oberschüler national –, der hatte eigentlich furchtbar wenig gegen den Nationalsozialismus einzuwenden.“ So habe sich die Ideologie des Nationalsozialismus unter den Schülern erfolgreich durchsetzen können.<sup>1216</sup>



Abb. 6: Plakatarbeit im Werkunterricht (Walddörferschule, 1937)

In der Reaktion junger Menschen auf die „nationale Revolution“ spiegeln sich sowohl kleinbürgerliche Milieus als auch die Bejahung der Hitler-Bewegung durch Jugendliche des wohlhabenderen Bürgertums: Schüler der Oberrealschule Eppendorf bildeten schon vor 1933 die Keimzelle des Nationalsozialistischen Schülerbundes, der von hier aus eine Reihe von Schulzellen bildete. Nach Einschätzung von Zeitzeugen bestand etwa ein Viertel der Eppendorfer Schüler aus fanatischen Nationalsozialisten – die vermutlich ihre Überzeugungen auch in den Unterrichtsalltag hineintrugen –, ein

<sup>1216</sup> Reinhard Dargel / Dierk Joachim: Oberrealschule für Jungen Altona (OJA). „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen!“ In: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 68–83, hier S. 72–74.

weiteres Viertel habe den Nationalsozialismus klar abgelehnt, und die Hälfte habe sich zumeist indifferent verhalten.<sup>1217</sup>



Abb. 7: Tagesausflug nach Finkenwerder (Schule Einunddreißiger Straße, 1933)

Begeisterung und Protestbereitschaft leiteten auch den HJ-Schulführer des Wilhelm-Gymnasiums, Ralph Baberat,<sup>1218</sup> der sich als eine Art Autoritätsperson stilisierte und versuchte, als Primaner im Braunhemd, die Hand am Koppelschloss, Lehrern und Schülern „Befehle zu erteilen“. Zum Jahrestag der „Machtergreifung“ 1934 engagierte er sich mit zahlreichen Sympathisanten aus der Schülerschaft für den nationalsozialistischen Lehrer Hans Rösch, der in seiner „Festrede“ vor der im Innenhof versammelten Schülerschaft den Schulleiter und zahlreiche Lehrer als politisch verdächtig, also

<sup>1217</sup> Oberlach (2004), S. 65. Oberlach bezieht sich auf die Untersuchung von Thomas Krause (1988), S. 211–221.

<sup>1218</sup> Nach Auskunft des Lehrers Hermann Lüssenhop war dieser Schüler schon vor 1933 Mitglied der SA und nahm noch im Februar 1933 an einer Saalschlacht teil (Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 [1981], S. 154).

gegen den Nationalsozialismus gerichtet, abgekanzelt und damit die Schüler zu Aktionen aufgehetzt hatte. Eine Woche lang glich die Schule einem aufgewühlten Ameisenhaufen: Schüler drohten mit Streik, störten den Unterricht, schlugen Scheiben kaputt und warfen eine Tränengasbombe. Der 18-jährige „Schulführer“ bekannte sich in einem Anschlag am Schwarzen Brett der HJ zu dem Schülerprotest als Ausdruck der Ehrlichkeit, denn sie sei „das deutsche Kampfesideal“.<sup>1219</sup>

Vergleichbar nach Einzugsgebiet und Schülerschaft mit Altona war die von dem späteren nationalsozialistischen Oberschulrat Karl Züge geleitete Bismarck-Oberrealschule in Eimsbüttel. Sie war geradezu der Inbegriff dieses Stadtteils: kleinbürgerlich, solide, überschaubar und eng – und in diesem Sinne verlässlich. Ordnungsmuster und Wertvorstellungen der Eltern und der Schule passten zueinander, und sie passten auch recht gut zu den Erziehungsvorstellungen des Nationalsozialismus. Dieser stellte also für Schüler, Lehrer und Eltern keinen Kontinuitätsbruch dar.<sup>1220</sup> Die Jugendlichen der Bismarckschule waren, wie der frühere Schüler Richard Bünemann berichtet, zu einem großen Teil begeisterte nationalsozialistische Jugendführer. Auch hier gab es zwei Lehrer, die, wenn sie sich auch vorsichtig ausdrückten, kein Blatt vor den Mund nahmen, es fiel ihnen schwer, die Begeisterung der jungen Leute zu verstehen. Indes: „Unmerklich haben sie uns mitgeprägt und ein gewisses Korrektiv gegen den Zeitgeist gebildet, dem wir als Jugendliche mehr als sie ausgeliefert waren.“<sup>1221</sup>

Was wusste eine 10- bis 13-Jährige von den politischen Veränderungen um sie herum?, fragt sich im Rückblick Ursula Philipp, die 1933 die Deutsche Oberschule auf dem Lübeckertorfeld (DOL), eine durch die Schulreform geprägte Mädchenschule, besuchte.<sup>1222</sup> Die montäglichen Morgenfeiern mit Flaggenhissung, der Gedanke, einen Führer zu haben, dem alle folgten, waren für sie ein beglückendes Gemeinschaftserlebnis. Ebenso erweckte das einmal während einer Geschichtsstunde eingeübte Exerzieren auf dem Schulhof in ihr ein „großartiges Gefühl gemeinschaftlicher Leistung“, was auch darin seinen Grund hatte, dass die Mädchen für den Mann, der da mit ihnen auf dem Schulhof das Marschieren in Sechserrei-

---

<sup>1219</sup> Ebd., S. 149–152.

<sup>1220</sup> Rudolf Nissen zum Verfasser im Oktober 1997; siehe Uwe Schmidt (1999), S. 300.

<sup>1221</sup> 75 Jahre Bismarck-Gymnasium (1981), S. 34.

<sup>1222</sup> Philipp (1994), S. 116–119.

hen trainierte, schwärmten: „Er war zwar nur mittelgroß und ein wenig untersetzt, doch er hatte hellblaue Augen und machte [...] einen ausgesprochen lebendigen, interessanten Unterricht in Deutsch und Geschichte. Im Ersten Weltkrieg war er Offizier gewesen.“ Die Rede ist von Alfred Kleeberg,<sup>1223</sup> einem der bedeutendsten Reformpädagogen der höheren Schule und offensichtlich charismatischen Lehrer, zuvor Leiter der reformorientierten Aufbauschule und jetzt der DOL.

Hatte der HJ-Schulführer des Wilhelm-Gymnasiums sich für die Position eines Befehlshabers entschieden, so fungierte der Schulführer der HJ an der Hindenburg-Oberrealschule in Hamm als nationalsozialistische Kontrollinstanz und als Denunziant. Die Begeisterung für die „nationale Revolution“ spiegelte sich ihm zu wenig im Schulalltag und im Verhalten des Schulleiters. So lieferte er am 13. Juni 1934 dem Leiter der HJ-Schuldienststelle in der Schulverwaltung, dem Lehrer Hans Einfeldt, mit dem er sich duzte, einen zweieinhalb Schreibmaschinenseiten langen Bericht über die „Zustände“ an seiner Schule.<sup>1224</sup>

Ganz andere Erfahrungen als die vom Nationalsozialismus Begeisterten machte der 14-jährige Helmut Schmidt an der „Mutterschule“ der Waldhöferschule, der Lichtwarkschule in Winterhude: Er bemerkte von 1933 bis 1937 trotz des von den Nationalsozialisten eingesetzten neuen Schulleiters Erwin Zindler keinen merklichen nationalsozialistischen Einfluss auf die Jungen und Mädchen seiner Klasse. Nicht einmal der Geschichtsunterricht sei nationalsozialistisch gefärbt gewesen.<sup>1225</sup> Für den Unterricht sei das Jahr 1933 kein Einschnitt gewesen, berichten frühere Schüler des Wilhelm-Gymnasiums, wohl aber für den Ablauf der Woche, die jetzt durch eine montägliche Flaggenparade im Lichthof eröffnet wurde.<sup>1226</sup>

Die Schülerinnen und Schüler der Aufbauschule, wie die beiden vorgenannten Schulen eine reformerisch geprägte Schule, erlebten ihre Lehrer so, dass sie auch ohne große Worte ihre Auffassung zum Nationalsozialismus vermittelten: „In einer Zeit, wo jedes unbedachte Wort gefährlich war, erkannte man Gesinnungsgenossen vor allem an dem, was sie nicht sagten.“

<sup>1223</sup> Über ihn und die Schulreformer im Hamburger Philologenverein siehe Uwe Schmidt (1999), S. 218–279.

<sup>1224</sup> StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1283 (Personalakte Franz Stoppenbrink). – Siehe auch unten, Kapitel 3.4.

<sup>1225</sup> Helmut Schmidt (1994), S. 222.

<sup>1226</sup> Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 (1981), S. 155.

Vieles habe sich an der Schule anders entwickelt, als es „oben“ erwünscht war.<sup>1227</sup> „Ist es also gelungen, die Schule gleichzuschalten?“, fragen die Verfasser einer Handreichung zur Vergegenwärtigung der nationalsozialistischen Schule 80 Jahre danach, und sie antworten: Es ist wohl nicht vollständig gelungen, die Umsetzung der Vorgaben war abhängig vom Vorgehen der Lehrerinnen und Lehrer, sie hinterließ aber unübersehbare Spuren.<sup>1228</sup>

Waren hinsichtlich der Begeisterung für die „nationale Revolution“ Vorgaben und Alltagsrealität noch eng beieinander, so gab es – vermutlich von Anfang an – auch Beklemmung und Angst und ein dementsprechendes Schutzverhalten, aber auch die Gewöhnung an das Unvermeidliche. So berichtet eine frühere Schülerin der Walddörferschule:

„Nach dem Tod meiner Eltern war ich Fahrschülerin. Wenn ich etwas von der Schule erzählte, warnte man mich: Sag das bloß nicht laut in der Bahn! Das war gefährlich. – Jeden Montag mussten wir zusammen mit den Schülern der benachbarten Volksschule zur Morgenfeier auf dem Innenhof zwischen den beiden Schulen antreten. Damit sich das Ritual aber nicht so abnutzte, wurde es später nur noch vor und nach den Ferien abgehalten.<sup>1229</sup> Die Fahne wurde gehisst, und dann mussten wir strammstehen und singen. Die Schüler wurden in einem großen Rechteck aufgestellt. Die ganze Sache dauerte etwa zehn Minuten. Es wurden auch Reden gehalten.“<sup>1230</sup>

„Später“, erinnert sich eine Abiturientin von 1938, „war die Aula mit Maten ausgelegt, da mussten wir die Führerreden und andere Reden anhören,

<sup>1227</sup> Inge Stolten: Staatliche Aufbauschule. Für die Nazis war unsere Schule eine Herausforderung. in: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 46–50, hier S. 47–48.

<sup>1228</sup> Durch Faszination zur Macht – die Faszination der Macht. Bausteine zum Verhältnis von Macht und Manipulation, Stuttgart 2003 (Handreichung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), S. 17.

<sup>1229</sup> Ab dem 10.10.1934 entfiel der bisherige regelmäßige Flaggenappell am Montagmorgen, und Hamburg richtete sich nach den Regelungen, die das RMI bereits am 3.11.1933 verfügt hatte: „Zum Beginn der Schule nach allen Ferien und zum Schulschluss vor allen Ferien hat vor der gesamten Schülerschaft eine Flaggenehrung durch Hissen bezw. Niederholen der Reichsfahne unter dem Singen einer Strophe des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes stattzufinden“ (StAAH, 362-3/40 Schule Turmweg: 108).

<sup>1230</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

die Lautsprecher waren sehr minderwertig. Am Staatsjugendtag,<sup>1231</sup> jeweils am Sonnabend, mussten alle, die nicht im BDM oder in der HJ waren, in die Schule gehen.“ Eine Abiturientin von 1943 ergänzt:

„Wir hatten diesen Tag in der Schule und sollten ‚Weltanschauung‘ haben. Aber statt dessen haben wir *Das Gespenst von Canterville*<sup>1232</sup> gelesen, und Herr Sch. erzählte von seiner Italienreise, aber ‚Weltanschauung‘ haben wir nicht betrieben.“

Gemäß nationalsozialistischen Erziehungsnormen mussten auch an der Walddörferschule, die als Koedukationsschule gegründet war, Jungen und Mädchen unterschiedlich erzogen und unterrichtet werden. Es wurden daher nach Geschlechtern unterschiedene Geschichtsbücher verwendet, bei den Mädchen musste alles auf Fraulichkeit „dressiert“ werden.

1939 versuchte ein Lehrer, die Schüler des Abiturientenjahrgangs vom Recht auf einen Angriffskrieg zu überzeugen. Auch ein Angriffskrieg sei ein erlaubter Krieg, das sei immer so gewesen, und ein Volk, das nachweislich stärker sei als ein anderes, habe das Recht, die Nachbarn zu überfallen und ihnen Teile ihres Landes oder das ganze Land wegzunehmen. Die Schüler der Oberschule seien ja die kommende Elite und sollten dazu ein nüchternes und klares Verhältnis haben. Die sechs Jahre zuvor noch begeisterten jungen Menschen reagierten verhalten bis ablehnend:

„Die offizielle Politik, die in den Zeitungen stand, sprach immer nur davon, dass wir angegriffen würden. Dabei passte dieser Mann von seiner ganzen Persönlichkeit her gar nicht zu einer solchen Angriffspolitik. Er soll, so erzählte man, früher Sozialdemokrat gewesen sein, denn es gab ja an der Oberschule auch sozialdemokratische Lehrer. So war diese Aussage eigentlich unfassbar für uns. Er wirkte nicht glaubwürdig, und vielleicht war auch seine Zugehörigkeit zu den Sozialdemokraten nicht glaubwürdig. Unser Geschichtslehrer war immer ganz verzweifelt, dass wir nicht diskutieren wollten. Wir haben uns da sehr zurückgehalten.“

---

<sup>1231</sup> Der Staatsjugendtag wurde am 7.6.1934 eingeführt und am 4.12.1936 wieder aufgehoben. Durch ihn sollte die Gleichrangigkeit von HJ und Schule ausgedrückt werden.

<sup>1232</sup> Erzählung von Oscar Wilde (*The Canterville Ghost*, 1887).

1939/40 hätten diese Schüler mit der ganzen Klasse an einer Seegerichtsverhandlung teilgenommen, in der es offensichtlich um die für England bestimmte Ladung eines beschlagnahmten neutralen Frachters ging. Die Richter wirkten auf die Schüler parteiisch-ideologisch, was aber auch daran gelegen haben kann, dass sie die juristischen Spitzfindigkeiten eines solchen Falles nicht verstanden.

Die bisher dargestellten Erfahrungen mit dem Schulalltag im Nationalsozialismus stammen von damals jungen Menschen, die auf Grund ihres Bildungsstandes in der Lage waren, später über ihre Jugend und Schulzeit zu berichten. Für Kinder aus einfacheren Verhältnissen sind wir auf einen Dolmetscher angewiesen. In der Lehrerin Elisabeth Flügge (1895–1983) haben wir eine solche Vermittlerin vor uns. Sie ist als eine Zeitzeugin, die sich dem Nationalsozialismus verweigert und von Verfolgung Betroffenen beigestanden hat, in jeder Hinsicht glaubwürdig.<sup>1233</sup> Elisabeth Flügge hat uns die Reaktion ihrer proletarisch geprägten Schülerinnen und Schüler auf den Nationalsozialismus und die ihrer Eltern mit Liebe zu den Kindern und mit Empathie dargestellt. Ihr Bericht ist derart konkret und anschaulich, dass ganze Passagen hier übernommen werden können, ohne dass sie als Zitat gekennzeichnet sind. Die Sprech- und Schreibweise der Aufzeichnungen bleibt in dieser Darstellung unverändert, weil sich so ein authentisches Bild ergibt. Zugleich wird aus Flügges Darstellung die Gratwanderung deutlich, die eine Lehrerin auf sich nehmen musste, die den Nationalsozialismus aus innerster Überzeugung ablehnte, diese Ablehnung jedoch immer wieder verschleiern musste.<sup>1234</sup> Die Mädchenschule Große Freiheit 63–65 in Ost-Altona an der Grenze zu Hamburg war 1884 als

---

<sup>1233</sup> Van Dijk (1988), S. 163–178. – Ausführlich (mit Bild) wird Elisabeth Flügge vorgestellt in: Reiner Lehberger / Christiane Pritzlaff / Ursula Randt: Entrechtet – vertrieben – ermordet – vergessen. Jüdische Schüler und Lehrer in Hamburg unterm Hakenkreuz, hg. von der Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburg 1988, S. 19–20 („Elisabeth Flügge [1895–1983]: Eine christliche Lehrerin hält zu ihren jüdischen Schulkindern“). Vgl. auch die Kurzbiographie von Ursula Randt: Flügge, Elisabeth, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, hg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Band 1, Hamburg 2001, S. 100, sowie: Wie wird es weitergehen ... Zeitungsartikel und Notizen aus den Jahren 1933 und 1934, gesammelt und aufgeschrieben von Elisabeth Flügge, bearb. von Rita Bake, Hamburg 2001.

<sup>1234</sup> Elisabeth Flügge: Die Mädchenschule an der Großen Freiheit, in: Neues Hamburg, Nr. 12 (1958), S. 60–64. Lutz van Dijk (1988), S. 169, schildert seine Nachkriegsbegegnung mit einer Schülerin Flügges. Auf die Frage, warum die Erwachsenen denn nie ein Wort von den Verbrechen der Nationalsozialisten gesagt hätten, habe Elisabeth Flügge geantwortet: „Hast du denn wirklich nicht gemerkt, dass ich mit meiner ganzen Seele dagegen war all die Jahre?“

8. Mädchen-Volksschule der Stadt Altona gegründet worden und wurde 1937 dem hamburgischen Stadtteil St. Pauli zugeordnet.<sup>1235</sup> Arbeitslosigkeit und Armut hatten hier schon vor Beginn der nationalsozialistischen Diktatur geherrscht. Fünf Jahre nach dem Machtwechsel gab es in der Schule, in der Elisabeth Flügge Lehrerin war, noch viele Kinder, die hungerten und so kümmerlich bekleidet waren, dass das einzige Hemd, das sie besaßen, von ihren tüchtigen Müttern abends ausgewaschen und nachts getrocknet wurde, damit es morgens wieder sauber angezogen werden konnte. So schrieb ein Mädchen: „Mein größter Wunsch ist, jeden Tag ein warmes Mittagessen zu bekommen“, und ein Vater stellte für sein Kind, das gefehlt hatte, eine Entschuldigung aus: „Ich hatte kein Geld, Brot oder Milch zu kaufen und hungrig schick ich ihr nick in die Schule.“ Am trostlosesten war es um die Schuhe bestellt; fast alle trugen zerrissenes Fußzeug, einige gingen auf ausgeschnittenen Tanzschuhen mit ganz hohen Absätzen, deren Oberleder zerrissen war; die Sohlen hingen lose daran und wurden mit Bindfaden, der ums Bein geschlungen war, festgehalten. Viele gingen in Pantoffeln und alten Filzschuhen. Die Väter der Mädchen waren zum Teil Kommunisten, und einige waren seit Jahren im KZ, oder sie waren unständig beschäftigte Hafenarbeiter. Viele Kinder hatten keinen Vater, und die Mütter arbeiteten meistens in einer Fabrik.

Aus den spontanen Äußerungen der Kinder konnte die Lehrerin darauf schließen, was in den Elternhäusern über den Nationalsozialismus gesprochen wurde. Kinder und Eltern verhielten sich jedoch in der Schule vorsichtig und zurückhaltend. Die Eltern unterzeichneten selten ihre Briefe mit „Heil Hitler“, allenfalls „Mit deutschem Gruß“. Wenn sie aber Anordnungen von der Schule bekamen, die sie ablehnten, unterschrieben sie mit „Heil Hitler“. Eine Aufforderung, sich an der Altmaterialsammlung zu beteiligen, wurde so gekontert:

„Wertes Fr!l.! Hielt es nicht für nötig, Iris am Sonnabend zum Sammeln zu schicken. Sie geht zur Schule zum Lernen und nichts anderes. Im übrigen über mein Kind Vormund bin ich und nicht die Partei. Heil Hitler!“

---

<sup>1235</sup> Zu dieser Schule siehe: Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1938–1939 (1938), S. 168; Handbuch der Hansestadt Hamburg 1939 (1939), S. 145.

Das Elternhaus stellte also eine wirksame Barriere gegen den Nationalsozialismus dar.<sup>1236</sup> Der Begriff „Arier“ war den Eltern auf St. Pauli fremd. Die in das Verkehrsheft eingetragene Frage, ob das jeweilige Kind „arisch“ sei, erhielt einmal die Antwort: „Nein. Mamma weiß gar nick, was das is, aber bezahl'n will si nix!“ Eine andere Mutter, die schon ein wenig Vertrauen zu der Lehrerin gefasst hatte, flüsterte ihr einmal zu: „Sagen Sie mal selbst, Fräulein, besser war es doch, als wir noch keine Arrier hatten!“ Nach Kriegsausbruch entschuldigte eine Mutter das Fehlen ihrer Tochter: Sie sei nicht krank, sondern „die hab ich nach Finkenwerder geschickt, dass sie Speck und paar Eier kriegt“. Auf die Frage, ob die Kinder von den auf Lebensmittelkarten zugeleiteten Rationen nicht satt würden, entgegnete diese Mutter voller Empörung:

„Meinen Sie, ich schick die Deern nach Finkenwerder für uns? Sie soll was für die armen alten Juden holen, die da bei uns im Stift wohnen, die die Nazis glatt verhungern lassen!“

Auf die Frage, ob noch mehr Leute in ihrer Wohngegend so dächten, erhielt die Lehrerin die Antwort:

„Da könn' Sie aber lange suchen, bis Sie ein' finden, der anders denkt!  
Und das will ich Ihn'n man sagen: Hitler, für den gibt es nur eins:  
Zweimal durch'n Wolf!“

Um die Ablehnung des Nationalsozialismus nicht zu deutlich zu bekunden, umging die Lehrerin den Hitlergruß, indem sie den nachlässig erhobenen rechten Arm gleich wieder senkte und sprach: „Setzt euch!“ Aus dem Unterricht sollen vor allem die Äußerungen der Kinder deutlich werden. Im Religionsunterricht führte das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ auf die Kriegssituation, die offensichtlich Ausnahmen zuließ. Auf die Frage einer Schülerin: „Warum vermeidet man nicht Kriege?“ entgegnete die Lehrerin, das sei eine kluge Frage. Vielleicht könne man die Kriege vermeiden, wenn man die Völker fragen würde, ob sie Krieg führen wollten. Die meisten würden wohl nein sagen. „Aber wenn die Regierungen den Krieg wol-

---

<sup>1236</sup> Das deckt sich mit den Forschungsergebnissen von Rotte (2000), S. 277: Sie fand keine Bestätigung, dass die Schüler ein politisches Bewusstsein erhielten, mit dem sie in die politische „Volks- und Wehrgemeinschaft“ hineingewachsen wären. Treue und Loyalität gegenüber dem Elternhaus waren Hindernisse dagegen.

len, dann müssen wir uns fügen!“ Damit war aber die Fragestellerin nicht zufrieden: „Mamma sagt, haben alles die Juden Schuld.“ „Nee“, fuhr eine Mitschülerin empört dazwischen, „mein’ Mutter sagt, das kommt alles von den einen Kerl!“ Auf die absichtlich unehrliche, diplomatisch formulierte Gegenfrage der Lehrerin: „Meint deine Mutter wohl Churchill?“ antwortete das Mädchen nicht und sah die Lehrerin fast böse an.

Der Vater einer der Schülerinnen war, wohl 1942, in englische Gefangenschaft geraten und nach Kanada gebracht worden. Von dort schickte er ein Bild nach Hause, das ihn in einem gut genährten Zustand zeigte. Der Zensor solle auch mal sehen, wie gut er es dort habe. Dies kommentierte eine Mitschülerin, wie Elisabeth Flügge schreibt, bedächtig und altklug:

„Mein’ Mutter sagt immer: Lass die Engländer und Russen man ruhig kommen, die tun uns noch lange nix, aber all die Hohen, die häng’n sie auf, so wie Rommel und Kuddel Kaufmann und so, die tun sie was, sagt mein’ Mutter, die haben ja die ganze Schuld.“

Die unerwartete Rückkehr Napoleons von Elba nach Paris als Thema der Geschichtsstunde, der immer stärker werdende Jubel, je weiter Napoleon nach Paris vordrang, provozierte die Schülerinnenfrage:

„Wenn nun mal Adolf Hitler auf ’ne einsame Insel verbannt würde und auf einmal käm’ er wieder nach Deutschland – glauben Sie, dass die Soldaten und die andern Leute ihm auch zujubeln würden?“

Die Klasse saß mucksmäuschenstill und wartete gespannt auf die Antwort der Lehrerin:

„Doch, das glaube ich wohl. Es ist ja oft so, dass zuerst nur einige aus einer großen Menge jubeln und schreien, und dann werden die anderen mitgerissen und schreien auch.“

Auf der hintersten Bank tippte sich ein Mädchen mit dem Finger mitten auf die Stirn und zeigte dann mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die Lehrerin, was in ihrer Sprache bedeutete: „Du hast ja’n Vogel.“

Elisabeth Flügge verdanken wir auch Auskunft über die volkstümlichen Lieder, die spontan gesungen wurden. Bei einer Rast auf einem Ausflug an die Elbe im Sommer 1939 verlangten die Kinder zu singen, weil es so schön war. Ehe die Lehrerin ein bekanntes Volks- oder Wanderlied vorschlugen

konnte, stimmten sie begeistert ein zeitgemäßes Lied an nach der Melodie des damals sehr beliebten Schlagers „Kleine Möwe, flieg nach Helgoland“ mit folgendem Text, den sie mehrere Male wiederholten, während sie dazu den Takt mit ihren milchgefüllten Bierflaschen gegen die weißgestrichenen Lehnen der gepflegten Bänke schlugen:

„Kraft durch Freude – fährt nach Helgoland,  
jeder Volksgenosse einmal an die See, drei Mark achtzig –  
ja das macht sich –  
und den Rest bezahlt die NSDAP.“

Ein weiteres Lied hatte eine 1942 zur Erholung verschickte Schülerin aus Dänemark mitgebracht. Das hatte sie zu Hause auch ihrer Mutter vorgesungen: „Die hat gelacht, aber sie sagt, unser Frollein in der Schule soll ich das man lieber nick vorsingen!“ – „Aber eigentlich muss ich doch wissen, was für Lieder unsere Kinder, die nach Dänemark verschickt werden, dort lernen.“ Auf inständiges Bitten anderer Schülerinnen fasste sie Mut und sang (nach der Melodie des 1937 von Norbert Schultze vertonten, damals viel gesungenen Liedes „Lili Marleen“):

„An der Laterne – bei der Reichskanzlei –  
da hängen all die Nazis – der Führer mit dabei.  
Alle Leute bleiben stehn,  
sie wollen ihren Führer sehn, wie einst Lili Marleen.“

Das Spektrum, über das Elisabeth Flügge berichtet, umfasst auch die Situation der Schüler, die nach der Sprachregelung des Regimes „Mischlinge“ waren. Eine betroffene Schülerin des 7. Schuljahres schrieb zum Aufsatzthema „Meine Gedanken bei der Entlassungsfeier der Konfirmandinnen“:

„Am 27. März hatten die Konfirmandinnen des Jahres 1941 ihre Entlassungsfeier. Klasse 6 und 7 war auch dabei. Viele Kinder unter uns haben wohl gedacht: Nächstes Jahr wirst du hier unter den Konfirmandinnen sein. Ich dachte es auch. Aber nicht mit Freuden, sondern ich bin traurig, wenn ich da an denke. Ich hätte mich vielleicht auch gefreut wie viele andere, die nun das, was sie gerne werden möchten, werden können. Aber das kann ich ja gerade nicht. Ich darf nur in Haushalt. Mein Wunsch aber ist, dass ich Verkäuferin werde, oder

Krankenschwester bei kleinen Säuglingen. Ich beschäftige mich ja so gerne mit kleinen Babys. Der Grund aber, dass ich dies alles nicht werden kann, ist der, weil ich ein Mischling bin, halb Jude und halb Christ. Warum das so ist, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass es nicht recht ist. (Zeigen Sie es bitte niemand anderes). Wer weiß, vielleicht ist es nächstes Jahr anders und gerechter. Ich bin doch ebenso ein Mensch wie jeder Andere. (Lesen Sie es bitte nicht vor).“

Einige Jahre vorher war Ilse F. (und zwar mehrere Male nacheinander) Schulsiegerin in den Sportwettkämpfen der Walddörferschule geworden. Als sie – etwa 1936 – wieder die Erste war, rief der Schulleiter Dr. Fritz Duschschön sie in sein Zimmer und sagte ihr, indem er ihr mit Tränen in den Augen die Hand reichte: „Du bist an sich Schulsiegerin geworden, aber wir sind leider gezwungen, das nicht öffentlich bekanntzugeben.“ Alle seien dagegen, aber sie seien gezwungen, das so zu handhaben. Die Siegerin hatte einen jüdischen Vater, der im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte und mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden war. Sie war evangelisch getauft und entstammte einer alten Arztfamilie, die Sanitäts- und Geheimräte hervorgebracht hatte. Ihr Vater durfte nicht mehr praktizieren und nahm sich später das Leben, und die Tochter durfte die schulische Auszeichnung, die sie sich durch ihre sportlichen Leistungen verdient hatte, nicht entgegennehmen. Die Haltung des Schulleiters hat die frühere Schülerin bis ins hohe Alter nicht vergessen: Er habe das, was ihn bedrückte, so schön gesagt, dass es sie gar nicht mehr gequält habe. Ein anderer Lehrer der Schule habe den Vorfall mit den Worten in seiner Klasse kommentiert: „Das ist ein schwarzer Tag für die Schule.“<sup>1237</sup>

Wenig wissen wir über die Reaktionen von Schülern auf die Reichspogromnacht 1938. Die von ihm selbst als „beschämend“ bezeichnete Antwort des damals 13-jährigen Karl-Heinz Hering lautet:

„Ich kann mich nicht daran erinnern, dieses Geschehen als etwas Schlimmes oder als Unrecht empfunden zu haben. An die Not der verfolgten und gequälten Menschen habe ich in jener Zeit nie gedacht.“

---

<sup>1237</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

Die Ursachen, sagt er zur Erläuterung, hätten im Alter, im Verhalten von erwachsenen Vorbildern und in der Unkenntnis darüber, was wirklich geschehen war, gelegen. Der ab dem 2. September 1941 vorgeschriebene Judenstern sei von der Bevölkerung ohne besondere Anteilnahme hingenommen worden. Im Alltag habe man Menschen mit dem Judenstern ohnehin selten gesehen.<sup>1238</sup> In der Nähe des Dammtorbahnhofs sah der zehnjährige Poppenbütteler Schüler Joachim Duve den gelben Stern zum ersten Mal: „Ich war sehr betroffen, da ich als Kind nicht informiert war. In Poppenbüttel gab es so etwas nicht.“<sup>1239</sup>

Jan B. (geb. 1929) war nach den Kriterien des Regimes „Mischling 2. Grades“, also „Vierteljude“.<sup>1240</sup> Nach seiner Erinnerung kam es bis Kriegsende vor allem darauf an, den Mund zu halten. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 habe er zufällig einen Klassenkameraden besucht, der eine gewisse wütende Verbitterung gegen die Attentäter bekundete. Da habe er (als 14-Jähriger) gesagt: „Aber dabei waren doch auch Offiziere, die genau über die Lage Bescheid wussten.“ Diese Bemerkung habe er hinterher bereut, weil sie gefährlich war. Er habe auch in der Schule große Angst gehabt, habe den Mund gehalten und habe gelogen, wo es irgendwie nötig war. Die Schulsekretärin sei damals durch die Klassen gegangen und habe gefragt, wer hier „Mischling“ sei, für die Statistik. Da habe er sich aus lauter Angst nicht gemeldet. Hinterher sei er zu ihr gegangen und habe es nachgemeldet mit der Bemerkung, er habe nicht aufgepasst.<sup>1241</sup>

„Lichter im Dunkeln“ hat der Schüler Benjamin Herzberg in einer Preisarbeit zum „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte“ 1997 die Menschen genannt, die das persönliche Risiko auf sich nahmen, verfolgten und be-

---

<sup>1238</sup> Karl-Heinz Hering: *Erinnerungen, ms.*, Hamburg 1990–1992, S. 74 und 94.

<sup>1239</sup> Rainer Hoffmann: *Schul- und Jugendzeit während der Zeit des Nationalsozialismus in Poppenbüttel*, in: *Jahrbuch des Alstervereins 79* (2005), S. 34–56, hier S. 37.

<sup>1240</sup> Nach einem REM-Erlass von 1942 durften „Mischlinge 2. Grades“ – wie Jan B. – in die Oberschulen aufgenommen werden, wenn die Raumverhältnisse eine Aufnahme ohne eine „Benachteiligung“ von Schülerinnen und Schülern „artverwandten Blutes“ gestatteten (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 353). Nach einer Umfrage nach dem Kriege (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 354) mussten am 27.3.1942 Rolf Z. (geb. 1925, 10. Jahrgangsstufe) und am 25.3.1944 Margrit E. (geb. 1926, 8. Jahrgangsstufe) die Walddörferschule verlassen, weil sie „Mischlinge“ waren.

<sup>1241</sup> *Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.*

drohten Menschen während der Diktatur zu helfen. Eine von ihnen war die Schülerin der Oberschule für Mädchen Lerchenfeld, Ruth Held.<sup>1242</sup>

Schon vor dem Abitur im Frühjahr 1942 erhielt Ruth Held über ihre Deutschlehrerin, Dr. Strehl,<sup>1243</sup> Verbindung zum Jesuitenpater Ludger Born, der bei Kriegsausbruch zunächst Hilfe für die zum Katholizismus konvertierten Juden organisiert hatte. Pater Johannes Kugelmeier setzte diese Hilfe fort, als Pater Born nach Wien versetzt wurde. Er organisierte mit der Lehrerin Dr. Strehl, Studentinnen und einigen Schülerinnen die Lieferung von Lebensmitteln in das „Judenhaus“ in der Rappstraße. Als die Lehrerin 1942 in die KLV nach Böhmen geschickt wurde, übernahm die 19-jährige Ruth Held, die nach dem Abitur ab Herbst 1942 im Kriegshilfsdienst zum Geschirrspülen in einer Kindertagesstätte eingesetzt war, deren Aufgabe. Sie sammelte Lebensmittel in Krankenhausküchen bei Ordensschwestern, in Lebensmittelgeschäften und bei Privatleuten. Im Universitätskrankenhaus Eppendorf unterstützte der Chefarzt der Kinderklinik, Dr. Rudolf Degkwitz,<sup>1244</sup> die Aktion. In einer Wohnung in der Rappstraße im Grindelviertel, in der eine Familie mit „privilegierter Mischehe“ lebte, wurden diese Lebensmittel deponiert und von Juden abgeholt. Zu allem Überfluss war der Sohn dieser Familie in der HJ und drohte immer wieder, er werde etwas sagen. Pater Kugelmeier prägte Ruth Held ein, nie ihren Namen, überhaupt nie einen Namen zu nennen: „Die linke Hand darf nicht wissen, was die rechte Hand tut.“ Für den Fall ihrer Verhaftung hatte sie sich vorgenommen zu sagen: „Gegen eure Politik hab’ ich ja gar nichts. Mir tun diese

<sup>1242</sup> FZH, Archiv, WdE: 419 T (Ruth Held; Interview vom 4.4.1996 durch Jens Michelsen); Benjamin Herzberg: Lichter im Dunkeln. Hilfe für Juden in Hamburg 1933–1945. Ein Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten, Hamburg 1997, S. 60–75; Gespräch des Verfassers mit dem Sohn von Ruth Held, Joachim Held, am 12.4.2007. – Ruth Held wurde am 8.11.1923 als Tochter des sozialdemokratischen AOK-Angestellten Rudolf Held geboren, war in Barmbek aufgewachsen und starb am 20.3.2007.

<sup>1243</sup> Wahrscheinlich identisch mit Dr. Ruth Strehl, geb. am 5.5.1906, im *Hamburgischen Lehrer-Verzeichnis* für 1955/56 geführt als Lehrerin der Klosterschule (Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis. Jahrgang 1955/1956 [Stand vom Mai 1955], Hamburg 1955, S. 200, Ziffer 4920).

<sup>1244</sup> Degkwitz wurde 1943 festgenommen und 1944 vor dem Volksgerichtshof angeklagt. Als Beweismittel mussten seine an seinen Sohn an die Front geschriebenen Briefe herhalten. 1946 emigrierte Degkwitz in die USA. Über Degkwitz’ mutiges Eintreten gegen den Nationalsozialismus und für die Menschlichkeit: Joist Grolle: Einer der hinsah, wo andere wegsahen: Der Hamburger Kinderarzt Rudolf Degkwitz gibt Zeugnis von den NS-Verbrechen, in: Hamburg und sein norddeutsches Umland. Aspekte des Wandels seit der Frühen Neuzeit. Festschrift für Franklin Kopitzsch, hg. von Dirk Brietzke, Norbert Fischer und Arno Herzig, Hamburg 2007 (Beiträge zur hamburgischen Geschichte 3), S. 377–389.

Menschen nur leid.“ In ihren Kalender schrieb sie: „Geld für die Rappstraße“. Am Pfingstmontag, dem 14. Juni 1943, suchte ein verhülltes männliches Wesen sie in ihrer Wohnung in Barmbek im 4. Stock auf, flüsterte: „Bleib zu Hause!“ und drückte ihr geschwind einen Zettel in die Hand. Sie solle eine bestimmte Telefonnummer anrufen, ehe es zu spät sei. Von einer Telefonzelle aus erfuhr Ruth Held, sie solle zu Hause bleiben. Die SS hatte am Umfang des Abfalls der jüdischen Familien erkannt, dass sie „zu viel“ Essen hatten, und wollte nun in der Wohnung in der Rappstraße den Überbringer verhaften, doch hatte die Tochter des zuständigen SS-Hauptsturmführers Wolff in ihrer Wohnung in der „Harvestehuder Straße“ (wahrscheinlich gemeint: Harvestehuder Weg) hinter einer Gardine versteckt ein Gespräch mitgehört, in dem von der Wohnung in der Rappstraße die Rede war; die SS werde dort auf den Helfer warten und ihn abpassen. Auch dieses Mädchen war eine Anhängerin von Pater Kugelmeier, dem es über etliche Umwege gelang, Ruth Held zu warnen. Ein anderes Mädchen wurde verhaftet, jedoch bald wieder freigelassen. Das „Anonymisierungsverfahren“ von Pater Kugelmeier hatte sich bewährt. Einer wusste nichts vom anderen, das verhaftete Mädchen wusste nichts von der Hilfe für Juden und kannte die Wohnung in der Rappstraße nicht. Die Helfer fanden eine andere Wohnung und konnten ihre Aktionen bis einen Monat vor der Juli-Katastrophe 1943 fortsetzen.<sup>1245</sup>

Als kriegsdienstverpflichtete Jungarbeiterin, nicht mehr Schülerin, musste Ruth Held von 1943 bis 1945 in den „Hanseatischen Kettenwerken“ kriegswichtige Fabrikarbeit leisten. Dort traf sie auf ausländische „Fremdarbeiter“ und gleichaltrige Jüdinnen, Studentinnen aus Tschechien, Österreich und Rumänien, die von Auschwitz über Stutthof bei Danzig nach Hamburg gebracht worden waren und in Außenlagern des KZ Hamburg-Neuengamme gefangengehalten wurden. Sie vermied es, hingewiesen darauf durch ihren mutigen Vorarbeiter, Ungenauigkeiten oder Fehler der Zwangsarbeiterinnen in das Mängelheft einzutragen, weil das deren sofortige Ermordung zur Folge gehabt hätte. Da sie auch sonst diesen Arbeiterinnen auf vielfältige Weise half (unter anderem tauchte sie ihr Berichtsheft, als der Chef es verlangte, in ein Fass Öl und wurde dafür von ihm zusammengeschlagen), kam die 21-Jährige auf die Schwarze Liste der SS. Es gelang ihr, gewarnt vor einer unmittelbar bevorstehenden Verhaftung, im

---

<sup>1245</sup> Der letzte größere Transport mit Deportierten verließ Hamburg am 23.6.1943.

April 1945 in letzter Minute, trickreich dem Zugriff der SS zu entkommen, indem sie scheinbar lässig unauffällig die Fabrik verließ und sich bei einem Arzt ein Attest besorgte, das ihr bestätigte, sie sei krank und dürfe mit dem Zug die Elbe überqueren, um zu ihren Eltern zu gelangen.<sup>1246</sup> Inzwischen war die Gestapo schon in ihrer Wohnung in Groß Borstel gewesen, um sie zu verhaften. Sie gelangte am 10. April 1945 in das Heidehaus ihrer Eltern, nicht weit von den Hamburg von Süden umzingelnden britischen Truppen entfernt. Hierher kam keine Gestapo mehr. Ruth Held blieb dort bis zum Einmarsch der britischen Truppen. In der Rückschau hat Ruth Held ihr Engagement so dargestellt: Sie habe damals erfahren, wie entsetzlich schwer es sei, aus der Reihe zu treten, „weil ich die Klarheit meines Lebens bewahren musste. Ich habe gelernt, nur das zu tun, was ich für richtig halte.“<sup>1247</sup>

Eine heute immer wieder gestellte, alle damals lebenden Generationen betreffende Frage ist: Was wusste „man“? Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Blick auf den Stand der historischen Forschung hilfreich.<sup>1248</sup> Das „Dritte Reich“ war eine Zustimmungsdiktatur, die auf die „Volksmeinung“ durchaus Rücksicht nahm und sich nach 1933 auf eine wachsende Konsensbereitschaft der Gesellschaft stützte. Die fortschreitende Ausgrenzung der Juden, ihre Deportation und Ermordung waren nicht allein eine Aktion der nationalsozialistischen Machthaber und ihrer Helfershelfer, sie waren auch ein sozialer Prozess, an dem die deutsche Gesellschaft in vielfältiger Weise beteiligt war, und wären ohne diese Konstellation so gar nicht möglich gewesen. Gleichgültigkeit, Feigheit und Brutalität von Mitbürgern, Konsens, Anpassung, Beteiligung, Distanzierung und Widerstand gehören in diesen Kontext, und Mischformen aus diesen Komponenten waren mehr die Regel als die Ausnahme. „Die Behauptung, die Deutschen hätten von dem Völkermord an den Juden nichts gewusst, ist nicht haltbar.“<sup>1249</sup> Aber nur innerhalb geschlossener Milieus konnten Auf-

<sup>1246</sup> Da die britischen Truppen bereits bis in den Süden Hamburgs vorgedrungen waren, war die Überquerung der Elbe nur noch mit besonderer Erlaubnis oder einem Attest möglich.

<sup>1247</sup> Mitteilung von Joachim Held am 12.4.2007.

<sup>1248</sup> Frank Bajohr / Dieter Pohl: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006; Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006. Im Zusammenhang mit Rudolf Degkwitz: Grolle (2007), S. 378.

<sup>1249</sup> Bernward Dörner: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007, S. 362 und 417.

fassungen artikuliert werden, die vom öffentlich geltenden Konsens deutlich abwichen.<sup>1250</sup>

In diesem Rahmen lassen sich auch die Erinnerungen früherer Schüler und Lehrer verstehen: Verschiedene frühere ältere Schüler der Walddörferschule wussten, wie sie 1988 äußerten, „untereinander Bescheid“. „Machen konnten wir nichts, und wenn man sich nicht selbst gefährden wollte, dann schwieg man.“ Vieles, was man vor dem Kriege hörte (!), habe man einfach nicht für möglich gehalten, manches habe man sich gar nicht vorstellen können. Ilse F., die Tochter des jüdischen Arztes:

„Im Grunde waren wir arglos. Dass es Konzentrationslager gab, haben wir überhaupt nicht geglaubt. Man machte sogar Witze darüber, indem man von ‚Konzertlagern‘ sprach, um das zu beschönigen. In der Zeitung *Hamburger Fremdenblatt* wurde geschrieben, das seien Einrichtungen ‚zur Selbstbesinnung‘.“

Ilse L. (Abitur 1938), die ab 1942 als Berufsschullehrerin arbeitete und in den letzten Kriegsjahren Berufsschülerinnen in den Vierlanden zu betreuen hatte:

„Ich hatte ein gutes Verhältnis zu meinen Schülerinnen, die Töchter von Gemüsebauern waren. So kam ich nach Neuengamme zu einem Territorium, das als ‚militärisches Sperrgebiet‘ deklariert war. Ich fragte: Was ist das da eigentlich in Neuengamme? Das Echo: eisiges Schweigen. Der Vater einer meiner Schülerinnen hatte seine Ländereien direkt an diesem Sperrgebiet, das zum Außenlager Neuengamme gehörte. Die müssen etwas gewusst haben. Aber sie schwiegen, aus Angst. Wenn sie irgendetwas gesagt hätten, dann ... Das war die Situation.“<sup>1251</sup>

Das Abhören von „Feindsendern“ – BBC oder der Soldatensender Calais – war streng verboten und wurde bestraft, geschah aber trotzdem. Für jüngere Schülerinnen und Schüler war es jedoch ohne die Hilfe des Elternhauses unmöglich abzuwägen, was denn nun falsch, was richtig war. Die Sieges- und Erfolgsmeldungen der deutschen Seite wurden eher geglaubt als das, was die andere Seite über den Kriegsverlauf berichtete.<sup>1252</sup>

<sup>1250</sup> Longerich (2007), S. 319; Bajohr/Pohl (2006), S. 16–19.

<sup>1251</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

<sup>1252</sup> Rainer Hoffmann: Schul- und Jugendzeit (2005), S. 41.

Für – wie viele? – andere Jugendliche wird als „Bilanz in der Stunde Null“ das zutreffen, was aus Tagebucheintragungen einer 15-jährigen Schülerin in der zweiten Mai-Woche 1945 deutlich wird:

„In der Nacht zum 8. Mai wurde die Kapitulation Deutschlands unterschrieben. Die Feinde triumphierten, und die Leute geben sich Freudenküsse. Ach ja, so habe ich mir immer unseren Sieg vorgestellt! Wir hätten auch allen Grund dazu gehabt. Aber ist es ein Wunder, wenn die ganze Welt gegen uns ist, dass wir da verlieren? Ich kann die Wut kriegen, wenn sie uns im Radio so gehässig immer wieder die bedingungslose Kapitulation auf die Nase backen. Das Schlimmste ist aber, dass die Leute noch so freundlich zu den Engländern sind: Es sind ja so rührende Leute! Na, bald werden sie sich vielleicht noch in die alte Zeit zurückwünschen. Jeden Tag gibt es im Radio neue Verordnungen. Das Schönste sind aber die Nachrichten, was sie da zurechtfaseln! Wenn man nur wüsste, was davon wahr ist! Die armen Soldaten versuchen jetzt alle zu fliehen. Neulich haben wir einem eine Ziviljacke gegeben und einmal zweien etwas Frühstück. Man tut es ja gerne. [...] Einfach herrlich, all die Bilder von Truman, Churchill usw. waren richtig typisch, mit Zigarre im Mund. Sonst sahen alle ziemlich verbrecherisch aus. Das Schönste aber war der Bericht vom Konzentrationslager. Ein Gefasel und Gelüge, die Bilder haben wohl die Deutschen in Polen aufgenommen. Was soll man glauben? Was die Deutschen uns erzählt haben oder jetzt die Engländer? Na, das ist wohl klar. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Hitler das getan hat, wo die Gefangenen so gut behandelt wurden. In den 22-Uhr-Nachrichten wurden auch nette Märchen erzählt. Das Schlimmste war: Die deutschen Soldaten sind alle Kriegsverbrecher. Ist das eine Art, von Soldaten zu sprechen, die über fünf Jahre so tapfer gekämpft haben?“<sup>1253</sup>

Diese Ausführungen verdeutlichen, wie tief nationalsozialistische Denkschablonen sich junger Menschen bemächtigt hatten, die nichts anderes kannten. Drei Wochen vor Hitlers Selbstmord verteidigte die Tagebuchschreiberin den Diktator gegen Kritik von vier Frauen aus der damaligen Arbeitersiedlung Berne im Osten Hamburgs. Diese Frauen

<sup>1253</sup> Eva Bohnert: Zwischen Angst und Hoffnung. Tagebuch einer Hamburger Schülerin 1945–1946, Berlin 2005 (Sammlung der Zeitzeugen 23), S. 55–56.

„hetzten furchtbar auf den Führer. Ich hätte sie umbringen können, als sie auch noch fragten: Der geliebte Führer, das musstet ihr auch in der Schule lernen, nicht? Da habe ich ihnen aber gesagt, dass wir ihn noch lieben. Was haben sie nicht alles erzählt! Ich war ganz traurig, als ich merkte, wie schwach die Leute sind. Den ganzen Weg nach Hause (ich ging zu Fuß) dachte ich darüber nach, aber mir wurde klar, dass ich zum Führer halten wollte. Ich war froh, als ich hörte, dass die Berner nie besonders nationalsozialistisch gesonnen waren. Den ganzen Tag über dachte ich nur an den Krieg.“<sup>1254</sup>

In der Volksschule Ottensen, Bahrenfelder Straße 275, brachten 15-jährige Jungen in der Pause einander das „blutrünstige“ Gedicht „Aufstand auf Kuba“ bei, das sie bei der Hitler-Jugend gehört hatten und das ihnen, „weil es so verrückt war“, imponierte. Ein ehemaliger Schüler der Schule hatte es beim HJ-Dienst gesungen, er wurde aber vom Schulleiter Ludwig Ahmling als „ganz prächtiger Kerl“ dargestellt. Ohne dass der Schulleiter es beachtet hatte, wurde aus der Sache eine Staatsaktion, in die sogar Landesschulrat Wilhelm Schulz eingeschaltet wurde.<sup>1255</sup>

Relativ gering ist der Informationsstand über die Art und Weise und den Umfang, in denen sich die Eltern der Schülerinnen und Schüler mit dem Regime arrangierten – wenn wir einmal von dem absehen, was wir durch den Bericht von Elisabeth Flügge wissen. Mit den Eltern hatten die dem Nationalsozialismus distanziert gegenüberstehenden Lehrer der Mädchenschule Lutterothstraße größere Probleme als mit den beiden Nationalsozialisten im Kollegium. So sagte einmal eine Mutter: „Ich will hoffen, dass Sie hinter unserem Führer stehen.“<sup>1256</sup> Den Dank der Eltern brachte am 20. März 1937 der Vater Martin Schölzel zum Ausdruck, als er dem Lehrerkollegium und dem Schulleiter der Eimsbütteler Emilie-Wüstenfeld-Schule anlässlich der Abiturientenentlassung 1937 die Gabe einer „Büste unseres Führers Adolf Hitler“ ankündigte. Als „Richtweg“ sei den Schülerinnen vor allem eine „kameradschaftliche Linie“ mitgegeben worden:

---

<sup>1254</sup> Ebd., S. 38.

<sup>1255</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1535.

<sup>1256</sup> 75 Jahre Lutterothstraße 34/36 (1983), S. 21–22.

„An allem aber lag immer der große, tiefere Sinn der Erziehung zum deutschen Menschen, zur deutschen Frau für unser Drittes Reich. [...] Der Geist unseres Führers, er soll auch weiterhin Ihre schöne Arbeit beseelen.“<sup>1257</sup>

Eltern, welche den „Heldentod“ ihrer Söhne in der Zeitung (genannt wird das *Hamburger Fremdenblatt*) mit der Formel „Er starb für Führer und Reich“ versahen, gab es nach den Berichten ehemaliger Schülerinnen und Schüler an der Walddörferschule auch, „und zwar nicht zu knapp. Auch Lehrer hatten eine solche Einstellung, aber andererseits ist auch zu bedenken, dass es zum Teil nur eine Floskel war.“<sup>1258</sup>

Als eine Klasse der 11. Jahrgangsstufe des Wilhelm-Gymnasiums 1937 mit dem nationalsozialistischen Lehrer Hans Priebisch, Träger des goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, nicht zurechtkam, gab der Schulleiter Bernhard Lundius dem Klassensprecher, dem 17-jährigen Schüler Hansjürgen Harms, den Rat: „Harms, so kriegt ihr diesen Mann nicht weg von der Schule. Könnt ihr nicht dafür sorgen, dass eure Eltern sich zusammentun? Denn nur über den Protest der Eltern werden wir ihn los.“

Die Aktivierung der Eltern scheint Erfolg gehabt zu haben, denn nach einem Schuljahr verließ dieser Lehrer die Schule.<sup>1259</sup>

Der Vater der Schülerin einer Oberklasse der Volksschule Norderstraße 165 wurde gegen den Schulleiter Adolf Kanne im April 1940 aktiv, weil dieser angeblich seiner Tochter untersagt habe, am 20. April zu Ehren des „Führers“ in BDM-Kluft im Unterricht zu erscheinen. Er befragte dazu eigens eine Reihe von Mädchen und erstattete bei der Partei Meldung. Als „alter Kämpfer“ von 1928 habe er „so etwas“ zu melden. Der Schulleiter ersuchte die Schulverwaltung, ihn gegen diese Behauptung in Schutz zu nehmen und den Vater zu veranlassen, „die Beschuldigung als auf einem Irrtum beruhend restlos bei den Stellen zurückzunehmen, wo sie von ihm vorgebracht wurde“. Er bedaure, „in heutiger Zeit der Behörde mit einer solchen Sache zu kommen“. Aber er müsse seine Ehre und die seiner Schule wahren. Der Vorgang hatte noch ein innerbehördliches Nachspiel, als der

<sup>1257</sup> Festschrift Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium 1897–1997, Hamburg 1997, S. 14.

<sup>1258</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

<sup>1259</sup> Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 (1981), S. 157 und 310. Priebisch wurde an die Off St. Georg versetzt (Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1938–1939 [1939], S. 62, Ziffer 3872).

behördliche Sachbearbeiter von dem zuständigen Schulaufsichtsbeamten gefragt wurde, warum er die Aussage des Vaters über das Verhalten des Schulleiters ohne weitere Nachprüfung als richtig unterstellt habe, er wisse doch, dass die Schulleiter das volle Vertrauen der Behörde hätten. Die Antwort des Sachbearbeiters, „die Schulleiter hätten doch zum Teil, wenigstens vor 1935, oft eine merkwürdige Haltung eingenommen“, wies der Schulaufsichtsbeamte als ungehörig zurück. Erst die Richtigstellung durch den Leiter der Schulverwaltung, Karl Witt, stellte den Vater der Schülerin zufrieden: Die Anordnung war von der Jungmädelerführerin getroffen worden.<sup>1260</sup>

---

<sup>1260</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1535.

### 3.2 Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus

Wie vollzogen die Lehrerinnen und Lehrer die Gratwanderung zwischen Anpassung und Verweigerung,<sup>1261</sup> welche Kompromisse gingen sie ein? Lehrerinnen und Lehrer waren und sind Teil des öffentlichen Dienstes, so waren sie zwischen 1933 und 1945 „auf Dauer einem vielseitigen, mehr oder weniger intensiven Gesinnungszwang und Formierungsterror ausgesetzt“. Eingebettet in einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens mit dem Regime trugen auch sie dazu bei, das nationalsozialistische System funktionstüchtig zu halten. So zutreffend diese zusammenfassende Feststellung Uwe Lohalms ist,<sup>1262</sup> so sehr sind jedoch auch die Unterschiede im Arrangement mit der Diktatur zu beachten. Zu fragen ist: Wieweit ließ sich Ideologie verordnen? Wie tief gingen die Identifikationen der Lehrenden mit dem nationalsozialistischen System?<sup>1263</sup> Wie groß war die Anpassungsbereitschaft, wie groß auch der Mut zu partieller Verweigerung? Wer verstehen will, was damals in den Menschen vorging, muss sie dort aufsuchen, wo sie zwischen Legalität und Legitimität, zwischen eigenem Rechtsbewusstsein und staatlichem Unrecht, zwischen alter Loyalitätstradition und neu definierter Illoyalität versuchten, im Alltag der Diktatur über die Runden zu kommen. Auch in der Diktatur gab es Freiräume; sie zu entdecken, auszuloten und wahrzunehmen, hing in erster Linie von der Persönlichkeit der Lehrerin oder des Lehrers ab.<sup>1264</sup> Wie die große Mehrheit aller Deutschen waren sie mit dem Nationalsozialismus im Großen und Ganzen einverstanden, wenn nicht sogar für ihn begeistert, solange er erfolgreich zu sein schien. Auch sie waren in unterschiedlichem Grade Teil der „Zustimmungsdiktatur“,<sup>1265</sup> welche die diktatorischen Elemente des Systems auf

---

<sup>1261</sup> Diese Formulierung verwendet Barbara Schneider in ihrer Habilitationsschrift: Schneider (2000), S. 161.

<sup>1262</sup> Lohalm (2001), S. 63 und 65.

<sup>1263</sup> Rotte (2000), S. 18 unter Bezugnahme auf Herwig Winkel: Die Volks- und Hauptschulen Vorarlbergs in der Zeit des Nationalsozialismus, Dornbirn 1988.

<sup>1264</sup> Rotte (2000), S. 300.

<sup>1265</sup> Bajohr: Zustimmungsdiktatur (2005), S. 69–121.

eine vielfältige Weise durch die Bereitschaft der Betroffenen zum Konsens wirkungsvoll ergänzte. Ein differenzierendes Vorgehen heutiger Beurteilung und wertenden Darstellung zwischen den Extremen einer selbstgerechten pauschalen Verurteilung und einer verharmlosenden Apologetik bei der Beurteilung von Menschen kann dazu führen, in die eine oder andere Richtung missverstanden zu werden.

Die Gleichschaltung der Lehrerinnen und Lehrer erfolgte nach den Vorstellungen des Regimes über unaufhörliche Appelle, zu Versammlungen zu erscheinen. So berichtet ein Lehrer der Volksschule Ahrensburger Straße:<sup>1266</sup>

„Die Lehrer wurden oft zu Versammlungen zitiert. 1936 wurden z. B. alle Lehrer Hamburgs in die damalige ‚Hanseatenhalle‘ bestellt, wo es ihnen ausdrücklich verboten wurde, irgendwelche nachteiligen Behauptungen über den italienischen Verbündeten und seinen Überfall auf Abessinien zu verbreiten. Nach Beendigung dieser erhebenden Ankündigung wurden die Versammelten von Uniformträgern eingeschlossen und gezwungen, das NS-Liedgut wenigstens stehend zu hören.“

Allerdings hätten manche Organisatoren von Versammlungen übersehen, dass eine Reihe von Lehrern zwar in Hamburg arbeiteten, jedoch auf preußischem Territorium im Umland wohnten. Diese Lehrer hätten sich mit Erfolg von den meisten nationalsozialistischen Versammlungen absetzen können.

Man habe angefangen, alle möglichen Gelegenheiten zu „Feiern“ zu benutzen, man habe begonnen, Ordenskreuze in allen Graden und für alle Zwecke – sogar für erfolgreiche Mutterschaft – zu verteilen. Das Führerprinzip habe sich allmählich weiter durchgesetzt, schon zwei Leute hätten einen Vorgesetzten gebraucht. Morgens vor dem Unterricht seien meistens alle erreichbaren neuen Nachrichten ausgetauscht und die neuesten „Witze“ erzählt worden, von denen manche eine treffliche Charakterisierung des braunen Terrors enthalten hätten.

Eine der wirksamsten Einrichtungen zur Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes sei der Luftschutz gewesen. Insbesondere die Lehrer seien oft den flegeligen Anrempeleien von Vertretern des nationalsozialisti-

<sup>1266</sup> De Lorent: Schulalltag (1986), S. 98–99; Zitate aus: Senator-Krause-Schule, 40 Jahre Schule auf dem Dulsberg, Hamburg 1962, S. 9.

schen Reichsluftschutzbundes wehrlos ausgesetzt gewesen. Damit auch die Lehrer einmal in Uniform zu sehen sein sollten, habe man nach dem Vorbild des „Werkschutzes“ den „Schulschutz“ erfunden, eine Formation, die offenbar flankierend zur Sicherung von NSLB-Versammlungen eingesetzt werden sollte.<sup>1267</sup> Der Schulschutz leistete seinen Beitrag zur Verbreitung des militärischen Umgangstones im dienstlichen und zivilen Leben der Lehrer und produzierte das vorgegebene nationalsozialistische „Niveau“. Als die Schule Ahrensburger Straße in den Schulkreis Wandsbek eingliedert wurde (vermutlich 1938), gerieten die Lehrer unter die Befehlsgewalt des Schulrats Hugo Millahn, den sie als „einen richtigen alten Parteigenossen“ empfanden und erlebten.<sup>1268</sup>

Die Frage „Was wusste man?“ stellt sich für die Erwachsenen generation der damaligen Zeit viel eindringlicher als für die Jugendlichen, doch ist gegenüber Pauschalurteilen angesichts der nachweisbaren Auffassungsunterschiede unter den damaligen Erwachsenen Zurückhaltung geboten.<sup>1269</sup> An der Volksschule Ahrensburger Straße, äußerten befragte frühere Lehrer im Rückblick, habe man „ganz genau“ gewusst, was in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern vor sich ging. Ein Teil der ehemaligen Schüler

<sup>1267</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a; HLZ Nr. 43/1933, S. 571–573; FZH, 966-2 (NS-Lehrerbund), Tätigkeitsbericht von SS-Hauptsturmführer Ewald Schumacher vom 13.1.1937. – Im Oktober 1933 wurden anfangs 200, später 400 Junglehrer im Langenhorner Jugendpark zu „Übungen“ zusammengezogen. Die Schulverwaltung monierte am 4.6.1934 das unentschuldigte Fehlen von Lehrern, die dem Schulschutz angehörten, und drohte Konsequenzen an (StAHH, 362-2/36 Gymnasium Klosterschule: 382). Am 26.11.1934 übernahm Albert Mansfeld den Schulschutz. Für die militärische Ausbildung war SS-Sturmführer Ewald Schumacher zuständig, für die nationalpolitische, allgemeinsportliche und kameradschaftliche Ausbildung NSLB-Schulungsleiter Hellmuth Dahms (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 34). Im Juli 1936 besichtigten die Gauleitung der NSDAP und die NSLB-Reichsleitung den Schulschutz (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 33).

<sup>1268</sup> Hugo Millahn (1894–1972) war seit 1918 Volksschullehrer in Wandsbek gewesen und bei den meisten Hospitationen als nicht sehr erfolgreich beurteilt worden. 1932 trat er, nach eigenen Angaben motiviert durch den Glauben an den Retter Hitler, „mit heißem Herzen und gutem Glauben“ in die NSDAP ein und wurde stellvertretender Ortsgruppenleiter der NSDAP in Volksdorf. Bis 1942 nahm er auch das Amt eines Kreiswalters des NSLB wahr. Im Zuge der Eingemeindung Wandsbeks nach Hamburg verdrängte er den bisherigen Schulrat Artur Scheer und wurde zum Leiter des Schulamts Wandsbek ernannt (StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 2207 [Personalakte Hugo Millahn]; siehe auch: StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 8 [Durchführung des Groß-Hamburg-Gesetzes 1937–1938]; 1887–1987. 100 Jahre Katholische Schulen in Hamburg-Wandsbek, hg. von der Katholischen Kirchengemeinde St. Joseph-Wandsbek, Hamburg 1987; Handbuch der Hansestadt Hamburg 1939 [1939], S. 315).

<sup>1269</sup> Bernward Dörner (2007), S. 363.

habe es den Lehrern zugetragen, trotz schwerer Strafandrohung für Verletzung der Schweigepflicht.<sup>1270</sup> Nicht gesagt wird, woher diese Ehemaligen ihre Kenntnisse hatten. Der Judenmord, stellt Bernward Dörner in seiner gründlichen und umfassenden Untersuchung fest, war in Deutschland kein Geheimnis.<sup>1271</sup>

Der Berufsanfänger Hermann Röhrs, der 1937 als Lehrer der Hans-Schemm-Schule, einer Volksschule im Neubaugebiet Osdorf, zugewiesen wurde, war erstaunt über das große Ausmaß pädagogischer Freiheit, die ihm dort gewährt wurde: Obwohl die Schule den Namen des NSLB-Gründers Hans Schemm trug, sei der Schul- und Unterrichtsalltag keineswegs politisch gefärbt gewesen. Schulleiter und Stellvertreter seien „gutwillige Repräsentanten“ des Nationalsozialismus gewesen, „die glaubten, ihren Dienst an der Gemeinschaft im Sinne der herrschenden Ideologie leisten zu müssen und zu können“. Die übrigen Mitglieder des überalterten Kollegiums seien politisch harmlos gewesen, doch sei eine Lehrerin, Tochter eines Altonaer Schlachtermeisters, so resolut aufgetreten, dass sie die Hitler-Jungen der Schule, wenn sie ihre Rechte überschritten hätten, lautstark auf den Boden der schulischen Wirklichkeit zurückgerufen habe. So resümiert der spätere Pädagogik-Professor Röhrs:

„Es kam entscheidend auf die Schulleitung in Wechselwirkung mit der beaufsichtigenden Behörde an, wieweit die nationalsozialistische ‚Unpädagogik‘ rücksichtslos in die Praxis umgesetzt wurde. Daher bestand schon ein erheblicher Unterschied von Schule zu Schule. [...] Die Politisierung und Radikalisierung der Schularbeit hing entscheidend vom pädagogischen Profil und der politischen Grundhaltung der Schulleitung und des Kollegiums ab.“

Eine einzige Denunziation habe genügt, um eine Schule aus dem Gleichgewicht zu bringen.<sup>1272</sup>

Abgesehen von zwei „Nazilehrern“ sei „alles beim alten“ geblieben, berichten im Rückblick Lehrer der Volksschule Von-Essen-Straße 82. Der Lehrer Hans Fahro (geb. 1903) sah und hörte (vermutlich 1937) vom Klassenfenster aus, wie zehn seiner Jungen unten auf der Straße laut sangen: „Es

<sup>1270</sup> Senator-Krause-Schule (1962), S. 9.

<sup>1271</sup> Bernward Dörner (2007), S. 605.

<sup>1272</sup> Röhrs (1990), S. 68–84.

geht alles vorüber, es geht alles vorbei, und auch Adolf Hitler mit seiner Partei.“ Als die Jungen ihren Lehrer am Fenster sahen, seien sie im Nu verschwunden gewesen. „Ich drehte mich um und hatte nichts gesehen“, fügt der Lehrer hinzu.<sup>1273</sup> Ein früherer Schüler, der bis 1937 hier zur Schule ging, hatte nie das Gefühl, von seinen Lehrern indoktriniert zu werden. Ein Vater warnte den Lehrer Hans Fahro sogar, als dieser durch einen Vergleich mit dem Ersten Weltkrieg andeutete, dass Deutschland einen Krieg auch verlieren könne: „Also, wenn Sie wirklich heil über die Strecke kommen wollen ... Ich unternehme noch nichts!“<sup>1274</sup>

In der Oberschule für Mädchen Blankenese misstraute jede Lehrerin und jeder Lehrer der oder dem anderen:

„Im Lehrerzimmer vermied man sorgfältig jedes Gespräch über Politik. Daher konnte sich so leicht auch kein engeres Vertrauensverhältnis zum Direktor einstellen. Trotzdem hatten wir die Gewissheit, dass wir unter seiner Leitung in Sicherheit lebten.“<sup>1275</sup>

Nach den Erfahrungen und Erinnerungen früherer Schülerinnen und Schüler der Walddörferschule hatte der Schulleiter Fritz Dusenschön für seine ausgleichende Art, die Schule zu leiten, Rückendeckung durch den für die Schule zuständigen Oberschulrat Dr. Wilhelm Oberdörffer, der bis in den Krieg hinein seine schützende Hand über die Schule und auch über die Lehrer gehalten habe.<sup>1276</sup> Das sei möglich gewesen durch die eigenartige Zusammensetzung der Volksdorfer Bevölkerung, die beeinflusst war durch Sozialdemokraten, Jugendbewegung und Pfadfinder; dies habe eine eigene Atmosphäre geschaffen, die dazu geführt habe, dass man die Dinge nicht auf die Spitze getrieben habe. In diesem Zusammenhang wies eine Zeitzeugin auf den (nicht zur Walddörferschule gehörenden) kommunistischen Lehrer Alfred Schär,<sup>1277</sup> Wulfsdorfer Weg 79, Nachbar der Lehrerfamilie Hertling, hin, der ermordet wurde. Seine Tochter Erika sei plötzlich aus der

<sup>1273</sup> Schule Von-Essen-Straße 82 Hamburg. Eine Festschrift zum 75-jährigen Bestehen, Hamburg 1986, S. 21.

<sup>1274</sup> Ebd., S. 22.

<sup>1275</sup> 75 Jahre Mädchengymnasium in Blankenese, Hamburg 1966, S. 14–15.

<sup>1276</sup> Über Oberdörffer siehe Uwe Schmidt (1999), S. 400–407; Schmidt/Weidmann (2005), S. 317–318.

<sup>1277</sup> Über Alfred Schär siehe in diesem Kapitel weiter unten, wo von verfolgten Lehrern die Rede ist.

Klasse verschwunden. Man habe jedoch über diese Dinge nicht offen gesprochen, die Nachrichten hätten sich nur unter der Hand verbreitet.<sup>1278</sup>

Mussten Lehrerinnen und Lehrer der NSDAP beitreten, und wie ist ihr Beitritt aus heutiger Sicht zu bewerten? Hintergrund dieser Frage ist das Schreiben, das Oberschulrat Albert Mansfeld im Mai/Juni 1937 im Namen des NSLB an alle Hamburger Lehrerinnen und Lehrer richtete:<sup>1279</sup> Darin forderte er „in aller Eindringlichkeit“ dazu auf, der NSDAP beizutreten. Es sei „eine Selbstverständlichkeit, dass sich jeder hamburgische Erzieher und jede Erzieherin um die Aufnahme in die NSDAP bewirbt“. Außer denen, die wegen Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge oder ähnlichen Organisationen nicht in Frage kämen, hätten

„alle anderen [...] in ihrer zuständigen Ortsgruppe die Aufnahme zu beantragen, gleichgültig, ob sie für andere Stellen Antragsformulare ausgefüllt haben oder noch ausfüllen werden. Zuständig ist die Ortsgruppe der NSDAP, in der man wohnt. Die Formulare sind mit Schreibmaschine auszufüllen, es ist keine Frage unbeantwortet zu lassen und kein Nein durch Striche anzudeuten.“

Der Aufruf schloss mit dem Satz, man werde in Zukunft „den Beamten im deutschen Volke kaum noch verstehen, der dieser Arbeit ausweichen will – ganz gleich aus welchen Gründen –, denn der Beamte ist vor allen Berufsständen verpflichtet, jederzeit seine ganze Kraft dem deutschen Volke zu widmen“.

Die 1945 von allen Lehrerinnen und Lehrern auf Anordnung der britischen Militärregierung auszufüllenden Fragebögen zeigen, dass es ab 1937 nur noch wenige im Schuldienst Tätige gab, die nicht der NSDAP oder ih-

<sup>1278</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

<sup>1279</sup> StAHH, 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung: 58263 (Entnazifizierungsakte Albert Mansfeld), mit dem Datum 10.6.1937. Das Rundschreiben wurde erstmalig am 10.5.1937 den Lehrern mit dem Hinweis bekanntgegeben, der Antrag auf Aufnahme in die NSDAP könne über den Schulleiter erfolgen (StAHH, 362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30–32: 1 Band 6). Mansfeld behauptete nach dem Kriege, dieses Rundschreiben sei eine „Aufl. der Gauleitung der NSDAP“ gewesen; er habe das Rundschreiben weder verfasst noch inhaltlich gebilligt, doch nach wiederholter Weigerung, es zu unterzeichnen, habe er schließlich „zur Aufrechterhaltung des Geschäftsganges“ auf Drängen der Gauleitung für den abwesenden NSLB-Gauwalter (wörtlich: „in Abwesenheit des Gauwalters“) Wilhelm Schulz als dessen Stellvertreter unterschrieben. Auch Schulz habe den Inhalt des Rundschreibens abgelehnt (StAHH, 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung: 58263; Behörde für Bildung und Sport, Hamburg: Personalakte Albert Mansfeld).

ren Gliederungen angehörten.<sup>1280</sup> Die Lehrer seines Kollegiums hätten sich bereits 1933 „aus Gründen der Anpassung“ den Beitritt zur NSDAP überlegt, berichtete der Lehrer an der früheren Versuchsschule Tieloh-Süd und spätere Schulrat Walter Zeidler (1904–1986) im Rückblick. Selbst der stellvertretende Schulleiter Gustav Tode (geb. 1893) sei später ebenfalls beigetreten – Zeidler setzte hinzu: „Aber Nazi war er eigentlich keiner“.<sup>1281</sup> Das wird bei der Zusammensetzung des reformfreudigen Kollegiums in diesem Falle wohl zutreffen, bei anderen, die sich nach 1945 ähnlich geäußert haben, sind jedoch Zweifel angebracht.

Der Eintritt von Lehrern in die NSDAP war an der Walddörferschule durchaus ein Gesprächsthema, so wird der Ausspruch eines Musiklehrers von 1937 überliefert: „Der mieseste Tag meines Lebens, wo ich in diesen Verein eintreten musste.“

Eine Kollegin konnte sich dagegen nach Aussagen von Zeitzeugen „überall herumdrücken“, als Naturwissenschaftlerin während des Studiums, danach durch die Mitgliedschaft im NSSB (NS-Sportbund), wo sie Sport für die KdF („Kraft durch Freude“) machen musste, um Geld zu verdienen. Dadurch sei sie wiederum der NS-Frauenschaft entgangen, die stark ideologisch geprägt gewesen sei. Die Männer hätten es schwerer gehabt, nicht beizutreten, und so sei der Gründungsschulleiter der Walddörferschule, nach 1933 dort Lehrer, Erich Jänisch schließlich entgegen seiner Überzeugung Parteimitglied geworden. Viele wurden auch Mitglieder einer nationalsozialistischen Organisation, weil ihr Verein, zum Beispiel ihr Sportverein, übernommen wurde.<sup>1282</sup>

Wenn ein Kollege neu an die Schule kam, berichtete im Rückblick eine damalige Lehrerin der Walddörferschule,<sup>1283</sup> „da haben wir erst einmal im Lehrerzimmer sondiert“. Ein „Neuzugang“ sei, weil Mitglied in der NS-Frauenschaft, zunächst sehr verdächtig erschienen. Sie habe zu den Menschen gehört, die der Auffassung waren, dass man durch Neinsagen nichts erreiche, sondern man müsse in die Organisationen hinein, um das Schlimmere zu verhüten. Andere seien Idealisten gewesen, die meinten, sie könnten die Ideologie des Nationalsozialismus in eine bestimmte Richtung be-

<sup>1280</sup> StAHH, Bestand 361-3 Schulwesen – Personalakten.

<sup>1281</sup> 75 Jahre Schule Tieloh, Hamburg 1989, S. 71–72.

<sup>1282</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

<sup>1283</sup> Ebd.

einflussen. Sie seien darum in die NSDAP eingetreten, ohne die Perfidie des Nationalsozialismus mitzumachen und etwa andere zu denunzieren, die nicht ihrer Meinung waren. Auf diese Weise sei es möglich gewesen, im Kollegium eine menschliche Atmosphäre aufrechtzuerhalten: „Denn mit dem Denunziantentum kommt ja ein derartiges Misstrauen in eine menschliche Gemeinschaft hinein, dass keiner mehr dem anderen traut.“ Es habe damals sonst überall den „deutschen Blick“ gegeben, mit dem die Frage signalisiert wurde: „Na, hört da auch keiner mit?“ Jan B. (Abitur 1949) hielt dagegen:

„Ich unterstelle mal, dass es ganz unterschiedliche Motive gab, in die NSDAP einzutreten: soziale oder deutschnationale oder was auch immer. Und es gab sicher auch Lehrer, die nicht in der Partei waren und die keine ausgesprochenen Nationalsozialisten waren. Aber gerade im Krieg haben doch viele vieles gutgeheißen. Ich möchte daher noch einmal unterstreichen, dass die große Mehrheit auch der Lehrer gegen den Nationalsozialismus grundsätzlich nicht viel eingewandt hat. Viele waren ja gegen den Kommunismus, und so wurde der Krieg gegen Russland insgesamt gutgeheißen, der Krieg gegen Holland, Belgien und Dänemark dagegen nicht.“<sup>1284</sup>

Das Kollegium der Mädchenvolksschule Lutterothstraße 36 trat geschlossen der Partei bei, um den Schulleiter Hermann Lüdecke (geb. 1882) zu decken und zu behalten. Er hatte besorgt geäußert: „Wenn ich nicht viele melden kann, bleibe ich sicher nicht Schulleiter.“ „So beschlossen wir, alle in die Partei zu gehen – aus Vernunftgründen“, berichtet eine frühere Kollegin. Es sei „natürlich eine ganz interne Besprechung der Nichtnazis“ vorausgegangen, denn das Kollegium habe zwei überzeugte Nationalsozialisten gehabt: „Man schwieg, man provozierte nicht, man sah zu, dass man über die Runden kam.“<sup>1285</sup>

An den meisten Schulen wird es so gewesen sein wie an der Ofj Uhlenhorst, wo mit zwei Ausnahmen alle Lehrer der NSDAP angehörten, doch haben die Schüler keinen von ihnen als „Supernazi“ erfahren, nicht einmal den Schulleiter, Prof. Karl Hahn (1882–1963), der als „deutschnational bis

---

<sup>1284</sup> Ebd.

<sup>1285</sup> De Lorent: Schulalltag (1986), S. 111–112.

auf die Knochen“ charakterisiert wird.<sup>1286</sup> Für den 1942 an die OfM Curschmannstraße strafversetzten Schulleiter Frederick Nissen (geb. 1890) setzten sich nach dem Kriege die vom Regime gemaßregelten Pädagoginnen Irma Stoß und Emmy Beckmann mit dem Argument ein, er habe nie auf eine Mitgliedschaft der Lehrerinnen in der NSDAP gedrängt, und daher sei ein größerer Teil des Kollegiums der Partei nicht beigetreten.

Es gab aber auch Lehrerinnen und Lehrer, die dem auf sie ausgeübten Druck widerstanden und darum nicht in die NSDAP eintraten. Elisabeth Flügge, seit 1938 Lehrerin an der Volksschule Große Freiheit 63, ist eine von ihnen.<sup>1287</sup> An der Horner Schule Am Pachthof weigerten sich acht Lehrerinnen und Lehrer, dem Aufruf zum Parteieintritt zu entsprechen. Über sie hielt Schulrat Fritz Köhne seine schützende Hand, nachdem er sich in persönlichem Gespräch die Gründe hatte nennen lassen.<sup>1288</sup>

Mehrere Lehrende der Mädchenschule Meerweinstraße, 1935 in Hans-Schemm-Schule umbenannt, weigerten sich, ihren Unterrichtsstil und Umgangston an die „neue Zeit“ anzupassen, unter ihnen eine Lehrerin, die bereits von der Schule Telemannstraße hierher strafversetzt worden war. „Unauffällig, aber wenn es sein musste, auch öffentlich“, beschützte Gertrud Klempau (geb. 1888) Schüler aus Familien, die vom Regime aus rassenpolitischen Gründen diskriminiert wurden.<sup>1289</sup> Aus einigen Niederschriften der im gleichen Schulkomplex angesiedelten Jungenschule werden sogar der Unmut und die Unzufriedenheit der Lehrer über bestimmte Veränderungen, zum Beispiel der Besoldung oder der Belastung, sowie über die Flut der amtlichen Verfügungen deutlich. Unterschiedliche Auffassungen über eine von der Schulverwaltung verfügte Verschärfung der Zeugnisgebung fanden Eingang in das Protokollbuch. Protestiert wurde auch gegen die „doppelte Disziplinergewalt von Lehrerschaft und HJ“, weil sie die Erziehung gefährde.<sup>1290</sup> Ein Memorandum der Schule Graudenzer Weg vom

<sup>1286</sup> Der ehemalige Schüler der OfJ Uhlenhorst Karl-Heinz Hering gegenüber dem Verfasser am 11.12.2005. Die beiden Lehrer, die sich der NSDAP-Mitgliedschaft verweigerten, waren Johann Helbig (1889–1965) und Hans von der Heyde (1892–1956).

<sup>1287</sup> Zu Elisabeth Flügge vgl. oben, Kapitel 3.1 und die in Anm. 1233 genannte Literatur.

<sup>1288</sup> Hans-Peter de Lorent / Rainer Petersen: Gespräch mit Anne Banaschewski, Katharina Jacob, Walter Jeziorsky und Ludolf Mevius. „Du glaubst nicht, was ein Wort oft wirken kann“, in: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 144–149, hier S. 146.

<sup>1289</sup> Hochmuth: Schule Meerweinstraße (1985), S. 51–59, hier S. 53–54.

<sup>1290</sup> Im Herzen der Jarrestadt. 50 Jahre Schule Meerweinstraße, Hamburg 1980, S 9.

10. Oktober 1940 gibt Auskunft über „Mißstimmung in der Lehrerschaft“ – wobei nicht deutlich ist, für wen diese Bekundung bestimmt war und welchen Weg sie gegangen ist:

„Wir leiden unter der Geringschätzung unserer Arbeit in der Öffentlichkeit und müssen leider erkennen, dass unsere Behörde dem noch Vorschub leistet. Sie gibt immer wieder zu, dass die Lehrerschaft zu allem Möglichen herangezogen wird, ohne Rücksicht darauf, dass unsere Zeit und Kraft durch unseren Beruf genau so ausgenutzt wird wie bei anderen Berufen. [...] Auch darin liegt eine Geringschätzung unserer Arbeit, dass man uns ca. 60 Prozent unserer großen Ferien wegnimmt. [...] Durch deren starke Kürzung unterstützt man die landläufige Meinung, dass die Lehrer ja nur vier bis fünf Stunden am Tage arbeiten, also keine Erholung nötig haben. [...] Wenn man solchen Raubbau an unseren Kräften treibt, muss man sich nicht wundern, dass dadurch die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitskraft leiden. [...] Man müsste auch Rücksicht auf die älteren Lehrkräfte nehmen, die zum zweiten Male eine Kriegszeit mit all den schulischen Schwierigkeiten durchmachen müssen, die ihr Möglichstes tun, aber nicht im Vollbesitz ihrer Kräfte sind.“<sup>1291</sup>

In diesem eher positiv getönten Bild fehlen die hässlichen Seiten, was zum Vorwurf einer verengten Perspektive Anlass geben könnte. Im Folgenden soll darum dargestellt werden, wie auch Lehrer und Schulleiter die humane Orientierung verloren und sich als nationalsozialistische Aktivisten und Denunzianten betätigt haben.

Enttäuscht war die Lehrerin der Volksdorfer Gemeindeschule Hildegard Thate über einen sozialdemokratischen Kollegen, der 1933 demonstrativ in die NSDAP eintrat und seine Kolleginnen denunzierte, die sich, um einer drohenden Zwangsversetzung zu entkommen, selbst auf die Suche nach einer Schule begeben hatten, wo sie unbeobachtet arbeiten konnten. „Das Gefühl, verraten zu werden von Kollegen, die einem doch vorher persönlich nahe gewesen waren“, war der erste große Schmerz nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Hamburg.<sup>1292</sup>

<sup>1291</sup> StAAHH, 362-9/13 Gesamtschule Alter Teichweg: Ablieferung 2004, Ordner Schulgeschichte.

<sup>1292</sup> Van Dijk (1988), S. 237.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten habe sich die Atmosphäre in den Schulen verändert, berichtet eine frühere Lehrerin der Eilbeker Schule Griesstraße, die sich, um dem politischen Druck auszuweichen, an die Horner Schule Am Pachthof versetzen ließ, die 1934 in „Ostlandschule“ umbenannt wurde: In der Schule sei man vorsichtig im Gespräch mit Kollegen geworden und habe sondiert, mit wem man offen sprechen konnte und wem man sich verschloss.<sup>1293</sup>

Eine Atmosphäre der Denunziation habe an der Walddörferschule nicht bestanden, wissen ehemalige Schülerinnen und Schüler zu berichten,<sup>1294</sup> obwohl auch hier Denunziation vorgekommen sei. Es habe eine Ausnahme im Kollegium gegeben, ergänzte eine frühere Lehrerin, Dr. Erich Lotz (1896–1973), einen Kriegsblinden des Ersten Weltkriegs,

„sonst gab es im Kollegium keinen, der einen anderen denunzierte. Wir konnten also im Kollegium, auch wenn wir gegen den Nationalsozialismus waren, offen miteinander reden und haben das getan. Lotz aber war ein sehr gefährlicher Mann. Vor dem haben wir uns in Acht genommen.“

Eltern, die Nationalsozialisten waren, seien empört zur Schule gekommen und hätten sich über einen Lehrer beschwert.<sup>1295</sup> In den Jahren von 1943 bis 1945 sei man unter den Schülern „absolut“ gegen Hitler gewesen, und da habe es auch sehr deutliche Aussprachen gegeben, nicht in der Klasse mit den Lehrern zusammen, aber untereinander auf dem Schulhof. Der Vater einer Mittelstufenschülerin, ein Volksschullehrer, sei der NSDAP-Blockleiter für den Wohnbezirk einer regimekritischen Mitschülerin gewesen, sehr nationalsozialistisch eingestellt, aber auch zugleich ein Idealist, der nur die guten Dinge gesehen habe und habe sehen wollen. Dieser Blockwart sei zu

<sup>1293</sup> De Lorent / Petersen (1985), S. 145.

<sup>1294</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

<sup>1295</sup> Vor Ostern 1944 behauptete ein (nicht näher genannter) Denunziant, Aufzeichnungen über interne Vorgänge in der Walddörferschule zu besitzen. Dort machten sich unter Duldung des Schulleiters zunehmend defätistische Gesinnungen breit. Der Schulleiter Heino Hayungs suchte auf Anordnung des zuständigen Oberschulrats Karl Züge zusammen mit seinem Stellvertreter Erich Schrader den Denunzianten auf. Die Vorwürfe gegen Hayungs stellten sich als haltlos heraus, ein Protokoll über interne Vorgänge in der Walddörferschule existierte nicht (Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Auszug aus den Protokollbüchern).

den Eltern der Schülerin gegangen und habe sie freundschaftlich ermahnt wegen einer Äußerung ihrer Tochter gegenüber seiner Tochter, welche diese wiederum ihrem Vater erzählt hatte. Er habe den Eltern eine freundliche Verwarnung gegeben: Das dürfe er eigentlich gar nicht zur Kenntnis nehmen, wenn aber doch, müsse er es sofort weitergeben, „reden Sie doch bitte mit Ihrer Tochter“. „Das waren keine miesen Leute, aber sie waren sehr überzeugte Nationalsozialisten. Die hat's auch gegeben!“<sup>1296</sup>

Eine Lehrerin an der Höheren Handelsschule Schlankreye, Hedwig Nowak (geb. 1896), stellte die Atmosphäre in ihrer Schule so dar:

„Im Kollegium mieden wir das Gespräch über Politik. Nur dann und wann trafen wir uns in einem kleinen Kreis auf der Toilette, um unseren Herzen Luft zu machen. Natürlich hatten wir stets Angst, dass die gläubig Überzeugten davon erfuhren.“<sup>1297</sup>

Das hätte zu einer Denunziation führen können.

Etwa 1938 wurde der Junglehrer Hermann Röhrs an der Osdorfer Hans-Schemm-Schule vom Vater eines seiner Schüler, einem Funktionär der NSDAP, denunziert: Röhrs erweise nicht den Hitlergruß vor der Klasse, er sei nicht Mitglied der NSDAP, und er komme häufig zu spät zum Unterricht. Den letztgenannten Vorwurf konnte der Angegriffene mit den schlechten Verkehrsverbindungen vom Universitätsviertel, wo er wohnte, nach dem abgelegenen Osdorf erklären. Schwerwiegender waren die politischen Vorhaltungen. Der nationalsozialistische Schulleiter Erich Hahn nahm den Röhrs in einer Pause im Lehrerzimmer beiseite und machte ihn auf die Gefahr einer solchen Denunziation aufmerksam. Er habe als Schulleiter dem Vater mitgeteilt, Röhrs sei einer seiner besten Lehrer, studiere aber nebenbei noch an der Universität und sei dadurch zeitlich sehr belastet.<sup>1298</sup>

Im gleichen Jahr diskutierten die Primaner des Wilhelm-Gymnasiums mit ihrem Deutsch- und Geschichtslehrer Reinhard Segebrecht (geb. 1891) anlässlich der Sudetenkrise über die Möglichkeit und Gefahr eines „ausbrechenden“ Krieges. Dabei gab der Lehrer seiner Überzeugung Ausdruck, einen Zweifrontenkrieg könne Deutschland nicht gewinnen, es könne ma-

<sup>1296</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tonbandaufnahmen 1988.

<sup>1297</sup> De Lorent: Schulalltag (1986), S. 96.

<sup>1298</sup> Röhrs (1990), S. 80.

ximal acht Jahre aushalten, aber dann werde Deutschland ein Trümmerhaufen sein. „Das im Unterricht zu sagen“, kommentierte der frühere Schüler Hansjürgen Harms 43 Jahre später, „dazu gehörte Mut, und das konnte er auch nur, weil er wusste, dass niemand ihn anzeigen würde.“ Dagegen wurde der Lehrer Carl Schmidt (geb. 1882) von einem Vater denunziert, weil er vor der Klasse geäußert hatte, er wolle, wenn er einmal sterbe, nicht in die Hakenkreuzfahne, sondern in die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreiches eingewickelt werden.<sup>1299</sup> Zwischen Anpassung und begeistertem Mitmachen gab es die Opposition kleiner Gesten gegen die ideologischen Forderungen des Regimes: „Wer hören wollte, der verstand, und die Schüler waren damals noch hellhöriger und sensibler als heute, wenn es darum ging, sich über Lehrereinstellungen Klarheit zu verschaffen.“<sup>1300</sup>

Erfolgte hier die Denunziation eines Lehrers von Elternseite – was häufig genug vorgekommen sein wird –, so geht es in den folgenden Beispielen um Beschuldigungen von Lehrern gegen Lehrer. Als Zuträger eines „Dreiecks“, zu dem ein Informant und ein Denunziierter gehörten, fungierte am Christianeum ein Studienrat Wehrt. Seine Auskünfte über den Kollegen W., Klassenlehrer einer Abiturklasse, hatte er von seinem Kollegen Ernst Irps erhalten, dem Informanten bekannt als „überlegter Mensch und aufrechter Nationalsozialist“.<sup>1301</sup> Die Schüler der Abiturklasse seien „in manchen politischen Dingen sehr negativ eingestellt“, vor allem zur „Rassenfrage“ und zur staatlichen Propaganda über die „Neuordnung Europas“. Der hierfür verantwortliche Lehrer erwecke den Eindruck der Englandfreundlichkeit. W. habe schon vor einigen Jahren nach dem gescheiterten Münchner Attentat auf Hitler (1939) geäußert, möglicherweise seien unzufriedene Parteigenossen die Täter gewesen. Da das Berichtete zu einem Aktenvermerk der Schulverwaltung geführt hatte, sah sich der Schulleiter Hermann Lau genötigt, einzuschreiten – trotz seines guten Verhältnisses zu dem Beschuldigten, wie der Aktenvermerk ausdrücklich festhält. Der Schulleiter habe „abgewiegelt“: Der Beschuldigte solle solche Themen mit dieser Klasse nicht

<sup>1299</sup> Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 (1981), S. 162.

<sup>1300</sup> Ebd., S. 165.

<sup>1301</sup> Nennung der Lehrer durch den früheren Schüler Andreas Flitner, in: FZH, Archiv, WdE: 207 (Andreas Flitner). Bei Mitschülern und Lehrern sei klar gewesen, wer Nationalsozialist war und wer nicht.

behandeln. Dieser habe jedoch bestritten, derartige Äußerungen gemacht zu haben.<sup>1302</sup>

Eine ganze Gruppe von Lehrern der OfJ Altona war 1942/43 an der „Jagd“ auf ihren Kollegen Robert Grosse (1880–1968) beteiligt, der 1933 als Schulleiter des Christianeums abgesetzt und als Lehrer an die benachbarte Altonaer Schule versetzt worden war.<sup>1303</sup> Die Aktion führte zur Zwangspensionierung Grosses und zum Amtsverlust des Schulleiters Peter Meyer (1888–1967). Ausgelöst wurde der Denunziationsvorgang durch den Biologielehrer Joachim Carstens (1899–1975),<sup>1304</sup> welcher ab Januar 1942 der Schulverwaltung Mitteilungen von Schülern über Aussprüche Robert Grosses wiedergab<sup>1305</sup> und die Äußerungen seines Kollegen mit Hinweisen auf Hitlers *Mein Kampf*, Mitteilungen des Reichsbundes der Landesbeamten zum Ahnenpass und einschlägige Biologiebücher kommentierte.<sup>1306</sup> Auch hier bemühte sich der Schulleiter, den Vorgang herunterzuspielen.<sup>1307</sup> So blieb es dieses Mal bei einer Hospitation durch den zuständigen Schulaufsichtsbeamten und einem scharfen Verweis. Beides wurde in einen Bericht an den mächtigsten und gefährlichsten Mann in der Schulverwaltung, Ober-

<sup>1302</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 990 (Schulverwiesene oder strafversetzte Schüler [sog. Swing-Jugend] 1940–1942).

<sup>1303</sup> StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1300 (Personalakte Robert Grosse).

<sup>1304</sup> Joachim Carstens wurde im Januar 1941 aus der Wehrmacht als Unteroffizier entlassen und nahm am 27.1.1941 seinen Dienst an der OfJ Altona wieder auf (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1766 Band 13).

<sup>1305</sup> Grosse habe nicht wie vorgeschrieben, Rasse, Volk und Sprache klar abgegrenzt und erschütterte durch seine Einlassungen das „Vertrauen der Jugendlichen zu unserem Führer.“ Auf die Schülerfrage in der 10. Jahrgangsstufe, ob die Zigeuner ein arisches Volk seien, habe Grosse behauptet, sie seien arisch. Die Frage „Stimmt es, dass Heiraten zwischen Deutschen und Japanern erlaubt sind?“ habe Grosse bejaht. Er habe durch eine hohe Parteistelle in Erfahrung gebracht, dass das erlaubt sei, obwohl es sich um unterschiedliche Rassen handelte.

<sup>1306</sup> Eine Formulierung des Schulleiters Peter Meyer in einem Rundschreiben vom 12.4.1940 lässt bei der Suche nach Motiven auf die Kompensation von Minderwertigkeitskomplexen schließen: Mit der Beförderung zum Gefreiten sei nun „allen bösen Gerüchten der Boden entzogen, dass er kein Soldat sei“ (Altregistratur Gymnasium Altona: Schule und Krieg, 26 Kriegsrundschreiben an die Kollegen bei der Wehrmacht [1939–1943] v. Ob.Stud.Dir. Peter Meyer).

<sup>1307</sup> Grosse sei ein sehr geschätzter Lehrer, das gegen ihn geäußerte Misstrauen teile er nicht, auch sei ihm niemals eine diesbezügliche Klage vorgetragen worden. Die Folgen einer Kriegsverletzung aus dem Ersten Weltkrieg (Nervenleiden infolge Verschüttung) hinderten ihn aber, „der gegenwärtigen Zeit mit ihren Erfordernissen voll gerecht zu werden – in dem Sinne einer aktivistischen Betätigung im Rahmen des Dritten Reiches“.

schulrat Albert Henze, aufgenommen.<sup>1308</sup> Deutlich wurde, dass Grosse den Nationalsozialismus innerlich ablehnte und im Deutsch- und Geschichtsunterricht „falsche Anschauungen“ über die Rassenlehre verbreitete.<sup>1309</sup> Wiederum bemühte sich der Schulleiter um Entspannung durch Relativierung des Gemeldeten.<sup>1310</sup> Der von dem zuständigen Oberschulrat Herbert Saß auf dem Laufenden gehaltene Albert Henze verfügte am 18. Februar 1943, Grosse mit sofortiger Wirkung den Geschichtsunterricht zu entziehen, und riet ihm durch Saß, aus gesundheitlichen Gründen seine Pensionierung zu beantragen.<sup>1311</sup> Unter den obwaltenden Umständen scheint diese „Lösung“ Grosse vor einer Einlieferung ins KZ bewahrt zu haben. Den Schulleiter Peter Meyer kosteten diese Vorgänge sein Amt. Die Schulverwaltung ordnete an, „dass der Oberstudiendirektor Peter Meyer [...] fortab nicht mehr als Schulleiter oder stellvertretender Schulleiter, sondern nur noch im Amt eines Studienrats (an einer anderen Schule, jedoch mit Schulleiterbezügen) zu beschäftigen ist“.<sup>1312</sup>

Von seinen früheren Schülern wird Robert Grosse als eine sehr gebildete, behutsame und vorsichtige Persönlichkeit erinnert. Er sei der Prototyp

---

<sup>1308</sup> Henze bewegte auf dem Anordnungswege weitere Kollegen zu Aussagen, die dabei auch zeitlich weit zurückliegende Vorgänge zur Sprache brachten.

<sup>1309</sup> Ein Schüler N., Fähnleinführer der HJ, soll sich auf sein Lexikon und seinen Lehrer Grosse berufen haben, als er behauptet habe, die Entstehung des jüdischen Volkes sei keine Frage der Rasse, sondern der Religion. Ein anderer Schüler, R., nenne als bedeutendsten Nachkantianer den jüdischen Philosophen Hermann Cohen.

<sup>1310</sup> Er hege „allmählich große Besorgnisse hinsichtlich des Geistes- und Nervenzustands“ seines Kollegen Joachim Carstens. „Die außerordentliche Beanspruchung jedes Deutschen in dieser aufgewühlten, schicksalsträchtigen Zeit“ habe bei ihm bedenkliche Folgen gezeitigt. Dieses kommentierte der zuständige Oberschulrat Herbert Saß am 10.2.1943 mit den Worten: „Ich finde diese Randglosse von Meyer mehr als merkwürdig.“

<sup>1311</sup> Henze äußerte, Grosse hätte bereits 1933 entlassen werden müssen. Jetzt sei es „höchste Zeit, dass er verschwindet“. Ein behördlicher Vermerk (des Personalsachgebiets?) vom 1.3.1943 lautet: „Dr. Grosse ist nicht tragbar. Er ist sofort zu beurlauben und aus dem Dienst zu entfernen, am besten auf eigenen Antrag.“

<sup>1312</sup> Die Schulverwaltung veranlasste im Auftrag des Reichsstatthalters, „durch persönliche Vernehmung eine Äußerung des Oberstudiendirektors Meyer herbeizuführen, aus welchem Grunde er es unterlassen hat, der NSDAP beizutreten“. Sein Verhalten müsse einer Nachprüfung unterzogen werden. Als Untersuchungsergebnis teilte die Schulverwaltung mit, es habe sich herausgestellt, „dass der Leiter dieser Anstalt, Oberstudiendirektor Peter Meyer, es nicht verstanden hat, durch straffe Führung das ihm unterstellte Kollegium im Geiste nationalsozialistischer Weltanschauung und Politik zusammenzuschließen“ (StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1300 [Personalakte Robert Grosse]; vgl. auch StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1191 [Personalakte Peter Meyer]).

der zivilen Persönlichkeit gewesen, ein eindrucksvoller Lehrer. Es habe im dritten Kriegsjahr eine gewisse Sehnsucht nach einem Zivilleben gegeben, und Grosse habe durch seine Art des Unterrichtens und der Kommunikation dieser Sehnsucht entsprochen.<sup>1313</sup> Allein die Tatsache, dass Grosse so anders war als andere Lehrer, müsse den Denunzianten Joachim Carstens schon provoziert haben, einen „eindeutigen Nationalsozialisten und politischen Wichtigtuier, unbeherrscht und jähzornig“: Schüler seien von ihm angeschrien und niedergemacht worden. Seine Zensierungen seien unberechenbar und ungerecht gewesen. Er habe seine Aktentasche auf das Lehrerpult geschmissen und sich verbissen, wenn ihm etwas nicht gepasst habe. Er habe Schüler auf Grosse angesprochen und sie regelrecht ausgehört.<sup>1314</sup> Als zwei Schüler seiner 11. Klasse, die einem älteren Lehrer auf dem Schulweg den Rauch ihrer Zigaretten ins Gesicht geblasen hätten, auf Beschluss einer Ad-hoc-Lehrerkonferenz der Schule verwiesen worden seien, habe Carstens sie gar nicht erst wieder in ihren Klassenraum gelassen, sondern mit eigener Hand aus dem Schultor gestoßen und ihnen ihre Schultaschen hinterhergeworfen. 1942/43 hätten die Schüler gespürt, dass etwas gegen den Schulleiter Peter Meyer im Gange war.<sup>1315</sup> Der Nachkriegsausdruck Peter Meyers: „Für Denunziationen stehe ich nicht zur Verfügung“, hier gemeint: früherer Nationalsozialisten, habe auch im Kriege hinsichtlich systemkritischer Äußerungen gegolten.<sup>1316</sup>

Waren die Lehrer bestimmter Schulformen generell anfälliger für den Nationalsozialismus als andere, etwa Lehrerinnen und Lehrer der höheren Schulen in stärkerem Maße als Lehrende an Volksschulen? Hildegard Mil-

<sup>1313</sup> So habe er die Darstellung des Westfeldzugs bei Lüttich 1940 in einem Schaukasten der Schule – versehen mit dem Motto „Auge um Auge“ – als Weltkriegsteilnehmer so kommentiert: Eigentlich sei dieser in der altsemitischen Geschichte vorkommende Spruch als Aufforderung zur Versachlichung und Kulturoisierung der Rache zu verstehen (Auskunft von Harald Schütz und Mitschülern seines Abiturjahrgangs 1947 am 21.5.2004).

<sup>1314</sup> Mit der provozierenden Frage „Wer ist Alfred Rosenberg?“ stellte er die Schüler insofern als dumme Jungen hin, als er ihnen die törichte Antwort unterstellte: „natürlich ein Liftboy im Atlantik“, um dann selbst die sachgerechte, ideologisch korrekte Antwort zu geben.

<sup>1315</sup> Bei Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941 hätten sich zwei Lehrer der Oberprima, Offiziere des Ersten Weltkrieges, skeptisch geäußert: Auch Napoleon habe vergeblich versucht, Russland zu erobern. Peter Meyer habe seine Hand über diese beiden Lehrer gehalten und verhindert, dass sie denunziert worden seien. Sie seien aber bald verschwunden (Auskunft von Harald Schütz und Mitschülern seines Abiturjahrgangs 1947 am 21.5.2004).

<sup>1316</sup> Aufzeichnungen über ein Gespräch mit Harald Schütz und Mitschülern seines Abiturjahrgangs 1947 am 21.5.2004 im Staatsarchiv Hamburg.

berg vermutet,<sup>1317</sup> dass die Mehrzahl der Oberlehrer der „deutschnationalen Richtung“ zuzurechnen gewesen sei und eine größere Minderheit der volksparteilich-deutschkundlichen Mitte. Später hat sie diese grobe Einteilung um eine dritte Gruppe erweitert, die sie – nicht ganz treffend – als „demokratisch-sozialistisch“ bezeichnet.<sup>1318</sup> Da aussagekräftige Belege über eine quantitative Zuordnung fehlen, versteht die Autorin ihre „exemplarische“ Methode – Demonstration der Zuordnung durch Untersuchung weniger und einzeln ausgewählter althamburgischer traditioneller Jungenschulen (Johanneum, Oberrealschule St. Georg, Kirchenpauer-Realgymnasium) – als „heuristisches Mittel“, sie formuliert daher vorsichtig theseartige Behauptungen und warnt vor Verallgemeinerungen.

Abgesehen davon, dass eine konservative, nationalliberale, deutschtümelnende oder patriotische Grundhaltung nicht einfach mit einer Affinität zum Nationalsozialismus und seine Ideologie gleichgesetzt werden darf – das beste Beispiel hierfür ist der Altonaer Schulleiter Peter Meyer –, ist die Faktenbasis für eine solche Hochrechnung einfach zu schmal. Es ist also nicht zulässig, von einigen wenigen Schulen verallgemeinernd auf „die höheren Schulen“ und ihre Lehrerinnen und Lehrer überhaupt zu schließen.<sup>1319</sup> Das gilt in gleicher Weise für die Volksschulen. Was der spätere Leh-

<sup>1317</sup> Hildegard Milberg: Oberlehrer und höhere Schulen, in: „Der Traum von der freien Schule“. Schule und Schulpolitik in der Weimarer Republik, hg. von Hans-Peter de Lorent und Volker Ullrich, Hamburg 1988 (Hamburger Schriftenreihe zur Schul- und Unterrichtsgeschichte 1), S. 195–210, hier S. 197–198; vorher: Milberg (1970), S. 322–326. Als Exponenten einer ausgesprochen antirepublikanischen Haltung führt sie den Bergedorfer Schulleiter Ferdinand Ohly, die deutschnationalen Bürgerschaftsabgeordneten Kuno Ridderhoff, Lehrer am Johanneum, und Felix Bohnert, langjähriger Leiter der Oberrealschule St. Georg, an. Dazu kommen die Schulleiter des Johanneums Edmund Kelter und Werner Puttfarcken.

<sup>1318</sup> Milberg (1988), S. 197. Milberg nennt aber selektiv und mehr zufällig nur vier höhere Schulen. Es fehlen zum Beispiel die von Alfred Kleeberg geleitete Aufbauschule und die Volksdorfer Walddörferschule. Bei der Zuordnung einer „dritten“ Gruppe der Oberlehrer zur Liste „Schulfortschritt“ bei den Lehrerkammerwahlen übersieht Milberg, dass auch unter den Kandidaten und Gewählten dieser Liste sehr aktive Mitarbeiter im Hamburger Philologenverein, der Berufsvertretung der (männlichen) Lehrer an höheren Schulen, waren; vgl. Uwe Schmidt (1999), S. 125–128, insbesondere das Resümee: „Die dargestellten Wahlergebnisse lassen [...] eine Interpretation nach dem beliebten Schwarz-Weiß-Muster nicht zu.“ Die Schulreformer unter den Oberlehrern trafen sich im Pädagogischen Ausschuss des Hamburger Philologenvereins; vgl. Uwe Schmidt (1999), S. 245–251, wo auch die berufspolitische Orientierung der Lehrer der Lichtwarkschule behandelt wird.

<sup>1319</sup> Der ältere Forschungsstand wird deutlich bei Carl-Ludwig Furck: Konfliktfeld Schule. Zur politischen Auseinandersetzung um das Hamburger Schulwesen 1918–1988, in: Hamburg, Stadt der Schulreformen (1990), S. 68–80, hier S. 72 u. ö., wo Furck lediglich das 1965 bereits

rer und Künstler Bernhard Saphir (1912–2006) über seine Schulzeit an der Volksschule Eilbeker Weg/Schellingstraße 30 berichtet, wird vermutlich trotz pädagogischer Reformbewegung an vielen Hamburger Volksschulen bis 1933 und darüber hinaus Alltagspraxis gewesen sein, darf jedoch auch nicht verallgemeinert werden:

„Unsere Lehrer verkörperten, vertraten, förderten und forderten die ‚Deutschen Tugenden‘, die da hießen Ordnung, Fleiß und Gehorsam. In der Schule roch es ein wenig, aber doch recht penetrant nach Schüler, Luther, Karl dem Großen, Columbus, Sven Hedin und Hindenburg.“

Der Rohrstock habe die Worte und das Wirken der von ihm erlebten Lehrer sehr „eindrucksvoll“ gemacht. Die Schüler seien „brav und artig“ gewesen, und keiner habe sich „mausig“ gemacht, keiner sei widerspenstig gewesen:

„Auch ich war acht Jahre sehr brav, aber nie ausreichend. Ich durfte mir eine Lehrstelle suchen. Die Lehrer waren nicht nur in ihrer Kleidung altmodisch, sondern auch in ihrer pädagogischen Auffassung. Sie trugen alle einen schwarzen Anzug, Hemden mit einem hohen Kragen (Vatermörder genannt). Selbstverständlich war auch der Rohrstock vorhanden und wurde auch genutzt.“<sup>1320</sup>

„Reformoffenheit“ war nicht identisch mit Resistenz gegen den Nationalsozialismus, und die Trennlinie zwischen Reformern und Konservativen verlief nicht generell zwischen Volksschullehrern und Oberlehrern.<sup>1321</sup> In beiden Gruppen überwog zumindest die Anfälligkeit für den Nationalsozialismus

---

von ihm Dargelegte wiederholt (ders.: Das unzeitgemäße Gymnasium. Studien zur Gymnasialpädagogik, Weinheim 1965). Vgl. auch Reiner Lehberger: Lehrersein unterm Hakenkreuz. Eine Annäherung über eine biographische Skizze, in: Hamburg in der NS-Zeit, hg. von Frank Bajohr und Joachim Szodrzynski, Hamburg 1995 (Forum Zeitgeschichte 5), S. 259–280. Neuerdings wieder aufgenommen wurden Furcks Thesen durch Bernhard Nette, in: ders.: Wie war es möglich? Die Gesellschaft der Freunde als NS-Lehrerbund, in: HLZ Nr. 10–11/2005, S. 47–67, hier S. 51, wo wiederum von drei traditionellen Jungenschulen – Hansaschule Bergedorf, Realgymnasium Barmbek und Oberrealschule Altona – auf alle höheren Schulen geschlossen wird.

<sup>1320</sup> Rainer Hoffmann: Kommis – Wandervogel – Künstler – Kunststudent – Familienvater – Lehramtsstudent – Soldat – Kriegsgefangener in Sibirien – Lehrer. Der eindrucksvolle Lebensweg des Alstertaler Lehrers und Künstlers Bernhard Saphir, in: Jahrbuch des Alstervereins 79 (2005), S. 60–94, hier S. 69–70.

<sup>1321</sup> Hierzu: Uwe Schmidt (1999), S. 218–279.

und waren entschlossene Widerstreiter in der Minderheit.<sup>1322</sup> Ebenso wenig unterschieden sich in der Haltung zur Selbstverwaltung der Schulen die Oberlehrer von den Volksschullehrern.<sup>1323</sup> Die Vorbehalte, die aus heutiger Sicht gegen die zur reformorientierten Mitte gehörenden Oberlehrer zu erheben sind, bestehen weniger darin, dass sie eine besondere Neigung zum Nationalsozialismus gehabt hätten, als dass es vielen von ihnen an einer „positiv oder negativ artikulierten Beziehung“ zur demokratischen Republik fehlte.<sup>1324</sup> Richtig ist, dass die bis zur Übernahme durch den Nationalsozialismus tonangebenden Mitglieder der Standesorganisation der Volksschullehrer, der GdF, reformoffene, republikanische Persönlichkeiten gewesen sind. Das gilt vermutlich auch, ohne dass es quantifizierbar ist, für viele der aktiven Mitglieder dieser Organisation, die insgesamt auch nur eine Minderheit aller Lehrenden darstellten. Festzustellen ist aber auch, dass der Führer des Hamburger NSLB, Wilhelm Schulz, ein zu den Hamburger Pädagogen gehörender, reformoffener Volksschullehrer, Mitglied seiner Standesorganisation gewesen ist wie auch sein Stellvertreter Albert Mansfeld. Auch Schulz' Vorgänger in der Führung des Hamburger NSLB, Hinrich von der Lieth, war Volksschullehrer. Es hat also auch hier einen „rechten“ Flügel gegeben, der gegen Ende der Republik Aufwind spürte und dem durch den Machtwechsel begünstigten NSLB Zulauf verschaffte.<sup>1325</sup> Viele neue NSLB-Funktionäre waren langjährige Vertrauensleute der GdF gewesen.<sup>1326</sup> Von den 33 Positionen der Gauamtsleitung des Hamburger NSLB waren elf durch Volksschullehrer, vier durch Oberlehrer, drei durch Berufsschullehrer und eine durch einen Sonderschullehrer besetzt. Sechs Funk-

<sup>1322</sup> Vgl. hierzu Reiner Lehberger: Hamburgs Schulen unterm Hakenkreuz: Die nationalsozialistische „Reform“ des Hamburger Schulwesens, in: Hamburg, Stadt der Schulreformen (1990), S. 81–96, hier S. 91: „Während ein Großteil der Philologen deshalb die sogenannte Machtübernahme sicherlich [! U. S.] begrüßte, galt dies in dieser Form [!] für die Mehrheit der Hamburger Volksschullehrer mit Sicherheit [!] nicht.“ Unkritisch übernommen wurde diese Auffassung in: Einhundert Jahre Gymnasium Eppendorf (2004), S. 63.

<sup>1323</sup> Vgl. hierzu die gegensätzlichen Aussagen von Hans-Peter de Lorent und Volker Ullrich (Hans-Peter de Lorent / Volker Ullrich: Vorwort, in: „Der Traum von der freien Schule“. Schule und Schulpolitik in der Weimarer Republik, hg. von Hans-Peter de Lorent und Volker Ullrich, Hamburg 1988 [Hamburger Schriftenreihe zur Schul- und Unterrichtsgeschichte 1], S. 7–9, hier S. 8) einerseits und Uwe Schmidt (1999), S. 185–194, andererseits.

<sup>1324</sup> So auch Milberg (1988), S. 197, die damit ihre Auffassungen von 1970 korrigiert.

<sup>1325</sup> Hierzu Steenbock (1985), S. 13.

<sup>1326</sup> De Lorent: Personalpolitik, in: „Die Fahne hoch“ (1986), S. 203–212, hier S. 203.

tionsträger arbeiteten an der Universität oder im Institut für Lehrerfortbildung, bei acht Personen ist die Zuordnung unklar. Für die bis 1934 bestehende Kreiseinteilung des NSLB ergibt sich folgendes Bild: Von den 25 Führern waren 13 Volksschullehrer, fünf Oberlehrer, drei Lehrer an der Polizeischule, zwei Berufsschullehrer und einer Privatschullehrer. In einem Fall ist die Zuordnung unklar.<sup>1327</sup>

Der bislang eine Minderheit repräsentierende deutschnationale Flügel der Standesvertretung der (in sich heterogenen) Gruppe der Oberlehrer erhielt gegen Ende der Weimarer Republik Auftrieb, da seine Leitfigur Theodor Mühe, ein Reformanhänger früherer Zeiten, 1932 zum Vorsitzenden des Hamburger Philologenvereins gewählt wurde und 1933 zum Nationalsozialismus übertrat. Da aber die Organisation unter seinem Nachfolger Karl Züge bis 1935 der Einverleibung in den NSLB zu entkommen suchte,<sup>1328</sup> werden auch die zahlreichen Ausschüsse und Fachschaften des Hamburger NSLB mehrheitlich von Volksschullehrern geleitet worden sein.<sup>1329</sup>

Aus einer Perspektive 40 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur hat Kristina Steenbock nach Zeichen des Protestes gegen die nationalsozialistische Übernahme des Schulwesens und der Standesorganisationen seiner Lehrerinnen und Lehrer gesucht und festgestellt, dass „aus den Quellen [...] kaum in relevantem Ausmaß ein Aufbrechen von Protest zu ersehen“ sei. So habe auch die „Eingliederung der traditionsreichen Hamburger Lehrerschaft in wesentlichen Punkten reibungslos funktioniert“. Nur einzelne Kollegen hätten den Mut zu aktivem Widerstand eingebracht.<sup>1330</sup> Sie führt die Zurückhaltung und Anpassungsbereitschaft der überwiegenden Mehrheit aller Lehrerinnen und Lehrer auf Repression, Resignation, Angst, existentielle Abhängigkeit vom Staat und das Weiterbestehen des traditionellen Loyalitätsverhältnisses zu ihm zurück. Darf oder muss diese Haltung den damals Lebenden als Mitverantwortung für die einsetzende totale Gleichschaltung der Schule und der in ihr Tätigen gewertet werden? Noch nicht erfasst von dem Ende der 1960er Jahre einsetzenden Mentalitätswandel in der Bundesrepublik, hat 1964 Henning Timp-

<sup>1327</sup> Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1935/1936 (1935), S. 132–135.

<sup>1328</sup> Hierzu: Uwe Schmidt (1999), S. 281–336.

<sup>1329</sup> Nachweisbar ist das zum Beispiel bei den Fachschaften für Mädchenerziehung, geleitet von Emma Lange (Schule Schanzenstraße 105), und für Religion, geleitet von Wilhelm Nielsen (Schule Tornquiststraße 19 a) (Bundesarchiv Berlin: NS 12/908).

<sup>1330</sup> Steenbock (1985), S. 17.

ke vor solchen Kurzschlüssen gewarnt.<sup>1331</sup> Angesichts der wirtschaftlichen Depression und der gravierenden sozialen Notstände, unter denen auch und besonders die Jugendlichen litten, seien den an verantwortlicher Stelle stehenden Menschen Zweifel an der eigenen Sache gekommen, und sie hätten sich gefragt, ob konventionelle Methoden zur Überwindung der Krise ausreichten, ob nicht ganz neue Wege beschritten werden müssten. Totale Herrschaftsformen, wie sie dann die Nationalsozialisten praktizierten, hätten außerhalb der Vorstellungskraft der meisten Menschen gelegen. Auch erbitterte Gegner der Nationalsozialisten hätten selten den revolutionären und totalitären Charakter des Nationalsozialismus erkannt.

Auf die Idee, eine Widerstandsgruppe zu bilden, gibt eine Lehrerin der Walddörferschule zu bedenken,<sup>1332</sup> seien die Lehrer nicht gekommen,

„denn wir waren ja politisch überhaupt nicht geschult, auch nicht interessiert. So etwas Furchtbares wie *Mein Kampf* las man ja nicht. Das war natürlich falsch. Die nationalsozialistische Ideologie hat sich allmählich wie eine große Qualle über uns ergossen und uns vereinnahmt, so dass wir dann auf einmal gefangen waren und dann nichts mehr dagegen machen konnten. Wir haben das nicht so gemerkt, und wir waren in der Mehrheit auch nicht wach.“

Ihr pflichtete in dem 1988 geführten Gespräch der frühere Schüler Jan B. (geb. 1929) bei: „Man muss sehr vorsichtig sein und darf nicht jeden verachten, der nicht Widerstandskämpfer war. Dieses Problem ist sehr vielschichtig.“ Und viele hätten einfach auch Angst gehabt.

Um so wichtiger ist es, diejenigen vor dem Vergessenwerden zu bewahren, die diesen Schritt doch getan haben. Nur wer tief gegründete politische oder ethische Überzeugungen hatte und nach ihnen handelte, konnte sich von 1933 an dem Sog des Nationalsozialismus widersetzen. Gerade weil insgesamt nur wenige Menschen im „Dritten Reich“ Widerstand leisteten, verdienen diese wenigen unsere besondere Beachtung: Sie entzogen sich dem allgemeinen Konsens mit der „nationalen Revolution“ und standen damit für ein anderes Deutschland.<sup>1333</sup> Ihre Verfolgung, zunächst vor allem

---

<sup>1331</sup> Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933 (1964), S. 43.

<sup>1332</sup> Materialsammlung Uwe Schmidt, Materialsammlung Walddörferschule: Tobandaufnahmen 1988.

die der Kommunisten, setzte unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Hamburg am 5. März 1933 ein.<sup>1334</sup>

Mehr als 25 Lebensbilder von Lehrerinnen und Lehrern, die sich der Diktatur verweigert haben oder von ihr aus rassenpolitischen Gründen aus dem Beruf gedrängt wurden, haben die Autoren des 1985 erschienenen Sammelbandes *Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz* zusammengestellt.<sup>1335</sup>

Unter den wenigen, die aus politischer Überzeugung den Nationalsozialismus bekämpften und darum vom Regime verfolgt wurden, waren die Kommunisten die bei weitem größte Gruppe. Gegen den zunehmenden Druck der Verfolgung und Einschüchterung arbeiteten mehrere tausend Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der Illegalität, stellten Informationsmaterial her, verbreiteten es und halfen in Not geratenen Widerständlern.<sup>1336</sup> Der kommunistische Lehrer Franz Bobzien (1906–1941), der im Untergrund arbeitete und darum auch Auslandskontakte unterhielt, wurde von den niederländischen Behörden an das nationalsozialistische Deutschland ausgeliefert und kam als Teil eines „Bombensuchkommandos“ von KZ-Häftlingen in Berlin ums Leben.

Sein Doppelleben als „normaler Lehrer“ und Mitglied im NSLB, der zugleich für die illegale KPD arbeitete, wurde Willy Böge (geb. 1908) zum Verhängnis, doch überstand er die dreijährige Inhaftierung im Zuchthaus Fuhlsbüttel und konnte nach 1945 wieder als Lehrer arbeiten.

Für die illegale Rote Gewerkschaftsopposition (RGO) arbeitete Margarethe Hoeder (geb. 1896). Die kommunistische Lehrerin wurde dreimal verhaftet und kurz vor Kriegsende durch die sowjetische Armee aus dem KZ befreit. Nach dem Krieg konnte sie wieder als Lehrerin arbeiten.

Walter Flesch (1913–1992) wurde als kommunistischer Druckerlehrling 1934 verhaftet, als kommunistischer Lehrer 1953 entlassen und danach nicht wieder in den Staatsdienst eingestellt. Er verfasste das Lebensbild des zehn Jahre älteren Hans Ketzsch (geb. 1903), der 1944 der Verhaftung entging, obwohl er als Soldat ein Flugblatt des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ mit nach

<sup>1333</sup> Detlef Garbe: Institutionen des Terrors und der Widerstand der Wenigen, in: Hamburg im „Dritten Reich“ (2005), S. 519–572, hier S. 570. Zum kommunistischen Widerstand ebd., S. 555–559. Nach Schätzungen wurden bis 1939 etwa 8500 Hamburger Kommunisten verhaftet (ebd., S. 560).

<sup>1334</sup> Ebd., S. 519.

<sup>1335</sup> Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 152–311. Wenn keine zusätzlichen Angaben gemacht werden, bezieht sich die Darstellung auf diese Untersuchung.

<sup>1336</sup> Über den kommunistischen Widerstand: Garbe (2005), S. 555–559.

Hamburg gebracht hatte.<sup>1337</sup> Er war mit seiner Einheit in Dünkirchen eingeschlossen, und die französische Kriegsgefangenschaft rettete ihm das Leben.

Der kommunistische Lehrer Rudolf Klug (1905–1944) wurde bereits im Mai 1933 in der Schule verhaftet und zu Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt. Wegen illegaler Parteiarbeit wurde er 1937 erneut verhaftet und ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Als Soldat in dem von deutschen Truppen besetzten Norwegen hörte er ausländische Sender ab und verhalf Kriegsgefangenen zur Flucht. Im März 1944 wurde er in Norwegen hingerichtet.<sup>1338</sup>

Statt in den Schuldienst gelangte die kommunistische Lehrerin Renate Strübing (geb. 1908) bereits 1933 ins KZ, sie überstand fünf Verhaftungen, wurde jedoch nach 1945 „aus gesundheitlichen Gründen“ nicht in das Beamtenverhältnis übernommen.

Wegen ihrer Überzeugung als Kommunistin und illegaler Arbeit gerieten die Lehrerin Magda Thürey (1899–1945) und ihr Mann, der Maschinenbauer Paul Thürey (1900–1944), ins Blickfeld der Gestapo: Er wurde 1944 hingerichtet, sie starb kurz nach ihrer Befreiung aus der „Schutzhaft“ 1945.

Eine zweite Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern widersetzte sich aus sozialdemokratischen, allgemein sozialistischen oder gewerkschaftlichen Motiven dem Regime.<sup>1339</sup> Der sozialdemokratische Widerstand verdichtete sich nach der Besetzung des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof am 2. Mai 1933. Hierbei hatten Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) wesentlichen Anteil. Albert Badekow (geb. 1912) konnte wegen seiner SAJ-Mitgliedschaft erst nach dem Kriege seinen Berufstraum, Lehrer zu werden, verwirklichen, wurde 1937 aus dreijähriger Haft entlassen und im Krieg in ein Strafbataillon versetzt.

Der Oberlehrer<sup>1340</sup> Curt Bär (1901–1981) wirkte im Untergrund für den Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK). Bereits 1933 entlassen, verurteilte ihn 1937 der Volksgerichtshof wegen „Hochverrats“ zu mehrjähriger Zuchthaushaft.

<sup>1337</sup> Walter Flesch: Johannes Ketzscher. Pädagoge und Sozialist, in: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 227–231.

<sup>1338</sup> Van Dijk (1988), S. 273 (Anm 6). Zu Rudolf Klug siehe auch Edith Burgard / Herbert Diercks / Rose-Marie Zahrndt: Rudolf Klug – Ein Lehrer paßt sich nicht an, Hamburg 1982 (Hamburger im Widerstand gegen Hitler 2).

<sup>1339</sup> Über den sozialdemokratischen und sozialistischen Widerstand: Garbe (2005), S. 560–563.

<sup>1340</sup> Die Bezeichnung „Oberlehrer“ wurde während der nationalsozialistischen Diktatur durch die in Preußen geltenden Bezeichnungen „Studienassessor“, „Studienrat“ und „Oberstudien-direktor“ ersetzt. Sie wird hier der eindeutigen Kennzeichnung wegen beibehalten.

Für den ISK arbeitete auch der 22-jährige Schriftsetzerlehrling Hans Prawitt, der 1936 von der französischen Polizei beim versuchten Grenzübertritt an die deutschen Behörden ausgeliefert und im KZ Fuhlsbüttel so misshandelt wurde, dass er die Namen führender ISK-Mitarbeiter nannte. Prawitt starb 1945 im KZ Buchenwald. Unter den von ihm Genannten war der Hamburger Taubstummlehrer Alfred Schär (geb. 1887), der sich 1937 nach Angaben der Gestapo im KZ Fuhlsbüttel erhängt haben soll.<sup>1341</sup>

Die Lehrerin Emma Carstensen (geb. 1902) unterhielt in ihrer Wohnung einen Treffpunkt für die illegale Gewerkschaftsopposition RGO und wurde nach ihrer Verhaftung 1934 misshandelt und ins KZ Lübeck eingeliefert. Sie überlebte zwar, war jedoch für ihr ganzes Leben schwerkrank. Der Junglehrer Johannes Frank (geb. 1908) wurde als Mitglied der im Untergrund weiter arbeitenden SAJ 1936 verhaftet, für zwei Jahre im Zuchthaus gefangen gehalten und 1942 zu einem Bewährungsbataillon nach Griechenland eingezogen. So konnte er seine eigentliche Berufstätigkeit erst nach seiner Rückkehr aus britischer Gefangenschaft 1947 beginnen. Der Sozialdemokrat Arnold Hencke (geb. 1915) musste wegen illegaler Parteiarbeit zweieinhalb Jahre im Jugendgefängnis Hanöfersand verbringen. Erst nach dem Kriege konnte der frühere Schüler der Reformschule Telemannstraße wieder an dieser Schule tätig sein.

Der Volksschullehrer Dietrich Rothenberg (geb. 1904), in bürgerlichem Milieu aufgewachsen, trat 1931, als die Entlassung seines Kollegen und Freundes Rudolf Klug drohte, demonstrativ der KPD bei. 1933 wurde er von der Reformschule Telemannstraße an die stramm nationalsozialistisch geführte Schule Wrangelstraße versetzt. 1936 sorgte Schulrat Fritz Köhne für seinen Wechsel zur Mädchenschule Hübbesweg, wo „auch während der Nazizeit ein anderer Geist“ wehte, „ohne dass es deshalb so etwas wie antifaschistische Aktionen gegeben hätte“. Wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten für die IOL (Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer) wurde Rothenberg 1938 verhaftet und 1940 zum Kriegsdienst eingezogen. Beim Einmarsch der sowjetischen Armee nach Rumänien konnte er der deutschen Wehrmacht entkommen und geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst 1948 zurückkehrte.<sup>1342</sup>

<sup>1341</sup> Über Alfred Schär ausführlich und mit Literaturangaben Ursula Pietsch: Volksdorfer Schicksale aus den Jahren 1933–45, Teil 3: Der Taubstummlehrer Alfred Schär, in: Unsere Heimat – die Walddörfer, Nr. 6/2004, S. 80–82.

<sup>1342</sup> Van Dijk (1988), S. 269–288.

Durch ethische Überzeugungen und schlichten Anstand ließen sich Menschen leiten, zum Nationalsozialismus Distanz zu halten. Sie stellen eine sehr heterogene dritte Gruppe dar:<sup>1343</sup>

Der Harburger Lehrer Karl Bröer (geb. 1901) ließ sich extra an die Winterhuder Grundschule Vossberg versetzen, um „mit dem ganzen Nazikram so wenig wie möglich zu tun zu haben“.<sup>1344</sup> Er schützte Schülerinnen und Schüler, die von Verfolgung bedroht waren, und setzte sich 1940 erfolgreich für eine „halbjüdische“ Schülerin ein, indem er für ihre Umschulung von einer Oberschule, die von einem fanatischen Nationalsozialisten und Antisemiten geleitet wurde, auf eine andere Oberschule sorgte, in der sich das Mädchen frei und sicher fühlen konnte.

Zivilkourage bewies die Lehrerin Gertrud Klempau (geb. 1888), als sie die Vormundschaft für die Tochter einer verfolgten Kommunistin übernahm.

Dem Lehrer Hans Lieber (1890–1945) wurde sein schulintern bekanntgewordener Zweifel am „Endsieg“ zum Verhängnis. Verurteilt wegen Wehrkraftzersetzung, überlebte er das Zuchthaus nicht.<sup>1345</sup>

Die Studienassessorin Yvonne Mewes (1900–1945) wurde wegen Verweigerung des KLV-Dienstes von der Schulverwaltung an die Gestapo weitergeleitet und verstarb im KZ.

Der Gewerbelehrer Ernst Mittelbach (1903–1944) wurde wegen Unterstützung von Gegnern des Nationalsozialismus und Abhörens von „Feindsendern“ verhaftet, wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilt und am 26. Juni 1944 hingerichtet. Nach dem Hamburger Feuersturm vorübergehend aus der Haft entlassen, hatte er es abgelehnt unterzutauchen und war freiwillig in die Untersuchungshaft zurückgekehrt, weil er sich nichts vorzuwerfen hatte.<sup>1346</sup>

Dem Oberlehrer Bruno Nehmert (1897–1944) wurden staatsfeindliche Betätigung, das Abhören von „Feindsendern“ und perverse Pornographie

<sup>1343</sup> Über den Widerstand aus religiösen Motiven und aus bürgerlichen Kreisen: Garbe (2005), S. 563–570. Hier wird auch der Hamburger Zweig der „Weißen Rose“ behandelt (S. 565 und 570).

<sup>1344</sup> Über Karl Bröer zuletzt: Ursula Randt: Karl Bröer. Er hatte den Mut, er selbst zu bleiben, in: 100 Jahre Heinrich-Hertz-Schule 1907–2007. Festschrift zum Jubiläum, Hamburg 2007, S. 24–25.

<sup>1345</sup> Vgl. Gerhard Hoch: Hans Lieber – ein Hamburger Lehrerschicksal. Handreichung zum 50. Jahrestag der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Hamburg, Hamburg 1982.

<sup>1346</sup> Über Mittelbach zuletzt: Klaus Timm: Die Ermordung des Lehrers Ernst Mittelbach, Hamburg 2006 (Geschichten aus Klein-Borstel 20).

vorgeworfen. Er war von einem Arzt wegen staatsfeindlicher Äußerungen denunziert worden. Die Umstände seines Todes auf dem Transport von einem KZ zu einem anderen sind nicht geklärt.

Wegen „landesverräterischen Pazifismus“ und „flacher Freidenkerei“ wurde Max Zelck (1874–1965) 1933 aus dem Schuldienst entlassen und 1944 im Zusammenhang mit dem 20. Juli verhaftet, konnte jedoch 1945 nach Hamburg zurückkehren.

Nicht eigentlich politisch, sondern allgemein ethisch war die Verweigerung der Oberlehrerin Erna Stahl (1900–1980) begründet. Nur der Einmarsch der Alliierten bewahrte sie vor dem Todesurteil des „Volksgerichtshofs“. <sup>1347</sup>

Über die einzige organisierte Widerstandsgruppe von Hamburger Lehrern, die sich zum Schutz gegen Verfolgung in sieben Untergruppen zu je drei bis fünf Personen teilte, berichtet Gertrud Meyer (1898–1975). <sup>1348</sup> Sie stellten eine winzige Minderheit aller Hamburger Lehrer dar, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Juden. „Einen Widerstand *der* Hamburger Lehrerschaft hat es nicht gegeben.“ Diese Gruppen kamen regelmäßig zum Austausch von Informationen zusammen, übersetzten Meldungen ausländischer Zeitungen, vervielfältigten selbst Informationsmaterial und verteilten illegale Flugblätter – angesichts des staatlichen Informationsmonopols besonders wichtig und ebenso riskant. Reisen ins benachbarte Ausland und die Teilnahme an dort abgehaltenen Lehrerversammlungen dienten der Kontaktaufnahme.

Zu den als Juden Ausgegrenzten gehörten der langjährige Leiter der Hamburger Volkshochschule, der Oberlehrer Kurt Adams (1889–1944), sowie der Oberlehrer an der Klosterschule am Holzdamm, Walter Bacher (1893–1944), und seine Frau Clara (1898–1944) – alle drei starben im KZ.

Die Lehrerin Julia Cohn (1889–1941) wurde als Jüdin 1938 ins KZ eingeliefert und 1941 nach Riga deportiert, wo sie ermordet wurde.

Die Deportation der Hamburger Juden in die „Ostgebiete“ in den Jahren 1941/42 ging auf eine Initiative des Hamburger Gauleiters Karl Kaufmann zurück und wurde keineswegs, wie die Verantwortlichen nach dem Kriege glauben machen wollten, „von oben“ angeordnet. Staatliche Hamburger Organe sorgten für die „Freimachung“ jüdischer Wohnungen und requirierten die Hinterlassenschaften der Ausgetriebenen. Ihr Abtransport, der

<sup>1347</sup> Über Erna Stahl siehe zuletzt Schmidt/Weidmann (2005), S. 323–324: „Die Widerständige“.

<sup>1348</sup> Gertrud Meyer: Hamburger Lehrer. Verfolgung und Widerstand, in: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 18–22, hier S. 21–22.

zu ihrer schließlichen Ermordung führte, vollzog sich keineswegs in einer geheimnisvollen Anonymität, vielmehr vor dem Logenhaus an der Moorweidenstraße im Beisein einer applaudierenden Menge. Die Zahl der Hamburger Opfer ist nicht genau zu ermitteln. Sie wird auf etwa 10.000 geschätzt. 8877 von ihnen sind namentlich bekannt.<sup>1349</sup> 96 Hamburger Lehrerinnen und Lehrer sind während der Deportation umgekommen, in Konzentrationslagern und Gefängnissen ermordet worden oder gestorben oder haben die Haftfolgen nicht überlebt, die meisten von ihnen Juden.<sup>1350</sup>

---

<sup>1349</sup> Frank Bajohr: Von der Ausgrenzung zum Massenmord. Die Verfolgung der Hamburger Juden 1933–1945, in: Hamburg im „Dritten Reich“ (2005), S. 471–518, hier S. 506–518.

<sup>1350</sup> Opfer des Faschismus aus der Hamburger Lehrerschaft, in: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz (1985), S. 312–317 (zusammengestellt von Gunnel Haensel, Ursel Hochmuth und Ursula Randt, mit biographischen Angaben); ergänzte Liste mit 88 Namen: Opfer des Nationalsozialismus aus der Hamburger Lehrerschaft, in: „Die Fahne hoch“ (1986), S. 422–424. Die Aufstellung bei Randt (2005), S. 16–17, enthält acht weitere Namen.

### 3.3 Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte

Von der Systematik her gehören Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte in den Zusammenhang, in dem von Schülern, Lehrern und Eltern die Rede ist. Aus dem Jahre 1961 stammt die Aufgabenbeschreibung, die der spätere Leiter des Instituts für Lehrerfortbildung Hans-Joachim Reincke von Funktion und Aufgaben des Schulrats gegeben hat:<sup>1351</sup> Aufsicht über die Organisation der Schulen seines Schulkreises nach den Vorgaben der Schulbehörde, die wiederum auf dem von der Bürgerschaft beschlossenen Haushaltsplan beruhen, Hospitation der Berufsanfänger, Vorsitz im Prüfungsamt, Ansprechpartner für alle an der Schule beteiligten Gruppen, besonders, wenn es zu Schwierigkeiten kommt, deren Bewältigung dem Schulleiter allein nicht möglich ist, Abstimmung mit anderen Schulaufsichtsbeamten in der Behörde und dabei die Mitarbeit in Ausschüssen und die Übernahme einer „Referat“ genannten Sonderaufgabe wie Baufragen, Ausleseprüfung und dergleichen. Damals gehörte auch die Teilnahme an „Besichtigungen“ der Abschlussklassen zu den Aufgaben eines Schulrats. Für höhere Schulen und Berufsschulen kamen schulformspezifische Funktionen dazu wie die Abnahme der Abitur- und die Berufsausbildungsabschlussprüfungen. Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte waren bis 1933 und nach 1945 diejenigen, deren Handlungs- und Aufgabenfeld zwischen der Behörde und der Basis positioniert war und ist, wobei die Schulaufsichtsbeamten näher an der Behörde wirken, die Schulleiter wesentlich näher an der Basis.

Ein Hamburger Schulleiter war von 1919 bis 1933 ein *primus inter pares*, gewählt vom Kollegium und eingesetzt auf Zeit. Nach 1945 wurden bis 1973 die Schulleiter auch von der Behörde eingesetzt, nicht auf Zeit, allerdings mit Beteiligung der Lehrerkonferenz. Davon konnte unter dem Nationalsozialismus nicht die Rede sein. Nach dem Führerprinzip entschied die Schulverwaltung, wer zum Schulleiter ernannt wurde. An der Auswahl und Einsetzung von Schulaufsichtsbeamten waren und sind die Schulen nicht beteiligt. Sie wurden und werden vom Leiter der Behörde nominiert und vom Senat ernannt. Die Personalpolitik des vom nationalsozialisti-

---

<sup>1351</sup> Hans-Joachim Reincke: Der Schulrat, ms., Hamburg 2004, S. 12–17.

schen Senat eingesetzten neuen Leiters der Schulverwaltung, Karl Witt, verfolgte den Grundsatz, „dass die politische Leitung Wert darauf lege, die entscheidenden Stellen der Schulverwaltung mit Männern zu besetzen, die der Bewegung innerlich und äußerlich schon seit der Machtübernahme angehört hätten“.<sup>1352</sup> Diese Direktive wurde angesichts des Mangels an qualifizierten Nationalsozialisten jedoch nicht konsequent umgesetzt, denn die neue Leitung konnte, wollte sie das Schulwesen funktionsfähig halten, nicht ganz auf erfahrene Beamte verzichten.<sup>1353</sup> So blieben von den bis 1933 amtierenden sieben Schulräten für Volksschulen Fritz Köhne und (bis 1942/43) Gustav Schmidt im Amt. Die übrigen fünf – ihre Zahl wurde bis 1934 vermindert – wurden durch Nationalsozialisten ersetzt.<sup>1354</sup> Entlassen und durch Parteigänger ausgetauscht wurden auch die preußischen Stadtschulräte in Altona,<sup>1355</sup> Harburg und Wandsbek.<sup>1356</sup> Ein entsprechendes Reviement erfolgte bei den höheren Schulen – hier blieb jedoch (bis 1940) Wilhelm Oberdörffer im Amt –, bei den Berufsschulen amtierte weiterhin Udo Lohse.<sup>1357</sup> Als Funktionsträger des nationalsozialistischen Regimes hat-

<sup>1352</sup> StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 673 (Personalakte Ludwig Doermer).

<sup>1353</sup> Vgl. zuletzt Schmidt/Weidmann (2005), S. 316.

<sup>1354</sup> Über Fritz Köhne: Hartwig Fiege: Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann 1879–1956, Hamburg 1986 (Beiträge zur Geschichte Hamburgs 28), S. 78–79. Gustav Schmidt hat die Vorgänge, die zu seiner Entlassung durch Albert Henze führten, selbst dargestellt: Schmidt (2004), S. 44, 63–65, 72–78, 85 und 90. Am 11.5.1933 wurde die Schulaufsicht für Volksschulen durch Beauftragung von fünf neuen Schulräten (darunter eines Oberschulrats) neu geordnet: Wilhelm Schulz (später Landesschulrat), Dietrich Ossenbrügge, Friedrich Wilhelm Lühning, Karl Paul Günther und Wilhelm Grünewald (StAHH, 362-3/40 Schule Turmweg: 107). An die Stelle von Günther und Grünewald traten später (als Oberschulrat) Albert Mansfeld, Kurt Holm und zeitweilig Rudolf Peter. Am 11.2.1934 gab die Schulverwaltung bekannt, sie habe zwei Schulräte eingespart und eine Oberschulratsstelle in eine Schulratsstelle umgewandelt (Bundesarchiv Berlin, R 4901: 4430).

<sup>1355</sup> Am 24.4.1933 wurde der bisherige Altonaer Stadtschuldezernent Hermann Leo Köster zunächst beurlaubt und dann in den Ruhestand versetzt. Seine Nachfolge traten die nationalsozialistischen Schulaufsichtsbeamten Paul Dittmer (später Leiter der Ofj Armgartstraße beziehungsweise des Christianeums) und Hermann Stegemann an (StAHH, 421-5 Regierung Schleswig: S b 1 Band 53). Zu Köster siehe auch das Lebensbild von Hans-Peter de Lorent: Pädagogischer Lehrerfunktionär. Hermann Leo Köster, in: „Der Traum von der freien Schule“. Schule und Schulpolitik in der Weimarer Republik, hg. von Hans-Peter de Lorent und Volker Ullrich, Hamburg 1988 (Hamburger Schriftenreihe zur Schul- und Unterrichtsgeschichte 1), S. 335–337.

<sup>1356</sup> Landesarchiv Schleswig-Holstein: Abt. 309 Nr. 38652. Für Harburg liegen keine Belege vor.

<sup>1357</sup> Übersicht in: Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1935/1936 (1935), S. 130. Udo Lohse zur Seite stand Hans Kreß, er wurde später sein Nachfolger.

ten alle Schulaufsichtsbeamten die Aufgabe, die nicht auf die persönliche Entfaltung, sondern auf die Instrumentalisierung und Formierung von Menschen ausgerichtete nationalsozialistische Schulpolitik umzusetzen. Ein Senatsbeschluss vom 17. Juli 1933 verpflichtete die Behördenleiter, „die Erziehung der ihnen unterstellten Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiter zum nationalsozialistischen Staatsgedanken [...] in der ihnen geeignet erscheinenden Weise wirksam zu fördern“.<sup>1358</sup> Auch die beiden „Anwälte des Menschlichen“ in der Schulverwaltung, Fritz Köhne und Wilhelm Oberdörffer, mussten sich in die große Linie der Schulpolitik einfügen und Befehle und Anordnungen von höherer Stelle nach „unten“ weitergeben. Beide verhielten sich den neuen Machthabern gegenüber als loyale Beamte und trugen auf diese Weise dazu bei, nationalsozialistische Erziehungsvorstellungen in den Schulalltag zu bringen. Dessen ungeachtet waren beide – in einer Art Doppelrolle – Garanten dafür, dass es im Schulwesen, soweit es irgend möglich war, auch unter geänderten Verhältnissen weiterhin menschlich zugeht. Beide bemühten sich darum, dass die bis 1933 in ihrem jeweiligen Bereich entwickelten Ansätze zur Modernisierung der Schule nicht untergingen.<sup>1359</sup>

Der Volksschullehrer Albert Mansfeld war am 1. August 1928 in die NSDAP eingetreten.<sup>1360</sup> Über seine Motive zum Parteieintritt äußerte sich Mansfeld nach dem Kriege: „Selbst aus einfachsten Verhältnissen herkommend, hatte ich jahrelang in einer Arbeitergegend (Rothenburgsort) gewirkt und dort die Nöte und Sorgen des kleinen Mannes kennengelernt.“ Er habe ernsthaft geglaubt, mit der NSDAP könne die „Freiheit des deutschen Volkes und eine gerechte soziale Ordnung“ erreicht werden. Er habe keine persönlichen Vorteile erreichen wollen.<sup>1361</sup> Am 28. Mai 1931 nahm Mansfeld an der Gründungsversammlung des Hamburger NSLB teil, dem er wenig später beitrug.<sup>1362</sup> Bei den unter dem Druck des Regimes durchgeführten Neuwahlen des Vorstandes der GdF wurde Albert Mansfeld am 27. April 1933 der

---

<sup>1358</sup> StAHH, 362-3/40 Schule Turmweg: 107.

<sup>1359</sup> Über Köhne hierzu Fiege (1986), S. 80.

<sup>1360</sup> Bundesarchiv Berlin, BDC: NSLB 3330: D 0033.

<sup>1361</sup> StAHH, 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung: 58263 (Entnazifizierungsakte Albert Mansfeld); Behörde für Bildung und Sport, Hamburg: Personalakte Albert Mansfeld.

<sup>1362</sup> HLZ Nr. 25–26/1934, S. 394; Bundesarchiv Berlin, BDC: OPG I 83. Weitere Angaben: HLZ Nr. 17/1933, S. 241, Nr. 18/1933, S. 249–250 und Nr. 19/1933, S. 275.

erste von drei Schriftführern und erreichte einen Vorstandsbeschluss, nach dem sämtliche Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften der GdF, die sich mit „weltanschaulichen Fragen“ befassten, ihre Arbeit sofort einzustellen hatten. Als stellvertretender Landesleiter des Hamburger NSLB, später als Gauamtsleiter des Amtes für Erziehung, hatte Mansfeld erheblichen Einfluss auf die nationalsozialistische Schulung der Hamburger Lehrerschaft. Innerhalb des NSLB galt er als Exponent des radikalen Flügels.<sup>1363</sup> Am 5. März 1934 wurde er zunächst zum Schulrat berufen, am 1. Juli 1934 zum Oberschulrat ernannt. Ihm wurde die Leitung der Schulaufsicht über das gesamte Volksschulwesen übertragen. 1937 drängte er die Hamburger Lehrerinnen und Lehrer, der NSDAP beizutreten. Die Unterstützung der rassen- und erbhygienischen Maßnahmen des Staates durch die Hilfsschulen hat Mansfeld entscheidend gefördert.<sup>1364</sup> Von 1940 bis 1945 leistete Mansfeld Kriegsdienst, er wirkte also in der Ära Henze nicht in der Schulverwaltung. Trotz seiner steilen nationalsozialistischen Karriere durfte Mansfeld, gestützt auf entlastende Gutachten von Landesschulrat Ernst Matthewes und mehrerer Schulräte, ab 1951 wieder als Lehrer im Hamburger Schulwesen tätig sein.

Unter den drei für die höheren Schulen maßgeblichen Oberschulräten – neben dem aus der Weimarer Republik übernommenen Wilhelm Oberdörffer und dem 1933 berufenen Nationalsozialisten Walter Behne – war Theodor Mühe der am meisten ideologisch argumentierende Schulaufsichtsbeamte.<sup>1365</sup> Zu erkennen ist dieses vor allem am Vokabular seiner überlieferten Reden und schriftlichen Äußerungen und an der Kontinuität seiner Ausdrucksweise vor und nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten. So tragen die „Hamburger Richtlinien für politische Erziehung“, die Mühe am 17. Januar 1934 mit einem von ihm selbst verfassten Vorwort vorstellte, seine Handschrift.<sup>1366</sup> Der Sieg des Nationalsozialismus, erklärte Mühe am

<sup>1363</sup> Milberg (1970), S. 369.

<sup>1364</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 711.

<sup>1365</sup> Ich widerspreche damit der Einschätzung, die der spätere Oberschulrat Theodor Wulle am 30.1.1956 in einem Schreiben an Behnes Witwe vorgenommen hat, Behne sei „der führende Nationalsozialist im damaligen Oberschulratskollegium“ gewesen.

<sup>1366</sup> DPB 42 (1934), S. 30–32: „Die nationalsozialistische Revolution gestaltet das deutsche Volk zur politischen Nation. Diesem revolutionären Geschehen hat auch die Schule und vor allem der deutsche Unterricht zu dienen. Wegen der langdauernden Schwächung der völkischen Kraft und der gefährdeten Lage des Vaterlandes ist diese Erziehung zum politischen Deutschen mit besonderem Nachdruck durchzuführen. Die Unterrichtsbehörde verlangt in diesem

30. November 1934 in einer Denkschrift für die Ausbildung von Studienreferendaren, habe den Weg frei gemacht „für die aus dem Bewusstsein in Blut und Boden wurzelnder Verbundenheit erwachsende Einheit der deutschen Volksgemeinschaft“. Der künftige Lehrer müsse sich daher ernsthaft mit den Grundlagen des Nationalsozialismus beschäftigen, „mit dem Gedanken der Verbindung von Blut und Boden, von Rasse und Volkstum“.<sup>1367</sup> Das genaue Datum des formellen Eintritts Mühes in die NSDAP ist nicht ganz klar: vielleicht schon am 27. Juni 1933 oder aber erst am 1. Mai 1937.<sup>1368</sup> Am Vergleich mit dem „unpolitisch“ gebliebenen, jedoch bereits 1933 in die Partei eingetretenen Oberdörfner wird deutlich, dass das Datum des Parteieintritts bei einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes nicht als das alleinige oder gar entscheidende Kriterium für die Durchsetzung einer Persönlichkeit mit den Irrtümern des Nationalsozialismus gewertet werden kann. Im September 1938 betonte Mühe in seinen „Vorschlägen zur Neuregelung des Pflichtenkreises von Schulleitern“,<sup>1369</sup> „dass sich Leiter und Lehrer über ihre unmittelbare amtliche Pflichtübung hinaus an geeigneter Stelle in der NSDAP und ihren Gliederungen wie NSLB und HJ dauernd in politischer Schulung und Betätigung halten“ müssten.<sup>1370</sup>

---

Sinne die Umstellung des deutschen Unterrichts an den höheren Schulen. Als erste und vorläufige Maßnahme fordert sie die Auswahl und Darbietung des Literaturgutes unter dem Gesichtspunkt der revolutionären Erfordernisse.“ In Teil II wird der deutsche Staat als national, total, sozialistisch und organisch dargestellt. Hergeleitet wird die Konzeption des Erlasses aus Hitlers *Mein Kampf* sowie Werken von Arthur Moeller van den Bruck, Carl Schmitt, Edgar Jung (*Herrschaft der Minderwertigen*), August Winnig (*Vom Proletarier zum Arbeitertum*) und Wilhelm Stapel (*Volksbürgerliche Erziehung*). Verbindlichkeit erhielt der Erlass ab 1.10.1933, die Deutschlehrer wurden zur Berichterstattung am 20.12.1933 und 1.3.1934 verpflichtet. Die Ergebnisse sollten später in der Fachschaftsarbeit des NSLB ausgewertet werden.

<sup>1367</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1722.

<sup>1368</sup> Das frühere Datum findet sich in StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1799 sowie StAHH, 113-5 Staatsverwaltung – Allgemeine Abteilung: B III 15 c; das spätere Datum wird genannt in StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1159 (Personalakte Theodor Mühe).

<sup>1369</sup> StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4011-10 (Dienstangelegenheiten der Lehrkräfte 1938–1942). – Die Vorschläge wurden von Mühe in seiner Funktion als Angehöriger der Staatsverwaltung verfasst und am 1.9.1938 vom Reichsstatthalter dem zuständigen Reichsministerium, dem REM, zugeleitet.

<sup>1370</sup> Zu Theodor Mühe siehe auch Milberg (1970), S. 240, 471, 493, 496, 532 und 535; Behrens (1973), S. 165–167. – Milbergs Wertungen stehen stark unter dem Eindruck der bildungspolitischen Aufbruchstimmung der „68er-Jahre“, die, im Einzelnen gelegentlich unkritisch, auf die Zeit nach 1918 und die in ihr agierenden Personen übertragen wird. Das Adjektiv „konservativ“ dient pejorativ der Subsumierung sehr unterschiedlicher Einstellungen unter einen „scharfen“ Oberbegriff. Den beruflichen Werdegang Mühes und die möglichen Gründe für

Dass auch ein Oberschulrat in den (hier zweifellos unberechtigten) Verdacht geraten konnte, nicht voll auf dem Boden des Nationalsozialismus zu stehen, zeigt ein Vorgang, der seinen Ausgangspunkt in der Gelehrtenschule des Johanneums hatte und der sich vom November 1936 bis zum Mai 1937 hinzog:<sup>1371</sup> Der Hilfshausmeister am Johanneum, Herzogenrath, hatte der HJ-Gebietsführung 6 (Altona, Schlageterstraße) einen Bericht über seine Beobachtungen am Johanneum zugeleitet, in dem er den Umgang mit den Juden an der Schule kritisierte. Sie würden durch andere Schüler, die der HJ angehörten, kameradschaftlich behandelt und zusammen mit ihnen fotografiert, sie ständen dabei einträchtig nebeneinander, als gäbe es keine „Rassenfrage“. Ein Hitler-Junge hole einen Juden täglich zu Hause ab und gehe mit ihm gemeinsam in die Schule. 85 Prozent der in DJ und HJ organisierten Schüler seien nur nominell Mitglied in der nationalsozialistischen Jugendorganisation, um ihr Studium und ihre Berufsausbildung störungsfrei zu durchlaufen. Der Kritiker forderte daher eine Aufklärungsaktion in der Aula über die Aufgaben der HJ:

„Da wir leider die Juden nicht einfach aus der Schule hinausschmeißen dürfen, muss zur Selbsthilfe geschritten werden, um unsere Jugend dem verderblichen Einfluss des Judengesindels zu entziehen, und müssen die Juden von den Angehörigen der HJ so behandelt werden, dass ihnen die Lust vergeht, noch länger an der Schule zu bleiben.“

Die Lehrerschaft bürgte nicht für eine Erziehung im nationalsozialistischen Sinne. So würden bei Schulveranstaltungen die Mütter mit „gnädige Frau“, „Frau Professor“ und „Frau Doktor“ angeredet, was der Denunziant als „Schleimscheißereien“ und „Verrenkungen“ bezeichnete. Da die Beobachtungen Herzogenraths am 15. Dezember 1936 in der *Nordmark-Jugend*, der regionalen Zeitung der Hitler-Jugend, veröffentlicht wurden,<sup>1372</sup> wurde Herzogenrath von dem für das Johanneum zuständigen Oberschulrat Walter Behne zu einem Gespräch in den Räumen der Schulverwaltung im Bei-

---

seine Wende zur schulpolitischen Rechten – in einem Lebensalter um 50 Jahre – hat Milberg nicht aufgenommen. Siehe hierzu: Uwe Schmidt (1999), S. 281–294.

<sup>1371</sup> Bundesarchiv Berlin, BDC: SA 4000/31 und SA 4000/33.

<sup>1372</sup> *Nordmark-Jugend*. Kampfblatt der Hitler-Jugend im Gebiet 6 (Schleswig-Holstein-Hamburg), Nr. 24/1936, S. 4, unter der Überschrift: „Hitler-Jugend und Juden als Kameraden? Was ist an der Gelehrtenschule des Johanneums los?“

sein des Schulleiters Werner Puttfarken und seines Stellvertreters Gerhard Rösch aufgefordert. Hier erklärte er, in seiner Funktion als SA-Führer gehandelt zu haben. Er habe als SA-Führer die Pflicht, über das Verhalten der DJ- und HJ-Angehörigen zu wachen und „berechtigte Kritik an den Erziehern dieser Jungen zu üben, soweit es deren nationalsozialistische Haltung betrifft“.<sup>1373</sup> Eine im Namen der Schulverwaltung von Walter Behne unterzeichnete Verwarnung, verbunden mit der Aufforderung, künftig den Dienstweg einzuhalten, nahm Herzogenrath zum Anlass, gegen Behne ein Disziplinarverfahren zu initiieren. In seinen Begründungen griff er auch den Schulleiter Werner Puttfarken an, allerdings nicht gezielt wegen seiner Haltung zu jüdischen Schülern: Der Schulleiter habe in der Schulzeitschrift *Das Johanneum* vom 1. Juni 1936 dem (wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz) angeklagten Lehrer Ernst Fritz und zwei anderen Lehrern seinen Dank ausgesprochen, obwohl er gewusst habe, warum Fritz die Schule verlassen musste.<sup>1374</sup> Er nutze seine Machtstellung als Schulleiter nicht oder falsch.<sup>1375</sup> Er besitze daher, genauso wenig wie Behne, sein Vertrauen. Auch sei der Lehrer Wilhelm Ax für seine Kritik am Winterhilfswerk („diese ewige Bettelei“) nur verwarnt worden.<sup>1376</sup> Behne, Puttfarken und andere seien

<sup>1373</sup> Da der Artikel der *Nordmark-Jugend* manche Passagen, die der Aktenvorgang des BDC enthält, nicht anführt, außerdem der Denunziant in dem Artikel nicht genannt wird, muss die Schulverwaltung zwischen dem 11.12. und 16.12.1936 Recherchen angestellt haben, durch welche sie auf den Hilfshausmeister aufmerksam wurde, oder dieser muss selbst seine Kritik in der Schule verbreitet haben mit dem Resultat, dass der Schulleiter Werner Puttfarken sich an die Schulverwaltung wandte.

<sup>1374</sup> Zu den Ernst Fritz betreffenden Vorgängen siehe Uwe Schmidt (1999), S. 362 und 368.

<sup>1375</sup> Werner Puttfarken wurde am 2.5.1938 von einem Assessor Leifermann, vermutlich im Auftrag der Staatsanwaltschaft, in Sachen Dr. Wilhelm Ax (siehe folgende Anmerkung) vernommen. Diese Vernehmung hatte offensichtlich politische Gründe (Altregistratur Gelehrtenschule des Johanneums: Schulleitertagebuch I, S. 131; Information von Harald Schütz am 20.4.2005).

<sup>1376</sup> Der Lehrer des Johanneums Wilhelm Ax, der seit 17 Jahren am Johanneum gearbeitet hatte, wurde 1937 wegen eines Konflikts mit dem Ortsgruppenleiter der NSDAP (er war denunziert worden, weil sein Sohn Johannes Ax nicht bei den Pimpfen des Deutschen Jungvolks mitmachte) nach mehrmonatiger Suspendierung an die Albrecht-Thaer-Schule versetzt. Allem Anschein nach weigerte sich Wilhelm Ax, Sohn eines Hausmeisters, in die NSDAP einzutreten. Ein gegen ihn angestrigtes behördliches Disziplinarstrafverfahren wegen parteiwidrigen Verhaltens endete mit einer Geldstrafe (Information von Harald Schütz am 20.4.2005). In einem Schreiben an Harald Schütz bezieht sich der Sohn des strafversetzten Lehrers, Prof. Dr. Johannes Ax (Abitur am Johanneum 1940), am 10.3.1989 auf diese Vorgänge: „Das Material führt [...] immer wieder zu neuen Fragen, zum Beispiel Herzogenrath, der ‚Hilfshausmeister‘, warum wurde er versetzt, warum hat sich sogar der Reichsstatthalter mit dem Fall dieses doch kleinen Mannes befasst? Dass dieser denunziert hat, passt in das Bild, das wir von ihm hatten,

durch die Johannitertradition verbunden und befänden sich in Positionen, denen sie nicht gewachsen seien.<sup>1377</sup> „Parteigenossen, die auf vorgeschobenem Posten stehen, müssen sich den Standpunkt des Führers zu eigen machen, dass das Recht ist, was der Bewegung nützt, und Unrecht ist, was der Bewegung schadet.“ Der weitere Verlauf geht aus den Akten nicht hervor. Offenbar erwirkten einflussreiche Parteigenossen mit Vorbehalten gegen Akademiker und hochgestellte Funktionsinhaber der Schulverwaltung einen Beschluss des Parteigerichts, durch welchen Behne die Fähigkeit zur Wahrnehmung eines Parteiamtes auf Lebenszeit aberkannt wurde. Hiervon konnte er sich am 28. April 1937 nur durch ein Gnadengesuch an den „Führer“ befreien, welches durch eine Stellungnahme des Führers der SA-Standard R 463 (Holstenwall 9) – dem Behne als SA-Truppführer unterstellt war – unterstützt wurde: Behne beherrsche wissens- und bekenntnismäßig die Weltanschauung des Nationalsozialismus. Er sei daher mehrfach als Referent über Fragen der deutschen Geschichte in Sonderlehrgängen für SA-Führer der Brigade 12 (Gellertstraße 37) aufgetreten und sei ein weltanschaulich gefestigter Mann.

Der Vereinigung Hamburgs mit Altona verdankte die Schulverwaltung den Zugang des bisherigen Stadtrats der Stadt Altona Hermann Saß als Oberschulrat.<sup>1378</sup> Er war als Lehrer mit nur mäßigen Unterrichtserfolgen 1924 nach der Personalabbauverordnung (PAV) in den einstweiligen und 1931 im Alter von 40 Jahren „aus gesundheitlichen Gründen“ in den dauernden Ruhestand versetzt worden. 1927 in die NSDAP eingetreten, betätigte sich Saß als Amtswalter der Partei und langjähriger Mitarbeiter des *Völkischen Beobachters* und anderer nationalsozialistischer Blätter. Nach dem

---

dass es aber auch meinen Vater betraf, habe ich erst hier erfahren.“ Am 12.6.1989 fügte Ax hinzu: „Die Stellung von Herzogenrath war mir [...] völlig entfallen. Ich habe ihn mehr als kleine Wühlmaus in Erinnerung, die wir nicht so ernst nahmen, wie es vielleicht notwendig gewesen wäre.“ 1945 wurde Wilhelm Ax zum Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums ernannt.

<sup>1377</sup> Behne war von 1897 bis 1906 Schüler des Johanneums gewesen und hatte hier am 29.8.1906 die Reifeprüfung bestanden. Er trat (insgeheim) im Dezember 1931 der NSDAP und zum gleichen Zeitpunkt dem sieben Monate zuvor gegründeten Hamburger NSLB bei. Im November 1932 wurde Behne Mitglied der SA und stieg dort zum Sturmführer auf (StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1381 Band 1 und Band 2). Entgegen den Behauptungen des Denunzianten und anders als Walter Behne hatte Puttfarken das Reifezeugnis nicht am Johanneum, sondern 1908 am Wandsbeker Matthias-Claudius-Gymnasium erlangt. Er hatte von 1896 bis 1897 die Vorschule des Realgymnasiums des Johanneums am Steintorplatz, nicht aber die der Gelehrtenschule am Speersort besucht (StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1582).

<sup>1378</sup> Über ihn: StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1065.

Machtantritt der Nationalsozialisten stellte Saß sein Ausscheiden aus dem Dienst als „Maßregelung aus politischen Gründen“ dar. Die nationalsozialistische Altonaer Stadtverwaltung machte ihn am 16. April 1933 zum kommissarischen Senator und am 20. Oktober 1933 zum Stadtrat der Stadt Altona. Ein Vermerk der Schulverwaltung vom 10. Mai 1943 zur Amtsführung Saß' ist auch im nationalsozialistischen Kontext bemerkenswert: Saß leiste keine regelmäßige Mitarbeit in der Schulverwaltung. Elternanträge entscheide er nach Gutdünken oder ganz persönlicher Einstellung,<sup>1379</sup> er informiere die Sachbearbeiter und die zuständigen Abteilungen nicht. Lehrkräfte, die sich einer nationalsozialistischen Ausdrucksweise bedienten, ohne nach Haltung und Charakter Nationalsozialisten zu sein, würden bevorzugt, er sei fachlich und verwaltungsmäßig unsicher und habe keine Beziehung zu seinem Amt. 1940 sei er für mehrere Monate gar nicht im Dienst gewesen.<sup>1380</sup>

Am 10. September 1943 bat die Schulverwaltung, „nach den mit Herrn OSR [= Oberschulrat] Saß in der Schulaufsicht in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen“ von einer weiteren Verwendung Saß' in der Schulverwaltung abzusehen. Saß selbst fühle sich angesichts seiner Aufgaben nicht wohl, da sie nach eigener Äußerung seinen Anlagen und Fähigkeiten widersprächen. Der Senat entsprach dieser Bitte und ernannte Saß am 3. November 1943 zum kommissarischen Leiter der Kreisverwaltung (Ortsamt) Altona.<sup>1381</sup> Am 5. Juni 1944 beantragte der Leiter der Schulverwaltung, Ernst Schrewe, Saß in den endgültigen Ruhestand zu versetzen.

---

<sup>1379</sup> Als Beispiele genannt werden die Vorgänge Duncker (OfJ Altona, 3.5.1942, unberechtigte Zuerkennung des Reifezeugnisses) und Elke Schunk (OfM Flottbek, 15.2.1942, unberechtigte Aufnahme von der Mittelschule).

<sup>1380</sup> StAHH, 131-8 Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst: G 8 c HV 1943 VII; vgl. Dargel/Joachim (1985), S. 78–80: In der Behörde sei es unter Saß chaotisch zugegangen; der Schulleiter der OfJ Altona, Peter Meyer, habe Saß, der nun die Direktorenkonferenzen leitete, für einen „ausgemachten Wichtigtuer“ gehalten und ihn, als er im Januar 1942 zur Hospitation erschien, als „kleinen Schulrat“ bezeichnet.

<sup>1381</sup> Vorausgegangen war am 8.5.1943 ein offenkundiger Selbstmordversuch mit Schlaftabletten (StAHH, 131-8 Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst: G 8 c HV 1943 VII). Am 16.12.1943 vermerkte der Leiter der Schulverwaltung, Ernst Schrewe: Die Schulverwaltung habe Bürgermeister Krogmann gebeten, Saß in der Verwaltung anderweitig zu verwenden oder seine Pensionierung einzuleiten. Bereits am 2.11.1943 hatte die Schulverwaltung festgestellt, Saß' Kraft reiche nicht aus zur Bewältigung seiner Aufgaben in der Schulverwaltung. Zurzeit befinde sich Saß mit einer Nervenerkrankung, die sich infolge der Bombenangriffe 1943 verschärft habe, in einer Kieler Klinik.

Von ganz anderem Kaliber war dagegen der neun Jahre jüngere Albert Henze, der bis zu seinem Einzug in die Schulverwaltung als Lehrer nur während der Ausbildung an einer staatlichen Hamburger Schule gearbeitet hatte.<sup>1382</sup> Nach vorübergehender Beschäftigung an der privaten Wahnschaff-Schule war er seit dem Machtwechsel an der Hamburger Gauführerschule tätig, deren Leitung er 1937 übernahm. Hier fand die rassenpolitische, geopolitische und geschichtspolitische, kurz: die ideologische Schulung der Parteifunktionäre und politischen Leiter statt. Damit war für den überzeugten Nationalsozialisten – Parteimitglied seit 1. Oktober 1932 – die Ausgangsbasis für eine steile Karriere gegeben. Sein Auftreten als Leiter der „Nationalpolitischen Arbeitsgemeinschaft“ bei der Begrüßung der Studienreferendare des neu eingerichteten Lehrerseminars 1941 im Seminargebäude Angerstraße hat die damalige Hamburger Junglehrerin Elisabeth von der Lieth ihr Leben lang nicht vergessen: Smart und flott wie ein „Edelnazi“ aus dem Bilderbuch sei er aufgetreten und habe dabei sowjetische Kriegsgefangene erwähnt, die er sich habe vorführen lassen: Das „Gsocks“ solle verrecken.<sup>1383</sup>

Henze hatte sich als Leiter der Gauführerschule derart bewährt, dass der Hamburger Reichsstatthalter und Gauleiter Karl Kaufmann ihm für anderthalb Jahre 1941 bis 1943 *de facto* für den zum Kriegsdienst eingezogenen Karl Witt die Leitung der Hamburger Schulverwaltung übertrug und ihn zum Oberschulrat und später zum Senatsdirektor ernannte. Henze versprach bei Amtsantritt, auch in der neuen Funktion wie bisher dem „Führer“ und der „nationalsozialistischen Idee“ mit „heißen Herzen und einem unerschütterlichen Glauben an den Endsieg“ zu dienen. Er war zuständig für alle Sachen von allgemeiner, grundsätzlicher oder politischer Bedeutung. In seinem neuen Amt arbeitete Henze eng mit der Gestapo zusammen, welche der Hamburger Swingjugend in den Jahren 1940 bis 1943 den Kampf angesagt hatte. In enger Kooperation mit dem stellvertretenden Leiter der Gestapo-Leitstelle Karl Hintze sorgte Henze dafür, dass Swingju-

---

<sup>1382</sup> Hierzu und zum Folgenden StAHH, 131-15 Senatskanzlei – Personalakten: C 621 (Personalakte Albert Henze; die Akte enthält das Urteil der Spruchkammer Bielefeld vom 24.4.1948); Landesarchiv Schleswig-Holstein: Abt. 811 Nr. 41849 (Personalakte Albert Henze) und Abt. 811 Nr. 43195 (Schulakte Albert Henze); Bundesarchiv Berlin, BDC: PK E 148; OzD Oberschule zum Dom (Lübeck), Jg. 35, Feriensondernummer vom 10.8.1968, S. 1–2 und 6. – Zu Henze siehe ausführlich: Uwe Schmidt (2008), S. 59–93.

<sup>1383</sup> Mitteilung von Elisabeth von der Lieth an den Verfasser am 21.6.1999.

gendliche aus ihren Schulen ausgeschlossen wurden. Die Gestapo besorgte den härteren Teil der Aktion: Razzien in Lokalen, Festnahmen, Verhöre und Folterungen im Stadthaus, Einweisungen in das Gefängnis und die Konzentrationslager Fuhlsbüttel und Moringen bei Göttingen. Die Schulleiter der beiden Swingjugend-„Hochburgen“, Johanneum und Christianeum, ließ Henze versetzen, im Christianeum erschien er mehrfach persönlich und forderte Lehrer und Schüler auf, den Schulleiter sowie verdächtige Lehrer und Mitschüler zu denunzieren. Der aufmerksame Beobachter Peter Meyer, Schulleiter der Ofj Altona, ein Jahr später selbst Objekt von Henzes Versetzungspolitik, vermerkte am 18. September 1942 einen umfangreichen Personalaustausch unter den Schulleitern und Stellvertretern:

„Über die Hintergründe dieses Personenwechsels ist im Augenblick schwer etwas zu ergründen, vielleicht hängen sie mit der Absicht des Ministers zusammen, unter den höheren Schulen eine Reihe als ‚besonders bedeutungsvolle Anstalten‘ herauszuheben, womit für die leitenden Stellen eine finanzielle Aufbesserung verbunden ist.“<sup>1384</sup>

Nach dem Kriege wurde Albert Henze für drei Jahre interniert. Die Bielefelder Spruchkammer, die sich 1948 mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit befasste, behandelte ihn erstaunlich wohlwollend. Weder seine Tätigkeit als Gauschulungsleiter noch seine Aktionen gegen Hamburger Schüler und Jugendliche kamen zur Sprache, und so hat Henze auch die nächsten vier Jahrzehnte über diese finsternen Bereiche seines Lebens geschwiegen.

Nur sieben Jahre nach Kriegsende gelang es Henze, sich eine „zweite Identität“ zu verschaffen: 23 Jahre, von 1952 bis 1975, war er Lehrer für Deutsch, Geschichte und Sport an der Lübecker Oberschule zum Dom (OzD), Unterricht gab er auch am Abendgymnasium im Hause der OzD und an der Fachschule des Bundesgrenzschutzes. Er war nach allem, was wir aus der Schulzeitschrift der OzD und aus Befähigungsberichten seines Schulleiters wissen, beliebt bei Schülern und Eltern, ein liebenswerter und stets hilfsbereiter Kollege, fleißig und einsatzbereit. Viele Jahre leitete er die

---

<sup>1384</sup> Altregistratur Gymnasium Altona: Schule und Krieg. 26 Kriegsgrundschreiben an die Kollegen bei der Wehrmacht (1939–1943) v. Ob.Stud.Dir. Peter Meyer, Rundschreiben vom 8.9.1942. Peter Meyer schließt diesen Gedankengang mit den Worten: „Wir aber wollen uns über diese kapitalistischen Fragen nicht den Kopf zerbrechen und sind froh, dass wir mit unseren alten Kämpfen der alten Mottenburger Schule in Ruhe weiterarbeiten können.“

große Schulbücherei. Er wurde Lübecker Bürger, erwarb hier ein Haus und wohnte darin mit seiner Frau und fünf Kindern. Seine Vergangenheit allerdings hat er nie aufgearbeitet; er hat sich am Ende seines Lebens sogar als Opfer des Nationalsozialismus stilisiert – einer der Mitbeteiligten an den inhumanen Praktiken der Diktatur. In einer Art Bilanz, die er nach seinem Abschied von der Schule 1976 zog, stellte er sein Leben unter zwei Zitate, die beide nicht zu ihm passen und daher beide unglaublich klingen: „Ich habe die Gerechtigkeit geliebt und das Unrecht gehasst. Darum sterbe ich in der Verbannung“ (Papst Gregor VII.) und „Alles prüfe der Mensch, sagen die Himmlischen, dass er, kräftig genährt, danken für alles lernt, und verstehe die Freiheit aufzubrechen, wohin er will“ (Friedrich Hölderlin).

Das nationalsozialistische Leitbild des Schulleiters setzte als Prioritäten Gesinnung, Leistung und Autorität.<sup>1385</sup> Wer in der Zeit von 1933 bis 1945 Schulleiter war, kam – auch dann, wenn er kein hundertprozentiger Nationalsozialist war – gar nicht darum herum, sich mit dem Nationalsozialismus zu arrangieren, in vielfacher Weise Kompromisse mit dem Regime einzugehen und so zu dessen Stabilisierung beizutragen. Verweigerung hätte zu sofortiger Amtsenthebung geführt: Wer sich als „unbrauchbar“ erweise, erklärte der oberste Vorgesetzte bei der Einführung der neu ernannten Schulleiter am 21. August 1933, könne auch abberufen werden.<sup>1386</sup> Andererseits brachten viele Schulleiter selbst auch Konditionen mit, die zur „nationalen Revolution“ zu passen schienen: Aufgewachsen häufig noch im Kaiserreich und als Pädagogen sozialisiert vor und nach dem Weltkrieg, enthielt das pädagogische Konzept der in dieser Zeit amtierenden Schulleiter auch politische Tönungen, derer sie sich selbst gar nicht immer bewusst gewesen sein mögen. Zur Lebensgeschichte der Kriegsteilnehmer unter ihnen gehörte der Schock über die Niederlage 1918 und Deutschlands Situation in den ersten und letzten Jahren der Weimarer Republik. Als Reserveoffiziere, die viele von ihnen waren, schätzten sie Ordnung und klare Verhältnisse.<sup>1387</sup> Ihre pädagogischen Vorstellungen und Konzepte hinsichtlich soldatischer Tugenden, Heimatliebe, Gedenkfeiern und Schulausflügen schienen in die 1933 angebrochene „neue Zeit“ gut hineinzupassen. Auch

<sup>1385</sup> Denkschrift von Theodor Mühe zur Referendarsausbildung, vorgetragen am 18.9.1934 (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 243).

<sup>1386</sup> StAHH, 362-2/36 Gymnasium Klosterschule: 255; HLZ Nr. 30/1933, S. 421-423; HF 22.8.1933.

<sup>1387</sup> Hierzu siehe in Bezug auf Alfred Kleeberg: Uwe Schmidt (1999), S. 255–256; in Bezug auf Rudolf Schmidt: Einhundert Jahre Gymnasium Eppendorf (2004), S. 59.

wenn sich diese Schulleiter im Schulalltag in erster Linie weiterhin als Pädagogen verstanden und auch so handelten, haben sie doch häufig zwischen ihren pädagogischen Überzeugungen und dem Machtantritt der Nationalsozialisten zunächst (und manch einer von ihnen auch weiterhin) keinen Bruch gesehen. So halfen sie – zwar vielfach nicht als „willige Helfer“, wohl aber als Hitler „zugefallene Helfer“ –, die Diktatur zu stabilisieren.<sup>1388</sup> Zweifellos gab es unter ihnen Fanatiker und hundertprozentige Nationalsozialisten, daneben Karrieristen, die über die Partei Einfluss, Macht und eine höhere Position erreichen wollten, gefügte und kritiklose Parteigänger oder einfach Mitläufer. Auf der anderen Seite bewährten sich vielfach Schulleiter als Menschen, die als verantwortungsbewusste Pädagogen in erster Linie an ihre Schülerinnen und Schüler dachten und durch die Art, wie sie sich als Menschen darstellten, Authentizität bewahrten.<sup>1389</sup> Jugenderinnerungen von Zeitzeugen sind zwar eine wertvolle Quelle für die historische Rekonstruktion, sie bedürfen aber angesichts ihrer unvermeidlichen Subjektivität der kritischen Bearbeitung. So sind zum Beispiel die aus der Erinnerung über 50 Jahre später getroffenen Aussagen von Schülerinnen, die 1933 in die 5. Jahrgangsstufe des Realgymnasiums Curschmannstraße aufgenommen wurden, über den Schulleiter Hugo Krüger ausgesprochen widersprüchlich: Ilse Petz hält ihn „vielleicht“ für einen hundertprozentigen Nationalsozialisten, der bei Schülerinnen und Lehrern gleichermaßen unbeliebt gewesen sei; Irmgard Gerberding ist der Auffassung, er sei „gar kein Nazi“ gewesen und habe „nur so mitgemacht: Er war sehr gerecht, ruhig und humorvoll“.<sup>1390</sup>

Schulleiter der Jahre 1933 bis 1945 lernten, die auch in einer Diktatur gegebenen, aber enger gewordenen Freiräume listig und klug zu erkennen und sie zu nutzen. Mancher von ihnen riskierte auch einmal ein offenes Wort. Eine Möglichkeit, die eigene Schule gegen Angriffe und Nachstellungen abzusichern und im inneren Bereich ein Maximum humaner pädagogischer Grundsätze aufrechtzuerhalten, war die „linientreue“ Außendarstellung.<sup>1391</sup>

---

<sup>1388</sup> Hierzu genauer: Uwe Schmidt (1999), S. 257, besonders Anm. 142.

<sup>1389</sup> Der von mir zweimal verwendete Ausdruck „vielfach“ deutet auf die durch die zufallsbedingte Quellenlage hervorgerufene Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit einer Quantifizierung hin. Es lassen sich immer nur Tendenzen belegen.

<sup>1390</sup> Gymnasium Curschmannstraße 1928–1988, Hamburg 1988, S. 52–55.

<sup>1391</sup> Das hat Volker Ullrich beim Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums beobachtet: Wilhelm-Gymnasium 1881–1981 (1981), S. 163–164.

Da schulinterne Veranstaltungen jedoch unter Außenbeobachtung standen und jederzeit Denunziationen durch nationalsozialistisch überzeugte Schüler oder Eltern möglich waren, war allerdings auch hier Vorsicht geboten. Im inneren Bereich der Schule hatte ein Schulleiter dennoch einen gewissen Handlungsspielraum, den er mehr oder weniger human gestalten konnte. Bis 1938 und darüber hinaus konnte er, wenn er wollte, auch jüdische oder sonst von der Rassengesetzgebung betroffene Schüler anständig behandeln. Beispiele hierfür kennen wir vom Wilhelm-Gymnasium, von der Klosterschule, von der Oberrealschule Eilbek und von der Hindenburg-Oberrealschule in Hamm (hier unter einem deutschnational geprägten Schulleiter). Vermutlich ist es an vielen Volksschulen, von denen wir nichts wissen, ähnlich zugegangen.

Während in der 1922 gegründeten Eimsbütteler Sonderschule Altonaer Straße 58, Volksschule für Sprachkranke, früher mindestens in jedem Monat einmal eine Lehrerkonferenz stattgefunden hatte, wurde nach dem Machtwechsel erst fast ein Jahr später, am 9. Januar 1934, eine so genannte Lehrerversammlung einberufen. Dabei wurden Fachthemen zum Wohle der Kinder nicht angeschnitten.<sup>1392</sup> Ähnlich war es in allen anderen Hamburger Schulen.<sup>1393</sup> Abweichend von den früheren Konferenzen waren jetzt Diskussionen wenig erwünscht. Der Schulleiter gab Rückblicke über das vergangene Jahr und informierte über den Vollzug auftragener Arbeiten. Er gab neue Anordnungen der Behörde bekannt und achtete auf strenge Durchführung, das Lieblingsthema war straffe Schulordnung und -disziplin. Die Lehrerbesprechungen der Volksschulen begannen in der Regel mit einem Bericht über die Kreisschulleiterzusammenkünfte. Hier erhielten die Schulleiter von Schulräten oder Parteifunktionären Weisungen, die vom REM, vom Reichsjugendführer, von der Kanzlei des Führers, vom Reichsstatthalter oder von der Schulverwaltung ausgingen. Ergänzungen kamen vom nationalsozialistischen Schulwalter<sup>1394</sup> oder vom Vertreter des NSLB an

---

<sup>1392</sup> Hans Wendpap: 40 Jahre Dienst an sprachkranken Hamburger Kindern. Chronik der Schule für Sprachkranke am rechten Alsterufer Carolinenstraße 35, Hamburg 1962, S. 16.

<sup>1393</sup> Das gleiche Bild ergeben die Konferenzprotokolle der Volksschule Hasselbrookstraße 61: Lehrerversammlungen fanden nur einmal im Jahr statt. Um pädagogische Fragen wurde nicht mehr gerungen, und Ordnungsfragen stellten sich offenbar nicht mehr (de Lorent: Schulalltag [1986], S. 91–117, hier S. 91).

<sup>1394</sup> Die Einführung dieses Amtes kündigte Oberschulrat Albert Mansfeld am 12.11.1934 in einer behördeninternen Referentenbesprechung unter Berufung auf einen entsprechenden REM-Erlass vom 24.10.1934 an. Zu „Schulwaltern für Fragen der Hitler-Jugend“ sollten zu-

der Schule. Vorträge des Schulleiters oder einzelner Lehrerinnen und Lehrer zu Rassenkunde und anderen Fächern ergänzten das Programm. Aussprachen gab es nur über schulinterne Fragen. An den Schulleiterkonferenzen während des Krieges ist zu merken, dass die Schulverwaltung wenig Rückhalt beim Gauleiter hatte. Sie waren daher mehr Vehikel der Übermittlung von Befehlen, welche dann die Schulleiter – im Falle des Falles auch wider besseres Wissen – an ihre Kollegien weitergeben mussten. Dieses betrifft vor allem die übermäßige und oft sinnlose Belastung der Lehrer mit außerschulischen Aufgaben und den Druck, den die Schulleiter auf die Lehrer ausüben mussten, damit sie alle möglichen Ämter übernahmen.<sup>1395</sup>

Die Funktionsfülle eines Schulleiters der damaligen Zeit ist vermutlich nicht so groß gewesen wie die der heutigen Schulleiter, aber im Gewirr des nationalsozialistischen Zuständigkeitschaos eben doch beträchtlich. Pädagogische Leitung, Kontakt zu den Behörden, zum REM, zu HJ, NSLB, NSV, Wehrmachtsdienststellen, zu den Eltern: „Die Elastizität in der Wahrnehmung aller dieser Aufgaben glich häufig mehr der Beweglichkeit, die ein Fachdienstleiter oder auch ein Weichensteller in der Ausübung seines Berufes aufzubringen hat.“ Insbesondere kam unter den Zwängen des Krieges die pädagogische Substanz des Berufes oft zu kurz.<sup>1396</sup> Der Schulleiter der Volksschule Farmsen<sup>1397</sup> hatte zwischen 1938 und 1944 annähernd 50 unter-

---

nächst jüngere Lehrer berufen werden. Möglicherweise könnten (das solle mit dem Leiter der HJ-Dienststelle in der Schulverwaltung, Hans Einfeldt, besprochen werden) ihre Aufgaben ganz oder teilweise auch von den Schulführern der HJ übernommen werden (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 685). Das Amt wird im Weiteren jedoch nicht mehr oft erwähnt. Am 31.3.1938 übernahm der Schulwalter Otto Piel (geb. 1888) mit einigen Mitarbeitern die Ausschmückung der Schule Barmbeker Straße zum Zwecke der Wahlpropaganda für die Volksabstimmung am 10.4.1938. Als Schulwalter besorgte er auch den Vertrieb der nationalsozialistischen Publikationen *Hilf mit!* und *Jugendburg* (StAHH, 362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30–32: 2 Band 10). Das Amt des Schulwalters wird 1934/35 auch für die Altonaer Schule Moortwiete genannt, als zum ersten Mal nationalsozialistisch gesinnte Mitglieder der Elternschaft, eine Frau und drei Männer (ein Kieper, ein Tischler und ein Musiker), zu nationalsozialistischen Schulwaltern ernannt und im Einverständnis mit der NSDAP berufen wurden (de Lorent: Schulalltag [1986], S. 112). Die Bezeichnung „Schulwalter“ hatte im damals noch preußischen Altona also offensichtlich einen anderen Inhalt als in Hamburg.

<sup>1395</sup> Gerber (1950), S. 175.

<sup>1396</sup> Ebd., S. 170.

<sup>1397</sup> Über diese Schule, Adolf-Hitler-Straße 183 (heute Gebäude der Volkshochschule Hamburg-Ost, Berner Heerweg 183), siehe: Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1938–1939 (1938), S. 168; Handbuch der Hansestadt Hamburg 1939 (1939), S. 149; StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: 7; StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung:

schiedliche Kontakte zu unterhalten, davon allein 18 mit den verschiedenen Unterorganisationen und Anlaufstellen der NSDAP und nur sieben mit staatlichen Stellen.<sup>1398</sup>

Persönliche Erinnerungen und erhaltene Protokollbücher von Schulen vermitteln einen repräsentativen Eindruck vom Engagement derjenigen Schulleiter, welche die Umsetzung der „unumstößlichen Lehre des Nationalsozialismus“ zu ihrer ureigensten Sache gemacht hatten: Der 1933 neu eingesetzte nationalsozialistische Schulleiter der Volksschule Berne hatte es, wie Hildegard Thate erfahren musste, offensichtlich darauf abgesehen, die nicht völlig angepassten Lehrerinnen und Lehrer regelrecht zu quälen. Um sie zum Hitlergruß zu zwingen, bestellte er drei von ihnen in sein Amtszimmer und gab ihnen bekannt:

„Ich soll Ihnen von Ihrem Schulrat bestellen, dass, wenn Sie bei der nächsten Flaggenhissung wieder nicht zu grüßen wissen, ein SA-Mann hinter Sie gestellt wird, der Sie so lange in den Arsch tritt, bis Sie anständig grüßen.“<sup>1399</sup>

Zu Beginn des Schuljahres 1934/35 hatten die ernannten Schulleiter den Aufruf des Landesschulrats Wilhelm Schulz vom 28. März 1934 zum zweiten Schuljahr im „Dritten Reich“<sup>1400</sup> zu verlesen. Der neue Schulleiter der Volksschule für Mädchen Barmbeker Straße 30–32, Albert Stübs, erläuterte seinem Kollegium dabei, die Lehrer hätten „ihre ganze Kraft einzusetzen für die restlose Durchdringung der gesamten Schularbeit mit der nationalsozialistischen Weltanschauung“. Der Lehrer solle „zu jeder Zeit und an jedem Ort in seinem gesamten Verhalten und Sich-Äußern sich als rechter Nationalsozialist erweisen“. Die Schulleiter seien „verpflichtet, sich über die politische Haltung der Lehrer offen zu unterrichten und der Behörde je-

---

4002-81; StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 968. – Das durch Fritz Höger 1909 erbaute Schulhaus wurde 1938 durch einen Anbau erweitert.

<sup>1398</sup> StAHH, 362-3/33 Gemeindeschule Farmsen: 4 Band 1 (Tagebuch für Portokasse 1938–1955). – Zu den Kontakten in Richtung NSDAP gehörten der Ortsgruppenleiter Walter Vagt, die HJ, NSDAP-Hauptämter, das Gauschulungsamt, die DAF und die NSV, zu den Kontakten in Richtung staatliche Stellen das Schulamt Wandsbek, der jeweils zuständige Schulrat und die Schulverwaltung. Bezeichnenderweise wird in diesem Zeitraum der NSLB nicht genannt. Er war für den Schulalltag nicht mehr von so großem Gewicht und wurde am 18.2.1943 zusammen mit dem Hauptamt für Erzieher „stillgelegt“.

<sup>1399</sup> Van Dijk (1988), S. 239.

<sup>1400</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 276.

des abwegige Verhalten sachlich zu berichten“. Die Schulverwaltung mache „die Schulleiter unter allen Umständen für den Geist ihrer Schule und die Haltung ihres Lehrkörpers verantwortlich“. <sup>1401</sup> Dieses Bekenntnis zum Nationalsozialismus bewahrte jedoch Stübs drei Jahre später nicht davor, wegen früherer Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge seinen Posten zu verlieren. <sup>1402</sup> Da sein Vorgänger Heinrich Gechter nach § 6 BBG mit 62 Jahren zwangspensioniert worden war, <sup>1403</sup> bekam die Schule nunmehr innerhalb weniger Jahre mit Alwin Schacht (geb. 1904) den dritten Schulleiter. <sup>1404</sup>

Weder Gechter noch Schacht standen dem zeitlich zwischen ihnen amtierenden Stübs an nationalsozialistischer Willfährigkeit (wohl auch Überzeugung) nach: Als Ruheständler referierte Gechter vor dem Lehrerkollegium über „nationalsozialistische Erziehung im Schulheim auf Neuwerk“ und regte an, nationalsozialistische Sinnsprüche in der Schule aufzuhängen und Flaggenparaden abzuhalten. Es solle an jedem Schultag eine Flaggenparade mit einem Lied stattfinden. Die Kinder hätten mit „Heil Hitler“ zu grüßen, auch wenn der Gegengruß nicht erfolge. Schacht verkündete der Lehrerkonferenz: „Die Füllung der Kinder mit Wissensstoffen ist weniger wichtig. Totes Wissen dient uns nicht.“ Wissen sei kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Das erzieherische Programm und die Gemeinschaftsleistungen müssten in der Schule in den Vordergrund treten. Das nationalsozialistische Schrifttum – Schulungsbriefe, die *Nationalsozialistischen Monatshefte*, die Zeitschriften *Wille und Macht* und *Reichselternwarte* – könne dabei gute Dienste leisten. Um auch zu lernen und „am wirklichen Schulleben inneren Anteil“ zu haben, forderte Schacht die Kollegen auf, sich anhospitieren zu lassen. Wenn keine freiwilligen Meldungen erfolgten, müsse er sich anmelden. Am 19. Februar 1938 setzte Schacht „das Wesen nationalsozialistischer Kritik“ auf die Tagesordnung der Lehrerbesprechung, anknüpfend an einen Einzelfall, wo eine organisatorisch-technische Feststellung des Schulleiters missverstanden worden sei. In der Sache gehe es um das Grüßen mit dem Hitlergruß bei Stundenbeginn und bei Besuchen Dritter während des Unterrichts. Hierzu bestünden anscheinend im Kollegium unterschiedliche Auffassungen. Der Schulleiter Schacht wandte

---

<sup>1401</sup> StAHH, 362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30–32: 1 Band 5.

<sup>1402</sup> StAHH, 362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30–32: 1 Band 6, zum Datum 27.11.1937.

<sup>1403</sup> StAHH, 362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30–32: 1 Band 5, zum Datum 22.8.1935.

<sup>1404</sup> StAHH, 362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30–32: 1 Band 6, zum Datum 27.11.1937.

sich gegen „Klatsch“ und „Zersetzungsarbeit“ und kündigte eine weitere Besprechung dieses Themas an. Verbindlich sei jedenfalls der Beginn und die Beendigung jeder Turnstunde mit dem deutschen Gruß. Konferenzthema acht Monate später waren „Fragen der nationalen Erziehung“ als einer „Forderung mit unbedingtem Totalitätsanspruch“. Gemeinschaftssicherung habe auch um den Preis persönlicher Härten Vorrang vor allem anderen.<sup>1405</sup> Die Protokolle der Lehrerbesprechungen versah Schacht mit interpretierenden Marginalien. Sein letzter Eintrag, schon nach Kriegsbeginn, lautete: „Besprechungen, die Fragen der Schulorganisation oder Tagesfragen gelten und für die Zukunft nicht unbedingt belangvoll sind, sind in der letzten Zeit nicht mehr protokolliert worden und werden auch in Zukunft nicht anders behandelt.“

Die Lehrer seien Offiziere des neuen Reiches – mit diesen Worten eröffnete der neu ernannte Schulleiter der Schule Griesstraße/Marienthaler Straße, Reinhard Albrecht (geb. 1901), die Lehrerbesprechung. Der neue Staat sei nicht nur ein autoritärer, sondern auch ein totaler Staat, auch das pädagogische Leben habe sich einzufügen in das Staatsleben. Das Ziel der Arbeit sei der politische Mensch des „Dritten Reiches“.<sup>1406</sup> Zum 45. Geburtstag Adolf Hitlers forderte Albrecht das Kollegium auf, sich zu erheben, während er mit herzlichen Dankesworten des „Führers“ gedachte. Er schloss die Konferenz mit einem dreifachen „Sieg Heil“.<sup>1407</sup>

Ähnlich verlief die nationalsozialistische Inbesitznahme der Schule im benachbarten preußischen Harburg. Nicht nur bei seiner Antrittskonferenz, sondern auch sonst in regelmäßigen Abständen gab der neu eingesetzte Rektor der Volksschule Wilstorf (Kapellenweg), Kurt Paul, zu Beginn der Konferenzen politischen Schulungsunterricht mit einer Einführung in das nationalsozialistische Gedankengut und behandelte dabei die Themen Volk, Staat und Partei sowie das Thema „Glaube im Nationalsozialismus“. Dabei ließ er keinen Zweifel an seiner nationalsozialistischen Gesinnung. Auch einzelne Lehrer wurden zu Vorträgen herangezogen, zum Beispiel über Rassenkunde, Vererbungslehre, Rassenhygiene, Erbgesundheitslehre, Familienkunde und Bevölkerungspolitik.<sup>1408</sup>

<sup>1405</sup> StAHH, 362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30–32: 1 Band 6.

<sup>1406</sup> De Lorent: Schulalltag (1986), S. 99.

<sup>1407</sup> Ebd., S. 101.

<sup>1408</sup> Buggenthin (2000), S. 108–109.

Nicht nur aus den Erinnerungen von Hans-Jürgen Massaquoi,<sup>1409</sup> sondern auch aus den erhaltenen Protokollbüchern seiner Schule lernen wir den Schulleiter der Barmbeker Schule Käthnerkamp, Hinrich Wriede (1882–1958), als einen geradezu fanatischen Nationalsozialisten kennen – bei allen Vorbehalten, die ein gewissenhafter Historiker gegen Erinnerungen von Zeitzeugen über weit zurückliegende Ereignisse hat. Es gelte, gab Wriede 1935/36 bekannt, auch schon in der Volksschule den politischen Menschen zu formen.<sup>1410</sup> Durch die Anwesenheit von „Nichtariern“ dürfe eine „Unterrichtshemmung“ nicht eintreten, ebenso wenig dürfe der Unterricht in jüdischem Sinne beeinflusst werden. Bei Unfällen sei die Heranziehung jüdischer Ärzte zu vermeiden. Im rassenpolitischen Unterricht müsse „der Wille zur Reinhaltung der arischen Rasse und zum Handeln aus der seelischen Haltung des nordischen Blutes geweckt werden“. Auch im Religionsunterricht dürfe im Zweifelsfall nichts gelehrt werden, „was im Gegensatz stände zur sittlichen Lebensauffassung unserer Zeit und zum Parteiprogramm der NSDAP“.

Zu einer solchen Positionierung passen die Erinnerungen von Hans-Jürgen Massaquoi. Der siebenjährige Deutschafrikaner fühlte sich im Juli 1933 bei der Vorstellung des uniformierten Schulleiters auf dem Schulhof durch seinen hasserfüllten Blick fixiert, „wie eine Schlange, die ihre Beute hypnotisiert“. Wriede habe persönlich angeordnet, dem schwarzen Schüler die Hauptrolle in einer Schulaufführung zu entziehen und ihm das Tragen der HJ-Uniform verboten, indem er schrie: „Die HJ-Uniform symbolisiert unsere stolze, junge arische Generation.“ Alles, wofür diese Uniform stehe, werde verspottet, wenn sie von einem Schwarzen getragen werde.<sup>1411</sup> Seine Verabschiedung von der Schule, die 1938 in eine Sonderschule für Lernbehinderte umgewandelt wurde, hat Massaquoi als eine Art „Abrechnung“ mit dem inzwischen zwölfjährigen schwarzen Jungen erlebt: Wriede habe ihn fixiert und denjenigen, die „sich [...] nicht die Ehre verdienen, die Uniform eines deutschen Soldaten zu tragen“, den Rat gegeben:

„Verschwindet aus Deutschland, solange ihr noch könnt, denn das zukünftige Deutschland wird ein Deutschland von Soldaten und nicht von Feiglingen und Drückebergern sein. Der Führer wird dafür sor-

---

<sup>1409</sup> Massaquoi (1999), S. 76 und 108.

<sup>1410</sup> StAHH, 362-3/8 Schule Käthnerkamp: 1.

<sup>1411</sup> Massaquoi (1999), S. 79–81.

gen, dass Deutschland nie wieder zu einer Zufluchtsstätte für verräterisches, nichtarisches Gesindel wie Juden, Neger und andere Außen-seiter wird. Adolf Hitler lässt nicht zu, dass sie das edle deutsche Blut schänden und das deutsche Volk um den Lohn seiner schwer er-rungenen Siege betrügen.“<sup>1412</sup>

Die Protokollbücher der Schule Moorkamp 3 erwecken einen ganz anderen Eindruck:<sup>1413</sup> Am 5. Februar 1932 war der 54-jährige Paul Bultze bei einer Enthaltung einstimmig wiedergewählt worden. Nach dem Machtwechsel in seinem Amt bestätigt, trat Bultze ganz anders auf als regimekonforme Schulleiter. Er bat (!) das Kollegium, ihn in seiner Arbeit zu unterstützen und alles zu vermeiden, was die Selbstverwaltung in Misskredit bringen könnte. Niemand wolle dem Schulleiter absichtlich die Arbeit erschweren, lautete das Echo. Am 20. Oktober 1933 respektierte der Schulleiter, dass ein von ihm nominierter Kandidat für das Amt des Luftschutz-Vertrauensman-nes wegen Arbeitsüberlastung ablehnte, und war einverstanden, dass dies-es von einem Nicht-NSDAP-Mitglied übernommen wurde. Er unterließ damit quasi eine Bekanntmachung der Schulverwaltung, nach welcher dies-es Amt von einem Kollegen wahrgenommen werden sollte, der „tun-lichst“ Mitglied der NSDAP war. Mitteilungen der Schulverwaltung er-scheinen in den Protokollbüchern „informativ“, ohne dass eine Befürwortung durch den Schulleiter oder gar ein Zwang erkennbar wird. Eine gewisse Distanzierung vom nationalsozialistischen Führerprinzip ist auch spürbar, wenn am 15. November 1933 der Schulleiter darum bittet, ihm für die Ernennung des Elternbeirats, der an die Stelle des früheren ge-wählten Elternrats treten sollte, „Herren“ zu nennen, „die der Regierung nahestehen und geneigt sind, das Amt anzunehmen“, statt ihre Einsetzung einfach anzuordnen.

Berufsbezogene biographische Erkenntnisse über einzelne Schulleiter können dazu beitragen, genauer hinzusehen, sie bewahren Historiker auch vor der Gefahr, durch voreilige und vordergründige kausale Verknüpfun-gen Schulleiter auf „Nur-Funktionäre“ zu reduzieren. Ein Schulleiter konn-te seine Schule zu einer Agentur des Regimes machen, indem er dessen Di-rektiven buchstabengetreu umsetzte, er konnte aber auch nach außen mit

---

<sup>1412</sup> Ebd., S. 127.

<sup>1413</sup> StAHH, 362-3/24 Schule Moorkamp: 1 Band 10 (Konferenz-Protokoll Okt. 1930 – Okt. 1933).

den Wölfen heulen, indem er linientreue nationalsozialistische Bekenntnisse von sich gab, und zugleich seine Schule nach innen vor den Zugriffen des Regimes abschirmen. Er konnte jüdische Schüler und Schülerinnen zwingen, im Unterricht widerliche antisemitische Texte zu lesen, und sich gegen die Zuweisung jüdischer Schüler unter Hinweis auf den amtlich verordneten Prozentsatz wehren – oder aber bei der Aufnahme neuer Schüler über rassistische Kriterien hinwegsehen und Schüler schützen, solange das noch möglich war. Jede der genannten Verhaltensweisen ist in Hamburg nachweislich vorgekommen. Auch unter den Bedingungen der Diktatur gab es also erhebliche Unterschiede in der Wahrnehmung des Amtes. Dabei ist zu bedenken, dass ein Schulleiter seine Schutzfunktion nur wahrnehmen konnte, wenn die Betroffenen und ihre Eltern mehr oder minder stillschweigend mit ihm kooperierten. Ein Überschreiten dieser Grenzen hätte ihn selbst gefährdet und der Möglichkeit zu schützen beraubt.

So wird der Schulleiter der Oberrealschule, später Oberschule für Jungen Eppendorf, Rudolf Schmidt, von früheren Schülern beschrieben als ein „charismatischer Mann, der im Schulalltag keinen streng ideologischen Kurs hielt, sondern darauf bedacht war, in der eigenen Schule [...] einen kleinen Schonraum zu erhalten“, als anerkannter und beliebter Pädagoge, der auch im Kriege Kontakt zu seinen Schülern hielt.<sup>1414</sup> Als ausgesprochener Verfechter der nationalsozialistischen Rassenlehre stellt sich dagegen der Schulleiter der Höheren Handelsschule Schlangkreye, Friedrich Albers, dar. Er schrieb am 29. April 1938 an die Schulverwaltung:

„Unsere Schule wird überlaufen von Juden und Halbjuden, die ihre alte Machtstellung im Handel durch eine gute kaufmännische Vorbildung behaupten wollen. Es besteht die große Gefahr, dass dadurch der Kampf des Nationalsozialismus gegen das Judentum in der Wirtschaft unwirksam gemacht wird. Da die Bestimmungen eine direkte Ablehnung der Halbjuden nicht ermöglichen, habe ich diesen Ausweg, erst alle Vollarier aufzunehmen, gewählt und glaube, dass im nationalsozialistischen Staat diese Haltung eine Selbstverständlichkeit ist. [...] Eine andere Entscheidung würde bald dazu führen, dass

---

<sup>1414</sup> Heinz Oberlach beantwortet die von ihm selbst gestellte Frage, warum Rudolf Schmidt 1933 zum Schulleiter ausgewählt wurde, mit: „sicherlich nicht grundlos“ (Oberlach [2004], S. 62). Er verkennt dabei aber, dass die neue Schulverwaltung auf den bisherigen Personalstamm zurückgreifen musste, weil gar nicht so viele „echte“ Nationalsozialisten zur Verfügung standen.

die Judenmischlinge sich rechtzeitig die Plätze in unserer Schule sichern würden und unsere vollrassischen Kinder abgewiesen werden müssten.“<sup>1415</sup>

Das Bild, das Rainer Hering zum 475-jährigen Bestehen der Gelehrtenschule des Johanneums von Werner Puttfarcken, Schulleiter von 1933 bis 1942, gezeichnet hat,<sup>1416</sup> löste geradezu empörte Reaktionen ehemaliger Schüler aus, die Puttfarcken während des Krieges erlebt hatten.<sup>1417</sup> Die Kombination dreier Merkmale – Antisemitismus, Obrigkeitshörigkeit und autoritäres Menschenbild – ergibt jedoch die Grundlage für das, was Rainer Hering als eine „schwache Persönlichkeit“ bezeichnet hat. Puttfarcken ließ sich mehr steuern als dass er selbst steuerte. Das schließt nicht aus, dass frühere Schüler ihren Schulleiter partiell ganz anders erlebt haben.



Abb. 8: Das Johanneum am „Nationalen Feiertag“ (1936)

<sup>1415</sup> De Lorent: Schulalltag (1986), S. 96.

<sup>1416</sup> Rainer Hering (2004).

<sup>1417</sup> Die folgenden Ausführungen verdanke ich Mitteilungen von Rainer Hering und ausführlichen Gesprächen mit ihm.

Puttfarken tat sich vor allem dadurch hervor, dass er seine pädagogische und mitmenschliche Zuwendung Schülern entzog, die keine „reinrassigen Arier“, die Ausländer oder „politisch unliebsam“ waren. Trotz eines Bekenntnisses zum verfassten Christentum scheint Puttfarken das Menschenbild, welches der Nationalsozialismus vertrat, nicht abgelehnt zu haben. Wir wissen nicht, warum er 1935 seinen 15-jährigen Sohn Dietrich, der bisher das Johanneum besucht hatte, der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) Plön anvertraute.<sup>1418</sup> Es können schulinterne Gründe den Ausschlag gegeben haben, oder Puttfarken folgte einfach einer Entscheidung von „höherer Stelle“: Die Auswahl der Jungen zum Besuch dieser Internatsschule, vor 1933 Kaiserin-Viktoria-Gymnasium und Erziehungsstätte der Hohenzollernprinzen, nahm die Gebietsführung der Hamburger HJ vor. Die hier ausgebildete Jugend hatte, wie es in einem der ersten Jahresberichte heißt, „in nationalsozialistischer Haltung als letzte Erfüllung ihres Seins die bedingungslose Hingabe an den Dienst für Volk und Nation“ zu sehen.<sup>1419</sup> Angesichts dieses Erziehungsprogramms waren hier – anders als am Johanneum – keine Erziehungsstörungen durch „Verjudung“ zu befürchten.<sup>1420</sup>

Ein möglicher Schlüssel zum Verständnis der Schulleiterpersönlichkeit Puttfarkens ist der „Fall Ginsberg“ aus dem Jahre 1940: Ein 16-jähriger Schüler, dessen Mutter eine nichtjüdische Hamburgerin und dessen Vater ein polnischer Jude war, wollte nach Beendigung des Polenkrieges wieder nach Hamburg zurückkehren und am Johanneum wieder aufgenommen werden. Sein Antrag wurde befürwortet vom deutschen Stadtkommandanten von Warschau, der ihn in seiner äußeren Erscheinung als deutsch darstellte, mit blonden Haaren und blauen Augen. Obwohl dieser Junge ein sehr guter Schüler gewesen war und auch in seinem Verhalten keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben hatte, sträubte sich Puttfarken, ihn wieder aufzunehmen, denn eine positive Prognose könne „angesichts der häufigen Undurchsichtigkeit des Verhaltens von Halbjuden“ zweifelhaft sein. Die Ver-

<sup>1418</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 605 (Anmeldung Hamburger Schüler für die Napola 1937–1945).

<sup>1419</sup> Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, Berlin (BBF): Jahresberichte, Band 281, Regal 125 (Nationalpolitische Erziehungsanstalt Plön).

<sup>1420</sup> Das nationalsozialistische *Hamburger Tageblatt* nannte die Namen der fünf Hamburger, die am 14.1938 auf der Napola Plön die Reifeprüfung bestanden hatten, unter ihnen Dietrich Puttfarken (HT 3.3.1938).

mehrung der Zahl von Halbjuden am Johanneum könne „nicht gerade wünschenswert“ erscheinen. Auch wenn es sich um einen guten und ordentlichen Schüler handle, könne man bei dieser Spezies nie wissen, woran man sei.<sup>1421</sup> Puttfarken nahm diesen Fall zum Anlass, von sich aus der Gestapo und dem Wehrkreiskommando Hamburg eine Aufstellung mit fünf Namen von Schülern zwischen 11 und 19 Jahren mit fremder Staatsangehörigkeit (ein Schwede, ein Portugiese, zwei Griechen, ein Syrer) zuzuleiten, „mit der Bitte um Musterung“, ob gegen den Weiterbesuch des Johanneums durch diese Schüler Bedenken beständen. Puttfarkens Schulleiterverhalten wirkt im Vergleich mit couragierteren Kollegen wenig souverän.<sup>1422</sup>

Zeitnah zu diesem Vorgang, am Jahrestag der Gründung des Johanneums, dem 24. Mai 1940, sprach Puttfarken vor Schülern und Gästen über den Zusammenhang des Reformationszeitalters, einer „Zeit echt revolutionärer Bewegung wie die unsrige, eine Zeit des Erwachens und Erglühens der Geister und Seelen, eine Zeit – nicht des Niederreißen und Zerstörens, sondern des Aufbaus und Schaffens“, mit dem Nationalsozialismus. In Luther kamen für ihn „das Bewusstsein, das Glück und der Stolz und auch das Verantwortungsgefühl, ein Deutscher zu sein“, zum Ausdruck. Ein Führer des Volkes aber sei anders als die große Masse – solch „sonderliche Wunderleute“ bedürften „deines und meines Rates nicht“.<sup>1423</sup> Puttfarkens Amtszeit fiel 1933 zusammen mit dem Sieg einer neuen „Revolution“, die nach seinem Verständnis der Reformation glich: Nach Luther sei dem deutschen Volk endlich wieder ein „Wundermann“ geschenkt worden, und Puttfarken als Schulleiter sah sich als Verweser dieses Vermächtnisses, mit dem Auftrag, seine Schule, das „Geschenk der Reformation“, deutsch zu machen, „rein deutsch“. Der jeweilige Rektor habe sich immer als Reforma-

<sup>1421</sup> Für dieses und das Folgende: StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 507.

<sup>1422</sup> Rainer Hering hat auf den rechtfertigenden Charakter des von Puttfarken geführten Schulleitertagebuchs hingewiesen, das auf eine gewisse Kleinkariertheit seiner Person hindeutet und auch auf seine Identifikation mit dem Regime, dessen Machenschaften und Erfolge. Puttfarken sei vor allem bestrebt gewesen, sich nach allen Seiten abzusichern und mit den Mächtigen gut auszukommen – auch auf Kosten pädagogischer Grunderfordernisse des Lehrerberufs. Zum Vergleich bietet sich der Schulleiter der Klosterschule, Alfred Kleeberg, an. Er teilte am 16.12.1941 mit: „Die Klosterschule wird von folgenden Ausländerinnen bzw. Staatenlosen besucht“ (es folgen sieben Namen), deren Personalien erst nachgereicht wurden, als die Schulverwaltung darum bat. Kleebergs Schulleiterhandeln wirkt im Vergleich zu dem Puttfarkens souverän. Seine Haltung lässt sich so beschreiben: Im Grunde kann die Schule das allein regeln; wir melden es nur, weil die vorgesetzten Stellen es wollen, nicht von uns aus.

<sup>1423</sup> Johanneum, Oktober 1940, S. 92–94.

tions-Verweser bewähren müssen, er habe vor allem deutsch sein müssen im Sinne Luthers, das heißt unter anderem auch Antisemit. Dieses durchzusetzen, erforderte allerdings persönliche „Courage“, die Puttfarken in nicht genügendem Maße besaß. Darum versteckte er sich gern hinter Behörden-Entscheidungen, und wenn diese nicht kamen, versuchte er sie „herbeizuführen“. Jüdische und „halbjüdische“ Schüler, wie der aus Polen wieder Zugereiste, aber auch andere Ausländer beeinträchtigten Puttfarkens Ansicht nach den deutschen Charakter der Schule, die er leitete, ein christlicher Antisemit lutherischer Überzeugung.<sup>1424</sup>

Die Aufgaben eines Schulleiters hat Hans-Joachim Reincke, der nach 1945 nacheinander Lehrer, Schulleiter und Direktor des Instituts für Lehrerfortbildung war, in seinen Lebenserinnerungen als „ganz anders als die eines Lehrers“ beschrieben.<sup>1425</sup> Er habe sich aber trotz der abgehobenen Stellung, welche das Schulverwaltungsgesetz dem Schulleiter damals verlieh, immer als *primus inter pares* gefühlt. Damit knüpfte er an das Selbstverständnis der Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der schulischen Selbstverwaltung, wie es bis 1933 gegeben war, an. Die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur haben aber auch hier zu einem Kontinuitätsbruch geführt. Die scheinbar allmächtige Stellung eines Schulleiters zwischen 1933 und 1945 war doch durch die jederzeit mögliche Abberufung aus politischen Gründen in Wirklichkeit eine sehr abhängige, von der Anlage her unselbstständige Position. Es hing allerdings entscheidend von der Persönlichkeit des Schulleiters ab, ob er sich trotz der politischen Vorgaben als ein Vorgesetzter verstand, der für die ihm zugeordneten Menschen, Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und nicht zuletzt für die Lehrerinnen und Lehrer, da zu sein hatte. Hier lassen sich bei Personen, deren Wirken wir aus den erhaltenen Quellen erkennen können, Kontinuitäten bis zum heutigen Tage finden.

---

<sup>1424</sup> Diese Interpretation verdanke ich intensiven Gesprächen mit Harald Schütz, zuletzt am 27.6.2005. Er wies mich auch auf die Rede Puttfarkens hin.

<sup>1425</sup> Hans-Joachim Reincke: *Der Lehrer*, ms., Hamburg 2004, S. 86–94.

### 3.4 Die Hitler-Jugend

„Man soll nicht vergessen und sich nicht ausreden lassen, daß der Nationalsozialismus eine enthusiastische, funkensprühende Revolution, eine deutsche Volksbewegung mit einer ungeheuren seelischen Investierung von Glauben und Begeisterung war.“<sup>1426</sup>

Diese Feststellung Thomas Manns einige Monate vor dem Ende des Krieges stellt einen Schlüssel dar, wenn es darum geht, die Anfänge der Hitler-Jugend und die Faszination, die sie auf junge Menschen ausübte, zu verstehen. Eine vergleichbare Begeisterung vermag vermutlich die Institution Schule niemals auszulösen, mögen ihre Lehrerinnen und Lehrer noch so bemüht sein und mögen die Bedingungen, unter denen sie betrieben wird, allen Vorstellungen von und Forderungen an eine gute Schule entsprechen. Schule als eine für alle jungen Menschen obligatorische Einrichtung steht zur jeweiligen Gesellschaft, in der und für die sie betrieben wird, in einem dialektischen Verhältnis: Sie ist offen zur Gesellschaft und bemüht sich, die Anregungen und Aufgaben, welche ihr von der Gesellschaft gegeben werden, aufzunehmen und zu bearbeiten, und sie ist ein geschlossener Raum mit eigenen Gegebenheiten, Gewohnheiten des Lehrens und Lernens und des Umgangs miteinander. Es ist einerseits ihre Aufgabe, junge Menschen auf ihr Leben in der Gesellschaft vorzubereiten, wie sie ist, andererseits aber hat sie die Ansprüche und Zumutungen der Gesellschaft zu kritisieren und dazu beizutragen, dass die ihr anvertrauten jungen Menschen „widerständischer“ werden, eine Erkenntnis, die in ihrer Doppelseitigkeit erst in den letzten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg öffentlich diskutiert worden ist. Zwischen den Generationen der Lernenden und Lehrenden besteht ein strukturbedingtes Spannungsverhältnis, das für beide Seiten sehr fruchtbar gestaltet werden, das aber unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen auch zu nachhaltigen Störungen und Verwerfungen führen kann.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts, besonders aber nach dem Ersten Weltkrieg, hatten Initiativen der jüngeren Generation, von „außen“ kommende Anstöße und von jüngeren Menschen ausgehende Neuansätze in stärkerem

---

<sup>1426</sup> Thomas Mann am 17.7.1944, in: ders.: Tagebücher 1944–1946, hg. von Inge Jens, Frankfurt am Main 1986, S. 78.

Maße als in der Zeit davor auf die Schule, ihre Lehrerinnen und Lehrer eingewirkt. Junge, reformoffene Lehrerinnen und Lehrer, auch der höheren Schulen, erfuhren durch die Aktivitäten und den Gemeinschaftsbegriff der Jugendbewegung vielfache Ermunterung und wichtige Anregungen, wenn es darum ging, die alte „Lernschule“ zugunsten der Selbsttätigkeit und des Arbeitsunterrichts zu überwinden. Andererseits wurde unter dem Einfluss der Jugendbewegung häufig auch eine gewisse Distanz von der Tagespolitik und der mit ihr verbundenen städtisch-industriell geprägten Lebensform und eine bewusst zivilisationskritische Haltung gegenüber der Gesellschaft, der die Jugendbewegung zugehörte, demonstriert.<sup>1427</sup> Auf die Mentalität der Lehrer, die ihre Sozialisation während des Kaiserreiches erfahren hatten, trifft am ehesten die Charakterisierung zu, die Norbert Elias Zivilisations- und Kulturkritik genannt und als eine gewisse Unbestimmtheit einer organisch-dynamischen Kulturauffassung beschrieben hat: Wenig fassbar und mehr wolkenhaft, so Elias, umkreisen Menschen, die so denken, die Idee oder den Mythos des deutschen Volkes als einer natürlich gewachsenen lebendigen Einheit mit dem Bewusstsein seelisch-geistiger Gemeinschaft.<sup>1428</sup> Spezifisch deutsch war eine „Weltanschauung“, eine besondere Art des Glaubens, nach dem man „wusste“ und fühlte, dass es einen großen Wert habe, deutsch zu sein. Die „Flucht in die Idee“ ersetzte die fehlende Beziehung zur demokratischen Republik von Weimar und verstellte den Zugang zu ihr. Das gilt vermutlich für eine große Zahl der Lehrenden aller Schulformen, und hier ist ihr eigentliches Defizit in ihrer Verantwortung gegenüber den Lernenden zu erkennen. Unvorbereitet waren Menschen, die von diesen Gedanken gefangen waren, auf die Gefahr einer nationalistischen Verengung, einer politischen Inanspruchnahme wie der durch den Nationalsozialismus, und wenig gerüstet waren sie daher auch für die aggressiven Attacken einer nationalsozialistischen Jugendbewegung, die junge Menschen organisierte, deren Sozialisationserfahrungen sich grundlegend von denen der Lehrergeneration unterschieden.

Die Gruppe der zwischen 1903 und 1918 Geborenen, die also im Jahre 1933 zwischen 15 und 30 Jahre alt waren, umfasste ein knappes Drittel der deutschen Bevölkerung.<sup>1429</sup> Aufgewachsen unter den Entbehungen des Krieges und den Erschütterungen der Nachkriegszeit, waren sie zu jung,

<sup>1427</sup> Vgl. hierzu Schneider (2000), S. 376–377.

<sup>1428</sup> Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1994, S. 420–421.

um noch eingezogen zu werden, und zu alt, um den Krieg nur als ferne Zeit zu erinnern. Als „Heimatfront“ waren sie in den Krieg einbezogen. Ihre Adoleszenz erlebten diese Jugendlichen in den instabilen Nachkriegsjahren. Diskontinuität, Bruch mit der Vergangenheit und Blick auf das Zukünftige wurden zum Kennzeichen dieser Generation.<sup>1430</sup> Unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Weltwirtschaftskrise sahen sich diese Jugendlichen häufig um ihre Lebenschancen betrogen und waren daher offen für radikale Alternativen und Versprechungen.<sup>1431</sup> Jugend wurde zum Programm erhoben als

„Entwurf einer neuen Welt, die aus dem Zusammenbruch der alten den Appell wie die Unbedingtheit ihres Anspruchs begründete. [...] Jugendlichkeit bedeutete Abkehr vom Alten, Überkommenen, Morschen und die Hinwendung zu einer lichten Zukunft.“

Sie zu erreichen erschien als eine Frage des Willens und der geistigen Kraft. An der Hitler-Jugend lässt sich die Attraktivität einer Jugendorganisation für junge Menschen demonstrieren, die in Aufbruchstimmung sind und daher bereit, sich zu engagieren.<sup>1432</sup> Hier konnten in Fahrten, Freizeitaktivitäten, Lagern, Geländespielen und Sportwettkämpfen Tatendrang, jugendliche Kraft, Gemeinschaftsbedürfnis und – nicht zuletzt durch Bekleidung eines Führungspostens – persönlicher Geltungsdrang ausgelebt werden. Gegenüber der Welt der Erwachsenen konnte über die nationalsozialistische Jugend, Partei und Staat im Hintergrund, Gegenautorität beansprucht werden. Mädchen konnten über den BDM ihren Wirkungsbereich auswei-

---

<sup>1429</sup> Unter Bezugnahme auf die Deutungen von Ernst Günther Gründel von 1932 bezeichnet Ulrich Herbert die zwischen 1900 und 1910 Geborenen als „Kriegsjugendgeneration“ des Ersten Weltkriegs (Ulrich Herbert: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, hg. von Jürgen Reulecke, München 2003 [Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 58], S. 95–114, hier S. 97).

<sup>1430</sup> Michael Wildt: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003, S. 848–849.

<sup>1431</sup> Michael H. Kater: *Hitler-Jugend*, Darmstadt 2005, hier vor allem S. 11 im Einleitungskapitel „Macht Platz, Ihr Alten“. Über die Hitler-Jugend umfassend auch die ältere Untersuchung von Elke Nyssen: *Schule im Nationalsozialismus*, Heidelberg 1979, S. 33–82.

<sup>1432</sup> Die Faszination, die vom Nationalsozialismus auf junge Menschen ausging, thematisieren die Verfasser einer Handreichung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg an einem ostpreussischen Jungen: *Durch Faszination zur Macht* (2003), S. 5–10.

ten, indem auch sie Führungspositionen besetzten.<sup>1433</sup> Erst in der auf die Machtsicherung der NSDAP folgenden Zeit wurden die Elemente Attraktion und soziale Integration durch Repression und Zwang erweitert.<sup>1434</sup> Noch 1937 übte auf die zehnjährigen Schüler der Ofj Uhlenhorst das Deutsche Jungvolk mit seinen Uniformen, Fahnen und Ausmärschen eine starke Faszination aus. Dazu gehörte die „Pimpfenprobe“ in den ersten sechs Monaten nach der Aufnahme in die Jugendorganisation. Die Pimpfe hatten den Text des Horst-Wessel-Liedes aufzusagen und die „Schwertworte“ zu sprechen: „Jungvolkjugen sind hart, schweigsam und treu. Jungvolkjugen sind Kameraden. Der Jungvolkjugen Höchstes ist die Ehre.“ Zur „mündlichen Prüfung“ gehörten auch Kenntnisse über den Lebensweg des „Führers“, das Deutschtum im Ausland, Fahnensprüche und HJ-Lieder.<sup>1435</sup> Ralph Giordano erinnert sich an eine Hierarchie innerhalb seiner Klasse der 10. Jahrgangsstufe, also etwa 16-Jähriger, des Johanneums, die (etwa 1938) zu einem „Kartoffelbuddleinsatz“ abgeordnet wurde: Hier gaben die wild gewordenen HJ-Führer den Ton an, Jungen, die zeugnismäßig eher mittelmäßig oder schlecht waren. Ihnen mussten sich jetzt die Geistesgrößen der Klasse unterordnen. Ein bisher ziviles Verhältnis sei plötzlich in ein militärisches umgewandelt worden mit Unterordnung, Befehlsausführung, Zwangsanerkennung. Diese Konstellation habe sich aus einer schon vorher vorhandenen inneren Prädisposition ergeben, die jetzt freigesetzt worden sei.<sup>1436</sup>

Es zeigte sich, dass diese Jugendbewegung im Laufe weniger Monate ihre bisherigen Konkurrenten vereinnahmte, sie geradezu in sich aufsaugte und dann zu einer bürokratisch reglementierten Staatsorganisation erstarrte. Zunächst aber brachten mit der Rückendeckung des als revolutionär und jugendnah erlebten Regimes engagierte Jugendliche überzogene Ansprüche in die Schule ein und übersahen und missachteten dabei auch ge-

---

<sup>1433</sup> Zusammenfassung bei Volker Böge / Jutta Deide-Lüchow: Bunkerleben und Kinderlandverschickung. Eimsbütteler Jugend im Krieg, Hamburg 1992, S. 41, unter Berufung unter anderem auf Detlef Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerzung und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 179.

<sup>1434</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 12.

<sup>1435</sup> Karl-Heinz Hering (1990–1992), S. 45, 59 und 64.

<sup>1436</sup> Ralph Giordano: Rassismus und Militarismus im NS-Schulalltag, in: Schule im Dritten Reich – Erziehung zum Tod? (1983), S. 72–80, hier S. 78. Demgegenüber stellt Karl-Heinz Hering für die Ofj Uhlenhorst fest, einen solchen Einsatz habe es nur für Lehrer, nicht aber für Schüler gegeben (Mitteilung an den Verfasser am 11.12.2005).

gebene und weiterhin für das Funktionieren von Schule erforderliche Grenzen. Sie bauten damit – zusätzlich zur Konkurrenzsituation, in der staatliche und Partei-Institutionen ohnehin standen – ein Spannungsfeld auf, das die schulische Seite zu jahrelangen Abwehrkämpfen herausforderte und wichtige Energien band und blockierte: HJ, BDM und die in ihnen Agierenden wurden zu Konkurrenten der Schule und der in ihr Lehrenden.<sup>1437</sup> Ihren Aktionismus hat Götz Aly als „Jugenddiktatur“ bezeichnet, die sich in kurzer Zeit „zu dem im zerstörerischen Sinn erfolgreichsten Generationsprojekt des 20. Jahrhunderts“<sup>1438</sup> entwickelt habe.

Die Anfänge der Hitler-Jugend als der nationalsozialistischen Jugendorganisation gehen bis auf das Jahr 1922 zurück.<sup>1439</sup> Auf dem „Zweiten Reichsparteitag“ der NSDAP in Weimar am 3. und 4. Juli 1926 formierte sich die bislang auf Sachsen beschränkte „Großdeutsche Jugendbewegung“ (GDJB) neu.<sup>1440</sup> Zu den Kolonnen, die, geleitet von Kurt Gruber, auf dem Marktplatz an Adolf Hitler vorbeimarschierten, gehörte auch eine „kleine Gruppe des Jugendbundes der NSDAP. Sie erzählten mit strahlenden Augen, dass sie von heute ab ‚Hitler-Jugend‘ heißen. Der Führer hat ihr seinen eigenen Namen gegeben.“<sup>1441</sup> Die Entstehungszeit der Hitler-Jugend im Raum Groß-Hamburg kann aus dem späteren Rückblick der Akteure beziehungsweise einer ihnen geneigten Presse rekonstruiert werden: Ihre Anfänge im südlich der Elbe gelegenen Harburg gehen bis in die Zeit zwischen Dezember 1926 und September 1927 zurück.<sup>1442</sup> Die Jahre 1930 bis 1932

<sup>1437</sup> Über die Geringschätzung der Schule als Element der nationalsozialistischen Ideologie und Erziehungspraxis siehe Nyssen (1979), S. 58–63.

<sup>1438</sup> Götz Aly: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt am Main 2005, S. 14–15.

<sup>1439</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 28/82 (Grundsatz- und Führerfragen bei der HJ). Nach einer parteiinternen Selbstdarstellung vom 1.5.1937 ordnete Hitler am 25.2.1922 durch ein Rundschreiben 22 die Gründung einer Jugendabteilung an und beauftragte mit der Umsetzung die Leitung der SA. Einem entsprechenden Aufruf im *Völkischen Beobachter* Nr. 19 vom 8.3.1922 folgte eine Gründungsversammlung im Münchner Bürgerbräukeller mit Hitler und dem als „Jugendführer“ bezeichneten Gustav Adolf Lenk (1903–1987) als Redner. Lenk begann seine Arbeit mit 23 Mann und meldete nach einem Jahr 54 Ortsgruppen mit 2000 Jungen. Er trat 1925 von seinem Amt zurück.

<sup>1440</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 28/81 (NS-Jugendbewegung) und NS 28/82 (Grundsatz- und Führerfragen bei der HJ).

<sup>1441</sup> Okraß (1934), S. 129–130.

<sup>1442</sup> HAN 24.9.1937; Okraß (1934), S. 135, erwähnt die Hamburger HJ kurz bei seinem auf den Dezember datierten Rückblick auf das Jahr 1926, dann erst wieder auf S. 251 zum Datum

standen in der preußischen Nachbarstadt im Zeichen des „Kampfes um die Harburger Schule“. Führungsfigur war der 1912 geborene Führer des Nationalsozialistischen Schülerbundes Harburg, Gustav Ernst, ein Schüler des Harburger Realgymnasiums, der zugleich zum Bezirksführer der Harburger HJ und zum Harburger „Präsidenten“ ernannt wurde. Er habe, schrieb in der Rückschau 1937 der inzwischen 25-Jährige, „das unmögliche Prinzip der parlamentarischen Verantwortungslosigkeit [...] durch eindeutige Befehlsgewalt“ und damit durch Verantwortlichkeit ersetzt, indem er das Führerprinzip eingeführt habe. Zu Ostern 1932 seien alle Jungen von der Gewalt der großen nationalsozialistischen Bewegung gepackt gewesen. Sie hätten gewusst, dass es lohne, sich für die Ideale dieser Bewegung zu engagieren. Die Harburger HJ habe sich jeden Donnerstag zum Heimabend im „Goldenen Engel“ zur politischen Schulung und zum Erlernen von Kampfliedern getroffen. Abends um 19 Uhr sei man oft auf dem Weg vom HJ-Heim an der Schüttstraße in der Harburger Innenstadt (einer inzwischen aufgehobenen kleinen Verbindung zwischen Amalienstraße und Lüneburger Straße) dem Schulleiter des Realgymnasiums in der Schloßstraße begegnet, der dann versucht habe, ihnen am nächsten Morgen den „Geist des 9. November 1918“ beizubringen. Die höhere Schule dieser Jahre sei „angefressen“ gewesen „vom demokratischen und pazifistischen Geist damaliger Zeit“. Demnach bestand die Harburger HJ schon zwei Jahre vor der Gründung der Hamburger Ortszelle des Nationalsozialistischen Schülerbundes.<sup>1443</sup>

Die Gründungsgeschichte der Hamburger Hitler-Jugend begann schon einige Jahre früher:<sup>1444</sup> Im März 1923 fanden sich die ersten Hamburger Jungen zur Bildung einer nationalsozialistischen Jugendorganisation zusammen und gründeten die Ortsgruppe Hamburg im Jugendbund der NSDAP, die jedoch mit dem Münchner Novemberputsch am 9. November 1923 ihre legale Arbeit einstellen musste. Der spätere HJ-Gebietsführer Wilhelm Kohlmeyer, ein junger Mann aus einer Arbeiterfamilie in Hamm, war nach späterer Darstellung einer der Ersten und hatte die Mitgliedskarte Nr. 11. Nach vorübergehender Unterstellung unter die SA verselbstständigte sich

---

25.1.1932 (John Hollatz als Führer der Hamburger HJ) und auf S. 288 anlässlich des Aufmarsches der Hitler-Jugend in Potsdam am 2.10. 1932 (Wilhelm Kohlmeyer als Führer der Hamburger HJ und Christa Jankwitz als Führerin des Hamburger BDM).

<sup>1443</sup> Hierzu: Oberlach (2004), S. 65.

<sup>1444</sup> Rückblicke im nationalsozialistischen *Hamburger Tageblatt*: HT 11.12.1938 (anlässlich des 15-jährigen Bestehens der Hamburger HJ) und 10.3.1943.

die Hamburger HJ 1926 wieder unter ihren Führern Hugo Discher, Heinz Morisse und Arnold Peters und wurde schließlich, wohl von 1929 an, von Wilhelm Kohlmeyer geführt, der dann für einige Zeit noch einmal von Heinz Morisse abgelöst wurde. Die Hamburger HJ verdoppelte die Zahl ihrer Mitglieder von 1926 bis 1928 von 30 auf 60 Jungen. Eine ihrer Hauptaktivitäten bestand darin, kommunistische Versammlungen zu stören. Eine größere Abordnung von ihnen fuhr 1928 zu einem „Gautag“ nach Heide, um dort Hitler persönlich zu begegnen. Im Sommer 1929 unternahm Kohlmeyer mit den „Ersten der Hamburger HJ“ eine Fahrt nach Albersdorf.<sup>1445</sup> Im gleichen Jahr nahmen zehn Hamburger Hitlerjungen am Nürnberger Parteitag der NSDAP teil. Unter Führung von Heinz Morisse fand 1930 der erste „Gautag“ der Hamburger HJ in Reinbek statt, bevor Morisse 1932 nach Cuxhaven „berufen“ wurde.<sup>1446</sup> Verglichen mit Berlin und München nahm jedoch die Hamburger HJ zu dieser Zeit eine durchaus noch untergeordnete Position ein.<sup>1447</sup> 1931 hatte die Hamburger HJ 171 Mitglieder (zum Vergleich: Berlin 602, Ost-Hannover 481, Schleswig-Holstein 751).<sup>1448</sup> Daher ist die spätere Behauptung der nationalsozialistischen Presse, am 1. Oktober 1932 seien 4000 Hamburger HJ- und BDM-Mitglieder zum nationalsozialistischen Reichsjugendtag nach Potsdam gefahren,<sup>1449</sup> sicherlich eine unangemessene Übertreibung. Zehn Tage vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten auf Reichsebene sprach Wilhelm Kohlmeyer zu den Teilnehmern eines „Werbemarsches“ der Hamburger HJ (ohne Deutsches Jungvolk), die durch die Stadtteile Hamm, St. Georg, Rotherbaum und Eimsbüttel gezogen waren, auf der Schlusskundgebung am Kaiser-Fried-

<sup>1445</sup> HT 24.7.1934 im Rückblick.

<sup>1446</sup> Ebd.

<sup>1447</sup> Noch 1931 wurde die Hamburger HJ – zugehörig einer von jetzt reichsweit zehn „Gruppen“, der Gruppe „Nord“, zu der auch Harburg (als Teil von Ost-Hannover) gehörte – von Bremen aus durch Walter Burchhard geleitet. Demgegenüber war die HJ in Berlin und München organisatorisch längst selbstständig. Die Hamburger HJ hatte am 1.10.1931 248 Mitglieder (zum Vergleich: Berlin 589, Ost-Hannover 769, Schleswig-Holstein 1331). Bis zum 1.2.1932 ging die Zahl der Hamburger Mitglieder auf 165 zurück. Im Reichsdurchschnitt gehörten am 1.2.1932 6 Prozent der Bevölkerung der HJ an. Hamburg lag mit 1 Prozent ganz am Ende der Skala, die benachbarten Gaue Schleswig-Holstein (mit 17,0 Prozent die Spitzenposition!), Mecklenburg-Lübeck (12,0 Prozent) und Ost-Hannover (10,2 Prozent) lagen weit darüber. Berlin befand sich mit 3,1 Prozent auch unter dem Reichsdurchschnitt (Bundesarchiv Berlin: NS 28/81).

<sup>1448</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 28/81, zum Datum 1.4.1931.

<sup>1449</sup> HT 24.7.1934. – Zum Reichsjugendtag siehe Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 15–18.

rich-Ufer.<sup>1450</sup> Nach dem Machtwechsel suchte die HJ zunächst die gemeinsame Aktion mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV) und dem rechtsextremen Blücherbund. Die drei Organisationen fanden sich am 30. Mai 1933 zur Abschlusskundgebung eines an der Moorweide begonnenen Fackelzuges auf dem Lübeckertorfeld zur zweiten Hamburger Bücherverbrennung zusammen. Auch hier sprach Wilhelm Kohlmeyer zu den Versammelten.<sup>1451</sup> Hier trat auch der Hamburger BDM erstmalig öffentlich in Erscheinung: 300 BDM-Mädchen beteiligten sich zusammen mit 2000 Hitlerjungen und „Mannschaften“ des DHV an der Aktion.<sup>1452</sup>



Abb. 9: Unterricht in Jungmädels-Uniform mit übergestreifter Armbinde des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA) (1934)

<sup>1450</sup> HT 22.1.1933.

<sup>1451</sup> Graf (2007), S. 333–334.

<sup>1452</sup> HT 31.5.1933. – Die drei Redner waren allerdings ausschließlich Männer, angeführt vom HJ-Bannführer Wilhelm Kohlmeyer.

Ihre eigentliche Stoßkraft erhielt die HJ aber erst dadurch, dass Akteure auf den Ebenen der Parteipolitik, der Staatspolitik und der Kirchenpolitik zusammenwirkten. Am 17. Juni 1933 wurde der bisherige nationalsozialistische Studentenfürher und SA-Gruppenführer, der 26-jährige Baldur von Schirach (1907–1974), Parteimitglied seit 1924 und bislang Reichsjugendführer der NSDAP, zum „Jugendführer des Deutschen Reiches“ ernannt.<sup>1453</sup> Seine Ernennung legalisierte zugleich die handstreichartige Übernahme des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände am 5. April 1933,<sup>1454</sup> welcher etwa 90.000 Mitglieder jugendlicher Gruppierungen repräsentierte.<sup>1455</sup> Der nunmehr aggressiv proklamierte Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus richtete sich quantitativ auf die Gesamtheit der jungen Generation und erhob qualitativ den Anspruch, alle Lebensbereiche junger Menschen zu erfassen und zu durchdringen.<sup>1456</sup> Als oberster Führer der Hitler-Jugend machte sich Schirach nun daran, die bisher freien Jugendbünde auszuschalten, und organisierte ihre Zwangsüberleitung in die nationalsozialistische Jugendbewegung, die er in ständig zunehmendem Maße institutionalisierte. Gestützt auf Hitlers programmatische Erklärungen zur „Volksgemeinschaft“ auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1934, sah Schirach in der von ihm geführten Hitler-Jugend das Instrument, die grundlegenden Ziele nationalsozialistischer Jugenderziehung umzusetzen – den Kampf um die Einheit des Volkes als „Volksgemeinschaft“, die Verwirklichung von „Treue“, Gehorsam, Härte, „Ehre“ und „Stolz“ und nicht zuletzt Wehrertüchtigung als Vorbereitung auf den Krieg: „Die HJ ist keine Gründung des Staates für die Jugend, sondern eine Gründung der Jugend für den Staat.“<sup>1457</sup> Diese Formulierung verdeutlicht, dass mit „Jugenderziehung“ vor allem eine Dressur der Jugendlichen zur Systemanpassung beabsichtigt war, sie zielte auf die ethische Neutralisierung der Jugend und führte dort, wo dieses durchgesetzt wurde, zur „Normverwilderung“, zur

<sup>1453</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 21.

<sup>1454</sup> Hierzu: Detlev Peukert: Protest und Widerstand von Jugendlichen im Dritten Reich, in: Widerstand und Verweigerung in Deutschland, hg. von Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen, Neuausgabe, Bonn 1997, S. 177–201, hier S. 184; Kipp/Müller-Kipp (1995), S. 159.

<sup>1455</sup> Winfried Mogge: Jugendbewegung, in: Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880–1933, hg. von Diethart Kerbs und Jürgen Reulecke, Wuppertal 1998, S. 181–196, hier S. 189.

<sup>1456</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 19.

<sup>1457</sup> Nyssen (1979), S. 39.

Gleichgültigkeit gegenüber Schwächeren und Menschen, die einer Minderheit angehörten.<sup>1458</sup>

Bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Jugendpolitik in Hamburg nahmen die nationalsozialistisch umbesetzten Behörden, auch im Schulwesen und in der Erbgesundheitspolitik, eine Vorreiterrolle ein und waren eher zur Stelle als staatliche Organe in anderen Teilen des Reiches. Bereits am 12. Mai 1933 teilte das staatliche Jugendamt allen Jugendorganisationen mit, „dass in Jugendgruppen keine jüdischen Elemente aufgenommen werden“ dürften. Für den Fall der Tätigkeit „artfremder Elemente“ drohte die Behörde die Aberkennung als Jugendpflegeverein an.<sup>1459</sup> Dass zur Umsetzung nationalsozialistischer Ziele über die HJ auch der „Kampf gegen das Judentum“ gehörte, erfuhren die Schülerinnen der im Grindelviertel gelegenen jüdischen Schule Johnsallee zur gleichen Zeit. Das Schulgebäude musste bewacht werden: „Wir konnten manchmal die Schule nicht verlassen, weil Hitlerjungen draußen standen und gewartet haben mit Knüppeln. Da mussten wir warten, bis die wieder weg waren.“<sup>1460</sup> Diese Hitlerjungen waren überzeugt davon, dass Juden eine „unterprivilegierte Klasse“ seien, und verstanden ihre eigene Rolle so, dass sie die anderen auch dementsprechend glaubten behandeln zu dürfen.

Zum Auftakt der Einverleibung der anderen Organisationen veranstaltete die Hitler-Jugend am 20. April 1933, dem 44. Geburtstag Adolf Hitlers, zu Ehren des Führers eine große Kundgebung der Jugendverbände vor dem Rathaus, verbunden mit einem Fackelzug von 25.000 Jugendlichen. An diesem Abend begrüßten Gauleiter Karl Kaufmann und der spätere HJ-Gebietsführer Wilhelm Kohlmeyer,<sup>1461</sup> begleitet vom 2. Bürgermeister Wilhelm Amsinck Burchard-Motz, die Teilnehmer der Jugendverbände.<sup>1462</sup> Bis Ende

---

<sup>1458</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 124–130.

<sup>1459</sup> Victoria Overlack: Zwischen nationalem Aufbruch und Nischenexistenz. Evangelisches Leben in Hamburg 1933–1945, München 2007 (Forum Zeitgeschichte 18), S. 199, mit Quellenangabe.

<sup>1460</sup> FZH, Archiv, WdE: 597 (Hedwig Feher, geb. Hamburger, geb. 1920).

<sup>1461</sup> Zu den zur Organisierung der Jugendarbeit von Baldur von Schirach am 27.6.1933 ernannten 15 Länderbeauftragten und 14 Provinzialbeauftragten gehörte für Hamburg der Bannführer Wilhelm Kohlmeyer (Bundesarchiv Berlin: NS 28/81).

<sup>1462</sup> StAHH, 362-6/11 Paulsenstiftschule: 31 (Jahresberichte der Direktorin 1911–1937); HA 22.4.1933: „Hamburgs Jugend bekennt sich zu Hitler.“ – Die Leiterin des Schul- und Jugendgruppenverbandes des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA), Marie Bath, stand mit den weiteren Ehrengästen auf dem Balkon des Rathauses und wusste an diesem

Juni 1933 zwang die HJ die gesamte organisierte Jugend mit Ausnahme der konfessionellen Jugendorganisationen, der HJ beizutreten.<sup>1463</sup> Am 29. Juli 1933 verbot Schirach durch Erlass die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend und konfessionellen Jugendorganisationen.<sup>1464</sup> Die Überführung der Hamburger Organisationen der erst 1930 begründeten „Freischar junger Nation“ und des seit 1920 bestehenden Jugendbundes „Adler und Falken“<sup>1465</sup> erlebte der 15-jährige Schüler des Wilhelm-Gymnasiums, Hans-Jürgen Harms, mit. Den tausenden an einem Ort in der Lüneburger Heide versammelten Jugendlichen wurde auf einem Appell bekanntgegeben: „Ab sofort sind alle eure Bünde aufgehoben, ihr seid ab sofort Angehörige der Hitler-Jugend.“ Es sei aber, so Harms, den „Bündischen“ gelungen, wenigstens ihre Bundesfahnen zu retten. Ihre Zusammenkünfte hätten sie auch nach der Zwangsüberführung fortgesetzt, eben jetzt nur im Braunhemd.<sup>1466</sup>

Der Bund Deutscher Mädel (BDM) entstand reichsweit erst 1930 als Zusammenschluss der seit 1923 operierenden „Mädchengruppen“ der NSDAP.<sup>1467</sup> Seit dem 7. Juli 1932 der Reichsjugendführung der NSDAP unterstellt,<sup>1468</sup> wurde der BDM mit dem Aufstieg Baldur von Schirachs zum Jugendführer des Deutschen Reiches zur ersten deutschen Jugendorganisation, welche die weibliche Jugend mit einem umfassenden Erziehungsanspruch überzog,<sup>1469</sup> der sowohl modernisierend als auch rückwärtsgewandt und damit die herkömmliche Rollenverteilung konservierend wirkte. Auch der BDM praktizierte und zelebrierte die Glaubenslehren des Nationalsozialismus und hatte damit eine herrschaftsstabilisierende Funktion. Rassismus und Rassenideologie, Germanismus und Antisemitismus waren integrierende Bestandteile der BDM-Erziehung. „Rassenpflege“ bedeutete Kinderreichtum, „Reinhaltung des Blutes“ durch Ausgrenzung von „Mischlingen“ und

---

Abend noch nicht, dass wenige Tage später ein Mann ihr Amt, das sie 1918 begründet und seitdem wahrgenommen hatte, übernehmen würde.

<sup>1463</sup> Overlack (2007), S. 200.

<sup>1464</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 165.

<sup>1465</sup> Mogge (1998), S. 187.

<sup>1466</sup> Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981 (1981), S. 159.

<sup>1467</sup> Gisela Miller-Kipp: „Auch du gehörst dem Führer“. Die Geschichte des Bundes Deutscher Mädel (BDM) in Quellen und Dokumenten, 2. Aufl., Weinheim und München 2002 (Materialien zur historischen Jugendforschung), S. 18.

<sup>1468</sup> Ebd., S. 26.

<sup>1469</sup> Ebd., S. 13.

der Stolz darauf „dass du ein Deutscher bist“.<sup>1470</sup> Die spätere „Reichsreferentin“ des BDM, Jutta Rüdiger, formulierte das Mädchen- und Frauenbild, das diesen Erziehungsanspruch leitete:

„Die Jungen werden zu politischen Soldaten, die Mädels zu starken und tapferen Frauen erzogen, die [...] unsere nationalsozialistische Weltanschauung später in ihrer Familie als Frauen und Mütter leben und gestalten – und so wieder eine Generation der Härte und des Stolzes großziehen. [...] Wir wollen Mädels formen, die stolz sind, damit sie sich einmal einen Kämpfer zum Schicksalsgefährten erwählen. Wir wollen Mädels, die bedingungslos an Deutschland und den Führer glauben und diesen Glauben einst in das Herz ihrer Kinder legen. Dann wird der Nationalsozialismus und dadurch Deutschland für immer bestehen.“<sup>1471</sup>

Zwei Monate nach ihrer Ernennung zur Reichsreferentin wendete sich Jutta Rüdiger am 19. Januar 1938 von 16.25 bis 16.40 Uhr über den Reichssender Hamburg an die Hamburger Mädchen und gab dabei Änderungen im Dienstplan des BDM bekannt. Das „Mädel“, das mit 21 Jahren den BDM verlasse, solle „in jeder Hinsicht weltanschaulich gefestigt, körperlich ertüchtigt und zum praktischen Einsatz bereit sein“.<sup>1472</sup> Noch am 16. Dezember 1943, als das Ende des Nationalsozialismus sich schon deutlich abzeichnete, verkündete Jutta Rüdiger vor den versammelten Hamburger BDM-Führerinnen unter Leitung von Lore Pahsen im Kaisersaal des Hamburger Rathauses, Nationalsozialismus bedeute bedingungslose Kameradschaft. Die Jugend des ganzen Reiches sei stolz auf die Bewährung der Hamburger Jugend in den Terrornächten.<sup>1473</sup> Wie die Basis der BDM-Mädchen auf diese Proklamation reagierte, ist nicht bekannt.

Die Neuorganisation der Hamburger Hitler-Jugend im Oktober 1933 folgte einer reichsweit geltenden Anordnung des Reichsjugendführers vom 1. August 1933: Danach wurden jetzt fünf Obergebiete (Gauverbände) begründet, genannt Ost, Nord, West, Mitte und Süd, und als Untergliederung 22 Gebiete (Obergaue), darunter das Gebiet 5 Ostsee (mit Gau 1 Mecklen-

---

<sup>1470</sup> Ebd., S. 246 und 260.

<sup>1471</sup> Zitiert ebd., S. 76–77.

<sup>1472</sup> Ankündigung im *Hamburger Tageblatt* am Vortage (HT 18.1.1938).

<sup>1473</sup> HT 17.12.1943.

burg-Lübeck), das Gebiet 6 Nordmark (mit Gau 1 Süd-Ost-Holstein und Gau 3 Hamburg) sowie das Gebiet 7 Hannover (mit Gau 3 Ost-Hannover). Jeder Gau war in mehrere Banne untergliedert, so Hamburg in seinen bis 1937 bestehenden Grenzen in vier Banne.<sup>1474</sup> Unter der Leitung von Oberbannführer Wilhelm Kohlmeyer und seines Stellvertreters Georg Reepen wurden zehn „Abteilungen“ gebildet, eine von ihnen, die Abteilung H (Jugendherbergswesen), stand unter der Leitung des späteren Leiters der HJ-Schuldienststelle, Scharführer Hans Einfeldt. Als Führer des Deutschen Jungvolks wird Oberjungbannführer Wilhelm Krap, als BDM-Gauführerin Thea Schlott genannt.<sup>1475</sup> Der am 31. Januar 1933 noch als Untergliederung der HJ genannte Nationalsozialistische Schülerbund unter seinem Führer Werner Asendorf,<sup>1476</sup> der die Schüler der höheren Schulen für den „Schulkampf“ aktivieren sollte, war in der Zwischenzeit vollkommen in der HJ aufgegangen und als eigene Organisation nicht mehr existent. Vermutlich im Januar 1934 erfolgte auch eine Neuorganisation des Hamburger BDM, indem vier Untergaue gebildet wurden, jeweils gegliedert in einen „Mädeluntergau“ für die 14- bis 18-Jährigen und einen „Jungmädeluntergau“ für die 10- bis 14-Jährigen. Die „Standortführung“ hatte Trudel Rohde, Rothenbaumchaussee 33.<sup>1477</sup>

Zur gleichen Zeit begründeten HJ und BDM in enger Zusammenarbeit mit der NSV gemeinsam ein Soziales Amt im Gebiet Nordmark unter der Leitung von Hugo Voigt und unter Mitarbeit der Sozialreferentin des BDM-Obergaues Nordmark. Das Soziale Amt fungierte zunächst als Anlaufstelle für Bitten Jugendlicher um Hilfe bei der Bewältigung beruflicher Konflikte, bei der Zulassung zu Erholungsverschickungen und Reihenuntersuchungen. Das Soziale Amt wollte damit auch Vorwürfen begegnen, HJ und BDM ruinierten die Gesundheit ihrer Mitglieder. Im Juni 1934 führte das Soziale Amt in einem Umschulungslager des BDM auf dem Eichhof Se-

<sup>1474</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 28/81 (NS-Jugendbewegung) und NS 28/84 (Hitler-Jugend, Einzelfragen).

<sup>1475</sup> HT 8.10.1933. – Wilhelm Krap wird auch in HT 14.9.1933 genannt (mit Bild). Er organisierte vom 13.10. bis 18.11.1933 die DJ-Werbewoche des Hamburger Jungbanns (HT 14.11.1933). Im Anschluss an die Werbewoche wurde auch das Deutsche Jungvolk neu organisiert: Statt der bisher zwei wurden jetzt fünf Jungbanne mit einem erweiterten Führerkreis gebildet. Das „Führertum“ und die Gewinnung von Führernachwuchs sollten in den Mittelpunkt der Arbeit gerückt werden (HT 28.11.1933).

<sup>1476</sup> HT 31.1.1933.

<sup>1477</sup> StAHH, 354-5 I Jugendbehörde I: 641 (Zusammenarbeit mit der HJ 1935–1940).

lent bei Plön den ersten von drei Kursen durch, in denen 250 großstädtische Mädchen in die Berufsarbeit auf dem Lande eingeführt wurden. Im Dezember 1934 veranstaltete das Soziale Amt eine Kundgebung im Rathaus und demonstrierte vor 200 geladenen Gästen seine Arbeit unter dem Motto „Durch Sozialismus zur Nation“. Die Ansprache hielt der Sozialreferent der Reichsjugendführung und spätere Reichsjugendführer Arthur Axmann. Das Soziale Amt hatte nunmehr 300 männliche und weibliche Mitarbeiter/-innen.<sup>1478</sup>



Abb. 10: Jungmädels im Nachmittagsdienst (1944)

In der Absicht, auch die 18- bis 21-jährigen Mädchen zu erfassen, gründete die Reichsjugendführung am 19. Januar 1938 das BDM-Werk „Glaube und Schönheit“.<sup>1479</sup> Durch gymnastische und sportliche Erziehung würden, so Baldur von Schirach in der ihm eigenen Rhetorik, die Mädchen einer ganzen Generation

---

<sup>1478</sup> Ebd.

<sup>1479</sup> Miller-Kipp (2002), S. 77–83 und 298–299.

„alles, was sie an idealistischem Schwung besitzen, in dieser, unserer neuen Gemeinschaft zum Ausdruck bringen. So wird auch dieses Werk dem erzieherischen Willen Adolf Hitlers dienen. Im Schatten seiner heiligen Fahne werden auch die Mädchen unseres Volkes strahlend in die Zukunft ziehen, und mit ihnen der Glaube und die Schönheit der deutschen Nation.“<sup>1480</sup>

In der Durchsetzung des Totalitätsanspruchs der nationalsozialistischen Jugendbewegung, den sowohl HJ als auch BDM<sup>1481</sup> erhoben, ging die HJ voran: Durch massive Werbung und durch Diffamierung der noch konkurrierenden Evangelischen Jugend wollte sie nunmehr die Ausschaltung des einzigen noch verbliebenen potenten Gegners durchsetzen. Im Rahmen einer „Werbewoche“ für das Deutsche Jungvolk, die Jugendorganisation für die 10- bis 14-jährigen Jungen, die vom 13. Oktober bis 18. November 1933 dauerte, richtete Kohlmeyer heftige Angriffe gegen die Evangelische Jugend Hamburg, deren Führer sich in einer „maßlosen Hetze gegen die HJ“ ergangen habe, und kündigte ihren Ausschluss von der gemeinsamen Vertretung aller Hamburger Jugendorganisationen an. Es müsse „diesen Kräften“ ein für allemal das Handwerk gelegt und der „Zersetzung der deutschen Jugend Einhalt geboten“ werden.<sup>1482</sup> Die angegriffene Seite versuchte ein letztes Mal, durch eine Verknüpfung bekundeter evangelischer Identität mit Konformismus und unter Nutzung der Feierlichkeiten zum 450. Geburtstag Martin Luthers zur Selbstdarstellung der Vereinnahmung durch die HJ zu entgehen. So erhoben sich am 20. November 1933 noch tausende Hände zum deutschen Gruß, als die Evangelische Jugend, Mädchen und Jungen, mit ihren Fahnen und Wimpeln bei vollständiger Anwesenheit des kirchlichen Establishments zu einer Massenkundgebung der evangelisch-lutherischen Kirche zum Luthertag in den Saal bei Sagebiel einzog. Oberkirchenrat Franz Tügel, der spätere Landesbischof, brachte in seiner Festrede, gespickt mit nationalsozialistischen Formeln wie „Blut und Boden“ und

<sup>1480</sup> Rede des Reichsjugendführers am 19.1.1939 auf der ersten „Reichsveranstaltung“ des BDM-Werkes „Glaube und Schönheit“ in der Staatsoper Dresden (zitiert nach Miller-Kipp [2002], S. 299).

<sup>1481</sup> Miller-Kipp (2002), S. 27: „Der Totalitätsanspruch der HJ konnte und durfte nicht vor dem deutschen Mädel haltmachen (parteiämtliche Verlautbarung aus dem Jahre 1935).“

<sup>1482</sup> HT 14.11.1933. Kohlmeyer „übersah“, dass ein neu gebildeter „Führerrat“ zur Koordinierung der evangelischen Jugendarbeit bereits am 29.9.1933 seine „Treue zum nationalsozialistischen Staat“ und seine Bereitschaft zur Mitarbeit bekundet hatte (Overlack [2007], S. 198).

„arteigenes Christentum“, Luther in enge Verbindung mit dem Nationalsozialismus und seinem „Führer“.<sup>1483</sup> Die bisher leitende Illusion, in zustimmender Kooperation mit dem Nationalsozialismus die Selbstständigkeit behaupten zu können, wurde jedoch nach der Kapitulation des Reichsbischofs Ludwig Müller am 19. Dezember 1933 vollends obsolet.<sup>1484</sup> Ab 1. Februar 1934 wurde die Evangelische Jugend als letzter noch verbliebener selbstständiger Jugendverband in die HJ eingegliedert.<sup>1485</sup>

Im Anschluss an die fünf Kalenderwochen umfassende „Werbewoche“ für das Deutsche Jungvolk sprach am 19. November 1933, einem Sonntagmorgen, Gauleiter Karl Kaufmann vor dem Rathaus zu 10.000 Jungvolkjugen, die von der Moorweide anmarschiert waren: „Das Deutsche Jungvolk in Hamburg hat bewiesen, dass es heute in Hamburg eine nationalsozialistische Jugendbewegung gibt, die in Form und Haltung der Sehnsucht einer deutschen Jugend Ausdruck verleihen kann und die der Zukunft des deutschen Volkes gerecht wird.“<sup>1486</sup> Oberbannführer Wilhelm Kohlmeyer versicherte „die alten Kämpfer der Hamburger Hitler-Jugend“ und damit alle, die vor dem 31. Dezember 1931 der HJ beigetreten waren und wegen ihrer Zugehörigkeit zur HJ der Schule verwiesen worden waren oder ihren Beruf verloren hatten, die im Kampf verwundet oder aus politischen Gründen gerichtlich verurteilt worden waren, seines besonderen Schutzes.<sup>1487</sup> Wenig später formulierte er noch offensiver:

„Wir wollen eine Jugend heranbilden, die sich bedingungslos zu den Grundsätzen unserer nationalsozialistischen Lebens- und Kampfgemeinschaft bekennt. Diese Grundsätze heißen Treue, Disziplin und Einsatzbereitschaft. Der Führer braucht eine Jugend, die nicht nur seinen Namen trägt, sondern vor allem in seinem Geiste lebt und kämpft.“<sup>1488</sup>

---

<sup>1483</sup> Overlack (2007), S. 156–157.

<sup>1484</sup> Reichsbischof Ludwig Müller unterzeichnete einen Vertrag über die Eingliederung der Evangelischen Jugend in die Hitler-Jugend (ebd., S. 326–327).

<sup>1485</sup> HT 1.2.1934; Overlack (2007), S. 327–328.

<sup>1486</sup> HT 20.11.1933.

<sup>1487</sup> HT 21.11.1933. – Die Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Schülerbund oder zum Nationalsozialistischen Jugendbund, eines Vorläufers der HJ, werde voll auf die HJ-Dienstzeit angerechnet.

<sup>1488</sup> Kohlmeyer am 23.2.1934, zitiert in HT 3.1.1938 anlässlich des zehnjährigen Bestehens der nationalsozialistischen Tageszeitung.

In die Aktionen zur Rekrutierung von Mitgliedern der nationalsozialistischen Jugendorganisation wurde nunmehr auch die Schule einbezogen.<sup>1489</sup> Darüber hinaus aber erfuhr das bisherige Erziehungsverhältnis Jugendlicher, geprägt durch die überkommene Struktur aus Elternhaus, Schule, Kirche und Jugendbewegung, einschneidende Veränderungen, denn durch HJ und BDM wurde die Position von Schule und Lehrenden prinzipiell angegriffen und wurden ihre Ansprüche und Forderungen von Grund auf gefährdet.<sup>1490</sup> Zum neuen Identifikationsmuster wurde das unterschiedslose Aufgehen des Einzelwesens im völkischen Staat. Für Jugendliche war dieses Ideal auch darum attraktiv, weil es ihnen „von oben“ legalisierte Superioritätsansprüche über die in der Erziehungshierarchie traditionell ihnen vorgeordneten Eltern und Lehrer verschaffte:

„Die tonangebenden Zwanzig- bis Dreißigjährigen erhoben sich [...] verächtlich über die Kleingeister. Sie sahen sich als moderne antiindividualistische Tatmenschen. Sie belächelten des ‚Spießers Sorgen – denn uns gehört das große Morgen‘.“<sup>1491</sup>

Nicht selten trieb Jungen und Mädchen, die im Deutschen Jungvolk oder bei den Jungmädeln in Führungspositionen aufgestiegen waren, das persönliche Geltungsbedürfnis dazu, ihre Statussymbole, Uniform oder erworbene Leistungsabzeichen, in der Schule zur Schau zu stellen, um Mitschülern und Lehrern zu imponieren.<sup>1492</sup>

Je aggressiver Schirachs Jugendorganisation die Position der Schule in Frage stellte, desto größer wurde das Konfliktpotential. Für den Bereich der Berufsschulen und der Erwachsenenbildung tat sich ein weiterer Miterzieher auf: Am 8. Dezember 1933 verbündete sich der Reichsjugendführer mit dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley. Das Jugendamt der Ley unterstehenden Deutschen Arbeitsfront (DAF) war fortan zuständig für die Jugendberufsarbeit (zum Beispiel die Durchführung des Reichsbe-

<sup>1489</sup> StAHH, 362-3/66 Ganztagschule Friedrichstraße: 2 Band 11 (Protokolle der Volksschule für Mädchen Taubenstraße 1931–1936), zum Datum 8.12.1933: „Es ist in den Klassen fleißig zu werben für die Hitlerjugend. Viele unserer Mädchen sind in der christlichen Jungschar.“

<sup>1490</sup> Hierzu: Schneider (2000), S. 377–378; Nyssen (1979), S. 63: Das nationalsozialistische Verhältnis von „Führer und Gefolgschaft“ habe nur in der HJ verwirklicht werden können, nicht in der Schule.

<sup>1491</sup> Aly (2005), S. 14–15.

<sup>1492</sup> Karl-Heinz Hering gegenüber dem Verfasser am 11.12.2005.

rufswettkampfes) und die Jugendbetriebsarbeit (zum Beispiel die Ernennung von Jugendwaltern im Betrieb).<sup>1493</sup>



Abb. 11: Eine Jungenklasse vorwiegend in HJ-Uniform (Schule Borgesch, 1934)

Die Geschichte der Beziehung zwischen Schule und HJ/BDM<sup>1494</sup> soll in dem Rahmen, in dem sie Hamburg betrifft, in diesem Kapitel nachgezeichnet werden. Aus den Beschwerden von Schulleitern ein halbes Jahr nach Übernahme der Schulverwaltung durch die Nationalsozialisten und ihren Hinweisen darauf, dass das Verhältnis der Hitler-Jugend zur Schule „ungeklärt“ sei,<sup>1495</sup> kann auf erste Friktionen geschlossen werden. Aus den erhaltenen Akten ist nur zu entnehmen, dass die HJ hausaufgabenfreie Nachmittage für ihre Versammlungen verlangte und versuchte, sich in schulinterne Entscheidungsgänge einzumischen.<sup>1496</sup> Der Präsident der Schulverwaltung, Karl Witt, sah sich daher im Oktober/November 1933 genötigt einzuschrei-

<sup>1493</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 2295 (Zusammenarbeit mit der DAF 1935–1940).

<sup>1494</sup> Im umfassenden Sinne ist zumeist mit HJ der BDM mitgemeint.

<sup>1495</sup> Geäußert auf der ersten Schulleiterkonferenz nach dem Machtwechsel am 19.9.1933 (StAHH, 362-2/6 Kirchenpauer-Realgymnasium: 50 Band 1).

ten. Er sei, so erklärte er, zwar bereit, die Aufgabe der HJ, „die deutsche Jugend im Sinne der nationalsozialistischen Staatsauffassung zu erziehen“, zu würdigen und anzuerkennen, stelle ihr jedoch die Kompetenz und das Eigengewicht der Schule gegenüber. Es sei „mit allem Nachdruck darauf zu bestehen, daß da, wo der Staat selbst Träger der Autorität ist, also insbesondere in der Schule, diese Autorität in jeder Beziehung unerschütterlich bleibt“. Jeder Eingriff in diese Befugnisse des Staates werde daher zurückgewiesen<sup>1497</sup> und auch nur der Anschein einer Gleichrangigkeit abgelehnt: „Die Beziehungen der Schule zur Hitler-Jugend werden nicht durch Vereinbarungen mit den Jugendorganisationen, sondern nur durch behördlichen Erlaß geregelt.“<sup>1498</sup> Das sind zwar deutliche Worte der Abgrenzung und Zurechtweisung, doch über die Interaktionen, die zu ihnen geführt haben, können wir nur begründete Vermutungen anstellen.

Witt war als Persönlichkeit zu schwach, und seine Position innerhalb der NSDAP war zu labil, als dass er diesen markigen Worten auch hätte Taten folgen lassen können. Er wird gespürt haben, dass die Gegenseite sich herausgefordert sah, ihre Macht zu demonstrieren, und auf diese Herausforderung reagierte der Leiter der Schulverwaltung durch Anpassung und Opportunismus: Obwohl die Ansprüche der Hitler-Jugend massiv gegen die Schule und ihre Lehrer gerichtet waren, beteiligte sich Witt an spektakulären Inszenierungen der nationalsozialistischen Jugendbewegung.<sup>1499</sup> HJ und Schule sollten sich bei ihrer gemeinsamen Arbeit nicht gegenseitig Schwierigkeiten machen, betonte Witt in seiner Ansprache „Hitler-Jugend und Schule“, sie müssten vielmehr „Hand in Hand ihren Aufgaben gerecht werden“.<sup>1500</sup> Mit seinen Äußerungen distanzierte sich der Leiter der Schul-

<sup>1496</sup> StAHH, 362-2/17 Oberrealschule St. Georg: 8 Band 6, S. 190 und 208; StAHH, 362-3/24 Schule Moorkamp: 1 Band 10, zu den Daten 21.10. und 24.11.1933: Die Nachmittage des Mittwoch und Freitag sollten für die HJ freigehalten werden. Eingriffe in die Schultätigkeit von außen seien verboten (Rundschreiben der Schulverwaltung über die Beziehungen zwischen Schule und HJ).

<sup>1497</sup> StAHH, 362-3/40 Schule Turmweg: 107, zum Datum 3.11.1933.

<sup>1498</sup> Ebd.

<sup>1499</sup> So an einer Versammlung der gesamten Führerschaft des Deutschen Jungvolks mit Gauleiter Karl Kaufmann am 17.12.1933 im Gewerbehau (HT 18.12. und 19.12.1933), am 24.1.1934 an der Zeremonie des feierlichen Einholens der HJ-Bannfahnen am Rathaus, an der das Deutsche Jungvolk maßgeblich beteiligt war (HT 25.1.1934), und am 22.9.1934 an der Abschlussveranstaltung einer HJ-Schulungswoche auf dem Schulschiff „Hein Godenwind“ (HT 24.9.1934).

<sup>1500</sup> HT 24.9.1934.

verwaltung, des Beifalls seiner jugendlichen Zuhörer gewiss, zugleich von der Mehrheit der ihm dienstlich unterstellten Lehrer: „Eine wesentliche Aufgabe sei die Heranbildung einer nationalsozialistischen Lehrerschaft.“ Hamburg habe mit der Schulung von 700 Lehrern in Lagern dazu den Anfang gemacht.<sup>1501</sup> Die Teilnehmer hätten „den Geist und die Lebensweise der neuen Jugend erlebt“.

Einen konsequenten Gegenkurs zu steuern wurde für Witt allerdings um so schwerer, je mehr der Witt formal unterstellte Landesschulrat und NSLB-Führer Wilhelm Schulz sich als eigenständiger Machtfaktor etablierte. Er positionierte sich bereits bei Amtsantritt als Landesschulrat am 15. November 1933 als ein Bundesgenosse der nationalsozialistischen Jugendbewegung, indem er erklärte, der Hamburger NSLB fühle sich besonders der Hitler-Jugend verbunden.<sup>1502</sup> Dadurch geriet das funktionsbedingte Spannungsverhältnis, geprägt durch die überkommene Struktur aus Elternhaus, Schule, Kirche und Jugendbewegung und im Gleichgewicht gehalten durch die moderierende Funktion der übergeordneten Behörde, von Anfang an in eine Schiefelage. Dieses weigerte sich Schulz zur Kenntnis zu nehmen und arbeitete statt dessen mit dem Instrument ideologischer Verdrängung: „Ein Verbindungsmann des Lehrerbundes regelt alle schwebenden Fragen mit der HJ“, versprach Schulz zum Jahrestag der „Machtergreifung“ 1934 und verwies auf die „unermüdliche Arbeit“, die seit dem 30. Januar 1933 geleistet worden sei.<sup>1503</sup> Etwa zur gleichen Zeit verdeutlichten NSLB-Führer Hans Schemm und Reichsjugendführer Baldur von Schirach die politisch gewünschte und vorgezeichnete Generallinie zur rhetorischen Harmonisierung des Konfliktfeldes Schule und Hitler-Jugend: Sie bekundeten ihre „völlige Übereinstimmung [...] hinsichtlich der zu leistenden Aufgaben“. Die „beiden für die Erziehung der Jugend wichtigsten Organisationen“ „arbeiten also Hand in Hand und ergänzen sich in ihrer Erziehungsarbeit zur Erreichung des gemeinsamen Endzieles: Erziehung der Jugend zum Nationalsozialismus als künftige Träger des Staates“.<sup>1504</sup>

---

<sup>1501</sup> Über die Lagerschulung: Uwe Schmidt (2006), S. 81–89.

<sup>1502</sup> HT/HF/HA/HN (mit Bild) 29.10.1933; HF 29.11.1933 (Abendausgabe, mit Bild); HLZ Nr. 47/1933, S. 641, und Nr. 48/1933 vom 2.12.1933, S. 645–648.

<sup>1503</sup> HT 1.2.1934, Erste Beilage: „Der Nationalsozialistische Lehrerbund im 1. Regierungsjahr Adolf Hitlers“.

<sup>1504</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 28/84, zum Datum 2.2.1934.

Zwar hatte diese ideologische Schönfärbung der Alltagswirklichkeit wenig Realitätsgehalt, doch sprachen die von den Führern abhängigen Bildungsfunktionäre sie ihnen nach. So behauptete der von Schulz ernannte Geschäftsführer Kurt Holm, der sich selbst zum „Stabsführer“ des NSLB stilisierte, auch er ein Lehrer, in einem Schreiben an den NSLB-Führer Hans Schemm am 27. April 1934, „zwischen der HJ und dem NSLB [sei] ein inniges Verhältnis geschaffen worden, das sich sicher einmal für das gesamte Reichsgebiet auswirken wird“. In Hamburg habe man die anderenorts bestehenden „Meinungsverschiedenheiten und Missverständnisse“ zwischen NSLB und HJ „einigermaßen überwunden“.<sup>1505</sup>

Witts Anbiederungskurs hatte seine Konsequenzen: Die von ihm geleitete Schulverwaltung war fortan für die in der NSDAP fest verankerten Führer der Hitler-Jugend kein ernstzunehmender Faktor mehr, auf den sie im Rahmen der nationalsozialistischen Polykratie hätten besondere Rücksicht nehmen müssen. Schon am 14. August 1934 sah sich Witt veranlasst, HJ-Führer vor und nach den Prüfungen von der Pflicht zum Schulbesuch zu befreien. Lediglich die Schüler, deren Versetzung gefährdet war, erhielten Diensterleichterung bei der HJ. Ausdrücklich hieß es: „Ein Hinweis darauf, dass die Arbeit in der HJ (SA) die Minderleistung verursacht habe, hat in Zukunft zu unterbleiben. Es ist auch nicht zulässig, die Drohung, dass schlechte Schülerleistungen der HJ mitgeteilt werden, als pädagogisches Druckmittel zu benutzen.“<sup>1506</sup>

Einige Monate nach der im Spätherbst 1933 erfolgten verbalen „Zurechtweisung“ der HJ durch den Leiter der Hamburger Schulverwaltung konnte die HJ durch eine Direktive von Reichsseite einen Machtgewinn verbuchen: Der am 7. Juni 1934 eingeführte (und am 4. Dezember 1936 wieder aufgehobene) „Staatsjugendtag“ etablierte eine gewisse Gleichrangigkeit von HJ und Schule.<sup>1507</sup> Gegen die Mehrheit der Lehrer in den Schulen, der Schulleiter<sup>1508</sup> und vermutlich auch der Schulaufsichtsbeamten seiner eigenen Be-

<sup>1505</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1024.

<sup>1506</sup> StAHH, 362-2/36 Gymnasium Klosterschule: 343 (Hitler-Jugend, Rundschreiben u. a. 1934–1944).

<sup>1507</sup> Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz (1983), S. 94.

<sup>1508</sup> Im Gegensatz zu Witt hatten sich am Tage zuvor (21.9.1934) die Schulleiter der Volksschulen gegen den Staatsjugendtag gewendet und – mit der vorgeschobenen Begründung, es fehle an „richtigen Führern“ – seine Aufhebung gefordert. Zwischen Schule und HJ solle eine „scharfe Abgrenzung“ stattfinden (StAHH, 362-3/40 Schule Turmweg: 108).

hörde bekannte sich Witt dreieinhalb Monate später zu dieser für das Schulwesen gravierenden Neuerung und damit zur Gleichrangigkeit von HJ und Schule.<sup>1509</sup> Die Schulverwaltung hatte – das gab sie am 9. August 1934 bekannt – zu akzeptieren, dass der Sonnabend (der damals selbstverständlichen schulischen Sechstageswoche) fortan als Staatsjugendtag der HJ gehörte. Der Staatsjugendtag wurde am 25. August 1934 erstmalig durchgeführt. Für die nicht zur HJ gehörenden Schüler fand wie üblich Unterricht statt, davon zwei Stunden als „nationalpolitischer Unterricht“.<sup>1510</sup> Die Etablierung des Staatsjugendtages verfolgte langfristig das Ziel, alle Schüler zum Eintritt in die HJ oder den BDM zu bewegen. Der Durchsetzung dieser Absicht diene ein „Befehlsempfang“, zu dem am 14. August 1934 die Jugendwalter der Schulen in die Behörde geladen wurden. Dort erhielten sie vom HJ-Verbindungsmann Hans Einfeldt, sekundiert von dem jeweils zuständigen Schulaufsichtsbeamten, detaillierte Anweisungen.<sup>1511</sup> Für den ausgefallenen Unterrichtstag wurde auf Anweisung des REM der „gleitende Sechstagesplan“ eingeführt: Die sechs Tage umfassende Schulwoche sollte im Stundenplan jeweils um einen Wochentag weitergleiten, so dass die Schulwoche mit jeweils dem nächsten Wochentag begann.<sup>1512</sup> Außerdem seien versetzungsgefährdete Schüler vom HJ-Dienst zu befreien, hätten also in der Schule zu erscheinen.<sup>1513</sup> Als Nebeneffekt erhielt die Schulverwaltung von jeder Schule eine Liste mit den Namen der Schüler, die der HJ und der Schülerinnen, die dem BDM angehörten.<sup>1514</sup> Es scheint aber auch schon jetzt Schüler gegeben zu haben, welche die Teilnahme am Unterricht dem HJ-Dienst vorzogen. Damit dieses durch überaktive HJ-Mitglieder nicht verhindert wurde, wurde angeordnet, dass Schüler nicht das Recht hätten, die Teilnahme ihrer Mitschüler am HJ-Dienst zu überwa-

---

<sup>1509</sup> HT 24.9.1934.

<sup>1510</sup> StAHH, 362-3/21 Schule Wohldorf-Ohlstedt: 9 (Anweisungen für die Gestaltung des Unterrichts 1933–1939).

<sup>1511</sup> StAHH, 362-6/11 Paulsenstiftschule: 198 (Schule und HJ).

<sup>1512</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1531.

<sup>1513</sup> StAHH, 362-3/50 Schule Telemannstraße: 11.

<sup>1514</sup> In einer weiteren Liste waren die Namen aller Lehrer anzugeben, die der SA oder SS angehörten (StAHH, 362-2/17 Oberrealschule St. Georg: 8 Band 6, S. 312 zum Datum 8.8.1934). Vgl. StAHH, 362-3/50 Schule Telemannstraße: 11, zum Datum 4.9.1934: Die Schulverwaltung (i. A. Oberdörffer) fragte auf Wunsch des Reichsstatthalters die Zugehörigkeit von Schülern zu DJ, HJ, BDM, VDA-Schulgruppen, Sportvereinen sowie SA und SS ab.

chen.<sup>1515</sup> Jede Schule wurde aber angewiesen, nach Möglichkeit einen Raum als Heimzimmer für die HJ zur Verfügung zu stellen.<sup>1516</sup> Über die Schulen wurden auch die HJ-Zeitschriften *Hilf mit!* und *Die Jugendburg* vertrieben und kassiert.<sup>1517</sup>

Die Anordnung über den Staatsjugendtag setzte die private Wetkenschke Stiftungsschule von 1723 so um, dass für die nicht im Deutschen Jungvolk der HJ beziehungsweise bei den Jungmädeln des BDM organisierten Jungen und Mädchen der Klassen 3 bis 6 in zwei Stunden „nationalsozialistisches Gedankengut“ vermittelt wurde, außerdem je eine Stunde Werken und Turnen. In der Unterstufe wurden „Lebensbilder der leitenden Staatsmänner“ (Hitler, Hindenburg, Regierungsmitglieder, Reichsstatthalter), die Ideen der Bewegung und der Aufbau des nationalsozialistischen Staates vermittelt. Darstellungen aus dem Gemeinschaftsleben von HJ, Deutschem Jungvolk und BDM sowie die Lektüre der Biographien von „Helden der Bewegung“ wie Herbert Norkus und Manfred von Richthofen ergänzten das Programm.<sup>1518</sup>

In der Mittelstufe las man eine Auswahl aus Hitlers *Mein Kampf* und Walter Schönknechts Horst-Wessel-Biographie,<sup>1519</sup> und man behandelte den Aufbau des „nationalen Führerstaates“ auf dem germanischen Prinzip von „Führertum und Gefolgschaft“. Dabei wurden das harmonische „Ineinanderstehen“ und die wechselseitige Verbundenheit von „Oben“ und „Unten“, das „Einssein“ im gegenseitigen Zusammengehören herausgestellt. Anwesende HJ- und DJ-Führer sowie der Schulführer der HJ schilderten Erlebnisse aus der „Kampfzeit“ der HJ, berichteten von Aufmärschen, Schlägereien mit kommunistischer Arbeiterjugend, Lagerleben und kameradschaftlichem Beistehen. Sie stellten dabei die Eigenart der nationalsozialistischen Jugendverbände im Vergleich mit den mannigfaltigen ehemaligen Jugendbünden heraus. Ergänzt wurde dieser Teil durch die Lektüre von *Zwei Jungens bei der Reichsmarine*.<sup>1520</sup> Jeden Sonnabend wurden außer-

---

<sup>1515</sup> Altregistratur Luisen-Gymnasium: Tagebuch (Ein- und Ausgangsbuch), zum Datum 24.8.1934: Rundschreiben der Schulverwaltung betr. Staatsjugendtag.

<sup>1516</sup> Ebd., zum Datum 10.9.1934.

<sup>1517</sup> Mitteilung von Karl-Heinz Hering an den Verfasser am 11.12.2005.

<sup>1518</sup> Genannt werden die Titel: Josef Viera: *Utz kämpft für Hitler*, Leipzig 1933; Arnold Littmann: *Herbert Norkus und die Hitlerjungen vom Beusselkietz*, Berlin 1934.

<sup>1519</sup> Walter Schönknecht: *Horst Wessel*, Berlin 1933.

<sup>1520</sup> Fritz Otto Busch: *Zwei Jungens bei der Reichsmarine*, Leipzig 1933.

dem Kampf- und Marschlieder der HJ eingeübt.<sup>1521</sup> Möglicherweise wollte die private Wetkenske Schule, bereits von der Auflösung bedroht, durch besondere Willfährigkeit ihren Fortbestand sichern.

Aus dem öffentlichen Auftreten Karl Witts<sup>1522</sup> und den zeitnahen Verlautbarungen des ihm unterstellten Oberschulrats Albert Mansfeld am 14. September 1934 lässt sich darauf schließen, dass zwischen der Behördenleitung und den Schulpraktikern in der Behörde erhebliche Divergenzen über die Einschätzung der HJ bestanden: Mansfeld machte den Teilnehmern einer Versammlung der Kreisamtsleiter und Kreisabteilungsleiter des NSLB und verschiedenen Vertretern der HJ deutlich, dass die HJ den Vertrauensbonus des Jahres 1933 inzwischen verspielt habe. Elternhaus und Schule hätten Priorität vor der HJ. Die HJ müsse ihre eigentliche Aufgabe erst noch finden: „Die HJ muss sich endlich daran gewöhnen, dass die Lehrerschaft vorhanden ist. Wenn jeder HJ-Führer alles kann, dann erhebt sich die Frage, warum denn der Lehrer zur Universität muss.“

Der Leiter der HJ-Schuldienststelle in der Schulverwaltung, Hans Einfeldt, war sichtlich bemüht, die Wogen zu glätten und zwischen beiden Seiten zu vermitteln. Dass die HJ „nun auch die Verbindung zur Lehrerschaft“ suche, wurde von den anwesenden NSLB-Leuten mit Schmunzeln aufgenommen. Einfeldt kündigte für jeden Stadtteil eine besondere HJ-Schuldienststelle an, die der besseren Verständigung dienen solle. In jeder Schule solle sich ein Verbindungslehrer zur HJ finden.<sup>1523</sup> Den Schulleitern der Volksschulen riet der neu in die Schulverwaltung berufene Schulrat Kurt Holm – unter Wiederholung der unscharf gewordenen Formel von der „scharfen Abgrenzung“ zwischen Schule und HJ –, die Verbindung zur HJ, etwa durch persönliche Bekanntschaft, zu suchen und verpflichtete sie, aus dem Lehrerkollegium einen Vertrauensmann für die Verbindung zur Hitler-Jugend zu benennen.<sup>1524</sup>

Die Schulverwaltung, das lässt sich hieraus schließen, war angehalten worden, sich mit der HJ zu arrangieren, die vermutlich von den zentralen Schaltstellen der Partei und der politischen Führung Rückenwind erhielt. So bemühte sie sich auch über den NSLB, an dessen Spitze Landesschulrat

---

<sup>1521</sup> StAHH, 362-6/6 Wetkenske Schule: 17 Band 2, zum Datum 11.8.1934; StAHH, 361-2 II Oberschulbehörde II (Höheres Schulwesen): B 262 Nr. 1, zum Datum 20.9.1934.

<sup>1522</sup> So am 22. September 1934; siehe Anm. 75.

<sup>1523</sup> HT 15.9.1934.

<sup>1524</sup> StAHH, 362-3/40 Schule Turmweg: 108, zum Datum 21.9.1934.

Wilhelm Schulz stand, um die „Bereinigung strukturell bedingter Konflikte“.<sup>1525</sup> Die einzelnen Schulen wurden zu enger Zusammenarbeit mit der HJ angehalten, sie hatten Wahlpropaganda für die so genannte Reichstagswahl am 29. März 1936 zu betreiben,<sup>1526</sup> und das Deutsche Jugendsportfest am 20. und 21. Juni 1936 hatten Vereine, Schulen und HJ gemeinsam zu gestalten.<sup>1527</sup> Auf Anweisung von Landesschulrat Wilhelm Schulz hatten die Schulen bei ihrer Terminplanung Rücksicht auf die HJ zu nehmen, nicht umgekehrt.<sup>1528</sup> Hitler-Jugend-Führer unter den Schülern waren zur Teilnahme an Lehrgängen<sup>1529</sup> zu beurlauben. Da sowohl die Schulen als auch die HJ Sommerlager veranstalteten,<sup>1530</sup> eröffnete sich hier ein weiteres Konfliktfeld.

Die Abwehrhaltung der Schulen ist vor dem Hintergrund von Attacken übermotivierter Jugendlicher zu verstehen. Begeisterte HJ-Mitglieder, die für die nationalsozialistische Jugendorganisation agierten und agitierten, wollten vermutlich nicht den obersten Schulfunktionär ihrer Partei und sein Bildungsprogramm angreifen. Sie attackierten vor Ort die Lehrer und Schulleiter von „reaktionären“ Schulen, die in ihrer Sicht durch die „Systemzeit“ geprägt waren und sich der „nationalen Revolution“ noch nicht geöffnet hatten, und setzten damit die vor 1933 durchgeführten Aktionen fort. Nach ihrem Selbstverständnis mussten sie eingreifen und der „nationalen Revolution“ nachhelfen. Den Exponenten der angegriffenen Seite dürfen und müssen wir nicht unterstellen, dass sie in ihrer Mehrheit grundsätzlich gegen den Nationalsozialismus gewesen seien, wenn sie sich bei der Schulverwaltung wegen zunehmender Übergriffe beschwerten. Die von den HJ-Mitgliedern ausgehenden Aktivitäten störten die schulische Ar-

<sup>1525</sup> HLZ Nr. 36–37/1934, S. 543–544: Zusammenkunft von HJ und NSLB am 13.9.1934. Bericht-erstatte war Herbert Bieber.

<sup>1526</sup> StAHH, 362-3/24 Schule Moorkamp: 1 Band 11 (Sitzungsberichte 1.11.1933–10.10.1938).

<sup>1527</sup> StAHH, 423-3/3 Amt und Gemeinde Bramfeld: 200-1 (Allgemeine Schulangelegenheiten 1930–1938).

<sup>1528</sup> Mitteilung von Wilhelm Schulz am 30.9.1936: Mit Rücksicht auf die HJ müssten Schüler die Termine für geplante Schulunternehmungen mindestens 14 Tage vorher erfahren (StAHH, 362-3/40 Schule Turmweg: 109).

<sup>1529</sup> StAHH, 362-2/7 Oberrealschule Eilbek: C 16 Band 2 (Schülerakten Ba–Be 1927–1946): Beginn eines ersten Führervorbereitungslehrgangs des Nordmarklagers, veranstaltet von der HJ, Jungbann 188, für künftige DJ-Führer (15 Jahre alt) am 28.6.1936.

<sup>1530</sup> Landesschulrat Wilhelm Schulz forderte die Schulen am 28.4.1938 auf, die Schüler durch etwaige Schulveranstaltungen nicht an der Teilnahme am HJ-Lager in den Pfingst- und Sommerferien zu hindern (StAHH, 424-21 Schulamt Altona: Sch II 1 / 37 / 8 c).

beit, wie die professionell dort Tätigen sie verstanden und gewohnt waren. Angesichts der ganz unterschiedlichen Aussagen der Quellen ist es also schwierig, zwischen Lehrern und HJ klare „Fronten“ der Kooperation und der Kooperationsverweigerung zu erkennen, wie sie Michael H. Kater in seiner Untersuchung über die Hitler-Jugend in vereinfachter Polarisierung behauptet:<sup>1531</sup> Nicht zuletzt wegen der „schleichenden Kooperation“ vieler mit dem Regime sympathisierender oder an das Regime angepasster Lehrer habe der Reichsjugendführer „langsam, aber stetig seinen Feldzug gegen die Schulen gewinnen“ können. Zu bedenken ist doch in diesem Zusammenhang, dass Lehrer und Schulleiter nie sicher sein konnten, nicht durch Denunziationen nationalsozialistisch überzeugter Schüler und deren Eltern überrascht zu werden und dadurch in Schwierigkeiten zu geraten. Aber das Gegenteil des von Kater Behaupteten ist auch nicht richtig: Nach der wegen Führungsmangels angeordneten Aufhebung der Aufnahmesperre für die HJ wurde angestrebt, „dass die Jugend der Schulen geschlossen eintritt“. Dieses solle durch Elternabende vorbereitet werden, denn die Eltern entschieden, wie es in einer offenbar einvernehmlich verlaufenen Lehrerbesprechung heißt, letztendlich über den Eintritt ihrer Kinder. Aufnahmebögen für die 5. Klassen lägen bereit. Die Aufnahme werde durch Schulleiter und Klassenlehrer feierlich erfolgen.<sup>1532</sup>

Im Jahre 1934, aus dem die ersten Beispiele für Konflikte zwischen Schule und HJ vorliegen, hatte sich die Hitler-Jugend in Richtung Schule schon ein organisatorisches Fundament geschaffen. Es gab „Schulführer“ und eine „Schuldienststelle“ der HJ im Gebäude der Schulverwaltung, ein erstes Indiz für die „Etatisierung“ und Bürokratisierung einer nach ihrem bisherigen Selbstverständnis revolutionären Jugendorganisation: „In den höheren Schulen ist ein Schulführer der Hitler-Jugend für die gesamten Belange der Hitler-Jugend verantwortlich; für die besonderen Belange des Jungvolks steht ihm ein Schulführer des Jungvolks beratend zur Seite.“<sup>1533</sup> Nachdem die Hitler-Jugend durch das Staatsjugendgesetz vom 1. Dezem-

---

<sup>1531</sup> Kater (2005), S. 41. – Nicht ganz im Einklang damit steht Katers wenig spätere Feststellung (S. 42), Lehrer und Eltern hätten sich darüber beklagt, dass die HJ zur Schule ein gebrochenes Verhältnis habe, und die Denunziationen regimekritischer Lehrer seien häufiger geworden. Auch den Einfluss der HJ auf die Kinderlandverschickung sieht Kater (S. 43–44) – jedenfalls soweit es Hamburg betrifft – zu einseitig, wenn er pauschal behauptet: „Tatsächlich wurden die Lager von den weit jüngeren HJ-Führern geleitet, die auch die ganze Logistik unter sich hatten.“ Hierzu auch – abgeschwächt – die ältere Untersuchung von Nyssen (1979), S. 45.

<sup>1532</sup> StAAH, 362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30–32: 1 Band 6, zum Datum 17.2.1936.

ber 1936 zu einer staatlichen Institution erhoben worden war, gab sich ein Jahr später auch die Schuldienststelle der HJ bei der Schulverwaltung ein staatliches Gesicht. In einer „Dienstanweisung“ wurden Aufgaben und Befugnisse der Dienststellen und der ihnen unterstellten Schulführer festgelegt.<sup>1534</sup> Mit dem Ziel der Erfassung und Betreuung aller HJ-Mitglieder in den Schulen sollte dem Gebietsreferenten der HJ Gelegenheit gegeben werden, in Lehrerversammlungen über diese Dienstanweisung zu sprechen. Die Schulführer hatten die Aufgabe, die „Haltung“ ihrer Mitschüler zu überwachen, „Notstände“ und Unkorrektheiten im Betrieb zu melden, für Disziplin zu sorgen, Konflikte zu bereinigen und bei privaten Schwierigkeiten zu helfen. Sie sollten eng mit der HJ, der DAF und der NSV zusammenarbeiten. Für jede Berufs- und Fachschule wurde ein „Hauptschulführer“ eingesetzt, dem der jeweilige Tagesschulführer unterstellt sein sollte. Er sollte der „Fels“ sein, auf den sich die HJ-Schuldienststelle verlassen konnte.

Angriffsobjekt für den „Schulführer“ des Deutschen Jungvolks der Hindenburg-Oberrealschule, der früheren Realschule Hamm,<sup>1535</sup> war deren Schulleiter, der deutschnational eingestellte Franz Stoppenbrink, Adressat der Denunziation der Leiter der Schuldienststelle der HJ in der Schulverwaltung, Hans Einfeldt,<sup>1536</sup> dem ein detaillierter „Bericht der Zustände an der Hindenburg-Oberrealschule“ vom 13. Juni 1934 auf zweieinhalb Schreibmaschinenseiten zugeht.<sup>1537</sup> Zitiert wurden mit genauer Datumsangabe Passagen aus Ansprachen des Schulleiters, die nach Auffassung des Absenders gegen den Geist der „nationalen Revolution“ gerichtet waren. Bemängelt wurden Stoppenbrinks fehlende Präsenz bei schulischen Feiern

<sup>1533</sup> Rundschreiben des Leiters der Schuldienststelle der HJ in der Schulverwaltung, Hans Einfeldt, vom 30.5.1934 an die Schulleiter von Jungenschulen, mit Anlage: Liste der Schulführer, nach Schulen geordnet (StAHH, 362-3/50 Schule Telemannstraße: 11).

<sup>1534</sup> StAHH, 424-21 Schulamts Altona: Sch II 1 / 37 / 8 c (Reichsberufswettkampf 1934–1938): Erlass einer Dienstanweisung durch den Gebietsreferenten der HJ-Schuldienststelle für Berufs- und Fachschulen, Heinz Scholz, im Dezember 1937.

<sup>1535</sup> Die Realschule Hamm war bereits unmittelbar nach dem Machtwechsel am 9.3.1933 in Hindenburg-Oberrealschule umbenannt worden (StAHH, 361-2 II Oberschulbehörde II [Höheres Schulwesen]: A 16 Nr. 1; HC/HN/HT 16.3.1933). Die Benennung wurde auf einer Helldengedenkfeier (HF/HN 25.3.1933) bekanntgegeben. Mit der neuen Bezeichnung „Oberrealschule“ wurde die Zusage eines Ausbaus zur Vollanstalt bis zum Abitur verbunden.

<sup>1536</sup> Der Lehrer Hans Einfeldt, geb. am 9.5.1903, wohnhaft in der Hummelsbütteler Landstraße 75, war Leiter der Schuldienststelle der HJ in der Schulverwaltung, Dammtorstraße 25; siehe auch Fiege (1970), S. 134.

<sup>1537</sup> StAHH, 361-3 Schulwesen – Personalakten: A 1283 (Personalakte Franz Stoppenbrink).

sowie seine abfälligen Anmerkungen zur Schulpolitik des Nationalsozialismus und zur Hitler-Jugend.<sup>1538</sup> „Dass er das Horst-Wessel-Lied nicht singen ließ“, habe der Schulleiter damit begründet, „daß die nationale Gesinnung nicht davon abhängt, ob man ein Lied singe oder nicht“. Am 19. Mai 1934 habe er seine Kritik an der nationalsozialistischen Schulpolitik dahingehend zusammengefasst, dass er noch nicht wisse, wie sich der Unterricht nach den Sommerferien gestalten werde. Jetzt werde alles von Berlin angeordnet, und die Arbeit, „die wir in der Freien Reichs- und Hansestadt Hamburg geleistet hätten, würde durch irgendwelche Anordnung von Berlin wohl zerstört werden“. Als einen Angriff gegen die HJ wertete der HJ-Schulführer Stoppenbrinks Äußerung gegenüber der Mutter eines Jungzugführers, „wenn sich die Eltern zusammenschlossen, gäbe es überhaupt keine HJ mehr“. Als Zeugen für seine Angaben nannte der Verfasser die ganze – seit der Aufstockung der Schule offensichtlich schon eingerichtete – Unterprima mit Ausnahme eines neu aufgenommenen Schülers, und er fasste seine Vorwürfe so zusammen:

„Überhaupt ist die ganze Haltung der Schule unserem Empfinden nach nicht so, wie sie sein sollte. Aber das kann man ja nur empfinden, wenn man selbst dort täglich ist, und auf das Gefühl hin kann man nichts unternehmen, deshalb habe ich Dir einmal zusammengestellt, was mir besonders aufgefallen ist.“

Der Bericht wurde dem zuständigen Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer vorgelegt und zu den Akten genommen, hatte aber – was bei Oberdörffer naheliegt – keine weiteren negativen Folgen für den Schulleiter.

Ein Oberprimaner der Albrecht-Thaer-Oberrealschule, ein für das Jungvolk verantwortlicher Bannführer („Unterbannführer“) der HJ, erhielt sogar die Gelegenheit, in drei Sitzungen der an der Schule geführten Arbeitsgemeinschaft zur Ausbildung angehender Lehrer an höheren Schulen seine Auffassungen zur nationalsozialistischen Erziehungspolitik darzustellen.<sup>1539</sup>

---

<sup>1538</sup> Anlässlich der Feier zu Hitlers Geburtstag am 20.4.1933 habe Stoppenbrink geäußert, „die geschichtliche Wahrheit erfordere es festzustellen, dass, bevor es eine NSDAP gegeben habe, deutschnationales Blut für Deutschland geflossen sei, und wenn Hindenburg nicht gewesen wäre, hätte Hitler nie an die Macht kommen können“.

<sup>1539</sup> StAHH, 362-2/2 Oberrealschule vor dem Holstentor: Ablieferung 2001, Seminarprotokolle Juli 1934 – März 1937: Ausführungen des Oberprimaners Colling am 7.11., 14.11. und 21.11.1935. In zwei weiteren Sitzungen am 28.11. und 5.12. schloss sich eine Aussprache zum Thema „Hitler-Jugend und Schule“ an.

Die Hitler-Jugend erziehe ihre Angehörigen zum Nationalsozialismus und richte sich somit restlos nach dem Willen des „Führers“. Neben ihr hätten andere Organisationen wie die Sportvereine und die bündische Jugend keinen Platz mehr. Der (auf dreimal wöchentlich angesetzte) HJ-Dienst lasse sich mit den schulischen Verpflichtungen durchaus vereinbaren. Ein Fähnlein- oder Stammführer bedürfe aber nicht der Rücksichtnahme des Lehrers, denn die wirklich guten HJ-Führer seien auch gute Schüler. Der Referent betonte besonders die Wichtigkeit der Fächer Geschichte und Deutsch und die Notwendigkeit guter Lehrer hierfür. Rasse, Vererbung und Mensch sollten im Zentrum des Biologieunterrichts stehen. Mathematik solle anwendungsbezogen unterrichtet werden, dagegen sollten die Sprachen mehr in den Hintergrund treten (eine Sprache sei genug, gute Übersetzungen täten es auch). Wichtig sei dagegen Sport. Der nationalpolitische Unterricht sei nicht Sache der Schule, er bleibe einzig und allein der HJ vorbehalten. „So arbeiten Schule und HJ gemeinsam an der Formung des Charakters eines Jungen.“ In der anschließenden Aussprache wurde jedoch durch anwesende Lehramtskandidaten der Totalitätsanspruch der HJ in Frage gestellt: Totalität sei eine Idee. Weder die Schule noch die HJ könnten total sein. Beide müssten nebeneinander arbeiten und ihre Gebiete gegeneinander abgrenzen. Das Gebiet der Schule sei die Schulung der Intelligenz, darüber hinaus diene sie der Persönlichkeitsbildung („Haltung zu Gott und der Welt“).

Die Lehrerberichte der Oberrealschule Eimsbüttel über ihre Abiturienten zu Ostern 1934 beziehen die HJ schon als eine quasi selbstverständliche Station eines jungen Lebens in ihre Darstellung ein:<sup>1540</sup> Die HJ helfe einem Jungen – Typ des pflichtgetreuen, auf Befehle wartenden Soldaten, bescheiden und verlässlich –, seine Schwierigkeiten zu überwinden, die der Lehrer in einem Hang zu Einsamkeit und Zurückhaltung, zu Schwerfälligkeit im Umgang und im Ausdruck sah. Ein Scharführer der HJ vernachlässigte zeitweilig seine schulischen Pflichten. Der Führer einer Wehrsportgruppe der Schule, Mitglied im Schulorchester, Organisator eines Trommler- und Pfeiferkorps und einer HJ-Gruppe, sei voll selbstloser Hingabe und energisch, früher Mitglied der bündischen Jugend, bevor er zur HJ wechselte. Er betätige sich auch in Parteiversammlungen der NSDAP. Ein Wagner-Begeisteter mit Interesse an historisch-politischen Büchern, nehme er an poli-

---

<sup>1540</sup> StAHH, 362-2/8 Oberrealschule Eimsbüttel: 302 Band 2 (Abitur Ostern 1934).

tischen Schulungsabenden seiner HJ-Gefolgschaft teil. Ein anderer Schüler sei Scharführer der HJ und singe gern.

Noch bezeichnender wirkt das Selbstzeugnis eines Abiturienten im Abituraufsatz zum Thema „Der 30. Januar 1933, ein deutscher Schicksalstag“: Hitler habe keine halben Lösungen gewollt, über 300 Kameraden der HJ, SA und SS seien „nicht deshalb gefallen, damit man auf halbem Wege stehen blieb“. Das Lehrgutachten bescheinigt diesem Schüler „gute Kenntnis der diplomatischen Vorgänge und eine treffende Kennzeichnung der schicksalhaften Bedeutung des Tages“. Die Echtheit der Gesinnung wiege gelegentliche Ungeschicklichkeiten im Stil auf. Im Ganzen wird der Aufsatz mit „gut“ bewertet.

Die von den Abiturienten des Wilhelm-Gymnasiums geschriebenen Bildungsberichte von 1936 sprechen eine ähnliche Sprache:<sup>1541</sup> Die „politische Laufbahn“ eines Abiturienten begann 1930 mit dem Eintritt in die Jugendgruppe „Scharnhorst“ des Stahlhelms. Nach einem Jahr ging er

„zu Hitler. Seitdem ich diesen Mann einmal sprechen hörte, hielt mich nichts mehr. Nicht Überlegung war es, die mich in seine Reihen stellte, sondern lediglich mein Gefühl und meine Begeisterung wiesen mir diesen Weg. Im nationalsozialistischen Schülerbund, der an allen höheren Schulen insgeheim sein Wesen trieb, betätigte ich mich zuerst. Bei den Wahlen klebte ich Zettel und warf treppauf-treppab Flugzettel in die Briefkästen. Mit der Machtübernahme wurde der NSS (Nationalsozialistischer Schülerbund) in die Hitler-Jugend (HJ) eingegliedert, der ich heute als Scharführer mit der Dienststellung eines Kulturstellenleiters im Bannstabe angehöre.“

Als Studienziel gab dieser Schüler Jura an, vielleicht wollte er über die Ordensburg die politische Laufbahn einschlagen. Er war NSDAP-Mitglied.

Ein Mitschüler war vor 1933 der „Deutschen Freischar“ beigetreten, die 1933 in die HJ überführt wurde; so sei 1933 das „schönste Erlebnis meines jungen Lebens“ geworden. Als Teilnehmer des Nürnberger Reichsparteitags sei er durch eine Hitler-Rede zu der Einsicht gelangt, „dass wir als Bündische einen falschen Weg gegangen waren“. 1935 zum Kameradschaftsführer der HJ ernannt, erfolgte 1936 seine Aufnahme in die SS.

---

<sup>1541</sup> StAHH, 362-2/30 Wilhelm-Gymnasium: 552 (Bildungsberichte 1936).

Ein weiterer Berichterstatter orientierte sich an seiner älteren Schwester, die 1930 in die NSDAP eingetreten war, und trat im Mai 1933 der HJ bei. Er habe durch die nationalsozialistischen Versammlungen „die Gewalt und den Glauben, der dieser Idee innewohnt“, erfahren. Auch ihn hatte der Reichsparteitag in Nürnberg tief beeindruckt. 1935 wurde er zusätzlich NSKK-Mitglied.

Über die bisher dargestellten Machtspiele hinaus führten die gegensätzlichen Ansprüche und Loyalitäten von Schule und Hitler-Jugend zu spezifischen Konflikten, in denen die HJ als „Lobbyist“ für versetzungsgefährdete Schüler fungierte. So intervenierte der Fähnleinführer des Fähnleins „Die Nibelungen“, Albert K., zu Ostern 1934 beim Schulleiter der Oberrealschule Eilbek wegen der Nichtversetzung des Schülers Conrad B., geb. 1919, also jetzt 14 Jahre alt und vermutlich in der Jahrgangsstufe 8.<sup>1542</sup> Als Gegengewicht für die nicht erbrachten mündlichen Leistungen müsse der volle Einsatz dieses Schülers als Jungschafftsführer und Adjutant des Fähnleinführers für den „Kampf der Hitler-Jugend“ angerechnet werden. Der Junge sei zuverlässig, gewissenhaft und „für uns unentbehrlich“. Wenn ein Schüler nicht völlig hoffnungslos sei, dann dürfe die Schule ihm wegen seines Hitler-Jugend-Dienstes keine Schwierigkeiten machen, wenn er manchmal seine Arbeiten nicht mit aller Sorgfalt erledigen könne. Der Schulleiter teilte der Schulverwaltung, nachdem er die Entscheidungsgrundlagen selbst noch einmal überprüft hatte, mit, hier handele es sich um einen außerordentlich sympathischen Jungen, der bei den Lehrern sehr beliebt sei. Er sei aber höchstens durchschnittlich begabt und äußerst leistungsschwach. Die Klassenkonferenz bleibe daher bei ihrer Entscheidung „nicht versetzt“. Es ist anzunehmen, dass der zuständige Oberschulrat die Nichtversetzung bestätigt hat.

Der Schulleiter der Klosterschule, Alfred Kleeberg, bedauerte 1935 die Nichtversetzung der Schülerin Ursula M. wegen mangelhafter Leistungen in vier Fächern. Die Schule hatte sie seit langem auf ihren schlechten Leistungsstand aufmerksam gemacht, der dadurch zustande kam, dass sie als Schulführerin und innerhalb des BDM sehr aktiv war und sich nicht genügend um die schulischen Anforderungen kümmerte. Der Schulleiter schlug vor, dass sich die Schülerin losgelöst von allen Bindungen an den BDM

---

<sup>1542</sup> StAHH, 362-2/7 Oberrealschule Eilbek: C 16 Band 2 (Schülerakten Ba–Be 1927–1946).

noch einmal vorbereiten und es ihr ausnahmsweise erlaubt werden sollte, die Obersekunda-Prüfung Ende September 1935 zu wiederholen.<sup>1543</sup>

Ohne Abschluss musste 1938 ein 20-jähriger Schüler der 12. Jahrgangsstufe die Oberrealschule Eilbek verlassen. Er war vor seiner Umschulung nach Hamburg in Reinbek Gefolgschaftsführer der HJ gewesen und hatte durch zahlreiche Besuche in den Elternhäusern in Reinbek und den umliegenden Gemeinden für die nationalsozialistische Jugendorganisation gewonnen. Aus dem Schriftwechsel des Vaters mit der vorher besuchten Schule ergab sich, dass er ein „Opfer der HJ“ geworden war.<sup>1544</sup>

Schon unter den veränderten Bedingungen des Krieges forderte im Oktober 1942 der amtierende Schulbeauftragte der HJ in der Schulverwaltung, Bahrs, das Johanneum auf, den HJ-Schulführer Wilhelm J. aus der 12. Jahrgangsstufe für den „Führerosteinsatz“ freizustellen und ihm diesbezüglich die Reife ohne Prüfung zuzuerkennen – bei ausreichenden Leistungen in allen drei Sprachen, im Übrigen guten Leistungen. Trotz Genehmigung durch das REM wurde jedoch die Sache nicht weiterbetrieben, nachdem der Schulleiter Erwin Zindler festgestellt hatte, dass dieser Schüler „Mischung 4. Grades“ war und daher als Mitglied der Stamm-HJ nicht anerkannt werden konnte.<sup>1545</sup>

Die Interventionspolitik der HJ wurde auch nach Kriegsbeginn fortgesetzt, ja sogar intensiviert: Der Schulbeauftragte der HJ im Gebiet Hamburg, Gefolgschaftsführer Bahrs, der auch in der Schuldienststelle den zum Kriegsdienst eingezogenen Hans Einfeldt vertrat,<sup>1546</sup> forderte am 19. September 1942 die Schulen auf, nicht versetzten bewährten HJ-Führern nachträglich eine versuchsweise Versetzung zu ermöglichen. Gestützt auf ein Gutachten des Oberstammführers Behnke vom Bann 31 (Altona) genehmigte dieses am 7. Oktober 1942 Oberschulrat Hermann Saß für einen Schüler der Schleeschule der 11. Jahrgangsstufe, der im Deutschen mit

---

<sup>1543</sup> StAHH, 361-2 II Oberschulbehörde II (Höhere Schulen): A 31 Nr. 21.

<sup>1544</sup> StAHH, 362-2/7 Oberrealschule Eilbek: C 16 Band 2.

<sup>1545</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1139 (Zuerkennung der Reife ohne Prüfung 1939–1941). Wilhelm J. wurde stattdessen zum Reichsarbeitsdienst einberufen. Nach Mitteilung von Harald Schütz am 24.6.2005 ist er im Krieg gefallen.

<sup>1546</sup> 1942 fungierte Hans Einfeldt als KLV-Inspektor für Ungarn, der sowohl für die HJ als auch für den NSLB zuständig war (StAHH, 361-10 Kinderlandverschickung: 75; Carsten Kressel: Evakuierung und erweiterte Kinderlandverschickung im Vergleich. Das Beispiel der Städte Liverpool und Hamburg, Frankfurt am Main u. a. 1996 [Europäische Hochschulschriften III, 715], S. 126).

„mangelhaft“, in Französisch mit „ungenügend“ beurteilt worden war.<sup>1547</sup> Da eine Rückkehr Einfeldts, die ursprünglich für Dezember 1941 vorgesehen war, einstweilen nicht abgesehen werden konnte, wurde die Schuldienststelle „bis auf weiteres“ geschlossen und wurden ihre Aufgaben von der HJ-Gebietsführung übernommen.<sup>1548</sup>

Grenzüberschreitungen von HJ-Führern stießen auf die Gegenwehr von Schulleitern, die sich nicht scheuten, sich mit der Jugendorganisation anzulegen: So beschwerte sich 1937 der Schulleiter der Gemeindeschule Farmsen und nachmalige Schulrat, Otto Paetel, über die anmaßende Form eines Rundschreibens eines Jungbannführers des HJ-Bannes 188 (Hamburg-Nord) an die Schulleiter dieses Bereichs, in dem er ihnen im Tone eines Vorgesetzten Anweisungen erteilte, wie sie die „Musterung“ der Jungen für das Deutsche Jungvolk und eine diesbezügliche Fragebogenaktion durchzuführen hätten. Der Leiter der Schuldienststelle der HJ, Hans Einfeldt, wirkte jedoch mäßigend auf den HJ-Funktionär ein und machte ihm klar, dass er Rundschreiben nur nach vorheriger Genehmigung durch die Schulverwaltung versenden dürfe.<sup>1549</sup>

Ein derart kulantes Verfahren war nicht mehr möglich, nachdem ab 1941 dem bisherigen Leiter der Gauführerschule der NSDAP, Albert Henze, die Macht über das Hamburger Schulwesen übertragen worden war: Der Schulleiter der OfJ St. Georg, Frederick Nissen, unterlag 1942 in der Auseinandersetzung mit der HJ und wurde „wegen mangelnder nationalsozialistischer Haltung als Leiter“ an die OfM Curschmannstraße strafversetzt.<sup>1550</sup> Ein zwölfjähriger Schüler der 6. Jahrgangsstufe der OfJ Eilbek geriet 1940, also noch vor der „Ära Henze“, im wahrsten Sinne des Wortes zwischen die Stühle. Er sollte die Schule verlassen, weil er an einem Sonnabend ohne Beurlaubung den Unterricht versäumt hatte, um an einer vom Deutschen Jungvolk veranstalteten Geldsammlung mitzuwirken, und das trotz ausdrücklicher vorheriger Belehrung, dass eine Beurlaubung nicht zulässig sei. Die Mutter wendete sich daraufhin an die Schulverwaltung: Ihr Sohn sei einem Befehl des Jungbannführers gefolgt und bereits morgens um

<sup>1547</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 953 (Reifevermerk, Einzelfälle 1932–1944).

<sup>1548</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1535 (Schule und Hitler-Jugend 1936–1944).

<sup>1549</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 485 Band 1 (Beschwerden, Einzelfälle 1937–1948).

<sup>1550</sup> Hierzu siehe Uwe Schmidt (1999), S. 344 (Anm. 260).

6.30 Uhr zum Sammeln angetreten. Der Junge habe von beiden Seiten Befehle bekommen und sei mit seinen noch nicht zwölf Jahren in der Beurteilung überfordert. Die Sache wurde durch ein Telefongespräch zwischen dem zuständigen Oberschulrat und dem Schulleiter offensichtlich so geregelt, dass der Schüler an der Schule verbleiben konnte.<sup>1551</sup>

Der Altonaer HJ-Stammführer Kuhlmann versuchte im Juni 1938, den im August dieses Jahres zum 15. Mal stattfindenden traditionellen Elbelauf der Altonaer Schulen an sich zu reißen und ihn unter die Regie der HJ zu bringen. Alle außerschulische Körperertüchtigung müsse in den Händen der HJ liegen. Die HJ spitzte die Kontroverse zu, indem sie in Frage stellte, ob an dem vorgesehenen Tag dienstfrei gegeben werden könne. Für die Schulverwaltung entschied jedoch Oberschulrat Albert Mansfeld: „Der Elbelauf ist eine schulische Angelegenheit, die wir uns von keiner Seite streitig machen lassen.“<sup>1552</sup>

Der Verzicht auf eine Ausweitung des Staatsjugendtages am 14. Oktober 1935 und seine Abschaffung am 4. Dezember 1936<sup>1553</sup> können schon darum nicht als Niederlage der HJ interpretiert werden, weil die nationalsozialistische Jugendorganisation durch das Reichsgesetz über die Hitler-Jugend vom 1. Dezember 1936 zu einer staatlichen Institution erhoben wurde:<sup>1554</sup> Der Reichsjugendführer der NSDAP war demnach kraft seines Amtes „Jugendführer des Deutschen Reiches“ (§ 3). § 2 nennt als Miterzieher Elternhaus und Schule. Die oberste Instanz der Hitler-Jugend auf regionaler Ebene sah in dieser Aufwertung der HJ zugleich die Erteilung der Kompetenz eines Nebengesetzgebers: So verbot die Gebietsführung der HJ Nordmark am 1. März 1937 die Zugehörigkeit zu Schülervereinen und Schülervereinigungen.<sup>1555</sup> Das Gesetz vom 1. Dezember 1936 ersetzte das bisherige Prinzip freiwilliger Mitgliedschaft in der HJ durch die Jugendverbandspflicht: „Die

---

<sup>1551</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1766 Band 18.

<sup>1552</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 896 (Elbelauf der Altonaer Schulen 1937–1938).

<sup>1553</sup> StAHH, 362-3/21 Schule Wohldorf-Ohlstedt: 9.

<sup>1554</sup> RGBl, 1936, Teil I, Nr. 113; Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz (1983), S. 120. – Das Gesetz wurde durch zwei Durchführungsverordnungen (das ergibt sich auch aus dem Rundschreiben der Schulverwaltung vom 15.6.1939 zum Gesetz über die HJ) ergänzt. Die 2. Durchführungsverordnung gibt in § 1 die Aufteilung in DJ, HJ, JM und BDM an. Die Jahrgangsbegrenzungen waren jeweils 10 bis 14 und 15 bis 18 Jahre. § 2 proklamiert eine „öffentlich-rechtliche Erziehungsgewalt“ nach Maßgabe der durch den Führer erlassenen Bestimmungen. § 7 legt den Ausschluss von Juden aus der HJ fest (RGBl, 1939, Teil I, Nr. 66, S. 710–712; StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: Ablieferung 2001/1).

gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebiets ist in der Hitler-Jugend zusammengefasst“ (§ 1).<sup>1556</sup> Auch „Mischlinge“ waren jugenddienstpflichtig und gehörten – freiwillig oder auf Druck – der Hitler-Jugend an.<sup>1557</sup> Dessen ungeachtet war es *de facto* auch weiterhin möglich, sich einer Mitgliedschaft in der HJ zu entziehen, jedoch scheint von dieser Möglichkeit nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht worden zu sein.<sup>1558</sup>

Die Reichsführung der Hitler-Jugend hatte das Jahr 1936 zum „Jahr des Deutschen Jungvolks“ erklärt und verpflichtete die regionalen HJ-Organisationen, den Geburtsjahrgang 1926 möglichst vollständig zu erfassen, was reichsweit angeblich auch zu 95 Prozent erfolgte.<sup>1559</sup> Zu dieser Zeit waren an 33 Volksschulen des Althamburger Gebietes schon zwischen 50 und über 90 Prozent der Schüler von der HJ und ihren Organisationen erfasst, meist an Schulen der Randgebiete, aber auch an Stadtschulen wie den Schulen Binderstraße 34 (56,47 Prozent), Bismarckstraße 83 (55,3 Prozent), Ritterstraße 46 und Alsterdorfer Straße 39 (je über 50 Prozent). Niedrige Prozentsätze hatten Schulen in Eppendorf, Eimsbüttel und Hamm, auch in Barmbek,<sup>1560</sup> während an der Volksschule im benachbarten Bramfeld mit einer vergleichbaren Sozialstruktur 80 Prozent aller 811 Schülerinnen und

<sup>1555</sup> StAHH, 362-3/40 Schule Turmweg: 109. Das Verbot sollte sich jedoch nicht auf den Zusammenschluss von Schülern zum Zwecke geistiger oder körperlicher Ertüchtigung (Schülerorchester, Schülerruderverien) beziehen.

<sup>1556</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 30, sieht in den Bestimmungen dieses Gesetzes vor allem die rechtliche Festschreibung des seit 1933 erhobenen Totalitätsanspruchs.

<sup>1557</sup> Hierauf weist ausdrücklich Beate Meyer hin (Beate Meyer [1999], S. 256). Vgl. auch Miller-Kipp (2002), S. 38–39.

<sup>1558</sup> Rainer Hoffmann: Schul- und Jugendzeit (2005), S. 38: Interview mit Joachim Duve (geb. 1931).

<sup>1559</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 27.

<sup>1560</sup> Vollständige Auflistung nach Schulformen in: StAHH, 362-6/11 Paulsenstiftsschule: 198. – Ob die weitgehenden Schlüsse, die Gerhard Hoch aus dem sozialen Umfeld der Schulen über die Affinität der Eltern zum Nationalsozialismus zieht, zutreffen, lässt sich mit Sicherheit nicht entscheiden (Gerhard Hoch: HJ-Rangliste 1935. „Die Landesunterrichtsbehörde erwartet tatkräftige Unterstützung der HJ“, in: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz [1985], S. 40–45). Hoch kannte allerdings nur einen Teil der Aufstellung. Die Schulverwaltung kündigte den Schulen am 28.6.1935 die Zuleitung einer Rangliste über die Zugehörigkeit ihrer Schüler zur HJ an (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 635). Die vollständige Liste nach dem Stand vom 1.5.1935 enthält 251 staatliche und nichtstaatliche Volksschulen, 15 Hilfs- und Sonderschulen und 44 staatliche und nichtstaatliche höhere Schulen Hamburgs in den Grenzen bis 1937. Über die generelle Entwicklung der Mitgliederzahlen von 1932 bis 1938 siehe Nyssen (1979), S. 34.

Schüler der HJ angehörten, ein Prozentsatz, der sich bis 1937 auf 100 steigerte.<sup>1561</sup> Die im preußischen Harburg-Wilhelmsburg gelegene Reiherstieg-Schule, eine Volksschule, in der Jungen und Mädchen in getrennten Klassen unterrichtet wurden, meldete, es sei gelungen, 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler für den Eintritt in die HJ zu gewinnen. Dabei war gerade das Reiherstiegviertel bis 1933 eine Hochburg der Arbeiterbewegung gewesen. Als Anerkennung wurde der Schule das „Recht“ verliehen, eine HJ-Fahne zu führen, die im Beisein der örtlichen Parteiführer in einem feierlichen Akt gehisst wurde.<sup>1562</sup> Auch an vielen höheren Schulen überstieg die Mitgliedschaft in der HJ die 90-Prozent-Grenze, so wuchs zum Beispiel an der Oberrealschule im Alstertal die Mitgliedschaft von 60 Prozent im Jahre 1935 auf 97 Prozent im Jahre 1939 an.<sup>1563</sup> An der Altonaer Schleeschule war die 90-Prozent-Grenze (in den Jahrgangsstufen 8 und 9 sogar 100 Prozent) bereits 1935 erreicht.<sup>1564</sup> Ähnlich hoch war der Prozentsatz am Wandsbeker Matthias-Claudius-Gymnasium: 92 bis 100 Prozent.<sup>1565</sup> Die Spitzenposition der Mitgliedschaft im BDM unter den höheren Schulen für Mädchen nahmen die Bergedorfer Luisenschule und die Hansa-Oberrealschule mit etwa 71 Prozent ein, während an der Klosterschule und der Mädchenoberrealschule Lerchenfeld nur etwa 38 Prozent und an der Caspar-Voght-Straße nur etwa 36 Prozent der Schülerinnen dem BDM angehörten. Auffällig ist die Diskrepanz zwischen den beiden von ihrer Genese her pädagogisch „verwandten“ und noch koedukativ betriebenen Schulen, der Lichtwarkschule mit knapp 34 Prozent und der Walddörferschule mit über 70 Prozent.<sup>1566</sup> Zahlen über die Mitgliedschaft in HJ und BDM an Berufsschulen

---

<sup>1561</sup> Schule Bramfelder Dorfplatz 1789–1989. Eine Festschrift zum 200-jährigen Jubiläum, Hamburg 1989, S. 59–60.

<sup>1562</sup> 100 Jahre Schule III – Schule Reiherstieg – Schule Fährstraße 1900–2000. Das Buch zum Jubiläum, Hamburg 2000, S. 18. – Die Verfasser der Festschrift fragen: „Warum schlossen sich so viele Wilhelmsburger Jugendliche der HJ an? War es die Beeinflussung durch Staat und Schule oder wirkten hier Gruppenzwänge? Wir wissen es nicht.“

<sup>1563</sup> Gerber (1950), S. 116.

<sup>1564</sup> BBF, Berlin: Jahresberichte, Band 333, Regal 133 (Schleeschule).

<sup>1565</sup> BBF, Berlin: Jahresberichte, Band 307, Regal 129 (Matthias-Claudius-Gymnasium).

<sup>1566</sup> Alle Zahlen nach StAHH, 362-6/11 Paulsenstiftschule: 198. Da weder das Lehrerkollegium noch die Elternschaft der Walddörferschule überproportional stark dem Nationalsozialismus zuneigte, war der hohe Organisationsgrad, wie ich aus Gesprächen mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern sowie mit Ilse Schulz-Sinogowitz (geb. 1910) entnehmen konnte, wohl vor allem in den für Jugendliche attraktiven Betätigungsangeboten der nationalsozialistischen Jugendorganisation in den stadtfremen Walddörfern begründet.

sind nicht erhoben worden. 1943 war unter den tausenden von Berufsschülern, welche die G VI (Technische Abendlehrgänge) durchliefen, nur ein einziger Schüler, der nicht der HJ angehörte.<sup>1567</sup>

Seit dem Erlass des Reichsgesetzes über die Jugendverbandspflicht häuften sich die Eingriffe der HJ in die Belange der Schule. Die HJ wurde zunehmend zu einem Erziehungsfaktor, der mit der Schule in provokativer Form zu rivalisieren begann. Die Schule sollte unter die Kontrolle der politisch geführten Jugend gebracht werden. Zuspätkommen und früherer Abgang waren an der Osdorfer Volksschule des Junglehrers Hermann Röhrs an der Tagesordnung. Einsprüche wurden zwar noch angehört und kommentiert, hatten aber wenig Erfolg. Das Lehrerkollegium beobachtete diese zunehmende Rivalität mit Sorge. Angesichts der SPD- und KPD-Klientel der Osdorfer Siedlungsbevölkerung, die aus dem Hamburger Gängeviertel hierher umgesiedelt worden war, wurde die Propaganda für NSDAP und HJ offensiv geführt. Es fanden regelmäßig HJ-Umzüge statt, der HJ-Streifendienst trat in Aktion und bezog auch die Osdorfer Hans-Schemm-Schule ein. Folgen des HJ-Einflusses auf die Schüler waren Gegnerschaft und Missachtung gegenüber den Lehrern, die als spießig und rückständig dargestellt wurden. Die Abseitsstehenden wurden als die „Ewiggestrigen“ diskreditiert. Es gab allerdings auch Jugendliche, die sich ihrem Sportlehrer Hermann Röhrs anvertrauten und ihm die Abneigung gegen den Drill der HJ bekundeten.<sup>1568</sup> Die häufig zu vernehmende Formel von der „Selbstverantwortung der Jugend“, kommentiert der Erziehungswissenschaftler Röhrs im Rückblick, entsprach einer alten Parteidoktrin der NSDAP. Die Forderung der Selbsttätigkeit folgte sogar einem reformpädagogischen Ansatz.<sup>1569</sup>

Wer zum Deutschen Jungvolk rekrutiert wurde, trug eine Uniform aus Braunhemd, ockerfarbig wie die Hemden der SA, mit Schulterklappen, Knoten und schwarzem Halstuch und die dazu passende kurze schwarze Cordhose, die von einem breiten, schwarzen Gürtel mit einem Koppelschloss gehalten wurde. Es war beschriftet mit „Blut und Ehre“. Diese Uniform mussten die Eltern kaufen. Weiße Hemden und schwarze Röcke waren die „Kluft“ der Jungmädels. Führer und Führerinnen einer Einheit (Jungenschaft, Mädelschaft und die übergeordneten Einheiten) trugen eine

<sup>1567</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1531.

<sup>1568</sup> Röhrs (1990), S. 75–79.

<sup>1569</sup> Ebd., S. 74, unter Berufung auf Harald Scholtz: Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz, Göttingen 1985, S. 99.

geflochtene Kordel. Sie war bei Jungenschaft und Mädelschaft rot-weiß und wurde um das schwarze Halstuch geschlungen. Bei den höheren Rängen wurde die Kordel zwischen dem Knopfloch des Hemdes und der Schulterklappe befestigt. An der Farbe der Kordel, zum Beispiel beim Jungzugführer grün, und ihrer Dicke konnte man den Rang des Trägers oder der Trägerin erkennen.<sup>1570</sup> Unter der Befehlsgewalt von drei bis vier Jahre älteren Führern übten die Jungen Antreten, Grüßen und Marschieren. Kniebeugen und Liegestütze dienten der sportlichen und vormilitärischen Ertüchtigung. Auf den Dienst-Veranstaltungen in HJ-Heimen oder Schulen wurden Lieder eingeübt, Dienstabzeichen und Dienstgrade auswendig gelernt, wurde politische Schulung betrieben und so in die Geschichte des Nationalsozialismus eingeführt. Die Wehrmachtskennzeichen wurden von den Jungen mit besonderer Begeisterung auswendig gelernt, denn auf den Militärdienst war das Programm der Hitler-Jugend ausgerichtet. Wer gegen die Ordnung verstieß, erhielt „Hordenkeile“, denn „die Gruppe war alles, das Individuum galt nichts“.<sup>1571</sup> Mit „Spießrutenlaufen“ wurden Jungen bestraft, die den Dienst geschwänzt hatten:

„Alle anderen Pimpfe stellten sich in zwei Reihen gegenüber auf, und durch die entstandene Gasse mussten wir gehen und wurden mit straff gelegten Halstüchern mit den Lederknoten darin geschlagen, auch mit Fäusten traktiert, und insgesamt furchtbar vermöbelt.“<sup>1572</sup>

Sportliche Ertüchtigung durch Laufen, Springen und Werfen, Ballspiele, Luftgewehr- oder Kleinkaliberschießen, Geländeübungen mit Tarnübungen und Raufereien nach festen Regeln ergänzten das Programm. „Tot“ war jemand, wenn sein Koppelschloss von einem Angehörigen der gegnerischen HJ-/DJ-Gruppe geöffnet worden war. Die Mehrzahl der Jugendlichen empfand dieses Manipulationsprogramm in den ersten Jahren der Diktatur nicht als bedrückend, da es die Begeisterung junger Menschen für Abenteuer und Kampf geschickt für die Ziele des Regimes instrumentalisierte.

---

<sup>1570</sup> Details über die Uniformierung des Jungvolks und der Jungmädels bei Helmuth Haack: Pestalozzis Kosmos, Frankfurt am Main 2006, S. 59.

<sup>1571</sup> Rainer Hoffmann: Schul- und Jugendzeit (2005), S. 38–41: Interview mit Joachim Duve (geb. 1931).

<sup>1572</sup> Karlheinz Reher: Bericht eines 1927 geborenen Schülers über seine Erlebnisse mit Jungvolk und Hitler-Jugend in Ohlstedt, Wohldorf und Volksdorf (Walddörferschule) von etwa 1940–1943, dem Verfasser mitgeteilt am 28.11.2007.

Noch 1942 fühlten sich Ohlstedter zehnjährige Pimpfe durch die Uniform „irgendwie aufgewertet“ und waren stolz, sie zu tragen.<sup>1573</sup>

Wie sehr die schulische Seite mittlerweile ins Hintertreffen geraten war, belegt ein Rundschreiben des Leiters der Schulverwaltung Karl Witt vom 29. Juni 1937 zum Thema „Schule und Hitler-Jugend“. Witt hatte sich gegenüber der vom Gauleiter protegierten HJ nicht durchsetzen können und hatte immer häufiger Anordnungen umzusetzen, die den Belangen des Bereiches, für den er verantwortlich war, und vermutlich auch seinen persönlichen Auffassungen entgegenstanden, die die Aufgabenerfüllung seines Bereiches störten und sie durch die Programmgestaltung der HJ fremdbestimmten.<sup>1574</sup> Die Beanspruchung der Schüler durch die verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen sei, so stellte der Schulleiter der Oberrealschule Altona, Peter Meyer, in seinem Jahresbericht 1936/37 fest, allmählich so stark geworden, dass stellenweise die planmäßige Durchführung des Unterrichts stark gefährdet gewesen sei, besonders dadurch, dass den Schülern nicht die genügende Zeit und Muße für die Durchführung häuslicher Arbeiten zur Verfügung gestanden habe.<sup>1575</sup> Die Schule hatte den Unterrichtsschluss am Sonnabend um 12.30 Uhr (im Winter 13 Uhr) zu akzeptieren, am Sonnabend durften auch keine Frühstunden angesetzt werden. Die „Dienst-Tage“ der HJ, auf welche die Schule Rücksicht zu nehmen hatte, waren Dienstag für die HJ, Mittwoch und Sonnabend für das DJ, Dienstag und Freitag für den BDM, Dienstag und Sonnabend für die Jungmädels. Lapidar hieß es: „Die Überschneidungen des HJ-Dienstes mit schulischen Veranstaltungen werden geregelt.“<sup>1576</sup>

Am 19. März 1937 wurde das neue Groß-Hamburger Gebiet der HJ (durch Abtrennung vom bisherigen Gebiet Nordmark) unter Führung von Wilhelm Kohlmeyer begründet. Das Stadtgebiet Hamburg in den neuen Grenzen für den BDM wurde unter Führung von Anni Piorreck zum Obergau erklärt.<sup>1577</sup> Nach einem Organigramm der Hamburger HJ vom März 1938 war das Gebiet Groß-Hamburg in jeweils zehn „Banne“ (für die HJ) und „Jungbanne“ (für das DJ) beziehungsweise ebenso viele Untergaue

<sup>1573</sup> Haack (2005), S. 60.

<sup>1574</sup> Witts Unterlegenheit war auch die Folge und das Spiegelbild der Niederlagen, die das REM seit Dezember 1936 hinzunehmen hatte; hierzu: Schneider (2000), S. 380–382.

<sup>1575</sup> BBF, Berlin: Jahresberichte, Band 359, Regal 137 (Oberrealschule Altona).

<sup>1576</sup> StAHH, 362-3/102 Gemeindeschule Volksdorf: Ablieferung 2005/1, 6.

<sup>1577</sup> HT 20.3.1937.

(für den BDM) und Jungmädelerntergaue (für die Jungmädels des BDM) eingeteilt.<sup>1578</sup> Im Anschluss daran erhielt die HJ-Führung neue Dienststrangbezeichnungen, die beim DJ (jeweils mit der Steigerung zum Ober-) vom Hordenführer über den Jungschaftsführer, Jungzugführer, Fähnleinführer und Stammführer bis zum Bannführer reichten und bei der HJ ab 15 Jahre vom Rottenführer über den Kameradschaftsführer, Scharführer, Gefolgschaftsführer, Stammführer, Bannführer, Gebietsführer bis zum Stabsführer. Als das „eigentliche Führerkorps“ der HJ wurden diejenigen angesehen, deren Dienststränge vom Bannführer an aufwärts reichten.<sup>1579</sup>

Im Namen der neuen Gebietsführung erließ der Gebietsreferent der HJ-Schuldienststelle für Berufs- und Fachschulen, Heinz Scholz, im Dezember 1937 eine „Dienstsanweisung“, in der die Aufgaben und Kompetenzen der HJ-Funktionäre bis auf die unterste Ebene der Schulführer und Klassenschulführer beschrieben wurden.<sup>1580</sup> Dazu gehörten die Überwachung der „Haltung“ der Schüler, die Meldung von „Notständen“, die Überwachung der Disziplin, die Schlichtung von Konflikten, für Berufsschüler der Umgang mit Unkorrektheiten im Betrieb, private Schwierigkeiten und die Zusammenarbeit der Schule mit der HJ sowie der HJ mit DAF, NSLB und NSV. Eingebunden in diese Konstruktion wurden auch die von 1934 bis 1938 existierenden Schuljugendwalter,<sup>1581</sup> geeignete Lehrer, möglichst Junglehrer, die vom regionalen Beauftragten für Schulfragen, das hieß in der Regel vom NSLB,<sup>1582</sup> ernannt wurden. Die Schuljugendwalter wurden jedoch am 23. Mai 1938 durch Vertrauenslehrer der HJ ersetzt.<sup>1583</sup> Der Ver-

---

<sup>1578</sup> StAHH, 424-21 Schulamts Altona: Sch II 1 / 37 / 8 d. – Diese Untergliederungen waren: 31 (Altona, Elbvororte, Eidelstedt, Stellingen, Lurup), 76 (Eimsbüttel, Harvestehude, Rotherbaum), 188 (Hamburg Nord), 282 (von Hohenfelde bis Billstedt), 283 (von St. Georg bis Veddel), 417 (Harburg-Wilhelmsburg, Süderelbe), 420 (Wandsbek, Walddörfer, Hamburg Ost), 421 (Barmbek-Uhlenhorst), 422 (Bergedorf und Vierlande) und 424 (St. Pauli, Innenstadt, Finkenwerder, Steinwerder). Dazu kam der Bann 202 (Marine-HJ).

<sup>1579</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 28/82 (Grundsatz- und Führerfragen bei der HJ), zum Datum 1.6.1938.

<sup>1580</sup> StAHH, 424-21 Schulamts Altona: Sch II 1 / 37 / 8c (Reichsberufswettkampf 1934–1938).

<sup>1581</sup> Vgl. Reichserlass über die Schaffung von Schulgemeinden und die Berufung von Jugendwaltern vom 24.10.1934 (Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz [1983], S. 94).

<sup>1582</sup> StAHH, 362-3/40 Schule Turmweg: 109, zum Datum 15.2.1938: Nur die vom NSLB ernannten Schuljugendwalter wurden von der Schulverwaltung anerkannt. Sie hatten nicht das Recht des Eingreifens in innerschulische Vorgänge.

<sup>1583</sup> StAHH, 362-3/20 Fritz-Schumacher-Schule: 4.

trauenslehrer wurde vom Schulleiter auf Vorschlag des zuständigen Bannführers ernannt. Er musste dem NSLB angehören und sollte möglichst aus der HJ hervorgegangen sein.

Der Gebietsreferent verlieh sich selbst das Recht, in Lehrerversammlungen über diese Dienstanweisung zu sprechen. Obwohl er es als seine vorrangige Aufgabe ansah, Verbindungsstelle zwischen HJ (Nagelsweg 12) und Schulverwaltung (Dammtorstraße 25) zu sein, gehört nicht viel Phantasie dazu, angesichts der Konstellation, wie sie sich herausgebildet hatte, sich Konflikte zwischen Schule und HJ auszumalen. Andererseits „warb“ die Hitler-Jugend auch um das Verständnis der Lehrer: Anlässlich der Musterung des Geburtsjahrgangs 1927 für das Deutsche Jungvolk brachte das HJ-Kampfblatt *Nordmark-Jugend* am 15. Januar 1937 einen Aufruf an die Lehrer, in dem es unter anderem heißt:<sup>1584</sup> „Nichts liegt uns ferner, als den Lehrern in irgendeiner Weise das Leben schwer zu machen oder ihnen Rechte zu nehmen. [...] Glaubt an den Ernst unserer Arbeit. Jeder tue seine Pflicht an seinem Platz.“ Der Artikel plädiert für Zusammenarbeit: „Lehrer, helft mit, indem Ihr Verständnis zeigt für unser Wollen! Seid mit die Wegbereiter einer werdenden Jugend!“

In einer 1937 vom Amt für Erzieher der NSDAP herausgegebenen Broschüre über Aufgaben, Aufbau und Geschäftsverkehr des NSLB wird das unübersehbare Konfliktfeld Schule und Hitler-Jugend schöngeredet:<sup>1585</sup>

„Hitler-Jugend und Schule können ihre Aufgaben nicht als Erziehung auf der einen und als Unterricht auf der anderen Seite voneinander scheiden. Sie erfassen beide, jede zu ihrer Zeit, den ganzen Jugendlichen, nur mit verschiedenen Formen und Mitteln volkhafter Bildung. Daher müssen Hitler-Jugend und Erzieherschaft sich aneinander ausrichten und miteinander zusammenarbeiten.“

Das Gemeinschaftsleben der Schule und die Erziehung der Schuljugend seien, so heißt es in einer Art Beschwörungsformel, „so weit wie möglich nach den Lebensformen der Hitler-Jugend zu gestalten“. Feierliche Töne erklangen am 7. April 1937, als sich die Führerinnen und Führer von HJ und BDM aus Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer großen Führertagung in der Hamburger Musikhalle mit Baldur von Schirach versammel-

<sup>1584</sup> *Nordmark-Jugend*, Jg. 4 (1937), Nr. 2, S. 5.

<sup>1585</sup> *Erziehung und Unterricht* (1937), S. 10.

ten. Der Reichsjugendführer rief unter der Losung „Treue, Kameradschaft, Gehorsam“ den Versammelten zu, es sei der Jugend zu verdanken, dass Deutschland heute wieder gläubig geworden sei: „Wir sind eine Gründung der Jugend für den Staat.“<sup>1586</sup> Schirachs Hamburger Auftritt war Auftakt der „Jungvolkwerbung 1937“, den der Reichsjugendführer mit einem Aufruf einleitete:

„Wieder rückt der Tag heran, an dem ein neuer Jahrgang deutscher Jugend in den Dienst des Führers treten soll. Wie alljährlich rufe ich die Jugend auf, zum Geburtstag Adolf Hitlers in die große Gemeinschaft des jungen Deutschland einzurücken und in selbstlosem Dienst am Werk des Führers ihre Pflicht zu tun. [...] Keiner darf abseits stehen, wenn es darum geht, Deutschland stärker und glücklicher zu machen. Es gibt keine größere Ehre als diesem Reich dienen zu dürfen. Deutsche Eltern, deutsche Jugend, erkennt die Bedeutung der Forderung, die an euch gerichtet wird! Alle Jugend dem Führer!“<sup>1587</sup>

Andere, realistischere Töne wurden ein Jahr später angeschlagen: Am 11. Februar 1938 waren die starken Spannungen zwischen HJ und Schule Gegenstand der Diskussion unter den Kreisamtsleitern des NSLB Hamburg. Der stellvertretende Leiter der Abteilung Erziehung und Unterricht im Hamburger NSLB, Wilhelm Arp, gab eine „grundsätzliche Entscheidung“ des Stellvertreters des Führers anlässlich einer Auseinandersetzung zwischen NSLB und Reichsjugendführung bekannt, „dass seitens der Partei für die Erziehungsarbeit innerhalb der Schule der Lehrerbund und für die Erziehung außerhalb der Schule die Hitler-Jugend zuständig sei“. Die Kreisamtsleiter, so heißt es, griffen diese Mitteilung begierig auf und behaupteten, dass sie diese Entscheidung unbedingt schriftlich haben müssten, um bei ihren Hoheitsträgern gegenüber der Hitler-Jugend durchzudringen.<sup>1588</sup>

---

<sup>1586</sup> HAN 8.4.1937.

<sup>1587</sup> Die Jungenschaft. Blätter für Heimabendgestaltung im Deutschen Jungvolk, Nr. 5/1937.

<sup>1588</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1129.



Abb. 12: Schießübungen der HJ (o. J.)

Spätestens fünf Jahre nach der „Machtergreifung“ sind aber auch Brüche in der anfangs so einhellig bekundeten Begeisterung der Jugendlichen für die HJ zu erkennen: Bei den Verpflichtungen im Arbeitsdienst, dem halbjährigen Pflichtdienst unter anderem bei Bauprojekten und im Straßenbau, der seit 1935 für alle Jugendlichen ab 18 Jahren angeordnet wurde, entwickelte sich aus dem Unmut über Drill, Schikanen und die schlechten Bedingungen in den Lagern oft eine deutliche Protesthaltung, aber es gab auch Beispiele für passive Distanz.<sup>1589</sup> Eine Schülerin der Paulsenstiftschule brachte sie am 12. Dezember 1935 in einem Aufsatz über „Die Hitlerjugend und der Bund“ auf den Punkt: In Konkurrenz zu den Jugendbünden sei in den

<sup>1589</sup> Vgl.: <http://www.eglofs.rv.schule-bw.de/m10.htm> (abgerufen am 19.3.2004). So gab es Widerstand aus den Reihen der Arbeiterjugendbewegung, die ihren Hintergrund im Kommunismus hatte und trotz Verbots weiterwirkte. Sozialdemokratische Jugendgruppen bestanden ebenfalls. Zwei ihrer Mitglieder nahmen sogar 1934 an der Arbeiter-Olympiade in Prag teil. Jugendgruppen aus der Wandervogelbewegung, der bündischen Jugend, wehrten sich nach anfänglicher Begeisterung gegen die „Gleichschaltung“, die bis zur Reglementierung des Liedgutes reichte.

1930er Jahren die HJ entstanden. „In der Zeit, da sie noch offen angefeindet wurde, konnte man noch Achtung vor ihr haben. Das kann man jetzt, wo sie nur heimlich, aber stetig bekämpft wird, nicht mehr.“ Die Jugendbünde hätten sich zwar erfolglos gegen ihre Vereinnahmung gewehrt, doch seien jetzt viele Führerstellen in HJ und BDM von früheren Bündischen besetzt, und wenn die Hitler-Jugend an manchen Stellen überhaupt noch weiterkomme, dann sei dieses ein Verdienst der früheren Bündischen. Dort, wo niemand von den früheren Bündischen an der Spitze stehe, sehe es traurig aus: Statt zum angeordneten Zeitpunkt 7 Uhr erscheine die Führerin erst eine Viertelstunde später. Wenn von 20 Jungen oder Mädchen einer Jung- oder Mädelschaft zehn zum Dienst erschienen, müsse das schon als Erfolg angesehen werden. Die dümmsten Menschen würden ebenso wie die klügsten in HJ und BDM aufgenommen. Nur allzu oft treffe man in der Hitler-Jugend auf Menschen, die nur an sich selbst dächten, die nur für sich arbeiteten und nur für ihr eigenes Wohlergehen sorgten. Der Grund für diese Mängel liege wahrscheinlich darin, dass „die ganze Sache“ zu rasch gewachsen und dass nicht genug „Führermaterial“ vorhanden sei. Der Aufsatz wurde aus dem Heft der Schülerin der 9. Jahrgangsstufe als „unzulässig“ entfernt und in die Schulakten aufgenommen. Vermutlich wollten die Klassenlehrerin und die Schulleiterin die Verfasserin vor unliebsamen Reaktionen schützen.<sup>1590</sup>

Mit dem Ziel, auch die möglicherweise organisationsresistenten Jungarbeiter der Berufsschulen zu erfassen, rief die HJ für den 12. Dezember 1937 am Sonntagmorgen um 10 Uhr zu einer Großkundgebung in der Hanseatenhalle auf mit Ansprachen von Gauleiter Karl Kaufmann, HJ-Gebietsführer Wilhelm Kohlmeier und DAF-Gauwalter Rudolf Habedank. Dem gleichen Zweck diene eine auf Initiative der Schuldienststelle der HJ zustande gekommene Zusammenkunft aller Hauptschulführer der Berufs- und Fachschulen in der H 1 am Holzdamm 5.<sup>1591</sup>

Die beiden ungleichen „Partner“ Schulverwaltung (Karl Witt) und HJ-Gebietsführung (Wilhelm Kohlmeier) probten den Schulterschluss und forderten die Hamburger Lehrer auf, „sich nochmals nachdrücklich für die Werbung für die Hitler-Jugend einzusetzen“. „Unberechtigte Einwände“ gegen den Eintritt von Seiten der Eltern sollten zerstreut werden. „Ob-

<sup>1590</sup> StAHH, 362-6/11 Paulsenstiftschule: 198 (Schule und HJ).

<sup>1591</sup> Die Schulverwaltung erhob am 24.3.1938 die Personalien der „Hauptschulführer“ der HJ an den Hamburger Berufs- und Fachschulen (StAHH, 424-21 Schulamt Altona: Sch II 6 / 117 / 1).

gleich der Eintritt in die Hitler-Jugend freiwillig ist, haben die Lehrer jedoch alle Möglichkeiten, die sich irgendwie bieten, aufzugreifen, um die Jungen und Mädels an die HJ heranzuführen.“ Die Zugehörigkeit sei eine „selbstverständliche, ehrenvolle Pflicht“. Wer sich weigere, verbaue sich gewisse Möglichkeiten seiner künftigen Berufslaufbahn. Gründe für einen Nichtbeitritt seien nachzuprüfen und die Betroffenen namentlich mit Adresse festzustellen. Die Schulen hatten bis zum 17. Mai 1938 einen ausführlichen Erfahrungsbericht zu erstatten.<sup>1592</sup> Im Vergleich zu den Jahren 1934 und 1936 wurde 1938 in den Lehrercharakteristiken der Abiturienten des Geburtsjahres 1919 die Zugehörigkeit zur HJ nur noch geradezu routinertartig vermerkt. So heißt es:

„In den folgenden Charakteristiken wird die Zugehörigkeit der Schüler zur HJ oder einem Wehrverband im allgemeinen nicht besonders hervorgehoben. Alle haben sich mit Ernst und Anteilnahme für diesen Dienst eingesetzt, wie es selbstverständlich ist.“<sup>1593</sup>

„Diese Jungen haben mit dieser Betätigung, zum Teil auf meine Einwirkung hin, nur das erfüllt, was der Staat heute von jedem deutschen Jungen fordert und was für sie eine notwendige Vorbedingung ihrer weiteren Laufbahn ist.“<sup>1594</sup>

Hitlers am 4. Dezember 1938 in Reichenberg/Sudetenland über die nationalsozialistische Totalerziehung der Jugend gehaltene Rede markiert in gewisser Weise den Abschluss der Formierung der Hitler-Jugend von einer revolutionären Jugendorganisation zu einer totalitären Staatseinrichtung:<sup>1595</sup>

„Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln. Die Knaben kommen vom Jungvolk in die Hitler-Jugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre, und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei

<sup>1592</sup> StAHH, 424-21 Schulamt Altona: Sch II 1 / 37 / 8 d, zum Datum 28.8.1938, also 20 Monate nach dem Erlass des Jugendverbandsgesetzes.

<sup>1593</sup> StAHH, 362-2/8 Oberrealschule Eimsbüttel: 306 Band 1 (Abitur 1938).

<sup>1594</sup> Ebd.

<sup>1595</sup> Völkischer Beobachter (Berliner Ausgabe) 4.12.1938, zitiert nach: Deutsche Geschichte 1933–1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, hg. von Wolfgang Michalka, Frankfurt am Main 1993, S. 91.

oder in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK usw. Und wenn sie dort [...] noch nicht ganze Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen. Und was dann noch an Klassenbewußtsein oder Ständesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt die Wehrmacht. Und dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS und so weiter. Und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben.“

Da Hitler-Zitate kanonischen Rang hatten, waren sie Teil der feierlichen Überführung der 18-jährigen Hitlerjungen in die übrigen Gliederungen der Bewegung nach Maßgabe der Reichsjugendführung und in enger Zusammenarbeit mit der SS. Zum obligaten Programm der Feier gehörten die Führerworte:

„Der Knabe, er wird eintreten in das Jungvolk, und der Pimpf, er wird kommen zur Hitler-Jugend, und der Junge der Hitler-Jugend, er wird einrücken in die SA, in die SS und die anderen Verbände, und die SA-Männer und die SS-Männer werden eines Tages einrücken zum Arbeitsdienst und von dort zur Armee, und der Soldat der Bewegung wird zurückkehren wieder in die Organisation der Bewegung, [...] und niemals mehr wird unser Volk dann so verkommen, wie es leider einst verkommen war.“

Vor einer Überführung in die SS erfolgte jedoch eine scharfe Auslese.<sup>1596</sup> Der Schüler Gustav A. Schmidt, Bramfelderstraße 74–76, erhielt als 1. Sieger der 10-mal-100-Meter-Staffel auf dem Bannsportfest 1938 im Rahmen der Staffel der SA-Brigade 12 durch HJ-Bannführer K. Asmus (Bann 282, Hamburg Ost) eine „Leistungsurkunde der Hitler-Jugend“ verliehen. Sie enthielt auf der Innenseite die Forderungen Hitlers an die „deutschen Jungen der Zukunft“: „schlank und rank [...], flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl“.<sup>1597</sup>

---

<sup>1596</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 28/82, zum Datum 29.8.1938.

<sup>1597</sup> Ebd., zum Datum 19.6.1938 (Original der Urkunde in der Akte).

Zum Reichsgesetz über die Hitler-Jugend vom 1. Dezember 1936 erließ die Reichsregierung am 25. März 1939 zwei Durchführungsverordnungen,<sup>1598</sup> in denen eine „öffentlich-rechtliche Erziehungsgewalt“ nach Maßgabe der durch den „Führer“ erlassenen Bestimmungen festgeschrieben wurde und die später als Jugenddienstverordnung unter den Bedingungen des Krieges auch die rechtliche Handhabe bot, Jugendliche zu kriegswichtigen Einsätzen heranzuziehen. Hierzu gab der Leiter der Schulverwaltung, Karl Witt, am 15. Juni 1939 durch ein Rundschreiben „Erläuterungen“, aus denen deutlich wird, dass die Schule aus dem jahrelangen Abgrenzungskampf zumindest nicht als Sieger über die HJ hervorgegangen war:<sup>1599</sup> Die Schule, ihre Schulleiter und Lehrer wurden angehalten, ihre außerunterrichtlichen Veranstaltungen (auch die von der Schulverwaltung veranlassenen Konzerte und Theaterbesuche) in den bis 14 Uhr dauernden Schulvormittag einzubauen, um der HJ und dem BDM den Dienstbeginn ab 16 Uhr zu ermöglichen. Für „Sonderaufgaben“, die sich nicht bis 14 Uhr erledigen ließen (dazu zählten Wandertage, Studienreisen, Aufenthalte in Schullandheimen), standen der Schule jährlich insgesamt zwölf Schultage zu. HJ und BDM konnten „wie bisher“ Schüler und Schülerinnen für die Teilnahme an Schulungslehrgängen, Reichsparteitagen, Adolf-Hitler-Märschen und Ähnlichem beurlauben lassen. Allerdings sollte dabei berücksichtigt werden, ob schulische Leistungsforderungen und die Leistungsfähigkeit des Schülers solche Unterrichtsbefreiungen als „tragbar“ erscheinen ließen; außerdem sollte das letzte Schulvierteljahr (Weihnachten bis Ostern) von derartigen Unternehmungen möglichst ausgespart werden. Die Schulleiter hatten künftig über Beurlaubungsanträge der HJ und des BDM zu entscheiden, jedoch war „in Zweifelsfällen“ die Schuldienststelle der HJ in der Schulverwaltung<sup>1600</sup> einzuschalten. Eine Bewertung aus heutiger Sicht hat der Einschätzung, die kurz nach dem Krieg der Chronist der Oberschule im Alstertal vornahm, wenig hinzuzufügen:

„Das Ansehen der Schule und ihrer Lehrer in der Öffentlichkeit wie bei den Schülern ist ohne Zweifel von der HJ-Führung nicht geför-

<sup>1598</sup> Reichsgesetz vom 1.12.1936, in: RGBl, 1936, Teil I, Nr. 113; Durchführungsverordnungen vom 25.3.1939 in: RGBl, 1939, Teil I, Nr. 66, S. 710–712.

<sup>1599</sup> StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: Ablieferung 2001/1.

<sup>1600</sup> Sie entstand nach wie vor dem inzwischen zum Oberstammführer beförderten Lehrer Hans Einfeldt.

dert worden. Die Hitler-Jugend war daher kein Erziehungspartner, mit dem die Schule vertrauensvoll hätte zusammenarbeiten können.<sup>1601</sup>

Ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn schaltete sich das REM in den schon abgeschlossenen Vorgang ein: Die Hamburger Regelung, dass nach 14 Uhr kein Schüler und keine Schülerin für Schulangelegenheiten beansprucht werden durfte, widerspreche der zwischen Erziehungsministerium und Reichsjugendführung getroffenen Vereinbarung.<sup>1602</sup> Nach wie vor bezweifelten die Schulleiter die Kompetenzen des von der HJ gestellten Schulführers und die vom Leiter der Schuldienststelle der HJ, Hans Einfeldt, formulierte Beschreibung seiner Aufgaben: Für die Ordnung in der Schule solle, entgegneten sie, wie bisher nur der Schulleiter zuständig und verantwortlich sein, der Schulführer könne nur als Berater fungieren.<sup>1603</sup> Andererseits traten Einfeldt und der Reichsstatthalter als „Verbündete“ auf, wenn es darum ging, Kompetenzansprüche des REM abzuwehren, die sie als Kompetenzanmaßungen empfanden.<sup>1604</sup> Nicht durchsetzen konnte sich die Schulverwaltung bei der Auswahl und Verteilung der HJ-Führer und BDM-Führerinnen zum Einsatz in der 1940 einsetzenden KLV. Sie erfolgte ausschließlich durch die Gebietsführung der HJ.<sup>1605</sup>

Wie konfliktträchtig die Beziehung zwischen Schule und Hitler-Jugend nach wie vor war, wird aus einem weiteren Abkommen „Schule und Hitler-Jugend“ zwischen Reichsjugendführer Arthur Axmann<sup>1606</sup> und Reichserziehungsminister Bernhard Rust vom 31. Januar 1941 deutlich:<sup>1607</sup> In einer Abgrenzung der Beanspruchungszeiten sollte der Vormittag jetzt nur noch

---

<sup>1601</sup> Gerber (1950), S. 120.

<sup>1602</sup> StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4031-21.

<sup>1603</sup> StAHH, 362-2/36 Gymnasium Klosterschule: 260, zum Datum 13.6.1940.

<sup>1604</sup> Das REM hatte ein Formblatt entworfen, nach welchem die Beurlaubung von Berufsschülern und Jungarbeitern für Lehrgänge und Lager ohne vorherige Genehmigung durch die zuständige Berufsschule möglich erschien (StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4002-12, zum Datum 17.6.1940).

<sup>1605</sup> StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: Ablieferung 2001/1, zum Datum 11.11.1940.

<sup>1606</sup> Der damals 27-jährige bisherige Leiter des Sozialen Amtes der Reichsjugendführung war am 1.9.1940 zum Nachfolger Baldur von Schirachs (jetzt Gauleiter von Wien) ernannt worden. Er hatte unter anderem den Reichsberufswettkampf organisiert (Klönne: Jugend im Dritten Reich [1990], S. 38–39).

<sup>1607</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1530 (Schule und Hitler-Jugend 1941–1944).

bis 13.30 Uhr der Schule zur Verfügung stehen und sollten die Nachmittage „grundsätzlich“ der HJ und dem Elternhaus vorbehalten sein. Am Sonnabend und einem weiteren Nachmittag waren Hausaufgaben untersagt, Schüler waren für Lehrgänge der HJ zu beurlauben, „soweit nicht Leistungsbedenken bestehen“. Von diesen Regelungen waren die Berufsschulen jedoch ausgenommen: Sie sollten „wegen der vordringlichen Bedeutung für die fachliche Berufserziehung durch den Dienst in der HJ nach Möglichkeit nicht beeinträchtigt werden“, und eine Beurlaubung für die HJ sollte nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. Für Hamburg wurden am 28. Mai 1941 unter Federführung von Oberschulrat Albert Henze folgende Ausführungsregelungen getroffen:<sup>1608</sup> Den hausaufgabenfreien Nachmittag sollte jede Schule „nach eigenem Ermessen im Einvernehmen zwischen dem Schulleiter und dem zuständigen Bannführer oder der Untergau-Führerin“ festlegen. Über die Beurlaubung von Jugendlichen der 12. Jahrgangsstufe mit unzureichendem Leistungsstand hatte die Schuldienststelle der HJ nach Vorschlag (!) der Schulleitung zu entscheiden, in Berufsschulen nach Einverständnis (!) des Betriebsführers. Der Pimpf mit den besten Führeigenschaften war als Klassenführer, der bewährteste HJ-Führer der Schule als Schulführer einzusetzen. Er war dem Schulleiter für die Haltung und Disziplin der Jugend der Schule verantwortlich. Seinen Anordnungen hatten alle Organisierten und Nichtorganisierten zu folgen. Unter seiner Leitung sollten geeignete HJ-Führer vom Schulleiter zum Ordnungsdienst in der Schule herangezogen werden. Die HJ hatte das Recht, bei allen Prüfungs- und Ausleseverfahren beratend mitzuwirken. Die Schulen hatten in allen die HJ betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig die Schuldienststelle der HJ einzuschalten.

Dadurch, dass der Parteimann Albert Henze, der vor seiner Berufung in die Schulverwaltung – abgesehen von der Zeit seiner Ausbildung – noch nie an einer staatlichen Schule unterrichtet hatte, *de facto* die Leitung des Hamburger Schulwesens übernommen hatte, war die Position der Schule gegenüber der HJ keineswegs stärker geworden. Henze leitete am 22. September 1942 persönlich einen Appell der Schulführer der HJ, die in Uniform zu erscheinen hatten. Er sprach 1943 großzügige Beurlaubungen vom

<sup>1608</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 950 (Durchführung der Reifeprüfung 1939–1944). Henze wies am 11.5.1941 auch die privaten Vorbereitungsanstalten an, ihren Unterrichtsbetrieb auf das Abkommen zwischen HJ und REM einzustellen. Trotzdem hielten sich die Institute Brechtefeld und Jessel nicht daran (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1530).

Unterricht aus für Schüler, die an Straßensammlungen teilnahmen oder als Lagerführer in Lagern der HJ eingesetzt wurden. Er sah auch keine Hindernisse, der HJ schulische Räume und Geräte zur Durchführung der Leistungswochen zur Verfügung zu stellen.<sup>1609</sup>

Außer den Sammlungen von Geld und Altmaterial wurden die Jugendlichen über HJ und BDM zu zahlreichen Kriegshilfsdiensten herangezogen.<sup>1610</sup> Zum Zwecke späteren Fronteinsatzes wurden zugleich in Kooperation mit der Wehrmacht die vormilitärische Ausbildung der Jungen und die Luftschutzausbildung bei Jungen und Mädchen intensiviert: „Jeder Hitlerjunge soll 1. schießen können, 2. geländegängig sein.“<sup>1611</sup> Nach Kriegsbeginn waren die Heimabende der HJ, als deren zentrale Vorgaben die funktionäre vormilitärische Ausbildung, Körpererächtigung, militärische Indoktrination und Vermittlung der nationalsozialistischen Ideologie bestimmt hatten, immer stärker durch das Kriegsgeschehen geprägt.<sup>1612</sup> Es gab Vorträge über das „Deutschtum im Osten“ und die „Schaffung neuen Lebensraumes“, ab Mai 1942 dreiwöchige Kurse in „Wehrerächtigungslagern“ der HJ. Zunächst verfolgten die Jugendlichen (wie auch viele Erwachsene) begeistert das Vordringen der Wehrmacht auf dem Balkan, in Nordafrika und schließlich in Russland sowie die Erfolge im Seekrieg um England. Begeisterung und Zwang wurden durch ein drittes Element zu einer „Trias der Instrumentalisierung der Jugend“ für den Nationalsozialismus: Ein besonders aktiver Einsatz für die HJ verhalf auch zu Privilegien. So wurde der Schulführer der HJ am Wilhelm-Gymnasium, Hans S., 1940/41 für drei Monate als Teilnehmer einer Gruppenreise nach Japan ausgewählt (mit Besuch des buddhistischen Klosters Ehei) und später beurlaubt für eine HJ-Ausstellung in Oslo und für die HJ-Wettkämpfe in Garmisch.<sup>1613</sup>

Zweifellos ging die zeitliche außerschulische Beanspruchung der Jugendlichen durch diese Vielzahl von Aktivitäten zu Lasten der Schulen, die aber auch im Innenbereich die Ansprüche der HJ erfuhren. Von dem durch Henze umrissenen Ziel der Kompetenzenverteilung zwischen HJ und Schule

---

<sup>1609</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1531.

<sup>1610</sup> Aufzählung bei Böge/Deide-Lüchow (1992), S. 45–46.

<sup>1611</sup> Ebd., S. 45; siehe auch die ebd. auf S. 146 (Anm. 68) genannte Literatur.

<sup>1612</sup> Auszug aus *Führerdienst. Hitler-Jugend, Gebiet Hamburg*, Folge 20 vom 27.4.1941, in: Böge/Lüchow, S. 44.

<sup>1613</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1766 Band 42 (Jahresberichte der Oberschulen 1938/1939 und 1940/1941), Jahresbericht des Wilhelm-Gymnasiums 1940/1941.

sei man noch weit entfernt, gab der Schulleiter der Bergedorfer Hansa-Schule, Otto Thode, zu bedenken, die Beauftragung eines Schülers mit den von der Schulverwaltung genannten disziplinarischen Aufgaben sei unverantwortlich, weil ein Schüler das gar nicht leisten könne. Die Schüler seien immer zu Erziehende, auch die Primaner.<sup>1614</sup> Henze, dem diese Stellungnahme am 24. Juni 1941 vorgelegt wurde, ließ durch rote Randglossen erkennen, dass sein diesbezügliches Rundschreiben undurchdacht war: „Verantwortlich bleibt selbstverständlich stets der Schulleiter“, aber er müsse die Ansprüche der HJ berücksichtigen. Gegen Übergriffe der HJ würden die Schuldienststelle und die Gebietsführung „energisch einschreiten“. An die Beteiligung des Schulführers bei allen Strafen sei gar nicht gedacht worden.

Noch ein weiteres Mal wurde durch eine Verfügung Henzes – für die Jungenschulen am 27. Juni 1942, für die Mädchenschulen am 19. Juni 1943 – die Stellung der HJ gestärkt: Die Schulen hatten bei der Beurteilung von Schülern im Hinblick auf Versetzungen und Prüfungen die Dienstleistungszeugnisse der HJ zu berücksichtigen.<sup>1615</sup> Jeweils zum 1. Dezember und 1. Juni eines Jahres wurden derartige Dienstleistungszeugnisse der HJ erteilt, die als Grundlage für regelmäßig stattfindende Besprechungen der Schulleiter mit den Bannführern über den außerschulischen Einsatz der Schüler dienten. In einem der Schule vom zuständigen HJ-Bann zugeleiteten Fragebogen wurden 14 Punkte abgefragt, die teils von der HJ, teils von der Schule und teils vom Schüler selbst beantwortet wurden und dann an die HJ zurückgeschickt werden mussten, wo sie die Grundlage für den Beurteilungsbogen darstellten.<sup>1616</sup> Die Fragen betrafen die charakterliche Beurteilung, Teilnahme an Lehrgängen, besonderen Einsatz im Kriegsdienst (zum Beispiel in der KLV), politische Zuverlässigkeit sowie eine Gesamtbeurteilung im Hinblick auf die Entwicklungsmöglichkeit. Die zuständige HJ-Stelle wollte von der Schule wissen, welcher Schultyp (Oberschule, Mittelschule, Oberbau, Fachschule, Hochschule, Universität) befürwortet oder nicht befürwortet wurde, ob eine Aufnahme in eine Adolf-Hitler-Schule oder in die Lehrerbildungsanstalt in Frage kam und ob der Eintritt in die Beamtenlaufbahn beziehungsweise in die Wehrmacht als Berufssoldat

---

<sup>1614</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1530, zum Datum 18.6.1941.

<sup>1615</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1530.

<sup>1616</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1535, Vereinbarung zwischen Schulverwaltung und HJ-Gebietsführung, mitgeteilt am 16.11.1942.

empfohlen wurde.<sup>1617</sup> Neun Monate später – Henze war inzwischen aus der Schulverwaltung ausgeschieden – ging das Pendel wieder ein wenig in Richtung Schulverwaltung zurück. Die Beurteilungen über den HJ-Dienst und damit über den Grad des Einsatzes für die HJ, so lautete eine erneute „Absprache“ zwischen Schulverwaltung und HJ über die „weitere“ Zusammenarbeit vom 25. April 1944, waren von den Schulen in der Gesamtbeurteilung zu berücksichtigen. Die Bannführung hatte Gelegenheit zur Stellungnahme bei bedenklichen „Fällen“ und bei Schulverweisungen, doch sollte die letzte Entscheidung nach Beteiligung der Gebietsführung bei der Schulverwaltung liegen. Diese Abmilderung war offensichtlich auf die Einwirkung des neuen amtierenden Leiters der Schulverwaltung, Ernst Schrewe, zurückzuführen.<sup>1618</sup>

Seit Ende der 1930er Jahre wurden die Zehnjährigen über die Schule durch Erfassungsbögen zur Mitgliedschaft im Deutschen Jungvolk beziehungsweise bei den Jungmädern registriert.<sup>1619</sup> Die Rekrutierung der Schüler für Jungvolk und Jungmädern (durch die Schule) und ihre spätere Überleitung in HJ und BDM wurden fast routinemäßig als etwas Selbstverständliches, Unvermeidbares angesehen. Vertreter der HJ nahmen an Schulentlassungsfeiern teil,<sup>1620</sup> und der Nachweis der Zugehörigkeit zur HJ genügte im

---

<sup>1617</sup> StAHH, 362-2/16 Oberrealschule Eppendorf: 66 (Schülerbewertungen 1936–1944). – Henze muss als ein ausgesprochener Förderer dieses Beurteilungswesens angesehen werden: Er gab den Kreisleitern der NSDAP entsprechende Hinweise. Zwischen ihm und der HJ-Gebietsführung bestand in dieser Frage reger Kontakt (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1531).

<sup>1618</sup> Dieser hatte auch Einwände des REM vom 11.7.1944 zu berücksichtigen: Durch ein Übermaß an Zugeständnissen gegenüber der HJ werde die Selbstständigkeit der Schule bei der Zeugniserteilung zu sehr eingeschränkt (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1530). Eindeutliche Beispiele für die Instrumentalisierung der HJ zum Zwecke schulischer Vorteile gab die OfJ Barmbek der Schulverwaltung am 20.6.1944: Rolf E. wurde im Juli 1943 an der OfJ im Alstertal nicht versetzt, weil er in drei Hauptfächern „mangelhaft“ stand; er war seit 1940 immer nur mit Bedenken versetzt worden und galt als ein ausgesprochener Drückeberger in Schuldingen. Trotzdem beantragte die HJ die nachträgliche Versetzung. Am 9.6.1944 meldete er sich nach Absolvierung des Reichsarbeitsdienstes bei der OfJ Barmbek und wollte dort aufgenommen werden, wurde jedoch abgewiesen. Günther H., Schüler an der OfJ Barmbek, wurde im Juli 1943 nicht versetzt wegen mangelhafter Leistungen in Deutsch und Latein. Die Schule gab aber kurz vor der Versetzung ihre Zustimmung zur Entsendung als Lagermannschaftsführer, was der Vater ausnutzte, um mit Unterstützung durch die HJ Einspruch gegen die Nichtversetzung zu erheben.

<sup>1619</sup> StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: 3 (Zusammenarbeit zwischen Schule und NSDAP/HJ, NSV 1939–1944), Erfassung des Geburtsjahrgangs 1929.

<sup>1620</sup> StAHH, 362-9/13 Gesamtschule Alter Teichweg: Ablieferung 2004, Schulgeschichte Graudenzer Weg, zum Datum 11.3.1939.

Allgemeinen bei der Neubewerbung für eine Beamtenstelle,<sup>1621</sup> bei der die Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen nachzuweisen war. Die Jugendlichen der Jahre 1936 bis 1945 hatten keine eigenen Erinnerungen mehr an die Weimarer Zeit. Für viele war die HJ selbstverständlich und ohne Alternative, bot auch den Rahmen für Alltagserfahrungen, Kontakte und Freizeitleben, und sie verschaffte den Jugendlichen gegenüber Elternhaus und Schule „gegenautoritäre Fluchträume“.<sup>1622</sup> Je mehr aber die nationalsozialistische Jugendorganisation Zwangscharakter annahm, desto mehr ging auch die anfängliche überschwängliche Begeisterung der Jugendlichen zurück. Die Zustimmung zu den Zielen und Aktionen der Hitler-Jugend war nun nicht mehr einhellig. Damit nicht genug: Vom Beginn des Krieges an versuchten Jugendliche sich in zunehmendem Maße der durch das HJ-Gesetz vom 1. Dezember 1936 festgeschriebenen Jugenddienstpflicht, ihrer „Erfassung“, dem Befehlsgehabe der Führer, dem militärischen Drill und den HJ-Streifen zu entziehen. Das Wort „zünftig“ wurde zum Gegenbegriff von „zackig“. Eine Überstellung vom Jungvolk zur HJ fand, bedingt auch durch die unübersichtlich gewordenen Organisationsverhältnisse im Gefolge der KLV, nicht mehr regelmäßig statt.<sup>1623</sup> Die abnehmende Sogkraft der HJ war auch darin begründet, dass die im Sinne des Regimes fähigsten HJ-Führer fast alle zur Wehrmacht eingezogen waren. Es war daher nicht mehr immer möglich, den Dienst in den Einheiten „eingermaßen sachgemäß aufrechtzuerhalten“.<sup>1624</sup>

Offensichtlich war die „Schwundquote“ gegen Ende der HJ-Pflichtzeit besonders eklatant. So wies die vom 8. bis 13. Juli 1940 vorgenommene Er-

<sup>1621</sup> RGBl, 1939, Teil I, S. 371–376; Lohalm (2001), S. 53 und 91 (Anm. 184).

<sup>1622</sup> Peukert (1997), S. 178.

<sup>1623</sup> So wurde im September 1941 der 14 Jahre alte Karlheinz Reher, der sich noch bis März 1942 in einem KLV-Lager befand, nicht aus dem Jungvolk in die HJ überführt, und nach seiner Rückkehr aus dem KLV-Lager geschah ebenfalls nichts (Karlheinz Reher: Bericht eines 1927 geborenen Schülers über seine Erlebnisse mit Jungvolk und Hitler-Jugend in Ohlstedt, Wohldorf und Volksdorf [Walddörferschule] von etwa 1940–1943).

<sup>1624</sup> StAHH, 351-10 I Sozialbehörde I: VT 38.10 (Jugendschutz im Kriege). – In der konstituierenden Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft für den Jugendschutz im Kriege“ am 7.3.1940 unter Vorsitz von Reichsstatthalter Karl Kaufmann beleuchtete der Leiter der Sozialverwaltung, Oskar Martini, die Situation der HJ ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn. Vgl. auch Rainer Pohl: „Das gesunde Volksempfinden ist gegen Dad und Jo“. Zur Verfolgung der Hamburger ‚Swing-Jugend‘ im Zweiten Weltkrieg, in: Verachtet – verfolgt – vernichtet. Zu den ‚vergessenen‘ Opfern des NS-Regimes, hg. von der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e. V., 2. Aufl., Hamburg 1988, S. 14–45, hier S. 29–30.

fassung (Musterung) der 17-Jährigen für die auf den HJ-Dienst folgenden Rekrutierungen und Dienstverpflichtungen eine Fehlerquote bis zu 30 Prozent auf, die angeblich durch Mängel der zugrunde liegenden von der Polizei verwalteten Volkskartei verursacht worden war. Wer sich der Nacherfassung durch HJ-Gefolgschaftsführer und HJ-Streifendienst verweigerte, sollte dem Jugendgericht vorgestellt werden, dieses jedoch nur bei Vorliegen der erforderlichen Beweismittel, weil sonst „das Ansehen der Hitler-Jugend in der Öffentlichkeit u. U. erheblich geschädigt“ werde. Zur polizeilichen Hilfe während der Erfassungsaktion (!) wurde vor den im Gestellungsauftrag genannten HJ-Heimen die Postierung je eines Polizeibeamten für erforderlich gehalten. Er sollte hinzugezogen werden, wenn während der Erfassung „polizeiliche Maßnahmen erforderlich sind“.<sup>1625</sup>

Besonders unbeliebt, gefürchtet und verhasst wurde der gemeinsam von der HJ und der Polizei gebildete HJ-Streifendienst,<sup>1626</sup> eine bereits seit 1934 existierende und seit 1938 eng mit der SS kooperierende Sonderformation zur Überwachung von Ordnung und Disziplin der Jugendlichen. Im Sommer 1937 hatte die Reichsjugendführung eine Aufgabenbeschreibung für diese Formation erlassen: Der HJ-Streifendienst, erkennbar an Armbinden mit der Aufschrift „HJ-Streifendienst“, solle „außerhalb des Elternhauses“ Jugendliche vor Schaden und Gefahr schützen. Zu seinen Kompetenzen gehörten die Überwachung des äußeren Auftretens von Angehörigen der HJ und des BDM, Ordnungsdienst, Heimkontrollen, Unterbindung verbotenen Aufenthalts Jugendlicher in Lokalen und Einschreiten gegen jede Art von Unfug.<sup>1627</sup> Nun wurde der HJ-Streifendienst mobilisiert, um die „Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend“ vom 9. März 1940<sup>1628</sup> „mit Nach-

<sup>1625</sup> StAHH, 354-5 II: 210-07.56 (Erfassung des Jahrgangs 1923).

<sup>1626</sup> Generell zum HJ-Streifendienst und seiner immer engeren Anbindung an die SS: Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 47.

<sup>1627</sup> HT 25.7.1937: „Warum Streifendienst der HJ?“

<sup>1628</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1541 (Jugendgefährdung und Jugendbetreuung 1941–1944), Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend, erlassen durch Reichsinnenminister Heinrich Himmler am 9.3.1940. Ein Rundschreiben der Reichsführung SS vom 18.3.1940 mit der Bekanntgabe an alle Polizeibehörden gab nähere Ausführungsanweisungen und anwendungsbezogene Kommentare (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1545). Durch Kriegsdienst der Väter, Einschränkungen im Schulbetrieb und bei der HJ sowie die nächtliche Verdunkelung habe sich das Gefahrenpotential für die Jugend verstärkt. Zu seiner Bekämpfung seien Elternhaus, Schule, HJ und Polizei gleichermaßen herausgefordert und verpflichtet. Jugendliche unter 18 Jahren müssten daher nachts von öffentlichen Plätzen und aus öffentlichen Lokalen, vor allem aber von öffentlichen Tanzlustbarkeiten ferngehalten werden.

druck in Schule und HJ“ bekanntzumachen und sie in die Alltagspraxis umzusetzen. Der HJ-Streifendienst hatte aber Schwierigkeiten, sich Respekt zu verschaffen, wenn die Ausführenden zu jung waren, um ihrer vom Regime vorgesehenen Aufgabe einer „frühzeitigen Erfassung von Gefährdungsfällen“ gewachsen zu sein. In diesem Kontext verlangte die NSV eine schärfere Überwachung der Lichtspieltheater,<sup>1629</sup> dabei behaupteten die Akteure, ihre Aktionen seien „nicht gegen einen gesunden natürlichen Unternehmungs- und Erlebnisdrang der Jugendlichen“ gerichtet, und appellierten zugleich an die Jugendlichen, „sich, den Zeitverhältnissen angepasst, einer straffen Ordnung zu fügen“.

Zur Durchsetzung der Polizeiverordnung wurde wenig später der „Jugendarrest“ eingeführt, der für maximal vier Wochen oder als viermaliger „Wochenendkarzer“ verhängt werden konnte. Schnellverfahren vor dem Jugendgericht oder Strafverfügungen der Polizei sollten die Einhaltung der Jugenddienstpflicht und eine entsprechende Arbeitsdisziplin erzwingen, und die Zwangsmaßnahmen waren mit harter körperlicher Arbeit verbunden.<sup>1630</sup> In der Ära des „totalen Krieges“ 1944 führte der HJ-Streifendienst vier- bis fünfmal wöchentlich zusammen mit der Kriminalpolizei seine Kontrollgänge durch, um auf diese Weise die Jugendgefährdung zu überwachen. Im sechsten Kriegsjahr wurden dazu nur noch wehrmachtserfahrene ehemalige HJ-Führer herangezogen, deren Tätigkeit wöchentlich zu 70 bis 90 „Feststellungen“ führte.<sup>1631</sup> Der Streifendienst „erwischte“ bei seinen abendlichen Kontrollgängen Jugendliche beim Rauchen, beim Zusammensein von Jungen und Mädchen, in Kinos und Gaststätten und vor allem bei Tanzveranstaltungen. Vielfach waren die Angesprochenen nicht bereit, den jungen Kontrolleuren mit Respekt zu begegnen. So kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.<sup>1632</sup> Vielfach überlagerten sich jedoch Anpassung und Verweigerung, Konsens und Opposition.<sup>1633</sup> Der Hordenführer

<sup>1629</sup> Auf der zweiten Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft für den Jugendschutz im Kriege“ am 4.4.1940 (StAHH, 351-10 I Sozialbehörde I: VT. 38.10).

<sup>1630</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 234–236: Verordnungen des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 4.10. und 28.11.1940.

<sup>1631</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 2445 (Arbeitskreis „Jugend und Beruf“ 1944), Arbeitsbericht der NSDAP-Gauarbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung vom 15.12.1944.

<sup>1632</sup> Böge/Deide-Lüchow (1992), S. 71–76.

<sup>1633</sup> Daher sind quantitative Angaben schwer möglich. Quellen hierzu sind die Lageberichte der NS-Dienststellen und der Gestapo über „Meckerei“, „Aufsässigkeit“ und Unzufriedenheit; vgl. Peukert (1997), S. 184–186.

des Deutschen Jungvolks wurde bei Hausbesuchen seiner Pimpfe im „roten“ Barmbek oft mit Ablehnung und Beschimpfungen empfangen.<sup>1634</sup> Ohne dass man von einer politisch bewussten Widerstandsbewegung sprechen könnte, wuchs im sozial ähnlich zusammengesetzten Eimsbüttel die Zahl der Jugendlichen, die sich den Verpflichtungen von HJ und BDM zu entziehen suchten, einfach schon darum, weil sie dem jugendlichen Lebensgefühl und dem Wunsch eigener Lebensgestaltung widersprachen. Die Übergänge zwischen Überzeugten und Begeisterten auf der einen Seite und „Oppositionellen“ auf der anderen Seite waren durchaus fließend.<sup>1635</sup> Ähnlich wie bei der Beurteilung der KLV entzieht sich eine zusammenfassende Bewertung des Erfolgs oder Misserfolgs nationalsozialistischer Einwirkung auf die Jugend quantitativ und qualitativ der Eindeutigkeit.<sup>1636</sup>

Nach der Einberufung der bisherigen HJ-Verpflichteten zum Luftwaffenhelferdienst kühlte sich das Verhältnis der Jugendlichen zur HJ schlagartig ab. Niemand wollte mehr etwas mit diesem jetzt häufig als „Kindergarten“ bezeichneten „Verein“ zu tun haben, die Luftwaffenhelfer wollten als Soldaten angesehen werden, denn die Wehrmacht rangierte auf der Werteskala weitaus höher als alles „Braune“, also die NSDAP und ihre Gliederungen. Abgelehnt und nicht beachtet wurde daher auch die Vorschrift, zur Luftwaffenhelfer-Uniform die HJ-Binde zu tragen. Stattdessen nahmen die Luftwaffenhelfer, wenn sie Freizeitausgang hatten, die vorgeschriebene HJ-Armbinde sofort nach Verlassen der Flak-Stellung ab. Schulungsangebote der HJ in den Batterien wurden zurückgewiesen.<sup>1637</sup> Aber auch die Affinität zur Wehrmacht wurde nach einigen Monaten geringer, was vor allem an dem sturen Drill und den geringen individuellen Entfaltungsmöglichkeiten lag. Um nicht positiv und damit als geeignet für den Offiziersberuf aufzufallen, trainierten die Jugendlichen „Obergefreitenmentalität“ durch Anpassung, den Aufbau einer Fassade und eine Haltung, die es ihnen ermöglichte, die an sie gestellten Anforderungen mit dem geringstmöglichen Aufwand zu erfüllen.<sup>1638</sup>

---

<sup>1634</sup> Mitteilung von Paul Weidmann, der am Dulsberg aufgewachsen ist, am 25.5.2005.

<sup>1635</sup> Böge/Deide-Lüchow (1992), S. 52–53.

<sup>1636</sup> Klönne: Jugend im Dritten Reich (1990), S. 233, weist darauf hin, dass die Grenzen zwischen Renitenz gegen den HJ-Drill und „herkömmlichen Formen jugendlichen Bandenlebens“ mitunter fließend gewesen seien.

<sup>1637</sup> Karl-Heinz Hering (1990–1992), S. 80–88 und 123–138; Böge/Deide-Lüchow (1992), S. 62.

<sup>1638</sup> Karl-Heinz Hering (1990–1992), S. 80–88 und 123–138.

Wer konnte da, schrieb ein Wilhelmsburger Schüler im Rückblick 1951, im Jahre 1942 als Außenseiter abseits stehen?<sup>1639</sup> An der Wilhelmsburger Schule folgte man wie an allen Schulen dem „Gestellungsaufruf“ zur „Erfassung“ der Jahrgänge 1924 bis 1932 zum Dienst in der Hitler-Jugend, der „an gut sichtbarer Stelle im Schulhause auszuhängen“ war.<sup>1640</sup> Das militärisch getönte Vokabular dieses Aufrufs ließ keinen Zweifel mehr am Zwangscharakter der Einberufung in eine nationalsozialistische militante Formation. Das Regime benötigte die Jugendlichen für den Einsatz im Krieg:<sup>1641</sup> Ein Runderlass Heinrich Himmlers in seiner Funktion als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei über die „Erzwingung der Jugenddienstpflicht“ vom 20. Oktober 1942 ermächtigte die Polizei, Jugenddienstpflichtige zur Befolgung besonderer Einsatzbefehle zu „Zwecken der Reichsverteidigung“ zu zwingen. Als Einsatzbereiche genannt wurden Ernteeinsatz, Hilfeinsatz bei Behörden, Reichsbahn und Reichspost, Sammelaktionen und die Wehrmacht. Für den Fall von Zuwiderhandlungen wurden Geldstrafen bis zu 150 RM und Haftstrafen angedroht.<sup>1642</sup> Als rechtliche Grundlage diente die 2. Durchführungsverordnung (Jugenddienstverordnung) zum Gesetz über die Hitler-Jugend von 1936.

Die Jugendlichen sollten die ihnen auferlegten Pflichten jedoch nicht als „freiwilligen Zwang“, sondern im Gefühl der Begeisterung erleben. So wurde der 22. März 1942 zu einem reichsweiten Tag der Feiern zur „Verpflichtung der Jugend“ bestimmt:<sup>1643</sup> Anlässlich des Übertritts der 14-Jährigen aus dem Deutschen Jungvolk zur HJ und von den Jungmädeln zum BDM sollte dieser Feiertag die jungen Menschen schon auf die später folgende „Überweisung“ in die NSDAP sowie auf ihre Erfassung durch deren „Erwachsenen-Formationen“ vorbereiten und sie, wie es hieß,

„unvergleichlich stark an den Führer und die Gemeinschaft binden.  
[...] Jeder Einzelne aus der großen Zahl von Jugendlichen, die von

<sup>1639</sup> Lehberger: Schule zwischen Zerstörung und Neubeginn (1995), S. 23.

<sup>1640</sup> StAHH, 362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße: 3. Der Aufruf wurde erlassen von Oberschulrat Albert Henze am 9. März 1942.

<sup>1641</sup> Über „Hitlers Jungen und Mädels an der Front“ siehe generell: Kater (2005), S. 143–197.

<sup>1642</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1529. – Das Thema „Jugenddienstpflicht“ wurde in der Hamburger Presse ausführlich behandelt: HA 17.7.1940, HF 8.9.1940: „Jugenddienstpflicht wird praktisch wirksam“.

<sup>1643</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 643 und 1529.

diesen drei Ereignissen [für Zehnjährige, für 14-Jährige und für Volljährige] erfasst werden, ist ein kostbarer Besitz unseres Volkes.“

Die nationalsozialistische Bewegung wolle die von ihr geschaffene Feier „zur führenden und alleinigen Feier für den vierzehnjährigen jungen Deutschen [...] machen“.

Vier Tage vor der Kapitulation der 6. deutschen Armee bei Stalingrad kommentierte am 27. Januar 1943 die nationalsozialistische Tageszeitung *Hamburger Tageblatt* die Erfassung der Zehnjährigen für Jungvolk und Jungmädels:

„Zwanzigtausend Jungen und Mädels kommen in Hamburg zur Jugend des Führers. [...] Die harte Zeit fordert auch von der Jugend ernste Pflichterfüllung. Kraftvoll und stark wie bisher werden die Jungen und Mädels der HJ und des BDM in Hamburg die Forderungen der Zeit erfüllen.“<sup>1644</sup>

Ein halbes Jahr später nahmen diese „Forderungen der Zeit“ für die älteren Pimpfe konkrete Gestalt an: In den Hamburger Bombennächten des Juli 1943 standen, wie der Geheime Nachrichtendienst der Sicherheitspolizei lobend vermerkte, „vierzehnjährige Hitlerjungen [...] über 40 Stunden ununterbrochen in der Brandbekämpfung. Sie waren schwarz wie die Neger, hatten weder geschlafen noch etwas Ordentliches gegessen“, und ihr Einsatz, auch in der Betreuung der Bombenopfer, in den Auffanglagern, Krankenhäusern, Sammel- und Verpflegungsstellen, fand die uneingeschränkte Anerkennung der Politischen Leiter der NSDAP: „Wenn die HJ nicht gewesen wäre, hätte Hamburg weit mehr Opfer an Menschenleben und Material bringen müssen.“<sup>1645</sup>

Sieben Monate vor der Kapitulation erhob am 1. Oktober 1944 die Schulverwaltung im Auftrage des Reichsstatthalters Zahlen von Schülern und Schülerinnen ab 14 Jahren für den „Grenzdienst der HJ“. Es ständen, so gab man bekannt, insgesamt 1732 14-jährige und 2004 15-jährige Jungen sowie 1643 16-jährige Mädchen für den Einsatz zur Verfügung.<sup>1646</sup> Drei Wochen nach dieser registrierenden Rekrutierung überquerten amerikanische

<sup>1644</sup> HT 27.1.1943.

<sup>1645</sup> Bundesarchiv Berlin, R 58: 187 (SD-Berichte zu Inlandsfragen), zum Datum 16.8.1943.

<sup>1646</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1506.

Truppenverbände bei Aachen erstmals die deutsche Reichsgrenze.<sup>1647</sup> Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, was aus diesen Jungen und Mädchen geworden wäre, wären sie an der „Grenze“ zu den wenige Monate später nach Hamburg vorstoßenden britischen Truppen eingesetzt worden.<sup>1648</sup>

Für die moralischen Verfallserscheinungen bei HJ-Angehörigen, über die Michael H. Kater berichtet,<sup>1649</sup> gibt es offensichtlich für Hamburg nur spärliche Nachweise: Im Juli 1942 beschwerte sich der Landrat des Kreises Stormarn über Beschädigungen des Bredenbeker Teiches (zwischen Ahrensburg und Volksdorf) und des Großhansdorfer Waldes durch Angehörige der HJ.<sup>1650</sup> Weniger als moralisch problematisch, sondern vielmehr als bedenklich wegen der damit verbundenen Gewaltanwendung beurteilte ein Lehrer der Schleeschule das „getarnte Geländespiel“, das Eppendorfer Hitlerjungen am 16. Juni 1942, angeleitet durch einen 20-jährigen HJ-Stammführer, in den Straßen und Häusern des Stadtteils veranstalteten: „Geradezu skandalös“ seien die Auswirkungen dieses Geländespiels gewesen, sie hätten bei der gesamten Elternschaft helle Aufregung und stärkste Empörung hervorgerufen. Die Aktion habe Gegensätze zwischen den Jungen provoziert, „die dem Sinn der nationalsozialistischen Jugendbewegung, dem Zusammenschluss und Einheitsgedanken völlig widersprechen und geradezu das Gegenteil erreichten“. Die angewendete Gewalt habe zu schweren körperlichen Schädigungen geführt, denn Jungen, welche die Bestätigung ihrer Gefangennahme durch Unterschriftsleistung verweigert hätten, seien verprügelt und ins Gesicht geschlagen worden. Es sei gesagt worden, das Risiko, wenn dabei ein Auge ausgeschlagen werde, sei inbegriffen, der Bann bezahle alles. Gefangene sollen bis 21 Uhr in Kellern gefangengehalten worden sein. Sie wurden, folgt man dem Bericht, in Ascheimer gesteckt, an Bäumen festgebunden und mit Gummiknüppeln malträtiert. Schwere Hand- und Kopfverletzungen, Quetschungen und Kieferbrüche seien die Folge gewesen, ein Teilnehmer erlag angeblich seinen Verletzungen. Bei den Kämpfen um die „Stützpunkte“ mit Übungshand-

<sup>1647</sup> Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz (1983), S. 173.

<sup>1648</sup> Die letzte Ausgabe der nationalsozialistischen *Hamburger Zeitung* (Nr. 92/1945) berichtete am 20.4.1945, britische Panzerspitzen schoben sich an Lüneburg heran, doch sei durch eigene Gegenstöße bei Soltau ihr weiteres Vordringen nach Norden verhindert worden.

<sup>1649</sup> Kater (2005), S. 54.

<sup>1650</sup> StAHH, 362-3/102 Gemeindeschule Volksdorf: Ablieferung 2005/1, 12.

granaten, karbidgefüllten Flaschen und als Geschossen verwendeten Glühbirnen seien HJ-Heime verwüstet und Einrichtungsgegenstände zerstört worden. Ob diese Ausweitungen von vornherein beabsichtigt waren oder sich als gruppendedynamische Eskalation ergaben, die sich schließlich jeder Kontrolle entzog, ist dem nüchtern gehaltenen Dienstbefehl über das „Geländespiel“ zwischen zwei HJ-Stämmen nicht zu entnehmen. Ebenso wenig wird eine angemessene Reaktion des De-facto-Leiters der Schulverwaltung, Albert Henze, deutlich; aus den Akten ist nur zu ersehen, dass Henze anordnete, den Schriftverkehr zu den Akten zu nehmen.<sup>1651</sup>

Die letzte Hamburger Aktion zur Erfassung elfjähriger Jungen und Mädchen für das Deutsche Jungvolk und die Jungmädelsgruppen des BDM erfolgte zwei Monate vor Kriegsende vom 5. bis 7. März 1945: Durch eine amtliche Mitteilung in der *Hamburger Zeitung* und Plakatanschlag forderte die Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg (Landesjugendamt) als Ortspolizeibehörde zur „Erfassung“ der zwischen dem 1. Juli 1934 und 30. Juni 1935 Geborenen und der bisher vom Dienst Befreiten auf, verbunden mit dem Zusatz: „Juden und Mischlinge 1. Grades haben zur Meldung nicht zu erscheinen.“<sup>1652</sup> Zwischen dem Erfassungsdatum und dem vorgesehenen Dienstantritt kapitulierte das nationalsozialistische Deutschland. Es ist daher nicht anzunehmen, dass die nunmehr „erfassten“ Jugendlichen noch die Praxis der nationalsozialistischen Jugendorganisation erfahren haben. Demnach wäre der Geburtsjahrgang 1933/34 der letzte „HJ-Jahrgang“ gewesen.

Noch in den letzten Kriegsmonaten rekrutierte die HJ über die Schulen die 14-jährigen Jugendlichen und instrumentalisierte sie durch die „Verpflichtung der Jugend“;<sup>1653</sup> nahezu alle Jungen des Geburtsjahrgangs 1928, also der 17-jährigen, hätten sich, glaubt man den Verlautbarungen der Hamburger HJ, zu Ostern 1945 als Kriegsfreiwillige gemeldet.<sup>1654</sup> Die bis 1930 Geborenen und somit dem Nationalsozialismus die längste Zeit ihres Lebens Ausgesetzten gehörten zu denen, die in den letzten Kriegsmonaten

---

<sup>1651</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1535 (Schule und Hitler-Jugend 1936–1944).

<sup>1652</sup> StAHH, 354-5 II Jugendbehörde II: 210-07.60 (Beziehungen zur HJ).

<sup>1653</sup> Der HJ-Bann 76 organisierte am 24.1.1945 die „Überweisung“ der zwischen dem 1.7.1930 und dem 30.6.1931 Geborenen vom Jungvolk in die Hitler-Jugend (StAHH, 362-3/20 Fritz-Schumacher-Schule: 6 [Schülerangelegenheiten 1925–1957]).

<sup>1654</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 646.

am ehesten an die Front geschickt und bei der Heimatverteidigung für gefährliche Aufgaben eingesetzt wurden.<sup>1655</sup>

„Die große Mehrheit der während der Nazizeit heranwachsenden Jugend hat [...] dem Befehl übergeordnete moralische Pflichten objektiv nicht erkennen können.“<sup>1656</sup> Mit dieser Einschätzung bestätigt Helmut Schmidt, der 1933 14 Jahre alt war, den Rückblick des schon genannten Wilhelmshamburger Schülers auf das Jahr 1942: „Wir wurden wie Fische im Wasser geboren, wuchsen dort auf und schwammen instinktiv mit dem Schwarm der Masse, ohne dass wir ein einziges Mal den Kopf aus dem Wasser hätten erheben können, um das ‚Andersartige‘ zu erkennen.“<sup>1657</sup>

---

<sup>1655</sup> Kater (2005), S. 221, unter Berufung auf Hildegard Milberg: Zwischen gestern und morgen: Hamburgs Jugend nach 1945 – Ist das Dritte Reich überwunden? In: Neues Hamburg, Nr. 12/1958, S. 4–8, hier S. 4 (von Kater, S. 283 [Anm. 59] fehlerhaft als „Junges Hamburg“ zitiert).

<sup>1656</sup> Helmut Schmidt (1994), S. 265.

<sup>1657</sup> Zitiert nach Lehberger: Schule (1995), S. 23. Vgl. oben, Anm. 6.

### 3.5 Lagerschulung als ideologisches Instrument

Ein Jahr nach der Machtübertragung im Reich an die Nationalsozialisten, zehn Monate nach dem Machtwechsel in Hamburg und einige Monate, nachdem er selbst die Führung des Hamburger NSLB übernommen hatte, zog Landesschulrat Wilhelm Schulz ein Resümee der „unermüdlichen Arbeit“, die unter seiner Leitung seitdem geleistet worden sei. Bereits im Juli 1933 habe man mit der Schulung begonnen. Dabei nannte Schulz die vom NSLB angesetzten Volkssportlehrgänge für Lehrer, „die später in stehende Schulschutzabteilungen des Lehrerbundes überführt werden sollen“, und wies hin auf ein erstes vom Hamburger NSLB organisiertes Lehrerlager im Oktober 1933. Dieses sei als „planmäßige Vorarbeit“ für weitere Schulungen anzusehen.<sup>1658</sup>

Mit den Termini „Schulung“ und „Lager“ thematisierte der nationalsozialistische Bildungsfunktionär zwei Methoden nationalsozialistischer Einwirkung auf Menschen, zwei Instrumente der Manipulation und Indoktrination von herausgehobener Bedeutung für die propagandistische Verbreitung des nationalsozialistischen Ideologiekonglomerats und für die immer wieder erneut betriebene Inszenierung der „Volksgemeinschaft“.<sup>1659</sup> Das „Lager“ als eine spezifische Form nationalsozialistischer Einflussnahme auf Menschen<sup>1660</sup> muss im Interesse der Nachvollziehbarkeit in einen größeren Zusammenhang gestellt werden:<sup>1661</sup> Diese Sozialisationsform durchzog die gesamte dem Nationalsozialismus unterworfenen Gesellschaft, sie erfasste alle Berufsgruppen, jüngere und ältere Menschen, Männer wie Frauen und Städter ebenso wie die Landbevölkerung. An ihrer Durchsetzung war daher eine Vielzahl nationalsozialistischer Organisationen und

---

<sup>1658</sup> HT 1.2.1934, Erste Beilage: „Der Nationalsozialistische Lehrerbund im 1. Regierungsjahr Adolf Hitlers“.

<sup>1659</sup> Hierzu Axel Schildt: Einleitung, in: Hamburg im „Dritten Reich“ (2005), S. 9–23, hier S. 19.

<sup>1660</sup> Andreas Kraas: Lehrerlager 1932–1945. Politische Funktion und pädagogische Gestaltung, Bad Heilbrunn 2004, S. 9 (Anm. 1), zitiert aus Dolf Sternbergers (1907–1989) Vorbemerkung zu dem von ihm mitverfassten Werk *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen* (1957; Neuauflage München 1970): „Das Wort *Lager*, so harmlos es einmal war und wieder werden mag, können wir doch auf Lebenszeit nicht mehr hören, ohne an Auschwitz zu denken.“

<sup>1661</sup> Kraas (2004), S. 9.

Institutionen beteiligt, welche zugleich kooperierten und miteinander konkurrierten. Für die in dieser Untersuchung behandelte Thematik der Hamburger Schulen im „Dritten Reich“ stehen von den Institutionen und Organisationen der NSDAP vor allem das Gauschulungsamt sowie NSLB, HJ, NSV und Reichsarbeitsdienst im Blickfeld, während der Staat über das Reichserziehungsministerium, die Hamburger Schulverwaltung und die Schulen selbst an der Lagerschulung beteiligt war.

Für die „Erziehung“ der Lehrerschaft zum Nationalsozialismus waren nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten reichsweit zunächst Arbeitsdienstlager, Wehrsportlager und SA-Lager die Eckpunkte. Sie wurden generell von der Politischen Organisation der NSDAP getragen.<sup>1662</sup> Spezifizierte Formen der Lagererziehung wurden in den Anfangsjahren der Diktatur unter Rückgriff auf Maßnahmen der ausgehenden Weimarer Republik zur Erfassung arbeitsloser Jugendlicher entwickelt. Der NSLB war auf Reichsebene auf diesem Gebiet zunächst nicht präsent, nach seiner Konsolidierung im Laufe des Jahres 1934 betätigte sich jedoch der NSLB als Veranstalter zahlreicher Lagerschulungen, in zunehmendem Maße zugleich als „Verbündeter“ mit und „Konkurrent“ zu anderen Formationen der Partei, insbesondere der HJ und des Reichsarbeitsdienstes. Der NSLB rivalisierte aber auch mit staatlichen Instanzen, die Lageraufenthalte organisierten, wie zum Beispiel mit dem REM. Dessen ungeachtet waren die Inszenierungen aller Träger auf die gleiche zentrale Zielsetzung ausgerichtet: Eine Mehrzahl oder gar Vielzahl ähnlich gestellter Individuen wurde für eine längere Zeit von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten, in Baracken untergebracht und gezwungen, ein abgeschlossenes, weitestgehend reglementiertes Leben zu führen. „Die Ordnung von Zeit und Raum in den Lagern ermöglicht in diesem Rahmen den absoluten Zugriff auf die Individuen, kontrolliert und diszipliniert sie und erzieht sie nicht zu Eigenverantwortung und Selbstständigkeit“<sup>1663</sup> – das Gegenteil dieser für uns heute leiten-

---

<sup>1662</sup> Ebd., S. 25.

<sup>1663</sup> Dies hat Kiran Klaus Patel herausgestellt in seinem Buch: „Soldaten der Arbeit“. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 157), Göttingen 2003, S. 209. Patel knüpft dabei kritisch an Gedanken des französischen Philosophen Michel Foucault und des amerikanischen Soziologen Erving Goffman an (vgl. Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main 1994; Erving Goffman: Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt am Main 1973).

den Bildungsziele wurde verlangt und trainiert: blindes Vertrauen, Gefolgschaft und Gehorsam.

Während in den übrigen Teilen des nationalsozialistischen Deutschen Reiches die Lagerschulung von Lehrern erst ab 1934 dem NSLB übertragen wurde,<sup>1664</sup> nahm Hamburg auch auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle ein.<sup>1665</sup> Vom Herbst 1933 an wurden Lehrer aller Schularten bis zum Alter von 35 Jahren zu Wehrsportübungen im Langenhorner Jugendpark zusammengefasst.<sup>1666</sup> Die erstmalig bereits vom 2. bis 13. Oktober 1933 nachweisbare Lagerschulung des Hamburger NSLB durch ein erstes Lehrerlager in der Wingst<sup>1667</sup> zwischen Stade und Cuxhaven zielte zunächst auf Pädagogen bis zum Alter von 40 Jahren. 36 junge Lehrer von Volksschulen und höheren Schulen aus dem Hamburger Stadt- und Landgebiet hatten sich erstmalig zehn Tage zuvor im früheren Lehrerseminar Freiligrathstraße zur Vorbereitung getroffen. Die Leitung hatte der 29-jährige Hellmuth Dahms, eines der frühesten, wenn auch nicht „ältesten“ NSLB-Mitglieder.<sup>1668</sup> Vermutlich ist es

---

<sup>1664</sup> Der NSLB auf Reichsebene war organisatorisch und konzeptionell erst 1934 so weit gefestigt, dass er diesbezügliche Aktivitäten entfalten konnte, und er entwickelte auch dann erst ein eigenes lagerpädagogisches Konzept (Kraas [2004], S. 89).

<sup>1665</sup> Vgl. Uwe Schmidt (2006), S. 85, besonders Anm. 23.

<sup>1666</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a: Beginn der Übungen des Schulschutzes im Langenhorner Jugendpark (anfangs 200, später 400 Junglehrer).

<sup>1667</sup> Ebd.; HLZ Nr. 43/1933, S. 571–572.

<sup>1668</sup> Von Hellmuth Dahms (1904–1947) existiert keine Personalakte und keine Entnazifizierungsakte. Er trat am 9.5.1927 in den Hamburger Schuldienst ein und wurde zunächst als Lehrer an der Schule Wendenstraße 268 eingesetzt (Hamburgisches Lehrerverzeichnis nebst einem Anhang. Schuljahr 1929–1930, hg. von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg und vom Verein Hamburger Volksschullehrerinnen, Hamburg 1929, S. 12, Ziffer 636; Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1935/1936 [1935], S. 13, Ziffer 653). Da das Lehrerbildungsgesetz am 15.12.1926 von der Bürgerschaft verabschiedet wurde (HGes-uVoBl 1926, S. 789), die Lehrerbildung an der Universität also am 1.4.1927 anliefe, musste Dahms eigentlich noch die seminaristische Lehrerbildung durchlaufen haben; im Hamburgischen Lehrer-Verzeichnis ist aber „Univ.“ als Ausbildungsstätte angegeben. Demnach wäre Dahms also einer der ersten Absolventen der akademischen Lehrerbildung. 1932 und 1934 wurde Dahms als Lehrer der Schule Osterbrook geführt (Hamburgisches Lehrerverzeichnis nebst einem Anhang. Schuljahr 1932–1933, hg. von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg und vom Verein Hamburger Volksschullehrerinnen, Hamburg 1932, S. 12, Ziffer 649; HLZ Nr. 34–35/1934, S. 524), 1935 als Dozent am Institut für Lehrerfortbildung (Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1935/1936 [1935], S. 13, Sp. 653), 1938 als Schulleiter der Schule Hasselbrook, Ritterstraße 46 (Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1938–1939 [1938], S. 15, Ziffer 819 und S. 176). Über die Zeit von 1939 bis 1945 (Kriegsteilnahme?) liegen Informationen nicht vor. 1945 wurde Dahms im Erzgebirge, wohin seine Familie evakuiert worden war, von sowjetischen Organen verhaftet und nach Sibirien

seinem Zusammenwirken mit dem Führer des Hamburger NSLB, Wilhelm Schulz, zu verdanken, dass Hamburg seine Lagerschulungen so früh begann. Das von Dahms entwickelte Schulungskonzept sah die Ernennung von Stubenobleuten schon während der Autobusfahrt von Hamburg an die Niederelbe vor. Sportliche Übungen, Liedersingen, Leseabende und ideologische Vorträge standen auf dem Programm, Wanderungen und ein Tanzabend schlossen sich an. Es sollte nach dem Konzept von Dahms in dieser Lagerschulung kein Meinungsstreit ausgefochten werden. Stattdessen sollte das „Gespräch“ als „wirksames Mittel der Werbung“ für den Nationalsozialismus eingesetzt werden. Der Lagertag wurde begonnen und beschlossen mit dem Hissen und Einholen der Hakenkreuzfahne. Zur Fahnenweihe erinnerte der zeitweilig ebenfalls anwesende NSLB-Führer Wilhelm Schulz an die „Gefallenen der Bewegung“ und ließ zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg bei Langemarck gefallenen jungen Soldaten ein Feuer entzünden. Die Teilnehmer dieser ersten Lagerschulung wurden zu einer „Lehrerbereitschaft Heinrich von Kleist“ zusammengefasst.<sup>1669</sup> Ihr übergaben Wilhelm Schulz und sein Mitarbeiter Kurt Holm zum Abschluss der Lagerschulung die erste Fahne des NSLB Hamburg.<sup>1670</sup> Die „Lehrerbereitschaft Heinrich von Kleist“ hatte die Funktion, ein „zuverlässiges Unterführerkorps“ für weitere Schulungslager des Hamburger NSLB bilden. Sie führte in den Osterferien 1934 weitere Lagerschulungen in der Lüneburger Heide (Bispingen und Undeloh) durch und veranstaltete im Herbst 1934 Bootsfahrten mit Lehrern, die in Lagern zusammengefasst wurden. Danach

---

deportiert. Dort starb er 1947 (Auskunft von Werner Deu, dem zeitweiligen Lebenspartner der Tochter Ortrud Dahms, am 27.2.2008).

<sup>1669</sup> Auskunft über die Beziehungen des Nationalsozialismus zu Kleist gab eine internationale Tagung im Kleist-Museum in Frankfurt an der Oder am 17.–18.6.2005 zum Thema „Kleist im Nationalsozialismus“ (Tagungsbericht von Martin Maurach unter: [http://www.kleistonline.de/texte/tagung/kleist\\_im\\_nationalsozialismus.htm](http://www.kleistonline.de/texte/tagung/kleist_im_nationalsozialismus.htm); abgerufen am 21.2.2008). Seit dem Ersten Weltkrieg wurde Kleists Kohlhaas-Figur zur Projektion der Auflehnung gegen den Versailler Friedensvertrag verwendet, ein Symbol, mit dem sich angeblich „ganz Deutschland“ identifizieren konnte. Kleists Drama *Die Hermannsschlacht* diente nachweisbar einer Popularisierung des Hasses, die sich bis zu den Versuchen der „Legitimierung“ der Massenverbrechen durch Heinrich Himmler verfolgen lässt. Ein anderer Motivstrang wandelte Kleists Hermann-Figur von einer germanischen „Führergestalt“ geradezu zu einem „ideologischen Führungsoffizier des Dritten Reiches“ um. Das Kleist-Jubiläum 1936, das unter dem Motto „Kleists Vermächtnis“ stand, war der Beginn einer Stilisierung des politischen Dichters Heinrich von Kleist zum Propheten des SS-Staates. Nationalsozialistische Filme wie etwa Veit Harlans *Der große König* (1942) und *Opfergang* (1944) enthielten versteckte Kleist-Szenen und -motive.

<sup>1670</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a; HLZ Nr. 43/1933, S. 571–572.

wurde die „Lehrerbereitschaft Heinrich von Kleist“ als geschlossene Formation aufgelöst. Ihre Mitglieder waren aber weiterhin auf Führungsposten in Lehrerlagern tätig und fungierten als „Stoßtrupp“ für „Grenzlandarbeit“, als Organisatoren und Redner bei Veranstaltungen zur Beförderung der „Volksgemeinschaft“ und zur Ausrichtung Jugendlicher auf den Nationalsozialismus.<sup>1671</sup> Hieraus wird deutlich, dass das erste Lehrerlager in der Wingst im Oktober 1933 eine wichtige Pionierfunktion für die weitere Schulungsarbeit des Hamburger NSLB hatte.

Eine Pionierfunktion hatte diese erste Lagerschulung des Hamburger NSLB auch für den Junglehrer Hellmuth Dahms persönlich: Planung, Durchführung und Organisation der Lagerschulung wurden für ihn zum Auftakt einer Funktionärskarriere im Hamburger NSLB. Im Zuge der weiteren organisatorischen Konsolidierung des Verbandes übernahm er die Leitung der Gauhauptstelle und Abteilung Schulung,<sup>1672</sup> die sich wiederum in Unterabteilungen für theoretische und praktische Schulung mit sechs namentlich genannten Unterführern und namentlich nicht aufgeführten Kreisschulungswaltern, Lagerleitern und Lehrgangslleitern gliederte. Ergänzt wurde diese Besetzung durch sechs namentlich genannte Funktionäre für Verwaltung und Einberufung, zu denen jeweils Geschäftsführer hinzutraten. Dahms war ab Juni 1934 auch Leiter eines neu geschaffenen Amtes für Junglehrer im NSLB Hamburg.<sup>1673</sup>

Zweimal, Ende 1935 und Ende 1937, fasste Dahms sein Schulungskonzept in Denkschriften zusammen.<sup>1674</sup> In der ersten kritisierte er die Mehrheit der gegenwärtig tätigen Lehrer: Ihnen fehle vielfach die „Kenntnis der Erziehungsmöglichkeiten der Schule“ und die Beherrschung der Methoden,

---

<sup>1671</sup> Fiege (1970), S. 128.

<sup>1672</sup> Dieses erfolgte zunächst noch kommissarisch (Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis 1935/1936 [1935], S. 132, mit einem zum Zeitpunkt der Drucklegung bereits überholten Informationsstand), ab Ende 1934 jedoch hauptamtlich (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 34 [Geschäftsverteilung der Schulverwaltung 1926–1938]; im *Handbuch der Hansestadt Hamburg 1939* [1939], S. 288, wird Dahms als Gauhauptstellenleiter des NSLB für Schulung genannt).

<sup>1673</sup> Nach seiner Ernennung durch den NSLB-Landesleiter Wilhelm Schulz am 8.6.1934 sah Dahms als eine der dringendsten Aufgaben seines Amtes die Betreuung der stellunglosen und bedürftigen Junglehrer an. Er organisierte auch den Schulschutz bei NSLB-Versammlungen (alle Angaben: Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a).

<sup>1674</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a, zum Datum 27.12.1935 („Allgemeines über die Lehrerlager 1935“) und zum Datum 1.11.1937 (13-seitige Denkschrift über die Lehrerlager und die in ihnen betriebene Schulung).

so auch „der Wille zur Verteidigung der schulischen Möglichkeiten gegenüber dem planmäßigen Angriff der Hitler-Jugend gegen alle schulische Erziehungsarbeit“. Für Dahms war diese gewisse Distanzierung von den Ansprüchen der HJ zugleich ein Vehikel, die Notwendigkeit der Lagerschulung herauszustellen:

„Die Gefahr des Erzieherstandes ist, dass sich die Lehrer mit dem nationalsozialistischen Gedankengut anschauungsmäßig, wissenschaftlich, literarisch und intellektuell beschäftigen und glauben, den Nationalsozialismus auf diese Weise erkannt zu haben und durch Annahme seiner Weltanschauung als Anschauung bereits Nationalsozialisten zu werden oder geworden zu sein.“

Diese Gefahr habe Reichserziehungsminister Bernhard Rust erkannt und daher die Lagerschulung angeordnet: „Nationalsozialist wird man nur im Lager und in der Kolonne.“<sup>1675</sup> Dahms identifizierte sich hierdurch mit der Absicht Rusts, die dieser am 8. Juni 1934 bekanntgegeben hatte, die Lehrer ohne Unterschied zu sammeln und sie wissenschaftlich, wehrsportlich und nationalpolitisch zu „überholen“. Die Parole „Überholung“, die Dahms sich hier zu eigen machte, entfaltete atmosphärisch eine immense Wirkung, weil sie unzählige Male in der nationalsozialistischen Presse aufgegriffen und wiederholt wurde. Einerseits wurde damit die Lagerschulung der Lehrer nachhaltig dem öffentlichen Bewusstsein eingepreßt, andererseits trug das Bild eines nicht mehr zeitgemäßen, im Grunde genommen reparaturbedürftigen Berufsstandes zur fortschreitenden Abwertung der Lehrerschaft bei und war damit vermutlich ursächlich für den wenige Jahre später bemerkbaren eklatanten Lehrermangel.<sup>1676</sup> Den struktur- und kompetenzbedingten Dauerkonflikt zwischen Partei und Staat deutete Dahms an, indem

<sup>1675</sup> Zitat aus der Rede Rusts anlässlich seines Antrittsbesuchs bei Hans Schemm auf einer Kundgebung des NSLB am 8.6.1934 im Münchner Zirkus Krone, in der er äußerte: „Nationalsozialist wird man nur im Lager und in der Kolonne. [...] Ihr müsst etwas anderes werden, als ihr wart“ (Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a; Andreas Kraas: Die Überholung der Lehrer 1933–1936. Die Herausbildung der nationalsozialistischen Lagerpädagogik, in: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 6 [2000], S. 118–147, hier S. 118–119; Kraas [2004], S. 69).

<sup>1676</sup> Ursprünglich (1932) diente die Zusammenfassung junger Leute in Lagern der zusätzlichen Qualifikation arbeitsloser Lehramtsbewerber. Mit der Übernahme des preußischen Kultusministeriums durch Bernhard Rust erfolgte die schleichende Übernahme des Lagers in die Lehrerausbildung. Sie dienten damit auch der „Überholung“, das heißt der nationalsozialistischen Ausrichtung der bereits tätigen Lehrer (Kraas [2000], S. 124 und 133).

er auf „Probleme“ für die Lagerschulungen zu sprechen kam, die durch die Auffassung der Schulverwaltung bedingt seien: Der Behördenjurist Henry Edens und der Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer seien der Auffassung, dass es sich bei den Lehrerlagern nicht um behördliche Veranstaltungen handele, sondern um nationalsozialistische. Daher hätten sie in den Ferien stattzufinden.<sup>1677</sup>

Einen etwas aggressiveren Ton gegenüber seinen Berufskollegen schlug der junge Bildungsfunktionär in seiner zweiten Denkschrift an.<sup>1678</sup> Die Lagerschulungen des NSLB seien gezielt gerichtet „gegen den politisch uninteressierten und nicht an der Aufbauarbeit unserer Bewegung beteiligten Kollegen, den gleichgültigen Beamten“, aber auch gegen den „privaten Gelehrten, gegen den Sondersachbearbeiter für den Privatgebrauch, den Fachmann ohne politische Verbundenheit, den Fachlehrer ohne nationalsozialistisches Erziehungsziel, den Unterrichtsmethodiker von Profession“. Gemeint war mit diesem Verdikt ein großer Teil der älteren Lehrer, aber, wie Dahms betonte, auch mancher Amtsträger des NSLB. Notwendig sei darum ein erneuter Aktivitätsschub der Politisierung. Sie solle wiederum wie zu Beginn der NSLB-Aktivitäten in Form von „Stoßtrupps“ erfolgen, und zwar in geradezu missionarischer Absicht: Besonders wichtig seien Hamburger NSLB-Lager in Gegenden Deutschlands, wo die „Feinde unserer Bewegung“ stark vertreten seien: bayerische Ostmark, Münsterland und Paderborn, also katholisch geprägte Regionen. Dahms hielt es daher für vorteilhaft, dass der Hamburger NSLB keine eigene Gauschule<sup>1679</sup> besaß, da außerhalb durchgeführte Lager viel anregender und reizvoller seien. Auch jetzt wollte Dahms über das Lager weniger Aufklärung und Belehrung vermitteln als vielmehr „die Herzen unmittelbar in Bewegung bringen, versiegte Erlebnisquellen wieder aufschlagen und so die notwendigsten Voraussetzungen zur nationalsozialistischen Erziehertätigkeit wieder wecken:

---

<sup>1677</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a, zum Datum 27.12.1935.

<sup>1678</sup> Vgl. auch Hellmuth Dahms in: HLZ Nr. 10/1937 vom 13.3.1937, S. 109–110, über „Schule und Einsatz“.

<sup>1679</sup> Vgl. bei Kraas (2004), S. 350–351 die Übersicht über die 39 Gauschulen des NSLB nach dem Stand von 1938, davon in mehreren Gauen zwei, in Westfalen-Süd sogar drei. Fünf Gaue hatten keine Gauschule (unter ihnen Hamburg und die beiden benachbarten Gaue Ost-Hannover und Schleswig-Holstein), achtmal wurden keine Angaben gemacht.

Aufgeschlossenheit zum Mitmenschen, Glauben an Deutschlands Kraft und Volkstum, Vertrauen zur Führung“.<sup>1680</sup>

Am 15. und 16. April 1936 erließ Dahms in seiner Funktion als Gauschulungswalter des NSLB „Richtlinien“ für sechs Bereiche der Lagerschulung: „Die Leibesziehung in den Lagern“, „Gemeinschaftspflege im Lager“, „Feiergestaltung“, „Beurteilung der Schulungsteilnehmer“, „Geistesschulung im Lehrerlager“ sowie „Planung, Durchführung und Abschluss“.<sup>1681</sup> Die mit der Lagerschulung verbundene Zielsetzung der Kaderrekrutierung wird besonders deutlich an den Beurteilungsrichtlinien, die dazu beitragen sollten, die „Ausrichtungs- und Auslesearbeit des NSLB und der NSDAP“ voranzutreiben. Auf Grund der „Bewährung“ im Lager wurde in sechs Stufen eine Eignungs-Hierarchie aufgebaut: Der Beurteilte wurde für geeignet angesehen als Lagerleiter oder als Gruppenführer, er rangierte als „wertvolles“ Gruppenmitglied, als Helfer oder als normales Gruppenmitglied, das nicht weiter auffiel, aber mitmachte. An unterster Stelle stand der „Einzelning“, der sich absondere, aus dem Gruppenleben herausfalle und vielleicht sogar abgelehnt werde.

Im Mai 1934 wurden Lager zur Ausbildung von Schulschutz-Unterführern und zur Ausbildung künftiger Schulleiter abgehalten,<sup>1682</sup> im Juli für HJ-Führer, die in die Rassenpolitik des Regimes eingewiesen wurden,<sup>1683</sup> und danach generell für künftige Lehrer an Volksschulen und an höheren Schulen im Anschluss an das Studium.<sup>1684</sup> Offenbar in Kooperation zwischen NSLB, Schulverwaltung und Hitler-Jugend fanden 1934/35 mehrere Lagerschulungen statt, darunter waren auch „Wanderlager“ in Ostpreußen und im Saarland. Einen zusätzlichen Aspekt erhielten die Lager durch die Einbeziehung heimatkundlicher Aktivitäten.<sup>1685</sup> In Nindorf bei Lamstedt in der Wingst, also in unmittelbarer Nähe zum Schauplatz des ersten Lehrerlagers von 1933, gruben die Lagerteilnehmer 1935 unter Anleitung eines Denk-

<sup>1680</sup> Diese Ziele hebt Fiege (1970), S. 128 hervor.

<sup>1681</sup> FZH, Archiv: 966-2 (NS-Lehrerbund).

<sup>1682</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 33 (Monatliche Kurzberichte der Schulverwaltung 1934–1938), zum Datum 9.6.1934.

<sup>1683</sup> HLZ Nr. 28/1934, S. 455–456, zum Datum 18.8.1934.

<sup>1684</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1722, zum Datum 5.12.1934: In einer Denkschrift von Oberschulrat Theodor Mühe waren für künftige Lehrer an Volksschulen und an höheren Schulen nach dem Studium sechswöchige Schulungslager vorgesehen.

<sup>1685</sup> Fiege (1970), S. 128–129.

malpflegers ein gefährdetes Hünengrab aus und verzeichneten es sachkundig. Dieser germanophile Ansatz passte durchaus zum ideologischen Konzept der Lagerschulung, genauso wie die Einführung der Lager Teilnehmer in die Familien- und Sippenforschung anhand örtlicher Kirchenbücher. Ab Ostern 1935 wurden jährlich neun dreiwöchige Kurse<sup>1686</sup> der Lagerschulung zu je 30 bis 40 Teilnehmern in den schulischen Ferien eingerichtet. Zur Finanzierung zog man die Lehrerschaft durch eine Geldsammlung heran.<sup>1687</sup> Ein Drittel der „lagerpflichtigen Lehrerschaft“ (Männer: 40 Jahre und jünger, Frauen: 35 Jahre und jünger) wurde 1935 einberufen, 1936 nahmen 568 Personen an der Lagerschulung teil, 368 Männer und 200 Frauen.

Bis 1935 wurde noch kein Teilnahmepflicht ausgeübt, und der Hamburger NSLB hatte bis dahin, anders als in den benachbarten preußischen Großstädten Altona, Harburg und Wandsbek, noch keine Handhabe, Nicht-Mitglieder zur Lagerschulung zu verpflichten. Als Reichskommissar für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte Bernhard Rust schon im Februar und Mai 1933 verkündet, dass die Teilnahme an einem Arbeitslager zu den Einstellungsvoraussetzungen für Lehrer gehörte.<sup>1688</sup> Hamburg, sonst häufig Vorreiter bei der Einführung nationalsozialistischer Neuerungen, zog hier nach: Am 5. Dezember 1934 kündigte Oberschulrat Theodor Mühe an, für künftige Lehrer an Volksschulen und an höheren Schulen sei nach dem Studium ein sechswöchiges Schulungslager vorgesehen.<sup>1689</sup> Solange diese Regelung nicht auch für bereits im Dienst befindliche Lehrer galt, versuchte der NSLB, durch „Droh-

---

<sup>1686</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a. Vorgesehen war ursprünglich eine sechswöchige Dauer, so Oberschulrat Theodor Mühe in der Schulleiterkonferenz der höheren Schulen am 5.12.1934 (StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1722; Altregistratur Luise-Gymnasium: Tagebuch [Ein- und Ausgangsbuch]).

<sup>1687</sup> StAHH, 362-3/51 Schule Ernst-Henning-Straße: 59 Band 2.

<sup>1688</sup> Am 23.2.1933 für Volksschullehrer (Bundesarchiv Berlin, R 4901: 3362, Bl. 169–171; Kraas [2004], S. 51), am 10.5.1933 für Lehrer des höheren Lehramts (Bundesarchiv Berlin, R 4901: 3362, Bl. 183; Kraas [2004], S. 53).

<sup>1689</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1722 (Neuordnung des Vorbereitungsdienstes 1933–1940), Denkschrift Theodor Mühes über die künftige Referendarausbildung. Ab Februar 1935 waren für Studierende des höheren Lehramts ab dem 5./6. Semester schulpraktische Übungen an Volksschulen und höheren Schulen und gemeinsame Schulungslager mit den Volksschullehrerstudenten vorgesehen (StAHH, 362-2/36 Gymnasium Klosterschule: 177, S. 66 zum Datum 10.1.1935).

gebärden“ eine möglichst zahlreiche Teilnahme zu erreichen.<sup>1690</sup> So wurde in Lehrerbesprechungen bekanntgegeben:

„Lehrer, die an einem 21-tägigen Schulungslager teilnehmen können und möchten, haben sich bei der Schulleitung zu melden. Für die Teilnahme bleibt das Alter unbegrenzt, doch wird erwartet, dass vornehmlich jüngere Kollegen sich melden. Es soll kein Zwang sein. Später werden auch Lager für Lehrerinnen eingerichtet werden.“<sup>1691</sup>

Mit zunehmendem Zwangscharakter kündigte der NSLB Hamburg im Mai 1935 für die Jahre 1935, 1936 und 1937 in den schulischen Sommerferien und während der Schulzeit dreiwöchige Lagerschulungen an.<sup>1692</sup>

Am 29. Oktober 1935 fand eine „Besichtigung“ des Schulungslagers im Langenhorner Jugendpark durch Gauleiter Karl Kaufmann, Senator Wilhelm von Allwörden, den Präsidenten der Schulverwaltung Karl Witt und den NSLB-Führer Wilhelm Schulz statt. Objekte der Inspektion waren die zur Lagerschulung zusammengefassten politischen Leiter des NSLB, der Fortbildungsabteilungen (ehemals Schulschutz) und der Schulungsabteilungen der Junglehrer. Die am Abend des gleichen Tages anberaumte Lehrerversammlung des NSLB bei Sagebiel ist im inneren Zusammenhang mit dieser Besichtigung zu sehen: Kaufmann lobte die Junglehrausbildung in Hamburg als „vorbildlich für das ganze Reich. Den Totalitätsanspruch auf die Jugend werde die Bewegung nicht aufgeben.“ Staat und Partei würden sich vor die Lehrer stellen, wenn sie die Jugend zur Kameradschaft und Pflichterfüllung erzögen.<sup>1693</sup>

Ab 1935 ist auch eine enge Schulungskooperation zwischen dem NSLB und der zunächst noch von Wilhelm Gundlach, später von Albert Henze geleiteten Gauführerschule der Hamburger NSDAP und der SS erkenn-

<sup>1690</sup> Kraas (2004), S. 237.

<sup>1691</sup> Konferenzprotokoll der Schule Taubenstraße vom 1.4.1935 (StAHH, 362-3/66 Ganztagschule Friedrichstraße: 2 Band 11 (Protokolle der Volksschule für Mädchen Taubenstraße 1931–1936).

<sup>1692</sup> Wirtschaft und Recht 2 (1935), S. 355; Kraas (2004), S. 93.

<sup>1693</sup> FZH, Archiv: 966-2 (NS-Lehrerbund); HF 30.10.1935. In seiner Rede am Abend des 29.10.1935 kündigte Kaufmann überdies eine Reform des Unterrichtsplans, „namentlich der höheren Schulen“, an und lobte die Lehrer für ihre Besoldungsdisziplin bei der Angleichung an die preußischen Gehälter. Zielvorstellung sei die Einheit aller Lehrerkategorien.

bar:<sup>1694</sup> Die Gauführerschule, auch Gauamtswalterschule genannt, war am 5. Oktober 1933 als eine „Einrichtung zur Heranbildung der politischen Führerschaft der Nation“ im Gebäude der früheren Realschule Eilbek, Ritterstraße 44, durch Gauleiter Karl Kaufmann und seinen Stellvertreter Harry Henningsen eingeweiht worden<sup>1695</sup> und stand zunächst unter der Leitung von Wilhelm Gundlach, ab 1. April 1937 von Albert Henze.<sup>1696</sup> Sie war der Schulverwaltung angeschlossen. Schon diese Konstruktion verweist auf eine intensive Verflechtung von Instanzen des Staates und der Partei, was auch darin zum Ausdruck kam, dass die Vorträge der Gauführerschule ehrenamtlich von Funktionären der Hamburger NSDAP gehalten wurden. Das Programm der zentralen Gauführerschule, zu der bald „Ableger“ in Lütjensee, Rissen und Barsbüttel traten, umfasste Lehrveranstaltungen, nationalsozialistische Feiern und Lagerschulung in enger Zusammenarbeit mit DAF und HJ.<sup>1697</sup> In der Gauführerschule liefen alle Materialien des in München residierenden Hauptschulungsamtes der NSDAP ein und bildeten die Grundlage der Alltagsarbeit, auch für die Lagerschulung. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der Gauführerschule und dem Reinhard Heydrich unterstehenden Sicherheitsdienst (SD) des Reichsführers SS gab es vom 10. November 1938 an. Über die Gauführerschule wurden NSLB und HJ zu Teilhabern eines in sich verwobenen umfangreichen Netzwerkes mit zahlreichen Verflechtungen.

Zu jedem Kurs der Gauführerschule entsandte der NSLB 10 bis 15 Lehrer. Anzunehmen ist die Beteiligung der Gauführerschule an den vom NSLB veranstalteten Lehrerlagern,<sup>1698</sup> weitere gemeinsame Arbeitsfelder

---

<sup>1694</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/913, zum Datum 30.3.1935: Bericht über die Zusammenarbeit des NSLB Hamburg (Hellmuth Dahms, W. Müller, Herbert Manig) mit der Gauführerschule Hamburg.

<sup>1695</sup> HT 6.10. und 24.10.1933.

<sup>1696</sup> Alle Angaben: StAHH, 131-15 Senatskanzlei – Personalakten: C 621 (Personalakte Albert Henze).

<sup>1697</sup> So fand, allerdings schon nach Henzes Einberufung zum Kriegsdienst, am 17.9.1940 die erste Gemeinschaftstagung der Berufswalter der NSDAP in der Gauführerschule Ritterstraße statt. Sie stand unter der vom DAF-Amt für Berufserziehung und Betriebsführung ausgegebenen Parole „Leistungssteigerung“, wobei DAF und HJ eng zusammenarbeiteten, besonders im Berufswettkampf (Gauachrichten [Ausgabe Kreis 5], Jg. 6, Nr. 136, 1. Oktober-Ausgabe 1940, S. 3).

<sup>1698</sup> In dem Kooperationsbericht heißt es, dass 18 künftige Schulleiter vom 18. bis 30.3.1935 in einem Lager zusammengefasst wurden, ferner werden drei Führerausbilderlager genannt und ein Lager zur Vorbereitung einer Schulungsfahrt nach Ostpreußen.

waren der bisherige Schulschutz, fortan „Fortbildungsabteilungen“ des NSLB genannt, und die Lehrerbereitschaft. In Fortsetzung des bisherigen Schulschutzes wurden zwei Ausbildungsabteilungen (Abteilungen 4 und 5) für 160 jüngere Lehrer zusammengestellt, die wöchentlich einmal im Jugendpark Langenhorn von SS-Lehrern unter dem Kommando von SS-Hauptsturmführer Ewald Schumacher soldatisch ausgebildet wurden. Sie erwarben zugleich das SA-Sportabzeichen.<sup>1699</sup> Aus den Teilnehmern, die sich durch ihr verlässliches Präsenzverhalten besonders von den anderen unterschieden, wurde unter dem Gesichtspunkt einer vorbildlichen soldatischen Grundhaltung im November 1935 eine Art Eliteabteilung (Abteilung 6) zusammengestellt. Sie wurden auf Anordnung von Gauleiter Karl Kaufmann, der sich von der Arbeit persönlich überzeugte, 1936 mit – wie es heißt – anderen „Volksgenossen“, also Angehörigen anderer Berufe, zusammengeführt und sollten bei den kommenden Neuaufnahmen in die NSDAP einen großen Prozentsatz stellen. Hieraus wird deutlich, dass Berufsanfänger, die bislang der Parteiorganisation der NSDAP nicht angehörten, durch eine Art systematische Kadenschulung für spätere Führungsaufgaben vorbereitet wurden. Drei Fortbildungsabteilungen für 240 ältere Berufskollegen (Abteilungen 1 bis 3) standen unter der Regie von Schulpraktikern. Die theoretische Schulung erfolgte über so genannte „Sprechabende“, auf denen die Themen Führung und Gefolgschaft, Kriegertum und Drill behandelt wurden, für die nationalpolitische Erziehung wurden die Teilnehmer zur Lagerschulung zusammengefasst. Bei der „Lehrerbereitschaft“ scheint es sich um Schulungsveranstaltungen auf niedrigster Ebene in der Form von Vortrags- und Sprechabenden ohne Lageranbindung gehandelt zu haben, zu welchen die Teilnehmer regelmäßig zusammengerufen wurden.<sup>1700</sup>

Innerhalb von drei Jahren nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Hamburg hatte sich also innerhalb der Politischen Organisation der NSDAP ein hierarchisch gestuftes Schulungskonzept herausgebildet, an

---

<sup>1699</sup> FZH, Archiv: 966-2 (NS-Lehrerbund), Tätigkeitsbericht des SS-Hauptsturmführers Ewald Schumacher vom 13.1.1937.

<sup>1700</sup> Als Referenten werden genannt: Herbert Böckenhauer über seine sibirische Gefangenschaft, W. Müller über die neue Grundlage der Turnerziehung, John Wöhlert über den Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen „Erziehungswillen“ im Vergleich mit dem ersten Erzieherbewegung („Worin sind wir ihr verbunden?“), Herbert Bieber über die Reichsführerschule unter der Fragestellung „Schulung oder Erziehung?“.

dem als ideologisches Zentrum die Gauführerschule sowie von den nationalsozialistischen Untergliederungen NSLB, DAF, SA und SS teilhatten. Von der Lehrerbereitschaft über die allgemeine Lagerschulung, die Teilnahme einiger ausgewählter Lehrer an Kursen der Gauführerschule und die Fortbildungsabteilungen 1 bis 3 stiegen die Ansprüche an die Schulungsteilnehmer über die Fortbildungsabteilungen 4 und 5 bis hin zur Eliteinheit 6.<sup>1701</sup> Die in Hamburg erkennbare Abstufung der NSLB-Schulungen kann als eine Art Abbild der Hierarchie auf Reichsebene verstanden werden, wo Schulungen des Typs A, B und C (als der höchsten hierarchischen Stufe) unterschieden wurden. Am 31. August 1937 kaufte der NSLB das „Schloss Fantaisie“ in Donndorf bei Bayreuth, das am 27. Oktober 1937 durch Alfred Rosenberg als „Schulungsburg“ des NSLB eingeweiht wurde.<sup>1702</sup> Es sollte nach den Worten des Redners „der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der Bewegung“ dienen: Der Lehrer als politischer Kämpfer und Soldat habe „heute eine genauso revolutionäre Mission wie der nationalsozialistische Staatsmann und Soldat“. Die in Donndorf durchgeführten Veranstaltungen stellten die hierarchische Spitze aller NSLB-Schulungen dar. Hier wurde in dreiwöchigen Lehrgängen die nationalsozialistische Elite auf ihren Einsatz als Führer in Partei und Staat vorbereitet beziehungsweise hierfür weiterqualifiziert.<sup>1703</sup> Es ist davon auszugehen, dass auch die Hamburger NSLB-Funktionäre Wilhelm Schulz, Albert Mansfeld und Hellmuth Dahms häufige Teilnehmer an Donndorfer Veranstaltungen gewesen sind. Belegt ist im November 1942 die Teilnahme des in der Nachfolge für den erkrankten Wilhelm Schulz als kommissarischer Gauwalter des NSLB Hamburg eingesetzten Erwin Zindler an einer „Gauwaltertagung“ in Donndorf.<sup>1704</sup>

Aus einem Schreiben von Hellmuth Dahms an die Reichswaltung des NSLB in Bayreuth vom 10. Juni 1936 ergibt sich, dass der Hamburger NSLB

---

<sup>1701</sup> Die Zählung ergibt sich aus dem Tätigkeitsbericht Ewald Schumachers, der die Fortbildungsabteilungen 1 bis 5 und die von ihr gesonderte Abteilung 6 nennt (siehe Anm. 1699).

<sup>1702</sup> HT 28.10.1938.

<sup>1703</sup> Kraas (2004), S. 240–243, mit Abbildung der „Reichsschulungsburg“ Donndorf auf S. 243. Tabellarische Übersicht über die Reichslager des NSLB in Donndorf: ebd., S. 245.

<sup>1704</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 26/243; Kraas (2004), S. 177; Altregistratur Gelehrten Schule des Johanneums: Schulleitertagebuch II. – Die Tagung vom 11.–13.11.1942 diente der „Ausrichtung der großdeutschen Erzieherchaft auf die Lösung kriegswichtiger Aufgaben inner- und außerhalb des Schullebens“. Hierüber berichtete Zindler am 24.11.1942 vor der Lehrerkonferenz seiner Schule, des Johanneums.

in diesem Jahr sechs Erzieherinnenlager<sup>1705</sup> und drei Lehrerlager durchführte, also Vorhaben der zweituntersten Ebene, deren männliche Leiter dem Stab der politischen Leiter der NSDAP, SA und SS angehörten.<sup>1706</sup> Zur Absprache trafen die Funktionäre des NSLB, verantwortlich für die vier „Hauptgebiete“ theoretische und aktive Schulung, Einberufung zu den Schulungskursen und verwaltungsmäßige Abwicklung,<sup>1707</sup> in einer regelmäßigen Freitags-Runde zusammen.<sup>1708</sup> Alle Amtsträger des NSLB wurden im Mai 1937 zu einer fünftägigen Lagerschulung unter der Leitung des stellvertretenden Hamburger NSLB-Führers Albert Mansfeld zusammengefasst, die, wie es hieß, in der Schulungsburg Trittau, also in unmittelbarer Umgebung der Gauführerschule II der Hamburger NSDAP in Lütjensee, stattfand.<sup>1709</sup> Die Teilnehmer fuhren mit der Walddörferbahn nach Großhansdorf und marschierten von dort in Uniform zu ihrem Ziel. Genächtigt wurde zum Teil auf Strohlagern. Auch hier lag die programmatische Vorbereitung bei Hellmuth Dahms.

Ohne spezielle Bezugnahme auf Vorhaben der Hamburger Nationalsozialisten, aber aufschlussreich für die öffentliche Bewusstseinsbildung über die Medien in der Zeit der Konsolidierung nationalsozialistischer Lagerschulung ist die begleitende Berichterstattung der nationalsozialistischen Tageszeitung *Hamburger Tageblatt*. Die Zeitung ließ am 10. August 1934 das Reichsschulungsamt der NSDAP in Berlin-Bernau,<sup>1710</sup> die vorgesetzte Stelle des Hamburger Gauschulungsamtes, zu Wort kommen und auf die „Reichs-

---

<sup>1705</sup> Auffällig ist, dass in der Berichterstattung über Schulung und Lager sonst Veranstaltungen für weibliche Teilnehmerinnen selten erwähnt werden.

<sup>1706</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 12/1024.

<sup>1707</sup> Namentlich genannt werden für die theoretische Schulung: Hellmuth Dahms, Sophie Barrelet und Hans Muus, für die aktive Schulung Hellmuth Dahms, Herbert Manig und Heinrich Wiegank, für die Einberufung zu Kursen und Lagern Karl Henning, Max Haucke und Walter von Appen (FZH, Archiv: 966-2 [NS-Lehrerbund]).

<sup>1708</sup> Hellmuth Dahms am 12.10.1936 (FZH, Archiv: 966-2 [NS-Lehrerbund]). Nach dem Organisationspiegel des NSLB Hamburg vom 15.9.1936, aufgestellt auf Anordnung des Reichsorganisationsleiters und Leiters des Reichsschulungsamtes, Robert Ley, war der Bereich Schulung in vier Hauptgebiete gegliedert. Innerhalb des zweiten Hauptgebietes (aktive Schulung) bildeten die etwa 20 Lagerleiter eine eigene Körperschaft.

<sup>1709</sup> Vom 18. bis 25.5.1937 (Bundesarchiv Berlin: NS 12/1416 a). In Trittau befand sich als eine Art Dependence der Gauschule Lütjensee das frühere Genesungsheim der AOK, das die NSDAP übernommen hatte (HT 10.4.1935). Für die Organisation war als Gauschulungsleiter Hellmuth Dahms verantwortlich, die Anmeldungen nahm für das Hauptgebiet aktive Schulung Herbert Manig, Schule Rostocker Straße 62, entgegen.

schulungsburgen“ hinweisen. Diese seien durch Reichsschulungsleiter Otto Gohdes<sup>1711</sup> initiiert worden, und sie seien das Vorbild für mehr als 40 Gauführerschulen. Nationalsozialismus, so der damalige Schulungsleiter Gohdes,<sup>1712</sup> indem er die Parole von Bernhard Rust aufnahm, könne niemals nur gelehrt, er könne immer nur erlebt werden. Die beiden Haupterziehungsfaktoren seien das Leben im Lager und der Marsch in der Kolonne.<sup>1713</sup>

Als eine Fortführung von Qualifizierungsmaßnahmen, die während der Weltwirtschaftskrise für arbeitslose Jugendliche auf Initiative des Reiches begonnen worden waren,<sup>1714</sup> richtete die Hamburger Schulverwaltung 1934 erstmalig im Rahmen des Allgemeinen Berufsjahres bis zu zehn Landlager für volksschulentlassene berufsschulpflichtige Jungen und Mädchen ein, die noch keine Lehr- oder Arbeitsstelle gefunden hatten.<sup>1715</sup> Eine Mitwirkung von Parteigliederungen ist nicht überliefert, jedoch naheliegend: Im Dezember 1933 lud die Gauführerschule der NSDAP 50 20-Jährige „der

<sup>1710</sup> Die Umsetzung der Schulungsdirektiven erfolgte nicht von Berlin-Bernau aus, sondern über das in München ansässige Hauptschulungsamt.

<sup>1711</sup> Otto Gohdes (1896–1945) war seit dem 7.5.1933 Reichsschulungsleiter der NSDAP und der DAF, 1943 Kommandant der NS-Ordensburg „Die Falkenburg am Krössinsee“ (Auskunft Bundesarchiv Berlin, BDC: PK Nr. 1030023551 und Reichsschrifttumskammer Nr. 2100010908).

<sup>1712</sup> Über die Abfolge und Ablösung der Leiter des Hauptschulungsamtes Otto Gohdes, Max Frauendorfer, Friedrich Schmidt und Heinrich Bruhn: siehe Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. 2. Aufl., München 2006 (Studien zur Zeitgeschichte 1).

<sup>1713</sup> HT 10.8.1934: Hans Zugschwerdt, Reichsschulungsamt der NSDAP, zum Thema „Die Einheit der politischen Schulung“. Er wiederholte seine Formulierung sechs Wochen später (HT 21.9.1934) in einem Rückblick auf die bisherige Tätigkeit der Reichsführerschule.

<sup>1714</sup> Hierzu Kraas (2004), S. 25–40 und 51–53. Nach ersten Ansätzen im Ersten Weltkrieg fanden Arbeitsdienst und Lager Mitte der 1920er Jahre Resonanz in der bündischen Jugendbewegung. Dazu kam während der Weltwirtschaftskrise ein gesellschaftspolitischer Ansatz, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Notverordnung des Reichspräsidenten über den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ vom 5.6.1931 ermöglichte die Einrichtung eines staatlich finanzierten Beschäftigungsprogramms für Empfänger von Arbeitslosenunterstützung durch Maßnahmen, die am 16.7.1932 für alle jungen Deutschen bis zu 25 Jahren geöffnet wurden. Ein am 13.9.1932 begründetes „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ ermöglichte Teilnehmern von Jugend- und Wehrverbänden, in dreiwöchigen Kursen eine Art von „Qualifikation“ zu erwerben. Das Schwergewicht dieser Kurse verschob sich immer mehr in Richtung auf eine vormilitärische Ausbildung. Im Januar 1932 begründeten die Nationalsozialisten in Rezeption des vorhandenen Arbeitsdienstmodells ihr erstes eigenes nationalsozialistisches Arbeitslager in Hammerstein/Hinterpommern. Es sollte dem „Umbau“ der Teilnehmer an Leib und Seele dienen und stand unter den Parolen „Gemeinnutz“ und „Volksgemeinschaft“.

<sup>1715</sup> StAAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4002-40 (Landjahrlager und Reichsarbeitsdienst [1937] 1938–1945).

blauen Jungen vom hamburgischen Arbeitsdienst“ zu einer Art Weihnachtsfeier der Amtswalter in ihr Gebäude Ritterstraße 44 ein. In Analogie zur Christusgeburt erfuhren sie hier die Botschaft: „Deutschland lag in Banden, ein Führer ist erstanden“ – mit der Absicht, ihre Glaubenskraft an den „deutschen Sozialismus“ zu stärken.<sup>1716</sup> Infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs durch die Forcierung der Rüstungsindustrie verringerte sich die Zahl der Jugendlichen, die im Anschluss an die Schule an den Lager- und Schulungen des Allgemeinen Berufsjahres teilnahmen, bis 1938 kontinuierlich. In dem Maße, in dem die Jugendarbeitslosigkeit zurückging, wurden Lagerplätze frei, die für die Intensivierung sonstiger Schulungsmaßnahmen genutzt werden konnten.<sup>1717</sup>

Inzwischen war unter dem Kommando des am 3. Juli 1934 zum Reichskommissar ernannten Konstantin Hierl (1875–1955)<sup>1718</sup> der Arbeitsdienst zu einem wichtigen Teil der nationalsozialistischen „Lagerkultur“ geworden, der mit dem Gesetz über den Reichsarbeitsdienst vom 26. Juni 1935<sup>1719</sup> Zwangscharakter annahm. Zum Reichsarbeitsdienst, bezeichnet als „Ehrendienst am deutschen Volke“, waren fortan alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts verpflichtet. Seine Lager hatten die Aufgabe, die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur „Volksgemeinschaft“ und zur „wahren Arbeitsauffassung“, vor allem zur „gebührenden Achtung der Handarbeit“ zu erziehen. 1939 gab es bereits etwa 1700 Arbeitsdienstlager.<sup>1720</sup> Für Abiturienten und Abgänger aus Oberschule und Oberbau wurden die Lager des Reichsarbeitsdienstes (RAD) zu einer als „normal“ empfundenen Zwischenstufe zwischen Schule und Militärdienst, für Mädchen später zwischen Schule und Kriegseinsatz.

Das Gewicht, das die nationalsozialistischen Potentaten in Hamburg der Lagerschulung beimaßen, und die Vernetzung der Organisationen über die Lagerschulung kam durch eine Tagung zum Ausdruck, die am 5. Dezember 1937 in der Hamburger Musikhalle durch Gauschulungsleiter Albert Henze eröffnet wurde und an welcher Gauleiter Karl Kaufmann, der stellvertretende Gauleiter Harry Henningsen, sämtliche Schulungsleiter der

<sup>1716</sup> HT 27.12.1933. Das Programm umfasste Wolfgang Amadeus Mozarts „Ave verum corpus“ und die Ballade Karl Löwes vom armen Jungen draußen vor dem Weihnachtsfenster.

<sup>1717</sup> StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4002-40.

<sup>1718</sup> Patel (2003), S. 99 und 156–157.

<sup>1719</sup> RGBl, 1935, Teil I, S. 769–771; Patel (2003), S. 107.

<sup>1720</sup> Patel (2003), S. 211.

NSDAP, die Schulungsbeauftragten der Gliederungen (NSLB, NSV, HJ) sowie Vertreter von Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst teilnahmen. Hier entfaltete der am 1. Mai 1937 zum Leiter des Hauptschulungsamtes der NSDAP<sup>1721</sup> ernannte Friedrich Schmidt die den Lagern zugrunde liegende Schulungsphilosophie: Ausgehend von den Grundbegriffen der nationalsozialistischen Weltanschauung, die ein Ringen von Idee und Gegenidee sei, mahnte der Hauptschulungsleiter zur „restlosen weltanschaulichen und haltungsmäßigen Klärung und Festigung“. Der „Führer“ habe die Schulung immer wieder als eines der allerwichtigsten Arbeitsgebiete der „Bewegung“ herausgestellt. Es müsse sich über die Lagerschulung eine völlig einheitliche politische Willensbildung durchsetzen, die den Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus verwirkliche. Durch Auslese und Formung werde so der notwendige Nachwuchs an Ideenträgern entstehen. Das gleiche Programm wiederholte Friedrich Schmidt am Nachmittag vor den Teilnehmern des 2. Abendlehrgangs in der „Gauschulungsborg“ in Barsbüttel. Am Abend traf er mit dem HJ- und BDM-Führungskorps des Gebiets Hamburg zusammen und betonte ihnen gegenüber besonders den Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus im Gesundheitswesen, in der Wirtschaft und im Erziehungswesen.<sup>1722</sup>

Die Zusammenführung der nationalsozialistischen Instanzen zu einer Tagung hinderte die hier vertretenen Organisationen und Instanzen allerdings nicht daran, auf anderer Ebene miteinander zu konkurrieren und Machtspiele zu praktizieren. Da der NSLB über die weltanschauliche Schulung hinaus auch die fachbezogene Lagerschulung in eigener Regie durchführen wollte, wurde auf übergeordneter Ebene das Thema „Lagerschulung“ bis zum Kriegsbeginn 1939 Gegenstand eines Dauerkonflikts zwischen NSLB und REM. Die Reichswaltung des NSLB in Bayreuth, seit August 1937 stolze Besitzerin ihrer eigenen „Reichsschulungsborg“ in Donndorf, versuchte – letztlich erfolglos –, ein mit dem REM konkurrierendes System fachlicher Lagerschulung aufzubauen.<sup>1723</sup> Dieser Konflikt hielt sich auf regionaler Ebene jedoch in den Grenzen auch sonst anzutreffender Friktionen zwischen den Instanzen der nationalsozialistischen Polykratie und wurde von Fall zu Fall auch durch persönliche Beweggründe ausge-

---

<sup>1721</sup> Schmidt war von 1938 bis 1942 auch Leiter des DAF-Schulungsamtes.

<sup>1722</sup> HT 6.6.1937.

<sup>1723</sup> Kraas (2004), S. 194–195.

löst. Angesichts der engen personellen Verflochtenheit der Entscheidungsträger von NSLB und Schulverwaltung<sup>1724</sup> – besonders deutlich in der Person des NSLB-Gauwalters und Landesschulrats Wilhelm Schulz, seines Stellvertreters Albert Mansfeld und weiterer Funktionsträger – arbeiteten regional NSLB und Schulverwaltung *de facto* eng zusammen. Hier, auf regionaler Ebene, verfügte der NSLB real über den Einfluss, der ihm auf höherer Ebene formal verweigert wurde. „Statt Konfrontation herrschte vor Ort Kooperation, die nach Kriegsausbruch zunehmend rationaler und effektiver wurde.“<sup>1725</sup>

Obwohl die Hitler-Jugend den Erziehungsauftrag der Schule in zunehmendem Maße frontal in Frage stellte, waren auch hier die Beamten der staatlichen Schulverwaltung zur Kooperation bei der Durchführung der Lagerschulungen angehalten. Landesschulrat Wilhelm Schulz unterstützte die HJ aus Überzeugung und verdrängte gegenläufige Argumente; für den Leiter der Schulverwaltung, Karl Witt, war die anfangs demonstrative, später halbherzige Unterstützung der HJ Teil seines Opportunitäts- und Anpassungskurses, der es ihm ermöglichte, seine Stellung zu halten.<sup>1726</sup> Ein erster Winterlehrgang einer neu begründeten Führerschule des Deutschen Jungvolks fand mit 40 Teilnehmern in den Weihnachtsferien vom 27. Dezember 1933 bis zum 7. Januar 1934 in der Jugendherberge des zwischen Hamburg und Hannover gelegenen Heideortes Müden an der Oertze statt. Als sein Ziel wurde die „Ausrichtung“ innerhalb der Führerschaft des DJ genannt. Die Teilnehmer sollten die Befähigung zur Schulung von Unterführern erlernen.<sup>1727</sup> Angesichts der Terminierung dieses Lagers in den schulischen Ferien war eine besondere Genehmigung durch die Schulverwaltung nicht erforderlich. Die Lagerschulung 15-jähriger Jungen für Führungsaufgaben im DJ wurde in den folgenden Jahren planmäßig fortgesetzt. So eröffnete der Hamburger Jungbann 188 am 28. Juni 1936 einen,

<sup>1724</sup> Andreas Kraas schätzt die personelle Verflechtung zwischen NSLB und Schulverwaltung auf der mittleren und unteren Ebene generell auf 75 Prozent der hier Tätigen (ebd., S. 194).

<sup>1725</sup> Ebd., S. 195. – Kraas relativiert damit die häufig vertretene Auffassung von der geringen Durchsetzungskraft des REM. In der fachlichen Lehrerfortbildung habe das REM seine Kompetenzen behauptet. Allerdings verstärkten sich die innerparteilichen Konflikte zwischen Parteileitung und NSLB, was 1943 zur Stilllegung des NSLB und zur Übernahme der Lagerschulung in die unmittelbare Regie der Partei führte.

<sup>1726</sup> Hierzu: Uwe Schmidt (2008), S. 30–31.

<sup>1727</sup> HT 24.12.1933.

wie es heißt, „ersten Führervorbereitungslehrgang des Nordmarklagers“ für künftige DJ-Führer.<sup>1728</sup>

Die Teilfreistellung mit 10 Wochenstunden des im August 1934 als Hilfslehrer eingestellten HJ-Scharführers Walter Schenck „zur Durchführung der Aufgaben der Hitler-Jugend in den Berufsschulen“ wurde ab dem 29. Januar 1935 zu einer Vollfreistellung erweitert. Zu den stark angewachsenen Aufgaben des nunmehr als „Sachreferent der HJ-Schuldienststelle“ bezeichneten Lehrers gehörte die Vorbereitung der Landlager des Allgemeinen Berufsjahres für schulentlassene Volksschüler in enger Zusammenarbeit mit der HJ. Schenck war gelernter Handlungsgehilfe, seit dem 3. Januar 1930 NSDAP-Mitglied und seit Ostern 1934 ohne Stellung. Seitdem war er, fest angestellt und besoldet von der Schulverwaltung, für die Partei als Amtswalter, Schriftführer, Gauredner, Scharführer sowie als Jungbannführer der HJ tätig.<sup>1729</sup> Seine Position ist im Zusammenhang mit der Begründung einer Schuldienststelle der Hitler-Jugend im Gebäude der Schulverwaltung, Dammtorstraße 25, zu sehen. Lagerschulungen – für BDM-Führerinnen im Spätsommer 1934,<sup>1730</sup> für HJ- und DJ-Führer im Herbst 1934<sup>1731</sup> – mussten mit dem Leiter der Schuldienststelle, Hans Einfeldt, abgesprochen werden. Dieser nutzte seinerseits das Verbandsorgan des Hamburger NSLB, um die NSLB-Basis über Aktivitäten der HJ ins Bild zu setzen. So berichtete er im August 1934 über ein Schulungslager für Kameradschaftsführer der HJ auf dem Gojenberg bei Bergedorf. Geschult wurden HJ-Führer vor allem zur Rassenpolitik des Regimes.<sup>1732</sup>

Eine etwa 1935 herausgegebene Broschüre *Dienst in der HJ*<sup>1733</sup> macht deutlich, dass – analog zum NSLB – die Zugehörigkeit zur Hitler-Jugend

<sup>1728</sup> StAHH, 362-2/7 Oberrealschule Eilbek: C 16 Band 2 (Schülerakten Ba–Be 1927–1946), zum Datum 28.6.1936.

<sup>1729</sup> StAHH, 131-10 II Senatskanzlei – Personalabteilung II: 718 (Stellenplan Berufsschulwesen [1934] 1936–1938).

<sup>1730</sup> StAHH, 362-6/11 Paulsenstiftschule: 198 (Schule und HJ): BDM-Führerinnenschulungslager auf dem Gojenberg in Bergedorf vom 19.8. bis 2.9.1934.

<sup>1731</sup> HT 26.11.1934. – Am 25.11. begann eine Führertagung des HJ-Gebiets Nordmark, zu dem zu dieser Zeit Hamburg noch gehörte, mit 1000 Führern von HJ und DJ in Kiel. Zeitgleich wurde ein Zeltlager für 20.000 Hitlerjungen abgehalten. Im Mittelpunkt dieser Lagerschulung standen die soziale Arbeit und die Intensivierung der politischen und weltanschaulichen Schulung nach einem einheitlichen Schulungsplan.

<sup>1732</sup> HLZ Nr. 28/1934, S. 455–456.

<sup>1733</sup> StAHH, 362-6/11 Paulsenstiftschule: 198.

und damit die Lagerschulung durch die HJ bis zur gesetzlichen Regelung der Jugendverbandspflicht am 1. Dezember 1936 noch nicht obligatorisch war. Der Text war aber so gehalten, dass er einen gewissen Druck markierte: „Wir zwingen keinen, zu uns zu kommen; es liegt aber doch eine gewisse indirekte Verbindlichkeit darin.“ Die Verfasser versäumten nicht, rückblickend darauf hinzuweisen, dass Reichsjugendführer Baldur von Schirach das Jahr 1934 zum „Jahr der Schulung“ – und das war gleichbedeutend mit „Jahr der Lagerschulung“ – erklärt habe. Das Gebiet Nordmark, in dem bis 1937 Hamburg mit der Provinz Schleswig-Holstein zusammengeschlossen war, besitze eine Führerschule, auf der bis zur Herausgabe der Broschüre 3000 Führer in Dreiwochenkursen körperlich und weltanschaulich geschult worden seien. Die höhere Führerschaft werde in einer Schulungswoche in Hamburg geschult.

Eine Arbeitstagung der NSDAP im Hamburger Rathaus am 19. April 1935, dem Tag vor dem 46. Geburtstag des „Führers“, diente unter aktiver Mitwirkung des Stabsleiters der Parteiorganisation Harald Döschner und des erst kürzlich ernannten HJ-Gebietsführers Wilhelm Kohlmeyer der Vorbereitung der Eröffnung eines Hamburger HJ-Sommerlagers bei Cuxhaven am 1. Juli 1935.<sup>1734</sup> Das Lager, das unter der Schirmherrschaft von Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann stand, sollte zugleich der Erholung und der Ausrichtung der Jugend im nationalsozialistischen Geist dienen. „Die gegenwärtige Generation“, so Kaufmann, habe „nur zum Teil das nationalsozialistische Hochziel erreicht. Die Jugend muss vollenden, was mit der nationalsozialistischen Revolution begonnen wurde. Darum gilt es, die Träger der Zukunft zu schulen und zu ertüchtigen, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können.“ Kaufmann eröffnete auch zwei Jahre danach persönlich das Zelt-Sommerlager der Hamburger HJ in Sahlenburg bei Cuxhaven.<sup>1735</sup>

Um den Jugendlichen die von der HJ betriebenen Sommerlager attraktiv erscheinen zu lassen, musste die schulische „Konkurrenz“ schlecht gemacht werden: Im Sommer 1935 veranstaltete der Hamburger HJ-Bannführer Carlheinz Dobler zur gleichen Zeit ein Sommerlager am Großensee wie das damals noch preußische Wandsbeker Matthias-Claudius-Gymnasium (MCG) und forderte MCG-Schüler, die der HJ angehörten, auf, über das

---

<sup>1734</sup> HT 20.4.1935.

<sup>1735</sup> HT 6.7.1937.

Lager ihrer Schule zu berichten, um ihren Bericht dem „Kampfblatt der Hitler-Jugend im Gebiet 6 (Schleswig-Holstein-Hamburg)“, der *Nordmark-Jugend*, zum Abdruck zuzuleiten. Dementsprechend berichtete das Organ einige Monate später, als die Werbung für das nächste Lager bereits ange laufen war, in abfälliger Weise über das Schullager des letzten Jahres<sup>1736</sup> und setzte es als eine unsoziale Einrichtung herab: das Schullager einer höheren Schule mit Jungen, die „unter sich“ bleiben und sich vor der Kameradschaft ihres HJ-Fähnleins, der obersten Einheit auf regionaler Ebene, drücken wollten. Die Angriffe gegen das Schullager, das ergaben Recherchen des Wandsbeker Schulleiters, gingen von einem jetzt 24 Jahre alten früheren Schüler des MCG aus, der sieben Jahre zuvor nach einem Täuschungsversuch und wegen unzureichender schriftlicher Prüfungsleistungen das „Einjährige“ (den Abschluss der 10. Jahrgangsstufe) nicht bestanden hatte. Seinen Misserfolg hatte er einem bestimmten Lehrer des MCG vorgeworfen und angekündigt, er werde ihm dieses einmal heimzahlen. Jetzt hatte er als Berichterstatter der *Nordmark-Jugend* Gelegenheit, diese Absicht in die Tat umzusetzen. Der Schulleiter sah in diesem Vorfall verständlicherweise eine Störung des Verhältnisses zwischen der Gebietsführung der HJ und seiner Schule und bat den für die Stadt Wandsbek politisch verantwortlichen Schleswiger Oberpräsidenten, einzugreifen.

Bevor die Lagerschulung kriegsbedingt erheblich eingeschränkt werden musste, forderte Landesschulrat Wilhelm Schulz 16 Monate vor Kriegsbeginn die Schulen auf, die Schüler nicht durch etwaige Schulveranstaltungen an der Teilnahme an HJ-Lagern in den Pfingst- und Sommerferien zu hindern.<sup>1737</sup> Aus dem Schweigen der Quellen über etwaige Lagerschulungen vom September 1939 an lässt sich darauf schließen, dass diese Aktivitäten fast ganz zum Erliegen gekommen sein müssen, obwohl der „Stellvertreter des Führers“ am 19. Januar 1940 die Wiederaufnahme der Schulungen anordnete.<sup>1738</sup> Am 25. Januar 1942 bestätigte der NSLB Hamburg die auch in anderen Gauen festgestellte negative Tendenz der Effektivität von Lagerschulungen. Sie sei vor allem darin begründet, dass die potentiellen Leiter eingezogen oder gefallen seien.<sup>1739</sup> Dazu kam die erhebliche Beanspruchung

<sup>1736</sup> Nordmark-Jugend, Jg. 3, Nr. 12 vom 15.6.1936.

<sup>1737</sup> StAHH, 424-21 Schulamt Altona: Sch II 1 / 37 / 8 c (Reichsberufswettkampf 1934–1938), zum Datum 28.4.1938.

<sup>1738</sup> Kraas (2004), S. 175.

<sup>1739</sup> Ebd., S. 178.

des verbliebenen Personals durch die Kinderlandverschickung – auch sie in Form des Lagers – ab Ende 1941.

Die vom Hauptschulungsamt der NSDAP am 18. April 1942 verkündeten „Richtlinien für die Schulung im Kriege“,<sup>1740</sup> erlassen von Reichsorganisationsleitung und Hauptschulungsamt, waren daher nicht geeignet, eine neue Welle von Lagerschulungen zu initiieren, die vergleichbar gewesen wäre mit den Aktivitäten der Jahre nach dem Machtwechsel. Sie stellen aber eine nicht zu übersehende Zusammenfassung der Motive und Zielsetzungen dar, welche jetzt unter Kriegsbedingungen mit dem Konzept der Lagerschulung verbunden waren:

„Die Schulung soll [...] dem Politischen Leiter einerseits die notwendigen weltanschaulichen Erkenntnisse geben, ihn aber andererseits auch vor allem mit seinen laufenden und besonders jetzt kriegsbedingten Aufgaben vertraut machen. Jede anders ausgerichtete Schulung ist jetzt nicht angebracht und muss unterbleiben. Die Schulung der Politischen Leiter war bisher fast ausschließlich auf die Vermittlung weltanschaulicher Gedankengänge abgestellt. Bisher stand neben der Rassenfrage, erbbiologischen und geschichtlichen Themen die Auseinandersetzung mit dem politischen Konfessionalismus im Mittelpunkt der Schulung. Wenn die weltanschauliche Erziehung in dieser Richtung auch immer die Grundlage der Schulung sein muss, so erfordern einmal die Kriegsverhältnisse eine wesentliche Umstellung der zu behandelnden Themen, zum anderen aber ist die Schulung mit der rein weltanschaulichen Erziehung keineswegs erschöpft. Durch weltanschauliche Erkenntnisse allein ist der Politische Leiter noch kein politischer Führer. Dies soll und muss er aber sein, wenn er seine Aufgaben zum Nutzen von Partei und Volk lösen will. Als erste und grundsätzliche Eigenschaft muss der Politische Leiter die Fähigkeit besitzen, Menschen zu leiten und zu führen, kurz: Er muss mit Menschen umgehen können. Diese Eigenschaft muss daher jedem Politischen Leiter anerzogen werden. [...] Jede Schulung ist grundsätzlich auf den Krieg abzustellen, das heißt [...] die tieferen Gründe des Krieges [sind] zu vermitteln.“

---

<sup>1740</sup> Bundesarchiv Berlin: NS 22/879; Kraas (2004), S. 175–177.

Die Schulung in Ortsgruppen, vor allem als Wochenendschulung, sollte Priorität erhalten. Deren Effektivität wurde zwar vom NSLB bestritten, sie wurden aber trotzdem durchgeführt. So gab es auf Reichsebene im vierten Kriegsjahr 1942 rund 706 Schulungsveranstaltungen.

Nach dem Erlass des REM vom 8. Februar 1942 über die Umgestaltung aller Hochschulen für Lehrerbildung in Lehrerbildungsanstalten (LBA)<sup>1741</sup> und nach der Schließung der Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg am 31. März 1942<sup>1742</sup> erfolgte auch die Auswahl der Aspiranten für die LBA durch ein Lager,<sup>1743</sup> und zwar wurden die Nominierten in Zusammenarbeit der staatlichen LBA mit der parteizugehörigen HJ und dem BDM in „Musterungslagern“ ausgewählt. Dabei sollten die Vertreter der LBA die schulischen Voraussetzungen für den Lehrerberuf prüfen, die HJ die charakterlichen. Ein weiterer REM-Erlass regelte am 4. Januar 1941 die Zusammenarbeit zwischen LBA und HJ.<sup>1744</sup>

So begleitete die Sozialform „Lager“ die Jugendlichen über HJ, KLV, Luftwaffenhelferdienst, Reichsarbeitsdienst und Berufsausbildung bis ins letzte Kriegsjahr hinein. Für Hamburg hieß die Parole zu Beginn der schulischen Sommerferien 1943, zehn Tage vor der Zerstörung Hamburgs, in Form einer lakonischen Zeitungsüberschrift: „Schulferien – vom Kriege geprägt“. Die älteren Jugendlichen wurden zum Ferienkriegseinsatz verpflichtet, oder sie nahmen an Lagern und Fahrten von HJ und BDM teil.<sup>1745</sup> Die letzte erkennbare Dienstbesprechung der oberen HJ- und BDM-Funktionsträger fand am 17. Januar 1944 in der Gauführerschule Barsbüttel statt. Im Vordergrund dieser Sitzung standen Kriegseinsatz, weltanschauliche Schulung und körperliche Ertüchtigung, jetzt aber kriegsbedingt nicht mehr primär in Form der Lagerschulung. Themen des Gauleiters Karl Kaufmann, der am Nachmittag zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprach, waren die Jugendbetreuung und die enge Zusammenarbeit zwischen Schule und HJ. Dem Bericht über diese Sitzung gab das *Hamburger*

---

<sup>1741</sup> Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz (1983), S. 30.

<sup>1742</sup> StAHH, 361-7 Staatsverwaltung – Schul- und Hochschulabteilung: 4007-00 (Organisation und Personal des Pädagogischen Instituts 1943–1945).

<sup>1743</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 1708 (Auslese und Einberufung für die LBA 1941–1944), Bericht des *Hamburger Fremdenblatts* über ein Auswahlager in Trittau: „Fixe Jungs – ganze Männer – gute Lehrer“.

<sup>1744</sup> StAHH, 361-2 VI Oberschulbehörde VI: 644.

<sup>1745</sup> HA 16.7.1943.

*Tageblatt* unten auf der Seite die Rasterzeichnung eines verdächtigen Mannes bei, der nur schemenhaft von hinten mit Hut, linkem Arm und sichtbaren Beinen wahrzunehmen ist und die damals gängige Parole publik macht: „Feind hört mit!“<sup>1746</sup>

---

<sup>1746</sup> HT 18.1.1944.